

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von Januar 1960
bis September 1964**

NWO-Sonderheft Nr. 89



**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von Januar 1960 bis September 1964**

NWO-Sonderheft Nr. 89

Terror der Antichristen vom 01.01.1960-30.09.1964

Inhaltsverzeichnis	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Januar 1960 bis September 1964	2-97
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	98-99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Januar 1960 bis September 1964

Ich will dir zeigen, was den großen Herrn mangelt und was denen fehlt, die alles besitzen:
Einer der die Wahrheit spricht.

Friedrich von Spee (1591-1635, deutscher Prof. der Theologie und Liederdichter)

1960

Von den rd. 11.700 mitteldeutschen Ärzten besaßen Anfang 1960 nur noch etwa 3.200 Ärzte ihre eigene Praxis. Ungefähr 50 % dieser Ärzte waren bereits über 65 Jahre alt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Ärzte" in der SBZ (x009/39-40): >>Die Niederlassung von Ärzten in freier Praxis wurde 1949 auf seltene Ausnahmefälle beschränkt.

Man versuchte den Ärzten die haupt- oder "nebenberufliche" Tätigkeit in den Polikliniken und Ambulatorien durch Privilegien schmackhaft zu machen. ... Die Einschränkung der beruflichen Unabhängigkeit, Schwierigkeiten in der Erziehung der eigenen Kinder zwangen viele Ärzte trotz der guten Einnahmen zur Abwanderung ...

Ein großer Teil der jungen Ärzte wurde in die militärischen Einrichtungen gezogen. Rund ein Viertel der Ärzte ist ausschließlich mit Verwaltungsaufgaben befaßt. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über das "Gesundheitswesen" in der SBZ (x009/157-160): >>Im Gesundheitswesen sind von 1945 bis 1954 die Entwicklungsphasen des Gesundheitswesens der Sowjetunion wiederholt worden: nach der Bekämpfung von Seuchen, Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten wurde 1947 den Land- und Stadtkreisen und der Industrie die Errichtung von Polikliniken und Ambulatorien aufgegeben. ... Dem leitenden Arzt jedes Krankenhauses wurden die jeweils kleineren Krankenhäuser des Bereiches und die Poliklinik weisungsgebunden unterstellt, dieser ebenso die Ambulatorien und deren (damalige) "Außenstellen".

Diese einheitliche Gliederung sollte ermöglichen, alle Behandlungen von Bezirkskrankenhäusern und -Polikliniken aus zu steuern. So sollten die Schwierigkeiten der fachlichen Koordination der ärztlichen Behandlung und der Weiterleitung der "schwierigen Fälle" an die qualifizierte Stelle mit den Mitteln des Kommandostaates gelöst werden.

Der starke Abgang von Ärzten und der Widerstand der bleibenden Ärzte zwang 1959 dazu,

von einer weiteren Nachahmung der Sowjetunion abzusehen. Das Regime mußte sich vielmehr bereit finden, den straffen Zentralismus zugunsten größerer individueller Entscheidungsfreiheit, zugleich auch das Übermaß an Spezialisierung preiszugeben und den einzeln arbeitenden Praktischen Arzt bestehen zu lassen. ...

Das jahrelang propagierte Prinzip, die ambulante und stationäre Behandlung jedes Kranken in die Hand jeweils nur eines Arztes zusammenzufassen, hat sich als nicht realisierbar erwiesen. Die Ärzte des Versorgungsbereiches sind weiterhin (mit Ausnahme einzelner Fachgebiete) entweder im "stationären" oder im "ambulanten Sektor" tätig.

Zusammengefaßt sind nur noch "Anleitung und Kontrolle" mit dem Zweck, eine rationelle und einheitliche Behandlung und Überwachung innerhalb der staatlichen Betriebseinrichtungen zu erreichen und Mehrfachaufwand für Diagnostik zu vermeiden.

... Das alles entspricht, mit geringen Abweichungen, dem Gesundheitswesen der Sowjetunion: im Plan ein umfassendes und rationell erscheinendes System von Krankheitsverhütung und Krankheitsbehandlung, das auf die Entwicklung und Erhaltung gegenwärtiger und zukünftiger Arbeitskraft ausgerichtet ist.

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Immer neue Änderungen im Programm widerlegen die Behauptung, daß es sich um eine klare Konzeption handle, die sich mit angemessenem Aufwand realisieren ließe. Sie beweisen das Unvermögen des Regimes, einfache und in der Praxis wirksame und beständige Grundformen zu entwickeln, die den tatsächlichen Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht werden und dabei Raum für die Entfaltung persönlicher Initiative der Mitarbeiter zur Anpassung an die jeweiligen Gegebenheiten lassen.

Wie in allen Zweigen des sowjetischen Systems führen auch im Gesundheitswesen wirklichkeitsfern nach Doktrinen konstruierte Einrichtungen zu einem Übermaß von Verwaltung und "Kontrolle". Kräfte und Mittel werden dadurch der effektiven Arbeit entzogen. ...

Die medizinische Ausbildung ist nach dem Muster des sowjetischen Ausbildungssystems umgestaltet und stark politisiert worden. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Dispensaire" in der SBZ (x009/100): >>... Die sowjetische Bezeichnung für medizinische "Beratungs- und Behandlungsstellen", die auf umgrenzten Gebieten Früherfassung und Aufklärung mit Diagnostik und Behandlung zusammenfassen, die Kranken mittels Meldepflicht erfassen, ihre Behandlung überwachen ("Fürsorge") und die weitere gesundheitliche Entwicklung verfolgen. Sie erstrecken ihre Tätigkeit entweder auf bestimmte Krankheiten oder auf solche Bevölkerungsgruppen (nach Arbeitsplatz oder Lebensalter), in denen bestimmte Krankheiten häufig auftreten.

Nach dem "Dispensaire-Prinzip" sollen das gesamte Betriebsgesundheitswesen und jede Poliklinik arbeiten. Besondere Dispensaire bestehen für Mütter und Kinder, für Tbc, Geschwulstleiden (mit gesetzlicher Meldepflicht schon jedes Verdachtsfalls!), Krankheiten von Herz und Kreislauf, Leiden der Atmungsorgane, Diabetes usw., sowie als sportärztliche, psychiatrische u.a. Beratungsstellen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über das "Ambulatorium" in der SBZ (x009/21-22): >>Im System der ambulanten Versorgung bildet das Ambulatorium die mittlere Einheit, als Betriebs-Ambulatorium wie als Stadt-Ambulatorium und Land-Ambulatorium.

Diese sollen für je 10.000 Einwohner Zentren der ärztlichen Versorgung sein mit Gemeinschaftsarbeit von je etwa 4 Praktischen Ärzten und Zahnärzten, daneben Kinderärzten und den Fachärzten der übergeordneten Poliklinik.

Ihre "Versorgungsbereiche" werden je nach Wohndichte durch staatliche Praxen und Zahnarztpraxen in "Arztbereiche" untergliedert. Gemeindeschwestern und Hebammen werden ihnen zugeordnet.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Poliklinik" in der SBZ (x009/330): >>Errichtung durch SMAD-Befehl Nr. 242/1947 den Kommunalbehörden aufgegeben, im jetzigen System des Gesundheitswesens nach sowjetischem Muster die leitende Einrichtung je eines regional abgegrenzten ärztlichen "Versorgungsbereiches".

Jede Poliklinik soll mindestens 5 fachärztliche Behandlungsabteilungen, zahnärztliche Abteilung, physikalisch-therapeutische Anlagen und Apotheke umfassen und organisatorisch mit einem Krankenhaus verbunden sein, dessen Leiter sie untersteht.

Sie soll nach dem Prinzip des Dispensaire (vorbeugende medizinische Betreuung) arbeiten. Je eine Poliklinik soll für 50.000 Einwohner zuständig sein; nachgeordnet und fachärztlich von ihr versorgt das Ambulatorium und die staatliche Praxis. ... Die Ausstattung ist z.T. auch nach westlichen Maßstäben befriedigend, z.T. sehr primitiv.

Nach 1958 entfielen auf Polikliniken und Ambulatorien weniger als 40 % aller ärztlichen Behandlungsfälle.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Krankenhausordnung" in der SBZ (x009/233): >>Die im November 1954 erlassene "Rahmen-Krankenhausordnung" enthielt die erste Formulierung eines neuen Programmes der gesamten ärztlichen Versorgung der Bevölkerung.

"Das Krankenhaus ist das medizinische Zentrum seines Versorgungsbereiches und leitet fachlich die medizinische Arbeit innerhalb seines Bereiches an", indem bei ihm "die stationäre und die poliklinische Betreuung der Bevölkerung mit den Maßnahmen der gesundheitlichen Vorbeugung und Nachsorge verbunden" werden.

... Jedes Krankenhaus hat festumrissene Aufgaben zu erfüllen und sich entsprechend zu "profilieren". Dem ärztlichen Direktor jeder Anstalt sind die Poliklinik und alle ihr nach- oder zugeordneten Einrichtungen der ambulanten ärztlichen Versorgung des "Versorgungsbereiches" unterstellt. Verantwortlich ist er dabei auch für die Verwaltung; der Verwaltungsleiter "steht ihm beratend zur Seite". ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Staatliche Praxis" in der SBZ (x009/415): >>... 1956 probeweise in einzelnen Kreisen "freiwillig", 1958 allgemein eingeführt. Auf diesem Wege ist die Ablösung der freiberuflichen Tätigkeit beabsichtigt; in fest abgegrenztem "Versorgungsbereich" soll 1 Arzt für je 2.500 bis 3.500, 1 Zahnarzt für 2.300 Einwohner tätig sein, und zwar in fester Anstellung, möglichst beide im gleichen Hause, zusammen mit der Gemeindegewerkschafterin.

Sie unterliegen der Aufsicht und Weisung des zuständigen Ambulatoriums und sollen wie dieses auch vorbeugend und beratend sich betätigen.<<

Großbritannien, Dänemark, Norwegen, Schweden, Österreich, Portugal und die Schweiz gründeten am 4. Januar 1960 in Stockholm die EFTA (Europäische Freihandelszone).

Ein SED-Mitglied in Zwickau erhielt am 11. Januar 1960 folgenden "Parteiauftrag" (x243/-207): >>Lieber Genosse! - ...

Parteiauftrag: Du wirst als selbständiger Agitator bei dem Einzelbauer D., Bruno (13,91 ha) in Niedermülsen Nr. 24 mit dem Genossen W., Bernhard eingesetzt.

Dieser Parteiauftrag hat so lange Gültigkeit, bist Du o.a. Bauern für den Eintritt in die LPG Morgenröte Niedermülsen gewonnen hast. ...

Mit sozialistischem Gruß

K./Werkdirektor . W./1. Sekretär (der SED Zwickau).<<

Der Nationalrat der "Nationalen Front" beschloß am 22. Januar 1960 die beschleunigte Kollektivierung der Landwirtschaft.

Nach langen Verhandlungen konnte man sich am 24. Januar 1960 über eine gesamtdeutsche Mannschaft für die Olympischen Winterspiele in Squaw Valley/USA einigen.

Ein Parteifunktionär berichtete am 17. März 1960 in der SED-Zeitung "Neues Deutschland"

(x296/208 L): >>Werter Genosse Walter Ulbricht!

Wir sind sehr erfreut, Ihnen mitteilen zu können, daß sich nunmehr alle Bauern im Bezirk Neubrandenburg entschlossen haben, den Schritt vom Ich zum Wir zu tun und gemeinschaftlich zu arbeiten. ...

Durch die nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus möglich gewordene demokratische Bodenreform erfolgte der erste entscheidende Schritt, das böse Erbe der unseligen Vergangenheit abzuwerfen.

Durch den jetzigen Zusammenschluß aller bisher einzelbäuerlichen Betriebe zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften beginnt eine neue, höhere Stufe der Entwicklung für alle Bauern unseres Bezirkes. ...

Damit erhält auch der Bezirk Neubrandenburg ein neues Gesicht, geprägt von einer schönen sozialistischen Perspektive.

Gegenwärtig sind unsere Genossenschaftsbauern, unterstützt durch die in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zusammengeschlossenen patriotischen Kräfte und den Staatsapparat, dabei, mit großem Schwung die Frühjahrsbestellung in Angriff zu nehmen.

...<<

Ein geflohener mitteldeutscher Bauer berichtete später über die kommunistische Zwangskollektivierung der Landwirtschaft im März 1960 (x243/207): >>Täglich kamen 6-8 Mann und verlangten den Eintritt in die LPG. Oft kamen sie täglich zwei- bis dreimal oder blieben bis nachts zwei Uhr. Unter den Werbern befanden sich Polizei, SED-Funktionäre. ...

Mein Sohn studierte an der TH in Dresden, und sie äußerten sich dahingehend, daß mein Sohn im Falle einer Weigerung von der TH entlassen würde. ...<<

>>... Anfang März ... kamen etwa 40 Werber ... mit Omnibussen in den Ort. ... Jeder Einwohner ... wurde von mehreren Werbern bearbeitet. ... Nachts waren die Ein- und Ausfahrtsstraßen des Dorfes durch Volkspolizei mit aufgepflanztem Seitengewehr bewacht. Lautsprecher fuhren durch das Dorf und forderten die Einzelbauern namentlich auf. ...<<

Das SED-Regime erließ am 7. April 1960 eine neue Beförderungsordnung für Lehrer.

Den Lehrern wurden unter bestimmten Voraussetzungen folgende Titel verliehen: Oberlehrer, Studienrat, Oberstudienrat, Professor. Diese Titel waren mit Beförderungszulagen zum Grundgehalt verbunden.

"Karl-Marx-Stadt" (Chemnitz) meldete am 15. April 1960 als letzter DDR-Bezirk den Abschluß der Zwangskollektivierung aller landwirtschaftlichen Betriebe (x009/519).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Agrarpolitik" in der SBZ (x009/14-16): >>Die Landwirtschaft in der SBZ steht seit 1945 im Zeichen der von der kommunistischen Doktrin bestimmten Agrarpolitik.

Danach sind die Beseitigung des selbständigen Bauernstandes und seine Kollektivierung unerläßliche Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus.

Unter Mißachtung der ganz anders gearteten historischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen in Mitteldeutschland kopiert die Agrarpolitik der SED das sowjetische Vorbild. ...

... Auch in der SBZ hat man zunächst auf die allgemeine Kollektivierung der Landwirtschaft verzichtet. Aus praktischen und politischen Gründen wollte man eine Opposition der bäuerlichen Bevölkerung vermeiden; man versuchte sich ihre Sympathien durch eine Bodenreform zu verschaffen, die zu einer entschädigungslosen Enteignung der Großgrundbesitzer und zur Aufteilung ihres Landes in eine Vielzahl kleiner einzelbäuerlicher Betriebseinheiten führte. Ein ansehnlicher Teil des aus dem enteigneten und aus öffentlichen Ländereien gebildeten "Bodenfonds" bildete den Grundstock für die Errichtung volkseigener Güter. ...

Der durch die Bodenreform ausgelöste Prozeß der Vermehrung des Kleinbetriebes auf Kosten des Großbetriebes war jedoch nur der taktische Beginn einer "Revolution von oben", denn die

bei der Landverteilung zugrunde gelegte Betriebsgröße war so bemessen, daß man sich später auf das ökonomische Argument stützen konnte, die den modernen Bewirtschaftungstechniken weniger zugänglichen Kleinbetriebe in die "sozialistische Großbetriebsform" überführen zu müssen.

Das offensichtliche Nahziel war, die Bauernschaft zu neutralisieren, die Klassenspaltung im Dorf künstlich herbeizuführen und das neue Kleinbauerntum in eine vielfältige Abhängigkeit zu bringen, um es dem politischen Einfluß der kommunistischen Partei auszuliefern. ... Vor allem zeigte die Kollektivierung der technischen Ausrüstung in den Maschinen-Traktoren-Stationen die Absicht an, die zahlreichen Neubauern in seine Gewalt zu bringen. Die Bauern wurden vom Monopol der Maschinen-Traktoren-Stationen technisch abhängig. ...

Die Kampfmethoden gegen die Bauern mit größeren Wirtschaften (in der Regel über 20 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche) waren vielfältig und zahlreich. Sie reichten von der hohen Einstufung im Tarif-, Ablieferungs- und Steuersystem einerseits und von der Benachteiligung in der Belieferung mit Betriebsmitteln aller Art und in den Erzeugerpreisen andererseits bis zur Verschärfung des Strafmaßes bei Nichterfüllung der auferlegten Pflichten, bis zur gesellschaftlichen Diskriminierung und reinen Willkür. ... In enger Verbindung damit vervollständigten das Agrarpreissystem und die Ablieferungspflicht die Möglichkeiten, die Groß- und Mittelbauern stark zu benachteiligen. ...

Die Werbung für den "freiwilligen" Zusammenschluß in LPG lag das simple Prinzip zugrunde: Benachteiligung der Einzelbauern - Begünstigung der LPG-Mitglieder.

Durch mehrere Ministerratsbeschlüsse wurden als Begünstigungen für die LPG u.a. festgelegt: Bevorzugte Bedienung durch Maschinen-Traktoren-Stationen beim billigsten Tarif, bevorzugte Kreditgewährung, Steuerermäßigungen, Senkung des Ablieferungssolls, bessere Versorgung mit mineralischen Düngemitteln, Futtermitteln, Saatgut, Zuchtvieh und Geräten sowie Befreiung von Schulden, die aus der Übernahme von Land im Zuge der Bodenreform herrührten. ...

Die Zwangskollektivierung lief mit zeitweise unterschiedlichem Tempo vom Juli 1952 bis April 1960 ab. ...

Anfang 1960 setzte eine systematische Kampagne der SED ein, dazu bestimmt, den Widerstand der letzten Bauern zu brechen. SED- und FDGB-Funktionäre, Aktivisten, Organe der Polizei, der Staatsanwaltschaften, des SSD überschwemmt die Dörfer und erpreßten mit dem Beitritt zur LPG oft auch noch die Erklärung, daß er "freiwillig" erfolgt sei. In den ersten 3 ½ Monaten des Jahres 1960 ist ein annähernd gleich großer Nutzflächenanteil kollektiviert worden wie in den 7 Jahren von 1952 bis 1959. Am 15. April 1960 meldete der letzte Bezirk die "Vollsozialisierung". ...

... Mit der Umwandlung der LPG in Volkseigene Güter könnten auch die letzten Reste bäuerlichen Privateigentums, nämlich die persönliche Hauswirtschaft, der Verstaatlichung zum Opfer fallen. Die Überführung des persönlichen Eigentums an Grund und Boden - über die Stufe des "genossenschaftlichen Eigentums" - in "Staatseigentum" wäre dann vollzogen und vollkommen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Landwirtschaft" in der SBZ (x009/251-255): >>Die Agrarpolitik der SED hat sich den "Aufbau des Sozialismus auf dem Lande" und die Steigerung der Marktproduktion zum Ziele gesetzt. ...

Die mitteldeutsche Landwirtschaft der Vorkriegszeit wurde durch intensiven Ackerbau und eine pflanzliche Produktion gekennzeichnet, die derjenigen Westdeutschlands zum Teil überlegen war. Die Betonung der pflanzlichen Produktion war begründet in dem Überwiegen der Großbetriebe und des Ackerflächenanteils an der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Entsprechend diesen Verhältnissen überwog der Viehbesatz in Westdeutschland gegenüber Mitteldeutschland. ...

In den Naturalerträgen bleiben die Ernten der SBZ, trotz allen "Kampfes um die Produktionsverbesserung", nicht nur weit unter dem Ertragsniveau der BRD, sondern auch immer noch unter dem Vorkriegsstand.

... Daß in der SBZ der Ertrag an Feldfrüchten derart enttäuschend ist, läßt auf sehr beträchtliche Hemmungsfaktoren schließen, die nicht in Witterungseinflüssen, sondern vor allem in dem unbefriedigenden Kulturzustand der Böden zu suchen sind. Neben der unzureichenden Handelsdüngerversorgung (mineralische Düngemittel) wirken sich hier die verschlechterte Bodenbearbeitung durch die Maschinen-Traktoren-Stationen, der Minderbesatz an Zugkraft, Mängel in der Saat- und Pflanzgutversorgung sowie die Schädlingsbekämpfung, die errungene betriebswirtschaftliche Umstellung im Zuge der Kollektivierung und schließlich die mangelhafte Organisation der Feldwirtschaft in den LPG ... und zum größten Teil auch in den Volkseigenen Gütern (VEG) aus. ...

Die tierischen Minderleistungen gehen vor allem aus dem Zurückbleiben der durchschnittlichen Schlachtgewichte bei Rindern und Kälbern, der Schlachtumtriebe bei Rindern und Schweinen und der Milchleistung je Kuh um je 25 bis 30 % gegenüber dem Leistungsstand der BRD hervor.

Die geschilderten Mindererträge wirken sich naturgemäß auf die Ernährungswirtschaft der SBZ aus. Alljährlich wiederkehrende und im Jahre 1961 besonders akute Versorgungsschwierigkeiten sowie die nach vielen Versprechungen erst 13 Jahre nach dem Kriege aufgehobene Lebensmittelrationierung (Lebensmittelkarten) beweisen das zur Genüge.

Hinzu kommt die Abhängigkeit der Versorgung von Einfuhren an Nahrungs- und Futtermittel, vorwiegend aus den Staaten des Ostblocks, die ihrerseits häufig mit der Erfüllung der Lieferverträge Schwierigkeiten haben. Ausfuhrverpflichtungen und die Versorgung der sowjetischen Besatzungsmacht erschweren die Ernährungslage zusätzlich. ...

Der wirtschaftliche Rückschritt ist nicht zu trennen vom sozialen, von der Depression des Zukunfterlebens und den vielfältigen seelischen Konflikten, die besonders auf den Menschen in der Landwirtschaft der SBZ lasten.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über das "Agrarpreissystem" in der SBZ (x009/13): >>... Das Zusammenwirken von Agrarpreissystem und Ablieferungssystem bildete das Kernstück wirtschaftspolitischer Einflußnahme im Klassenkampf auf dem Lande, die mit der Zwangskollektivierung ihr vorläufiges Ziel erreicht haben dürfte.

Da in Privatbetrieben die Ablieferungsnormen je Hektar mit zunehmender Betriebsgröße progressiv anstiegen, nahm vom Kleinstbetrieb zur Großbauernwirtschaft hin die Möglichkeit, freie Spitzen zu verkaufen und damit hohe Aufkaufpreise zu erzielen, ab.

Das war die Ursache dafür, daß viele Mittel- und Großbauern wirtschaftlich zugrunde gingen, sofern sie es nicht vorzogen, wie die in Abhängigkeit von den Maschinen-Traktoren-Stationen gehaltenen kleineren Einzelbauern, ihre Selbständigkeit mit der Kollektivarbeit in den LPG zu vertauschen oder zu fliehen. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Ablieferungspflicht" in der SBZ (x009/9): >>Die gesetzliche Verpflichtung landwirtschaftlicher Betriebe, ihre Erzeugnisse nach vorgeschriebenen Arten, Mengen und Terminen an die volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe abzuliefern (Ablieferungssoll).

Der Ablieferungspflicht unterliegen alle Arten pflanzlicher und tierischer Produkte einschließlich Neben- und Abfallprodukte (Häute, Felle, Tierhaare, Federn usw.).

... Die Ablieferungsmengen (Normen) werden in der Regel je Flächeneinheit festgesetzt (Hektarveranlagung). Trotz gewisser Differenzierung wird dies weitgehend schematisch durchgeführt.

Durch die besondere Staffelung der Normsätze, die, im Gegensatz zu den normalen Leistungsverhältnissen, im "privaten Sektor" der Landwirtschaft so festgesetzt waren, daß sie bei

pflanzlichen und tierischen Produkten mit der Betriebsgröße progressiv anstiegen, wurde zusammen mit Agrarpreissystem ein Steuerungsmittel des Klassenkampfes auf dem Lande ausgebaut - zumal Nichterfüllung der Ablieferungspflicht strafrechtliche Verfolgung nach sich zieht -, das mit der Kollektivierung sein Ziel erreicht haben dürfte.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Zwangskollektivierung" der mitteldeutschen Landwirtschaft (x009/504): >>Im Westen verwendeter Begriff, der den Druck auf die Bauern zum Eintritt in die LPG allgemein, besonders aber die SED-Kampagne "sozialistischer Frühling" bezeichnet, in der im März/April 1960 rd. 250.000 Einzelbauern in LPG zusammengeschlossen wurden, womit nach Ulbricht "in der DDR die Befreiung der Bauern beendet" worden ist.

Das Prinzip der Freiwilligkeit des Eintritts in die LPG wurde durch zahlreiche Erpressungsmethoden im Rahmen einer planmäßigen Agitation gröblich mißbraucht, wogegen die westliche Welt scharfe Proteste eingelegt hat.

Als Motive für die parteiamtlich gelenkte Durchführung der Zwangskollektivierung sind anzusehen: Schaffung vollendeter Tatsachen mit außenpolitischer Zielsetzung; Beseitigung von Widersprüchen im System der kommunistischen Wirtschafts- und Agrarpolitik; Gewinnung von tüchtigen Landwirten und Betriebsmitteln (vor allem Vieh) für die LPG.

Propagandistisch wurden während der größten Zwangskollektivierung durch die These vom Bauernlegen (Einziehung abhängiger Bauernwirtschaften durch die adligen Gutsherren im 15. bis zum 17. Jahrhundert, besonders in England und in Mecklenburg) in Westdeutschland Ablenkungsversuche unternommen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Freiwilligkeit" in der SBZ (x009/140-141): >>Nach dem Parteijargon angeblich Grundlage der meisten staats- und gesellschaftspolitisch relevanten Entscheidungen und Akte der Bevölkerung, insbesondere des Beitritts und der Mitarbeit in politischen Organisationen, des Beitritts zu Genossenschaften u.a. Formen bolschewistischer Wirtschaft, der Beteiligung an jeglichem militärischen und paramilitärischen Dienst, der Mitarbeit an jeglichen Maßnahmen zur Planerfüllung - wie Selbstverpflichtungen. Sozialistische Wettbewerbe usw. -, der Mitarbeit im Nationalen Aufbauwerk u.a. -

Tatsächlich ist jede derartige Mitarbeit weitgehend durch mittelbaren Zwang oder Opportunitätsabwägungen, z.T. auch durch direkten Druck - z.B. während der Zwangskollektivierung vom Frühjahr 1960 - bewirkt worden.

Die bolschewistische Ideologie kann es sich aus der Fiktion der Identität des Parteiwillens mit dem Willen der breiten Massen, insbesondere der "Werkstätigen", nicht leisten, zuzugeben, daß die bolschewistische Partei - zum mindesten in den durch starke abendländische Traditionen hindurchgegangenen Volksdemokratien - weitgehend gegen den Willen der Bevölkerung ihre Maßnahmen trifft. Deshalb das Bestreben der Führungsorgane, ein politisches Klima zu schaffen, in dem die von der Führung gewünschten Maßnahmen so aufgedrängt werden, daß diese nicht umhin kann, sich für sie zu "entscheiden".

Mit wirklich freier Entscheidung hat das zumeist nicht das mindeste zu tun.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über den "Aufbau des Sozialismus" in der SBZ (x009/42): >>In der bolschewistischen Theorie die Übergangsperiode nach dem revolutionären Sturz des Kapitalismus bis zum vollendeten System des Sozialismus, der dann die Überleitung zum Kommunismus ermöglichen soll.

In der bolschewistischen Praxis nach 1945 in den osteuropäischen Satellitenstaaten und in der SBZ trat jedoch an Stelle einer undurchführbaren echten, explosiven "Revolution von oben", ... (die) "Schaffung der Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus", ... zunächst als antifaschistisch-demokratische Ordnung bezeichnet.

In ihrer "letzten Etappe" sollte die bürgerliche Revolution schrittweise in eine proletarische

Revolution umgewandelt werden. ... Nach dem Zeitplan des ZK soll der Aufbau des Sozialismus mit dem Ende der Siebenjahrplan-Periode (1965) abgeschlossen sein. Der zwischen Januar und April 1960 erfolgte Zerschlagung des bäuerlichen Privateigentums soll bis dahin die Vernichtung der Reste von privatem Handel, Einzelhandwerk und Privatindustrie folgen. ...<<

Westdeutsche Journalisten berichteten später über den "Sozialistischen Wettbewerb" in der DDR (x073/271): >>... In den Betrieben wird der individuelle Konkurrenzkampf durch den sozialistischen Wettbewerb der Kollektive ersetzt, die für Erfüllung und Übererfüllung des Plans nach einem komplizierten System durch Prämien belohnt werden, aber auch durch Orden, Ehrentitel, Reisen in die Sowjetunion und Wandzeitungslob für die Besten.

Höchste Ehre bedeutet der Staatstitel "Kollektiv der sozialistischen Arbeit", um den die Mitglieder einer Brigade – zwischen einem Dutzend und 40 Mann ein Jahr lang kämpfen.

Außer der Arbeit muß ein strammes Programm "gesellschaftlicher Aktivitäten" bewältigt werden. Es umfaßt politische und fachliche Schulungen und Lehrgänge, Besuch von Englisch- und Russischkursen, Mitgliedschaft im FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) und in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, regelmäßige sportliche Betätigung, Einsatz beim Deutschen Roten Kreuz und in den Betriebskampfgruppen, gemeinsame Theaterbesuche.

Obwohl die Teilnahme an solchen Wettbewerben meist nur unter Druck von Betriebsparteileitung und Gewerkschaft zustande kommt, das Kollektiv spielt im Leben des DDR-Arbeiters eine große Rolle. Man feiert zusammen, man lernt die Ehepartner kennen, lahme Brüder werden ins Kreuz getreten, mitzuziehen, Streitigkeiten und strafwürdige Handlungen geringerer Größenordnung kommen vor die Konfliktkommission.

Das Kollektiv kann Familienersatz sein. Eine Dreherin sagte uns: "Ohne die Brigade hätte ich meine Scheidung nicht durchgestanden."

DDR-Flüchtlinge, die in westdeutschen Betrieben anfangen, vermissen erst den Zusammenhalt am Arbeitsplatz. ...

Von sozialistischem Wettbewerb kündigt eine große Tafel am Eingang zum Maschinensaal einer Fabrik. Hier steht der Name jeder Arbeiterin und jedes Arbeiters fein säuberlich aufgelistet. Dahinter ist dann zu lesen, wie oft der oder diejenige krankgewesen ist. Und zu wieviel Prozent sie oder er den Plan erfüllt hat. Und alle Faulenzer, die weniger als 110 Prozent Planerfüllung aufweisen können, sind in rot gekennzeichnet. ...<<

Die evangelische und die katholische Kirche protestierten am 18. April 1960 gegen die willkürliche Zwangskollektivierung der Landwirtschaft.

Das Bundesverfassungsgericht entschied am 31. Mai 1960, daß auf Grund von Wirtschaftsstrafverordnungen verhängte DDR-Urteile in der Bundesrepublik nicht vollstreckt werden dürfen, da die Wirtschaftsstrafverordnungen der DDR gegen die verfassungsmäßige Ordnung verstießen (x009/487).

Die Bundesregierung verkündete am 2. Juni 1960 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1960 (x182/220): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 38,9 Milliarden DM entfallen 31,7 % auf Sozialleistungen und 26,6 % auf Verteidigungskosten.<<

Das SED-Politbüro bestätigte am 12. Juli 1960 die führende Rolle der SED und die Degradierung aller nachgeordneten Organe.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Regierung und Verwaltung" der SED (x009/360-361): >>... (Die) führende Rolle der SED und die Degradierung der Regierung und ihrer nachgeordneten Organe zu reinen Exekutivorganen der Einheitspartei wurden schließlich durch einen Beschluß des Politbüros der SED vom 12. Juli 1960 und seine verbindliche Interpretation der Zeitschrift "Die Einheit" (Heft 8/1960) theore-

tisch fixiert und vom Ministerrat in seiner Sitzung vom 14. Juli 1960 akzeptiert. ...

Zur weiteren Zentralisierung und Straffung der staatlichen Leitung und Kontrolle wurden gleichzeitig mit dieser Fixierung der Vormachtstellung der Partei gegenüber dem Staatsapparat die Weisungsbefugnisse der einzelnen Ministerien eingeengt.

Nur der Vorsitzende des Ministerrates und der Inhaber des neugeschaffenen Amtes eines "Stellvertreters des Vorsitzenden für Koordinierung und Kontrolle der Beschlüsse von Partei und Regierung" (Willi Stoph) sind noch berechtigt, Weisungen an die Vorsitzenden der Räte in den Bezirken und Kreisen zu geben. ...<<

Zehn Jahre nach Veröffentlichung der "Charta der deutschen Heimatvertriebenen" bekannten sich die deutschen Vertriebenen am 6. August 1960 weiterhin zu den damaligen Grundsätzen (x161/16): >>Vor 10 Jahren, als noch niemand voraussehen konnte, was aus Deutschland und aus uns deutschen Heimatvertriebenen würde, haben wir in unserer Charta - von unseren gewählten Vertretern unterzeichnet und verkündet - vor Gott und der Welt erklärt, was wir erlebten, was wir dachten und was wir erstrebten.

Millionen Menschen mußten zu dieser Zeit noch um die einfachsten und im Leben des einzelnen doch entscheidenden Dinge bangen und kämpfen, um ein Dach über dem Kopf, um Arbeit, um Brot.

Die geistig-moralische Not jener Zeit seit 1945, das soziale und wirtschaftliche Chaos, in das wir, unseres eigenen Willens beraubt, hineingetrieben wurden, ließen uns nicht verzweifeln. Wir wurden nicht zum sozialen Sprengstoff im politischen Spannungsfeld Europas.

Die Prüfungen und das Leid, das wir - wie heute Millionen Menschen anderer Völker - tragen mußten, prägten die festen, unverrückbaren Grundlagen unserer damaligen und gegenwärtigen Haltung. Wir wollen auch jetzt und künftig wie ehemals in die Heimat zurück. Wir sehen keinen Anlaß, unsere Haltung zu ändern, um so mehr als wir glauben, die Pflichten, die wir in der Charta auf uns nahmen, nach bestem Wissen und Gewissen beim Wiederaufbau Deutschlands und Europas erfüllt zu haben.

Wir anerkennen die Leistung des deutschen Volkes im Überwinden der Notstände. Sie stellt aber keineswegs die abgeschlossene Erfüllung der von uns vor 10 Jahren erhobenen sozialwirtschaftlichen Forderungen dar.

Dem in manchem hektischen wirtschaftlichen Aufstieg der Bundesrepublik, den wir zwar als Lebensmöglichkeit der Bevölkerung würdigen, stehen wir kühl gegenüber, weil wir auch dessen Schattenseiten deutlich erkennen.

Die Not unserer Tage wird besonders klar an der noch immer nicht überwundenen Zerreißen Deutschlands, an der Unfreiheit unserer Schwestern und Brüder jenseits des Eisernen Vorhangs ...

Wir bekennen uns daher heute erneut und feierlich zu den vor 10 Jahren in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen aufgestellten Grundsätzen. Um ihrer Verwirklichung willen müssen wir heute fordern:

1. Das durch das internationale Recht und die Satzung der Vereinten Nationen verbürgte Selbstbestimmungsrecht hat für alle Völker zu gelten, also auch für das deutsche Volk. Seine Verwirklichung darf nicht Interessen anderer Staaten geopfert werden. ...

2. Die Wiedervereinigung aller durch Willkür und Gewalt voneinander getrennten Teile Deutschlands ist trotz aller Hemmungen und trotz aller Widerstände herbeizuführen. ...<<

Die Volkskammer beschloß am 12. September 1960 ein Gesetz über die Bildung eines Staatsrates, der die Funktionen des Präsidenten der Republik wahrnehmen sollte.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Regierung und Verwaltung" der SBZ (x009/361-363): >>... Da mit der Schaffung eines "Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik" am 12.9.1960 weitere Exekutivbefugnisse in einer außerhalb des herkömmlichen Regierungsapparates errichteten Stelle akkumuliert (angehäuft) wur-

den, können Regierung und Verwaltung der SBZ nurmehr lediglich als Ausführungsorgane des zentralen Machträgers - des Parteiapparates und der von diesem beherrschten wie durch Personalunion gleichgeschalteten Organe - betrachtet werden. ...

Überdies wird die zentrale staatliche Verwaltung der SBZ in starkem Maße von der sowjetischen Partei- und Staatsführung beeinflusst. So nimmt der sowjetische Botschafter in Ost-Berlin an Sitzungen des Präsidiums des Ministerrates der SBZ teil. Zum anderen unterliegt die Wirtschaftsplanung und Wirtschaftsverwaltung der SBZ den Weisungen des von der sowjetischen Gosplan-Kommission geleiteten Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon). ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über den "Staatsrat" der DDR (x009/419-420): >>... Nach dem sowjetischen Vorbild wurde am 12.9.1960 das Amt des Präsidenten der Republik durch einen "Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik" ersetzt.

Zugleich wurden die Befugnisse des Staatsrates gegenüber dem Präsidentenamt stark ausgedehnt. Der Staatsrat wird von der Volkskammer auf die Dauer von 4 Jahren gewählt. Er besteht aus dem Vorsitzenden (Ulbricht) 6 Stellvertretern des Vorsitzenden und 16 Mitgliedern. Der Staatsrat ist der Volkskammer formal rechenschaftspflichtig. Er verkündet die Gesetze, verpflichtet die Regierungsmitglieder bei ihrem Amtsantritt, schreibt Wahlen zur Volkskammer aus, ratifiziert und kündigt internationale Verträge, ernennt Botschafter und beruft sie ab ...

Neben diese meist repräsentativen Aufgaben treten Funktionen, die von den klassischen verfassungsrechtlichen Befugnissen eines Staatsoberhauptes bzw. obersten Staatsrepräsentation stark abweichen. So gibt der Staatsrat "allgemein verbindliche Auslegungen der Gesetze", kann er selbständig "Beschlüsse mit Gesetzeskraft" erlassen, grundsätzliche Beschlüsse zu "Fragen der Verteidigung und Sicherheit des Landes" fassen, "grundsätzliche Anordnungen des nationalen Verteidigungsrates" bestätigen und die Mitglieder des Verteidigungsrates berufen.

In der Verfassung tritt der Staatsrat damit in eine Funktionskonkurrenz mit den legislativen und exekutiven Organen der SBZ.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Verfassung" der DDR (x009/455-456): >>Durch verfassungsänderndes Gesetz vom 12.9.1960 änderte die Volkskammer das Amt des "Präsidenten der Republik", das durch den Tod von Pieck neu zu besetzen gewesen wäre.

Der Staatsrat wurde geschaffen, dem unter dem Vorsitz von Ulbricht 24 Funktionäre angehörten. Mit dieser Maßnahme wurde die ohnehin ihres Inhalts längst entleerte Verfassung den Verhältnissen in der Sowjetunion und den übrigen Volksdemokratien auch formal noch mehr angeglichen. ...

Entscheidend für die Wertung der Verfassung und ihre Achtung bzw. Mißachtung durch das Regime der SED ist die Staatslehre des Marxismus-Leninismus. Danach hat das Staatsrecht wie alles Recht keine absolute, sondern nur relative Gültigkeit. Es entwickelt sich mit den sozial-ökonomischen Verhältnissen. So wird die Verfassung, obwohl bisher nur in wenigen Teilen ergänzt oder geändert, je nach der Entwicklung der Verhältnisse der "Basis" immer neu interpretiert, mithin nur als Durchgangsstadium angesehen.

Da die Wandlung des Staates von einer zunächst noch parlamentarisch bestimmten Mehrparteien-Ordnung über die antifaschistisch-demokratische Ordnung zur Volksdemokratie kein einmaliger revolutionärer Akt, sondern ein andauernder Prozeß ist, wird auch die Gültigkeit der Verfassung jeweils neu ausgelegt. So enthält die Verfassung auch keine Unabänderlichkeitsgarantie wie etwa das Grundgesetz der BRD, in dem eine Gruppe von Artikeln von einer Änderung selbst durch eine qualifizierte Mehrheit ausgenommen ist. ...

Die Handhabung der Verfassung in der Praxis wie ihre theoretische Grundlegung im Marxismus-Leninismus, den ihr das SED-Regime unterstellt, erweisen den dynamischen, auf Wandlung oder "Revolution" abgestellten Charakter der Verfassung. Sie wird damit nicht ein großes Rahmengesetz, dessen Sinn und Zweck das Erhalten und Schützen unwandelbarer Rechtsnormen sowie eine letzte Verlässlichkeit für Bürger, Regierung und Parlament ist.

Eine solche politische Zweckaufgabe einer Verfassung aber entleert sie im rechtsstaatlichen Sinne ihres Gehaltes und pervertiert sie zu einer Theorie des permanenten Staatsstreiches.<<

Am 17. September 1960 wurde dem Päpstlichen Nuntius für Deutschland, Erzbischof Dr. Bafilo, das Betreten des Sowjetsektors von Berlin verwehrt (x009/216): >>... Da gegenwärtig noch keine Vereinbarungen zwischen dem Vatikan und der Regierung der DDR bestehen, ist es nicht möglich, daß ausgerechnet ein Vertreter des Vatikans bei der Bonner Kriegsregierung in der Hauptstadt der DDR auftritt ("Neues Deutschland" ...).<<

Walter Ulbricht beteuerte am 26. September 1960, daß die DDR "die Sicherung des Friedens und die Abrüstung" will.

Ulbricht behauptete in dieser Erklärung zur Außenpolitik (x009/52): >>... Es stehen sich ... gegenüber die friedliebende DDR und die Friedenskräfte in Westdeutschland auf der einen Seite und die Revanchisten und Militaristen mit ihrer Bundesregierung in Westdeutschland auf der anderen Seite.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Außenpolitik" des SED-Regimes (x009/52): >>Seit der Sprengung der Pariser "Gipfelkonferenz" (Mai 1960) durch die Sowjetunion agiert das Regime der SBZ noch heftiger für atomare und nicht atomare Abrüstung und bezeichnet die Bundesrepublik als einzigen Störenfried.

Ferner erstrebt die SED nicht nur eine Koexistenz im Sinne der Sowjetunion und eine Konföderation zwischen der DDR und der Bundesrepublik. Sie tritt auch immer wieder (gemäß Vorschlag der Sowjetunion vom 10.1.1959) für einen Friedensvertrag ein, der die Bundesrepublik (ohne vorherige geheime gesamtdeutsche Wahlen) von westlichen Truppen entblößen, aus der NATO lösen und ihr rasch das Schicksal der SBZ bereiten würde. Ein solcher Vertrag soll auch den Westteil Berlins zur "Freien Stadt" machen, als ersten Schritt zur Einverleibung in die SBZ.

Um den Ostblock zu stärken und ihre eigene Stellung zu festigen, versucht die SBZ, vor allem in Afrika und Vorderasien, Hilfe für Entwicklungsländer zu geben. Diese Versuche sollen der Außenpolitik und dem Außenhandel dienen. Ihre Wirksamkeit in Übersee ergänzt sie durch die propagandistische Behauptung, die Bundesrepublik entfalte einen Neukolonialismus, der durch seine Tarnung doppelt gefährlich sei.

Die eigene Bindung an den sowjetischen Machtblock versucht die SBZ zu vertuschen durch scharfe Angriffe auf den begonnenen Zusammenschluß der Staaten Westeuropas. Sie bezeichnet diesen Zusammenschluß als gefährliche Machenschaft des nordamerikanischen Imperialismus und Kolonialismus, verdächtigt aber auch die gemeinsamen europäischen Einrichtungen und die europäischen Teile der NATO als getarnte Werkzeuge eines bundesrepublikanischen Großmacht- und Blockstrebens in Europa wie in Afrika.

Mit dieser Diffamierungskampagne soll die Bundesrepublik Deutschland bei ihren Verbündeten wie bei Ländern der nichtkommunistischen Welt verleumdet und isoliert werden.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die Hilfe für "Entwicklungsländer" (x009/111-112): >>In der Außenhandelspolitik gegenüber den Entwicklungsländern verknüpft der Sowjetblock nach marxistisch-leninistischem Prinzip wirtschaftliche Beziehungen eng mit politischen Aufgaben.

Die Hilfe für Entwicklungsländer der SBZ erstreckt sich auf Länder des afro-asiatischen Raumes und neuerdings verstärkt auf Brasilien, Argentinien, Uruguay, Kolumbien und besonders Kuba. Es handelt sich im wesentlichen um Staaten, die dem Sowjetsystem Wege wirt-

schaftlicher Notlagen für seine politischen Absichten besonders anfällig erscheinen.

Die Hilfe für Entwicklungsländer soll dem industriellen Aufbau der Länder durch Industrieanlagen und Einrichtungen zur eigenen Verarbeitung der Rohstoffe dienen im Austausch gegen die landesüblichen Rohstoffe und Produkte. Schwerpunkt der Hilfe für Entwicklungsländer sieht das Zonenregime in der Intensivierung des Handels mit diesen Ländern, um sich eine Vormachtstellung gegenüber dem freien Westen zu schaffen und Importe über europäische Zwischenhändler künftig auszuschalten. ...

... Die in den Ländern errichteten Handelsvertretungen mit "konsularischem Charakter" dienen auch der Sicherung politischer Verbindungen. Neben der technischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit wird eine sog. "Ausbildungshilfe" für fachliche Nachwuchskräfte gewährt, die in der SBZ zusätzlich gründlicher Schulung unterzogen werden.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die staatlichen "Tarnfirmen" in der SBZ (x009/435): >>Seit 1949 in der SBZ errichtete Handelsfirmen, die äußerlich als Privatunternehmen, tatsächlich aber für den staatlich gelenkten legalen und illegalen Außenhandel tätig sind. Die Namen der staatlichen Tarnfirmen haben gewechselt, aber die Aufgaben sind geblieben. Die wichtigste staatliche Tarnfirma ist zur Zeit die 1958 gegründete "Utimex-Außenhandelsvertretungen GmbH", die der Kammer für Außenhandel direkt untersteht und mit Vertrauensleuten der SED besetzt ist.

Die Utimex soll zugleich durch Ausschaltung der Firmenvertreter besonders der Bundesrepublik auf dem Umweg über Provisionen den Devisenbestand der SBZ aufbessern. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Gesamtdeutsche Arbeit" in der SBZ (x009/152-153): >>Unter der Gesamtdeutschen Arbeit wird vor allem die propagandistische Tätigkeit im Sinne der jeweiligen Deutschlandkonzeption der KPdSU- und SED-Führung verstanden (Wiedervereinigung).

Die Verantwortung für die Gesamtdeutsche Arbeit liegt hauptsächlich bei der zentralen Kommission für Gesamtdeutsche Arbeit beim ZK der SED. ... Eine wichtige Rolle spielen außerdem das Büro für nationale Gewerkschaftseinheit beim Bundesvorstand des FDGB, der Ausschuß für deutsche Einheit und der Nationalrat der Nationalen Front.

Im Zusammenhang mit der Zwei-Staaten-Theorie wurde 1960 ein Teil der Verantwortung für die Gesamtdeutsche Arbeit der Parteiführung der KPD in der SBZ übertragen. Nach wie vor werden alle wichtigen Arbeitsdirektiven durch das Politbüro und das Sekretariat des ZK der SED erteilt.

Im Mittelpunkt steht das Werben um die westdeutsche Arbeiterschaft, insbesondere um Mitglieder des DGB und der SPD, unter der Parole "Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse". ... Außerdem bemühen sich die SED und die ihr unterstellten Organisationen und Institutionen um Zusammenarbeit mit ehemaligen Offizieren, NSDAP-Mitgliedern, Unternehmern, Intellektuellen und anderen Bevölkerungsgruppen in der Bundesrepublik.

Wichtigste Arbeitsmethoden: Entsendung von illegal reisenden Instruktoren in die Bundesrepublik zur Unterstützung und Kontrolle der in den Tarnorganisationen und dem illegalen KPD-Apparat tätigen Funktionären sowie zur Überbringung finanzieller Zuschüsse; Entsendung von politisch zuverlässigen und besonders überprüften Delegationen, die insbesondere in Betrieben, Hochschulen, in den Gewerkschaften, öffentlichen Ämtern sowie mit gewählten Volksvertretern und mit Kommunalpolitikern in der Bundesrepublik diskutieren und Kontakte aufnehmen sollen, Einladung von ebenfalls ausgesuchten Delegationen sowie von Schulkindern (Ferienaktion) aus der Bundesrepublik in die SBZ "zum Studium der sozialistischen Erregenschaften"; Veranstaltung von "Gesamtdeutschen Arbeitskonferenzen"; und von "Gesamtdeutschen Gesprächen" zwischen SED-Funktionären und angeblichen SPD-Mitgliedern. Die Teilnehmer aus der Bundesrepublik sind in der Mehrzahl getarnte Kommunisten.

Verschickung von Propagandamaterial der Nationalen Front und des Ausschusses für deut-

sche Einheit an zahlreiche Organisationen, Betriebe, Schulen und Privatpersonen in der Bundesrepublik. Schulkinder, Angestellte, Funktionäre und andere werden aufgefordert, mit bekannten und unbekanntenen Personen in der Bundesrepublik in briefliche Verbindung zu treten sowie "Patenschaften" zu übernehmen und über die Notwendigkeit einer Anerkennung der DDR als souveränen Staat, die Umwandlung West-Berlins in eine sog. Freie Stadt, über die sozialistischen Errungenschaften, die angeblich "undemokratischen Verhältnisse" in Westdeutschland und die "Vorbereitung eines Blitzkrieges" durch die Bundesrepublik "aufzuklären".

Daneben wird die SED-Deutschlandkonzeption durch den Rundfunk und das Fernsehen propagiert. Die jährlichen Aufwendungen für alle diese Tätigkeiten werden auf 100 bis 120 Millionen DM West und 250 Millionen DM Ost beziffert. ...

In allen wichtigen politischen Fragen der Gesamtdeutschen Arbeit, zum Teil sogar in Detailfragen, entscheidet Walter Ulbricht.

Ziel der Gesamtdeutschen Arbeit ist die Bundesrepublik aus den "Händen der Monopolherren und ihrer Diener" zu befreien und dafür Sorge zu tragen, daß ganz Deutschland ein blühendes und in der Welt geachtetes sozialistisches Vaterland wird (Beilage 49 zur Zeitschrift "Junge Generation", S.11).<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Revanchepolitik" in der SBZ (x009/369): >>Als Revanchepolitik, häufig auch als Revanchismus verleumdete das Regime alle Bemühungen, die 1945 offengebliebenen Gebietsfragen zu erörtern, um sie auf dem Verhandlungswege zu lösen.

Jede Erörterung vor allem der deutschen Ostgebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie lehnt das Regime der SBZ scharf ab, weil sie angeblich zum Kriege gegen den Sowjetblock führe. Revanchepolitik wird vielen führenden Politikern aller Parteien der Bundesrepublik vorgeworfen.

Als Revanchepolitik stellt die SED auch die völlig rechtmäßigen Bemühungen weitester demokratischer Kreise und der Reichskabinette zwischen 1919 und 1932 hin, einschneidende Bestimmungen der Versailler Regelung von 1919 friedlich zu revidieren.

Mit ihren Behauptungen über die "Revanchepolitik in Westdeutschland" versucht das Regime der SBZ, die Bundesrepublik als einen Kriegstreiber hinzustellen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Wiedergutmachung" in der SBZ (x009/485-486): >>Eine individuelle Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts erfolgt in der SBZ nicht.

Auch mit anderen Staaten sind keine Wiedergutmachungsabkommen abgeschlossen. Nur die anerkannten, das heißt, noch heute für das kommunistische System in der SBZ eintretende Verfolgte des Naziregimes genießen einige Vorteile, darunter bei Erwerbsminderung Leistungen aus der Sozialversicherung, die denen bei Betriebsunfällen gleichen, auch wenn sie keine Versicherungszeiten aufweisen können.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Auslandspropaganda" der SBZ (x009/45): >>Ziel der Auslandspropaganda ist es, die nichtkommunistischen, vor allem die sogenannten neutralen Länder durch Herabsetzung der Bundesrepublik und durch die Propagierung der friedlichen, "uneigennütigen" und "antikolonialistischen" Politik des SBZ-Regimes der Bundesrepublik Deutschland zu entfremden und für verbesserte und schließlich diplomatische Beziehungen zu gewinnen.

Im weiteren Sinne bezweckt die Auslandspropaganda: Gewinnung neutraler Potenzen im Ausland, ihre Indoktrinierung im kommunistischen Geist, den Aufbau einer Monopolstellung im Informationswesen besonders der afrikanisch-asiatischen und lateinamerikanischen Staaten, die Intensivierung wirtschaftlicher Verbindungen.

Dafür werden außerordentlich hohe personelle und finanzielle Mittel aufgewendet; alle Han-

delsvertretungen, Konsulate usw. dienen als Schaltstellen der Auslandspropaganda, ebenso wie eine Vielzahl spezieller "Freundschaftsgesellschaften" ("Gesellschaft für Freundschaft zwischen Mexiko und der DDR" ...). Aber auch spezielle "Solidaritätskomitees" oder die "DDR-Sektion der Weltföderation der Partnerstädte" und ähnliche Institutionen sind im Rahmen und im Sinne der Auslandspropaganda aktiv tätig.

Zur Indoktrinierung von Gästen und Studenten aus dem nichtkommunistischen Ausland bedient sich die Auslandspropaganda u.a. spezieller Foren und Konferenzen ("Ostseewoche", "Konferenz zum Studium des westdeutschen Neokolonialismus"), des "Instituts für Ausländerstudium" an der FDGB-Hochschule in Bernau, des "Instituts für Ausländerstudium" an der Universität Leipzig und anderer Institutionen.

Spezielle Publikationen der Auslandspropaganda sind u.a. die vielsprachig erscheinende "DDR-Revue", "Bericht aus dem demokratischen Deutschland" und "Deutsche Stimmen".

Vom Staatlichen Rundfunkkomitee wird über den Sender "Radio DDR International" ein besonderer "Auslandsdienst des Deutschen Demokratischen Rundfunks" betrieben, der täglich mehrstündige Programme in Englisch, Französisch, Dänisch, Arabisch und in anderen Sprachen ausstrahlt.

Der Auslandspropaganda dienen schließlich die Weitergabe von Rundfunkprogrammen, die Werbung und Vermittlung ausländischer Besucher in der SBZ, offizielle und inoffizielle Reisen von Wissenschaftlern, Wirtschaftlern, Partei-, Gewerkschafts-, Jugend- und Staatsfunktionären.

... Zentrale Steuerungsstelle (für die Auslandspropaganda) ist in jedem Falle der SED-Parteiapparat.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Infiltration" der SBZ (x009/188): >>Sammelbezeichnung für die kommunistische Taktik des Einsickerns von Personen, Nachrichten und Gerüchten.

Durch Infiltration soll eine geschlossene Abwehr gegen den Bolschewismus untergraben werden. Anders als lautstarke Propaganda ist sie gefährlich durch ihre unmerkliche, auf die Dauer zersetzende Wirkung. Das Ziel der vielfältigen Infiltrationsmethoden sind alle Personenkreise, bei denen Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen vorausgesetzt wird.

Während durch personelle Infiltration kommunistische Vertrauensleute in wichtige Stellungen des gesamten öffentlichen Lebens eingeschleust werden sollen, will die geistige Infiltration durch Ausstreuen von Gerüchten und Zwecknachrichten im Westen ein Gefühl der Unsicherheit und Schwäche verbreiten. Die wichtigsten westdeutschen Stützpunkte für die Infiltrationstaktik sind die kommunistischen Tarnorganisationen.

1960 erschienen für Zwecke der Infiltration mehr als 130 Zeitungen und Zeitschriften der Tarnorganisationen (größtenteils in der SBZ gedruckt) und 120 kommunistische Betriebszeitungen und mindestens 167 Zeitungen und Ortsblätter der verbotenen KPD. Ferner wurden monatlich 9 bis 10 Millionen Flugblätter und Briefzeitungen in die Bundesrepublik geschmuggelt.

Für die Infiltration, die eng mit der gesamtdeutschen Arbeit der SED, der Massenorganisationen und des Staatsapparates zusammenwirkt, werden sehr hohe Summen ausgegeben. Die Richtlinien für die Infiltration erteilt das Politbüro der SED. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Tarnorganisationen" der SBZ (x009/435): >>Organisationen unter kommunistischer Leitung, die besonders außerhalb des kommunistischen Machtbereiches nichtkommunistische und politisch indifferente Kreise bearbeiten.

Sie sollen kommunistische Gedanken verbreiten und Aktionen gegen gesellschaftliche und politische Ordnung der Freien Welt vorbereiten. Auch sind Tarnorganisationen scheinbar harmlose Aushängeschilder für "gesamtdeutsche Gespräche" und "Friedensaktionen" sowie

Stützen der Infiltration und der eingeschleusten Agenten und Spione. ...

Neben internationalen Tarnorganisationen gibt es kleine, z.T. örtliche Tarnorganisationen, die als "Aktionsausschüsse, Kreise, Komitees" o.ä. auftreten. Sie sind gefährlich, weil sie sich örtlichen und zeitlichen Gegebenheiten anpassen und in der Lage sind, Mißstimmungen auch kleinerer Personengruppen auszunutzen.

In der Bundesrepublik sind Tarnorganisationen nach der Gründung der DDR und den kommunistischen Wahniederlagen sehr rege. Gesteuert werden sie von der Abteilung "gesamtdeutsche Fragen" des ZK der SED und von der entsprechenden Abteilung des Bundesvorstandes des FDGB.

Die Zahl der Tarnorganisationen in der Bundesrepublik ging in die Hunderte. Ein großer Teil besteht nicht mehr. Denn sobald sie als kommunistische Werkzeuge entlarvt sind, stellen sie ihre Tätigkeit ein, um unter Führung der gleichen Leute, aber unter anderem Namen ihre Wühlarbeit wieder aufzunehmen.

Nach vorsichtigen Schätzungen belief sich die Zahl der Tarnorganisationen im Jahre 1953 auf etwa 90, während sie 1955 mit etwa 130 angegeben wurde. Es empfiehlt sich, in Zweifelsfällen Auskunft bei den zuständigen Bundes- und Landesbehörden einzuholen.<<

Am 29. September 1960 schlossen die Kultusminister der Länder in Saarbrücken eine "Rahmenvereinbarung" für die Oberstufen der Gymnasien, den Geschichtsunterricht in das Fach "Gemeinschaftskunde" zu integrieren.

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die Vergangenheitsbewältigung der Deutschen (x306/267-278): >>**Vergangenheitsbewältigung**

Je weiter sich der Zweite Weltkrieg entfernt, desto gegenwärtiger wird er. Nicht etwa im Gedenken von Kriegervereinen, sondern in den aus ihm gezogenen "Lehren", deren Beachtung jedermann dringlich empfohlen wird. Dafür hätte kaum ein schwammigerer Begriff als "Vergangenheitsbewältigung" gefunden werden können. Mittlerweile hat die Vergangenheitsbewältigung bereits ihre Geschichte, die selber nach Bewältigung ruft.

Die amtliche Darstellung der Bundesregierung präzisiert: "Am 24. Dezember 1959 gegen 23 Uhr wurde auf dem in Köln am Hansaring errichteten Gedenkstein für die Opfer des Nationalsozialismus mit der Inschrift: 'Hier ruhen sieben Opfer der Gestapo.

Dieses Mal erinnert an Deutschlands schandvollste Zeit 1933-1945' der zweite Satz mit schwarzer Lackfarbe überschmiert. In derselben Nacht, am 25. Dezember 1959, gegen 2.30 Uhr wurde die Synagoge in Köln, Roonstraße, durch folgende Aufschriften besudelt: die Außenmauer des Grundstücks durch die Parolen 'Juden raus' und 'Deutsche fordern: Juden raus'; die Wand und ein Eingang zur Synagoge durch Hakenkreuze und durch Überschmieren der Inschrift 'Synagogengemeinde Köln'; die Innenseite des Toreingangs zur Synagoge durch ein Hakenkreuz sowie durch Überstreichen der Hausglockentafel und des Türgriffs. Zu diesen Schmierereien wurde weiße und rote Lackfarbe benutzt."

Die beiden mitternächtlichen Täter - sie waren wegen fortgesetzten Betrugs und Autodiebstahls bereits vorbestraft - wurden Anfang Februar 1960 wegen "Beschädigung öffentlicher Sachen" zu 14 bzw. 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Man hat von ihnen seither nichts mehr gehört.

Die Tat jedoch löste eine weltweite Kampagne aus, die eine Identifizierung der Bundesrepublik mit dem 1945 untergegangenen "Dritten Reich" zum Inhalt und teilweise auch zum Ziel hatte. Der Verfasser, der sich zu diesem Zeitpunkt in Indien aufhielt, war nach der Lektüre der dortigen Presse im Zweifel, ob die Nationalsozialisten in der Bundesrepublik kurz vor der Machtergreifung stünden oder die Macht schon ergriffen hätten. Die Auslandsberichterstattung der indischen Presse basierte damals fast ausschließlich auf britischen Quellen.

Am 18. Februar 1960 mußte Bundesinnenminister Schröder im Bundestag erklären: "Wir stellen uns ernsthaft die Frage, ob wir den nach 1945, insbesondere seit der Bildung der Bundesrepublik 1949 eingeschlagenen neuen Weg ohne Beeinträchtigung fortsetzen können."

Die Bundesregierung sah sich plötzlich für Dinge haften, die sie weder veranlaßt hatte noch irgendwie beeinflussen konnte. Mit höchst unzulänglichen Mitteln versuchte sie sich der propagandistischen Sturzflut, die über die Bundesrepublik hereinbrach, entgegenzustemmen. Schröder sagte im Bundestag: "Wir werden heute nicht von neuem vor die persönlichen Entscheidungen der Jahre 1933 bis 1945 gestellt, sondern wir haben 15 Jahre eines konsequent anderen Weges hinter uns ..."

Unter uns kann es und darf es nicht den Maßstab wirklichen oder angeblichen Versagens gegenüber dem totalitären Nationalsozialismus geben, der alle unter sein kaudinisches Joch gezwungen hat, sondern nur einen einzigen Prüfstein: den entschlossenen Willen, den seit 15 Jahren verfolgten neuen Weg unbeirrt fortzusetzen."

Schröder hatte natürlich seine staatspolitische Rechnung ohne den publizistischen Wirt im deutschen Hause gemacht, und seine Mahnung verhallte wie der Kommentar eines Provinzblattes. Hingegen kam die Erklärung des Bundestagsvizepräsidenten Carlo Schmid dem vom Wirt Erwünschten schon ziemlich nahe. Zwar, meinte Schmid, habe die Pressekampagne dazu geführt, daß eine Reihe von Halbstarken ähnliche Taten wie die in Köln begangen hätten, was mancherorts bedauert würde: "Vielleicht ist dies aber gut: es gibt Lagen, in denen man die schlafenden Höllenhunde wecken muß, um an ihrem Gebell innezuwerden, wie nahe die Hölle noch ist."

Wenn ein Mao eine "Hundert Blumen-Kampagne" einleiten kann, die die Parteifeinde hervorlockt, um sie dann desto besser zerschmettern zu können, so wollte Carlo Schmid nur "innerwerden". Ihm ging es um die Demonstration, daß es "unter der Schwelle des Bewußtseins noch unaufgeräumte Unratecken gibt". Allerdings definiert die Aufgabe der Aufräumung von Unratecken unter der Schwelle des Bewußtseins das Wesen des Staates neu, dessen nunmehriger tiefenpädagogischer Beruf sich mit dem alten der Gewährleistung der Rechtsgemeinschaft und deren Schutz gegen Angriffe, auch von außen, nicht vereinbaren läßt.

Der Konflikt zwischen den Staatsaufgaben wurde von Carlo Schmid auch gesehen und einseitig entschieden, wenn er denjenigen ein "Versagen" vorwarf, die die Vorgänge "nicht unter dem Aspekt der Moral, sondern unter dem Gesichtswinkel des möglichen Schadens betrachten, den die Bundesrepublik erlitten haben mag". Neben den beiden diametral einander gegenüberstehenden Äußerungen, die auf eine vollkommen verschiedene Auffassung über die Aufgaben des Staatswesens zurückgehen, druckte die amtliche Publikation noch ein beinahe rührendes Zeugnis des Verkennens der Situation ab. Bundespräsident Lübke sagte:

"Wenn die Weltpresse die deutschen Gegenaktionen, die sich auf eine geschlossene Volksmeinung stützen, ebenso breit in der Öffentlichkeit behandelt hätte wie die einzelnen Schändungen, so wäre das Gesamtbild für Deutschland günstiger."

Man konnte aus "moralischen" Gründen bewußt politische Risiken eingehen, man konnte versuchen, diese Risiken zu begrenzen, aber man konnte nun wirklich nicht an den Gerechtigkeitssinn der "Weltpresse" appellieren. Der Topos "Nazi Germany" erfüllte eine ganz bestimmte, nüchtern kalkulierte Funktion bei dem Versuch, mit den Russen ins politische Geschäft zu kommen. Hitler war der Katalysator der russisch amerikanischen Allianz im Zweiten Weltkrieg gewesen. Warum sollte er nicht den gleichen Dienst ein zweites Mal leisten?

Interessant an der Erklärung Carlo Schmidts ist, daß er sich über die Struktur der Massenmedien nicht im klaren war. Er spricht an einer Stelle von "Wochenschau" (also Kino) und "Zeitung", an anderer Stelle von der "Presse", die "viel Aufhebens von diesem Schmutze" gemacht habe, und verkennt völlig, daß zum Zeitpunkt des Kölner Ereignisses die Schwelle zum Fernsehzeitalter überschritten war.

Die Erhebung des Zeigefingers begann auch mit einer Fernsehansprache des nordrheinwestfälischen Innenministers Dufhues am ersten Weihnachtsfeiertag. Die Sendezeit konnte kaum günstiger liegen, da die Zahl der Fernsehsender sich gerade so vermehrt hatte, daß man von einer allgemeinen Verbreitung sprechen konnte, und der Weihnachtsfeiertag der Tag des großen Ausprobierens war.

Es ist kein Zufall, daß der Durchbruch der Kampagne durch Ausnutzung eines optischen (Hakenkreuz) und nicht eines akustischen Anlasses gelang. Die Kölner Hakenkreuzschmiererei und die durch sie ausgelöste weltweite Kampagne ist das erste große telekausale politische Ereignis, dem im folgenden Jahr das noch bedeutendere der Wahl des Präsidenten John F. Kennedy folgen sollte.

Die Weihnachten 1959 anlaufende Agitation gab einer Kampagne den offiziellen Stempel, die in privaten Bereichen schon einige Jahre zuvor Fuß gefaßt hatte. Sie trug den recht kuriosen Namen "Bewältigung der Vergangenheit". Der Name stammt aus dem Mekka der Gesprächspilger, den Evangelischen Akademien.

1955 war er erstmals von Erich Müller-Gangloff auf eine Einladung zu einer Tagung der Evangelischen Akademie Berlin gesetzt worden, im Oktober 1955 Thema einer Tagung der Grenzakademie Sankelmark, dann am 20. Juli 1956 als "Hitler oder die unbewältigte Vergangenheit" Thema einer Tagung in Berlin. Er tauchte auf dem siebenten Evangelischen Kirchentag des gleichen Jahres in Diskussionsbeiträgen auf und verbreitete sich wie ein Buschfeuer. Theodor W. Adorno gab im Herbst 1959 folgende Exegese:

"Die narzißtischen Triebregungen der einzelnen, denen die verhärtete Welt immer weniger Befriedigung verspricht und die doch ungemindert fortbestehen, solange die Zivilisation ihnen sonst soviel versagt, finden Ersatzbefriedigung in der Identifikation mit dem Ganzen. Dieser kollektive Narzißmus ist durch den Zusammenbruch des Hitlerregimes aufs schwerste geschädigt worden. Seine Schädigung ereignete sich im Bereich der bloßen Tatsächlichkeit, ohne daß die einzelnen sie sich bewußt gemacht hätten und dadurch mit ihr fertig geworden wären. Das ist der sozialpsychologisch zutreffende Sinn der Rede von der unbewältigten Vergangenheit."

Die Vergangenheitsbewältigung ist die Anwendung sozialpsychologischer Erkenntnisse in einer Massentherapie, die eine krankhafte Einstellung der Deutschen (Sozialpathologie) durch Bewußtmachung ihrer "Vergangenheit" zum Verschwinden bringen will. Die Deutschen hätten den Nationalsozialismus im allgemeinen, "Hitler - das gesamtdeutsche Trauma" (Gert Kallow) im speziellen verdrängt und leisteten Widerstand, wenn man sie mit dieser Vergangenheit, also mit sich selber, konfrontierte.

Hitler werde eingekapselt, mit bösen Etiketten versehen, abgelehnt. Dadurch sei die Vergangenheit aber keineswegs bewältigt, sondern eben unbewältigt, da die gebotene "Trauerarbeit" (Alexander Mitscherlich) verhindert werde.

Wenn die Assimilation Hitlers und seine fortschreitende seelische Überwindung in das Zentrum einer Sozialreligion gerückt wird, ordnen sich alle Gegenstände um den Glaubenshauptgegenstand herum an. Alles und jedes ist entweder Trauerarbeit oder Flucht vor ihr. Schließlich tritt an die Stelle des Kalten Krieges der neue Ost-West-Konflikt der verschiedenen Aufarbeitungssysteme:

"Während es für den Christen selbstverständlich ist, daß die Abkehr von diesem Gestern nur im Gegenüber zur bewußten Erinnerung erfolgen kann, ist für den Marxisten mit dem Eintritt in die Welt des Sozialismus jede Verbindlichkeit von gestern her erloschen" (Erich Müller-Gangloff).

Dieser Gedanke kann dahingehend entwickelt werden, daß ein innerdeutscher Ost-West-Ausgleich, der nicht notwendig eine staatliche Wiedervereinigung bedeutet, dadurch erreicht werden kann, daß sich östlicher Marxismus und westliche Bewältigung vermählen. Mancher

"Dialog" steuert deutlich in diese Richtung. ...

Für die Trauerarbeit ist Voraussetzung, daß Hitler nicht sterben darf. Für die weltpolitische Situation war er schon 1944 tot, es ging nur noch um sein Erbe. Damit öffnet sich eine Schere zwischen den vermeintlichen psychologischen und therapeutischen Erfordernissen und der sich aus der politischen Weltkonstellation ergebenden Gegenwartssituation. ...

Der Bewältigung der Vergangenheit liegt ein geschlossenes System eines geistigen Kreislaufs zugrunde. Ein moralisches Postulat wird in der Gegenwart aufgestellt. Aufgrund dieses Postulats werden das "Dritte Reich" und die deutsche Geschichte gedeutet.

Aus der so gedeuteten Geschichte werden Lehren für die Gegenwart gezogen, die zu verschärften moralischen Postulaten und damit zu erneut rigoroseren Deutungen der Vergangenheit führen, und so weiter, immer im Kreis herum, bis eines Tages das auf sich selbst bezogene Gebilde am Fels der Realität zerschellt. Die moralische Eskalation kann auf Inhalte weitgehend verzichten.

Die Verwendung der Geschichte des "Dritten Reiches" in der Trauerarbeit hat eine Begegnung mit Geschichte nicht in ihrem Gefolge, im Gegenteil. Hans Buchheim, der über ein Jahrzehnt im "Institut für Zeitgeschichte" tätig war, kommt zum Schluß:

"Alles in allem muß man also leider feststellen, daß mit zunehmendem zeitlichem Abstand vom Dritten Reich die Vorstellungen über jene Zeit nicht etwa zutreffender werden, sondern vielmehr immer abwegiger." Es grassiere eine spekulative Betrachtungsweise, die "Geschichte nur als Stoff benutzt, an dem sie ein Prinzip demonstrieren kann".

Die Betrachtung des Dritten Reiches durch die Älteren sei völlig unreflektiert, nur durch persönliche Eindrücke bestimmt, die der jüngeren nur reflektiert. "Die Jüngeren halten eine differenzierende Betrachtungsweise von vorne herein für apologetisch und unmoralisch, weil für ihre Begriffe die Moralität des Urteils in dem Maße zunimmt, in dem alle Aspekte eines Problems auf einen Aspekt konzentriert werden".

Der Aspekt, auf den alle Aspekte des Dritten Reiches konzentriert werden, ist nach Buchheim der Aspekt des Verbrechens, zusammengefaßt im Symbolbegriff Auschwitz. Vom Aspekt des Verbrechens wird ein Dispens des politischen Denkens abgeleitet, der jede nüchterne Erwägung in der Gegenwart und jede Einbeziehung des Selbstinteresses schon als Ansatz zum Verbrechen wertet. ...

Der Verfasser besitzt eine von Werner Hilgemann herausgegebene Schulwandkarte, die auf vier Quadratmetern mit Judensternen, SS Fähnchen, Wachtürmen und Galgen bedeckt ist, ihr Titel: "Deutschland unter der Hitlerdiktatur 1933-1945." (Verlag J. Perthes, 1963). Als 1960 das propagandistische Gewitter über der Bundesrepublik losbrach, war ein Blitzableiter vonnöten. Die Schulen waren aufgrund der bestehenden staatlichen Schulhoheit der Ort, wo ohne Störung der Rechtsordnung, die bei einer zweiten Entnazifizierung unvermeidbar gewesen wäre, bewältigt werden konnte.

Schon am Januar 1960 setzten nach dem Bericht der Bundesregierung die "systematischen Belehrungen in den Schulen" ein. Eine Flut von Anweisungen folgte. Am 29. September 1960 kam die "Rahmenvereinbarung" der Kultusministerkonferenz in Saarbrücken zustande, die in den Oberstufen der Schulen das Fach "Gemeinschaftskunde" einführt und den Geschichtsunterricht in ihm aufgehen ließ. An die Stelle des chronologischen Geschichtsunterrichts trat der "exemplarische", der den Stoff benutzte, um an ihm ein Prinzip zu demonstrieren.

Die demonstrationsstudentische Bewegung von 1967/68 ist nicht von ungefähr antihistorisch. In der Antifestschrift zum 150 jährigen Jubiläum der Universität Bonn, "150 Jahre Klassenuniversität", schreibt Bernd Pauly:

"Uns scheint, es würde niemandem auffallen, wenn die Geschichtswissenschaft über Nacht abgeschafft würde. Dort, wo sie gesellschaftliche Effizienz haben soll, an den höheren Schulen, wird sie als autonomes Unterrichtsfach mehr und mehr zurückgedrängt, denn es leuchtet

selbst Kultusministern ein, daß die lichtsuchende Jugend kanonisierter Plattheiten über Bismarck und andere füglich entraten kann".

In der Einführung des Faches "Gemeinschaftskunde" sahen seine Promotoren eine "große neue Aufgabe", nämlich "die Erziehung des (auch) politischen Menschen, der die Erinnerung bewahrt und aus ihr handelt" (Felix Messerschmid). Sie glaubten allen Ernstes, mit ihrem Unternehmen einen Beitrag zur geistigen Verteidigung des Westens zu leisten, zu der Karl Dietrich Erdmann auf dem Historikerkongreß von Duisburg 1962 in flammenden Worten aufrief. Eine völlig unübersehbare Literatur über Didaktik und Systematik des politischen Unterrichts ergoß sich über die Pädagogen.

Es war vorauszuberechnen, daß etwa im Jahre 1968 zum ersten Mal seit 1945 eine politisch gereifte und demokratisch gebildete Abiturientengeneration in die Universitäten einrücken würde. Tatsächlich wurde diese Generation auch als "erste hoffnungsvolle Generation unseres Volkes" (Müller-Gangloff) begrüßt.

Wenn Messerschmid das Erziehungsziel des Bewahrens der Erinnerung und des Handelns aus ihr aufstellte, übersah er, daß die Jugend ja nicht die Messerschmidischen Erinnerungen bewahren konnte, sondern nur die ihres eigenen Erlebniskreises, und der wurde durch eiertanzende Studienräte gebildet, die als politische Doktrin eine reichlich stümperhafte Rationalisierung von Erlebnissen anderer zu verkünden hatten. ...

Welche Rolle konnte die "unbewältigte Vergangenheit" als Bildungserlebnis bei einer Generation spielen, die nach dem Krieg geboren und nun z.B. von Pfarrer Franz von Hammerstein vor die Frage gestellt wurde: "Was würden wir tun, wenn man uns zum Selektieren auf die Rampe in Auschwitz Birkenau stellte, oder wenn wir als Soldaten die grauenhaften Geiseler-schießungen beobachteten?" Die Antwort mußte, da Auschwitz in unerreichbare Ferne gerückt war, in dem Wurf von Frischeiern auf lebende Staatsmänner, Love Ins in Rektoratsräumen und der Auffassung bestehen, daß die ganze Gesellschaft in Verbrechen verstrickt sei. Die bewältigende Generation glaubte, es sich schuldig zu sein, die Jugend in einen Prozeß der Sühne einzubeziehen:

"Man kann stellvertretend für die Väter sühnen, ähnlich wie die Väter oft für ihre Kinder sühnen müssen. Sühne ist nicht identisch mit Strafe verbüßen, sondern bedeutet, die Strafe als gerecht akzeptieren. Worin besteht eigentlich die Strafe? Einzelne werden bestraft, wenn die Gesetze, die Justiz, dazu zwingen.

Das deutsche Volk wurde unter anderem bestraft durch die Wegnahme von Ostpreußen, Schlesien und Pommern, durch die Vertreibung der dortigen Bevölkerung sowie durch die Teilung. Diese Strafen haben nach 1945 mehr oder wenige Schuldige - von Unschuldigen sollte man für die damalige Generation nicht reden - getroffen, und gerade etwa die Teilung trifft auch Unschuldige heute. Welche Strafen uns ein künftiger Friedensvertrag etwa noch auferlegt, wissen wir nicht."

Die religiöse Aufladung der profanen Geschichte, die Ersetzung des persönlichen Gottes durch den Geschichtslenker, der sich im Zeitgeschehen offenbart und sein Gericht durch die Weltmächte vollzieht, ist in der geschichtlichen Dimension des Christentums, aus der nach Löwith die säkulare Geschichtsphilosophie hervorging, angelegt, so daß der Sühneprotestantismus - auch im Katholizismus kommen Parallelen auf - manchen innerkirchlichen Ansatzpunkt hatte. Politische Differenzen bekamen dadurch kirchensprengende Wirkung.

Die Vergangenheitsbewältigung hat auch Wissenschaftsgeschichte geschrieben und die Fragestellungen, Terminologien und Antworten einer ganzen Reihe von Fächern - von der Psychiatrie bis zur Staatsrechtslehre - beeinflußt. Als Beispiel einer Anwendungsmöglichkeit der Vergangenheitsbewältigung sei das Gebiet der Außenpolitik herausgegriffen.

Die auf die Außenpolitik angewandte Vergangenheitsbewältigung hatte, wie die dritte außerparlamentarische Bewegung "Kampf dem Atomtod", ihren Ausgangspunkt im Göttinger Me-

morandum der 18 Physiker. In vertraulichen Erörterungen am Dienstsitz von Bischof Hermann Kunst, Militärbischof, Bevollmächtigter des Rates der Evangelischen Kirche bei der Bundesregierung und Exponent des Kirchenliberalismus, wurden weitere Aktionen nach Art des Göttinger Memorandums konzipiert.

Ein "Tübinger Memorandum" wurde im Herbst 1961 an die Abgeordneten des neuen Bundestages verschickt und mit ihnen erörtert. Unter den Unterzeichnern (Becker, Bismarck, Heisenberg, Howe, Picht, Raiser, Weizsäcker) befanden sich noch zwei Physiker. Die Federführung war jedoch eindeutig an den Tübinger Juristen Prof. Ludwig Raiser übergegangen.

Während das Göttinger Memorandum sich nicht in der Lage sah, einen politischen Rat zu erteilen, und nur die Nichtbeteiligung der Physiker an der atomaren Forschung zu militärischen Zwecken kundtat, weiß die neue Denkschrift Bewegung genau, was zu tun ist, und versucht, die politischen Instanzen unter Druck zu setzen, indem sie vorgibt, sie durch Aufhebung des Drucks zum Handeln zu befreien. Der Kernsatz des Memorandums lautet:

"Die deutsche Position in der gegenwärtigen Krise wurde dadurch geschwächt, daß wir an Ansprüchen festgehalten haben, die auch bei unserem Verbündeten keine Zustimmung finden. Wir sagen nichts Neues, wenn wir die Ansicht aussprechen, daß zwar Freiheit der in Berlin lebenden Menschen ein von der ganzen Welt anerkanntes Recht ist, daß aber das nationale Anliegen der Wiedervereinigung in Freiheit heute nicht durchgesetzt werden kann, und daß wir den Souveränitätsanspruch auf die Gebiete jenseits der Oder Neiße werden verloren geben müssen."

Das Tübinger Memorandum brachte Anschauungen zu Papier, die an keinem Punkte über das hinausgingen, was in den Kreisen der Kennedy Administration umlief und was von jenen, welche die deutsche Politik den amerikanischen Vorstellungen der Kennedy-Berater anpassen wollten (z.B. "Die Zeit"), angestrebt wurde. ...

Die eigentliche Sensation des Memorandums war jedoch sein theologischer Hintergrund. Diese Sensation steigerte sich noch, als der Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands eine "Kammer für öffentliche Verantwortung" unter dem Vorsitz von Prof. Ludwig Raiser und der Geschäftsführung von Oberkirchenrat Erwin Wilkens beauftragte, eine Ost-Denkschrift auszuarbeiten, die den Titel trug "Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn".

Die Denkschrift wurde im Oktober 1965, wieder nach der Wahl eines neuen Bundestages, veröffentlicht und führte sofort zu einer lebhaften Debatte, die nach einem halben Jahr schon 40 selbständige Schriften zutage gefördert hatte und heute noch anhält. Die Bielefelder These der Kirchlichen Bruderschaften, daß der Verzicht auf die Ostgebiete eine Erkenntnis sei, zu der "das Evangelium die politische Vernunft" befreit habe, wurde in der Ost-Denkschrift nicht mit diesen Worten formuliert, aber stand doch derart im Hintergrund, daß die an Verschlüsselungen gewohnten Zeitgenossen zu Recht stutzig wurden. ...

In harten Grabenkämpfen um jeden Punkt der Denkschrift schälte sich nach und nach heraus, daß die einzelnen Punkte nur die Schale um einen theologisch politischen Kern waren, der als "Ja zum Gericht Gottes", zur Konsequenz der Annahme jeder Forderung und Zumutung der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs führte. ...

Die Sühnetheologen mußten in den ihnen Widersprechenden den "alt bösen Feind" wittern, der ein verstocktes Nein zum Gericht Gottes sagt. Sie waren daher auch maßgeblich an einer Kampagne beteiligt, die in einer umfangreichen Literatur einem "Nationalismus" den Garaus zu machen suchte, dem zunehmend alle satanischen Züge des Bösen angeschminkt wurden. Der Kampf gegen Nation, Nationalgefühl, Nationalismus ist seit den Illuminaten und bis hin zum Internationalismus der Sozialdemokratie eine Unterströmung der Linken gewesen.

Doch handelt es sich bei dem Bewältigungs-Anti-Nationalismus nicht um einfache Anknüpfung an diese Tradition, sondern um eine sehr spezifische Abwandlung. Das geht schon dar-

aus hervor, daß die gleichen Kreise, die in Deutschland in der Bekämpfung des Begriffes der Nation den hauptsächlichlichen Inhalt der Politik sehen, in Österreich mit gleichem Elan diesen Begriff einführen wollen. Sie rufen diesseits von Inn und Salzach "Fort mit der Nation" und jenseits von Inn und Salzach "Her mit der Nation".<<

Walter Ulbricht (Vorsitzender des Staatsrats) gab am 4. Oktober 1960 eine programmatische Erklärung ab. Die inhaltliche Bestimmung der "Religionsfreiheit" deckte sich demnach im wesentlichen mit der staatsrechtlichen Regelung der Sowjetunion.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Kirchenpolitik" in der SBZ (x009/216): >>... Die Religionsfreiheit wird auf Kultfreiheit begrenzt, wenn Ulbricht sagt: "Die Angehörigen der Evangelischen Kirche, der Katholischen Kirche sowie der Jüdischen Gemeinde haben in unserer DDR die Möglichkeit, in der Kirche bzw. Synagoge ihre religiösen Anliegen zu pflegen." ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Kirchensteuer" in der SBZ (x009/216): >>... Nach einer Erklärung des Ministers der Justiz müssen Kirchensteuern als Beiträge angesehen werden. Zwangsbeitreibungen sind nicht mehr möglich; der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Kirchensteuerämter sind auf Schätzungen angewiesen bzw. auf die Einsicht der zu Besteuernden, wahrheitsgemäße Erklärungen abzugeben. ...<<

Präsident Ahmed Sékou Touré (1922-1984, Vorkämpfer für die Unabhängigkeit der schwarzafrikanischer Staaten, ab 1958 Präsident von Guinea) erklärte am 10. Oktober 1960 während einer Rede vor der UN-Vollversammlung (x073/316): >>... Isoliert genommen, bedeutet die politische Unabhängigkeit keineswegs völlig nationale Befreiung. Sie ist gewiß eine entscheidende und notwendige Etappe.

Dennoch sind wir gezwungen zu erkennen, daß die nationale Unabhängigkeit nicht nur politische Befreiung, sondern auch und vor allem eine totale wirtschaftliche Befreiung voraussetzt. Ohne diese beiden Forderungen ist kein sozialer Fortschritt möglich. Wenn Afrika sich aber wirtschaftlich befreien soll, darf es nicht länger als Rohstoff-Reservoir gelten.

Wir müssen den gegenwärtigen Zustand der Unterentwicklung fast des ganzen Erdteils Afrika betonen. Sie ist eine direkte Folge des Fehlens jeder typisch afrikanischen Wirtschaft. Die neuen Staaten stehen, wenn sie sich von der Knechtschaft befreien, dem schwerwiegenden Tatbestand gegenüber, daß die afrikanische Wirtschaft zerstückelt und den Wirtschaftsbereichen der jeweiligen ehemaligen Kolonialmächte integriert ist. ...

Die falsche koloniale Vorstellung, daß es unmöglich sei, Afrika zu industrialisieren, muß aufgegeben werden zugunsten neuer Ideen, die auf die unausweichliche Entwicklung aller Kontinente eingehen – darunter des Erdteils Afrika – und die absolute Notwendigkeit einer Industrialisierung der Länder Afrikas einschließen.

Wir sind davon überzeugt, daß die Industrialisierung Afrikas keineswegs die Entwicklungschancen anderer Erdteile beeinträchtigt, sondern sie im Gegenteil beträchtlich erhöht. Die Bedürfnisse Afrikas auf allen Gebieten werden wachsen.

Umstellen müssen sich also nur jene, die heute die Weltwirtschaft in der Hand halten; sie müssen sich nicht nur mit der politischen, sondern auch mit der wirtschaftlichen Emanzipation Afrikas abfinden: Sie gehört zur Harmonie und zum neuen Gleichgewicht der Welt.<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 24. Oktober 1960 über die Volksrepublik China (x299/156): >>... Nachdem das chinesische Volk seit einem Jahrzehnt angestrengt für den Aufbau gearbeitet hat, und nachdem diese Anstrengung 1958, als der "große Sprung" vorwärts begann, verdoppelt worden ist, meinen viele Chinesen, es sei an der Zeit, neben der Arbeit auch die Errungenschaften der Revolution mit einiger Muße zu genießen. ...

Die Partei antwortet, dieser Begriff von Glück sei "fad und geschmacklos", gleich "stagnierendem Wasser" und sei unkommunistisch. Das Glück der Menschen liege in der Aktivität, ... für die Verwirklichung des Kommunismus in China zu kämpfen.<<

Die Zeitung "Polityka" führte am 31. Oktober 1960 die unmenschlichen Zustände bei der Vertreibung der Deutschen vor allem auf die chaotischen Nachkriegsverhältnisse zurück (x125/179-180): >>... Kardinal Döpfner vergißt, daß zur gleichen Zeit unter ähnlichen Bedingungen Hunderttausende von Polen umzogen. Wenn es an Waggons, Lebensmitteln und warmen Kleidern fehlte, so betraf das in gleichem Maße Polen wie Deutsche.<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über die "polnische Geschichtsschreibung" (x024/309): >>... Unwahrheiten stehen einem vorurteilsfreien, aufrichtigen Verhältnis zwischen Polen und Deutschen entgegen. Dabei ist Wahrhaftigkeit die notwendigste Voraussetzung für ein gutes Verhältnis unter Menschen und unter Völkern.

Doch ein Versöhnungswerk zwischen Polen, Tschechen, Russen und Deutschen scheint schwerer zu erreichen als etwa zwischen Deutschen und Franzosen, die jahrzehntelang als "Erbfeinde" galten. Denn weder in Frankreich noch in Deutschland werden Lügen künstlich am Leben erhalten. ...<<

John F. Kennedy (1917-1963, Parteimitglied der "Demokraten") wurde am 8. November 1960 mit knapper Mehrheit zum jüngsten Präsidenten in der Geschichte der USA gewählt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über John F. Kennedy (x068/311-318): >>... Der bald zum Heroen, fast zur Legende hochstilisierte John F. Kennedy, der charismatische Führer der Nation, hatte sich bei einer Wahlbeteiligung von fast 69 Millionen Bürgern mit einer hauchdünnen Mehrheit von rund einhunderttausend Stimmen gegen den Republikaner und Vizepräsidenten Eisenhower, Richard M. Nixon, durchgesetzt.

Das Managerzeitalter begann nun auch in die Politik zu drängen, sie zu prägen, und beide, Nixon wie Kennedy, waren, bei allen Unterschieden, seine ersten, so damals Eric Sevareid, komplett standardisierten Produkte: adrette, glatt verbindliche Organisatoren, ehrgeizig, gerissen, opportunistisch, niemandem mehr als dem eigenen Aufstieg verpflichtet.

Am meisten arbeitete für Kennedy wohl das Geld seines Vaters, nach Präsident Roosevelt, dessen enger Mitarbeiter der Bankier, Reeder und Botschafter (in London) Joseph P. Kennedy zeitweise war, "das größte Ekel, das je auf Gottes Erdboden herumlief".

Joseph Kennedy wollte den Sohn um jeden Preis zum Präsidenten machen, dafür jedoch keinen Dollar mehr als nötig investieren – Spötter führten darauf den knappen Wahlsieg zurück.

Jedenfalls hat Vater Kennedy seinen unbändigen Ehrgeiz auf die Seinen übertragen, den Sinn fürs "Gewinnen", den Gedanken, daß ein Kennedy nie Zweiter sein dürfe. Und mit Hilfe seiner Millionen bestach der Sprößling alles, was sich bestechen ließ - und was ließe sich da nicht bestechen.

"In der amerikanischen Politik ist alles zu kaufen": Richard Lamm, Professor und Gouverneur des Staates Colorado. Bestach hochverschuldete oder einfach geldgierige Politiker, weiße Politiker und schwarze Politiker. Er führte seinen Wahlkampf, so Historiker Thomas Reeves, "mit zynischer Manipulation der Sachfragen und zügellosem Geldaufwand, mit Wahlbetrug und Mafia". (Man erinnere sich daran, daß im Land der unbegrenzten Möglichkeiten, nach Frank Fahrenkopf, dem Vorsitzenden der Republikanischen Partei (1987), selbst Bewohner "leerer Häuser", ja "Leichen bei Wahlen ihre Stimme abgeben").

Hilfreich war Kennedy ohne Zweifel auch eine Erfindung, die er nicht als Schriftsteller machte - der er ursprünglich hatte werden wollen (bis er wohl erkannte, daß Ruhm in der Literatur nicht zu kaufen ist) -, sondern als Politiker; eine Erfindung, die er zumindest weitergab: das Märchen von einer "Raketenlücke". Diese Lücke bestand zwar nicht, nicht im Geringsten. Doch immer, wenn man in den Staaten die Rüstung hinaufkatapultieren will, entdeckt man eine Lücke. Einst war es eine "Panzerlücke".

Und nun stellte Kennedy die "Raketenlücke" im militärpolitischen Teil seines Wahlkampfes

in den Mittelpunkt. Jahrelang hatte man von dieser Lücke geredet, hatte man behauptet, die Russen besäßen in absehbarer Zeit bei den Interkontinentalraketen einen Vorsprung von 4:1. Kennedy selbst hatte die "Lücke" schon 1958 beschworen, eine Gefahr, so sagte er, "die tödlicher ist als alle Gefahren, die wir jemals in Kriegszeiten bestanden haben".

In Wirklichkeit besaß man damals eine Raketenüberlegenheit von 3:1, bei den schweren Bombern sogar einen Vorsprung von 10:1.

Die Rüstung wurde gleichwohl weiter forciert. Im Übrigen war die "Lücke" ein erfolgreicher Wahlkampfslager. Und kaum ist Kennedy Präsident, erklärt sein Verteidigungsminister, die "Raketenlücke" beruhe auf falschen Schätzungen.

Zum Sieg verhalf Kennedy sicher auch seine Intelligenz, sein Elan, überhaupt - er war der erste im 20. Jahrhundert geborene US-Präsident - seine Jugend, die Gegner Nixon ihm gerade vorwarf. Das Geld, das Strahlen, die Wachheit, die spröde Ironie, die Energie, seine Tricks und Lügen, seine forschen Improvisationen, eine gewisse Aufgeschlossenheit selbst für Soziales, ja, noch die durch die Medien hochgespielte (bescheidene) Attraktivität seiner Frau, all dies half zusammen, das Rennen gerade noch vor dem Konkurrenten zu machen.

Doch noch der auf fast tausend Seiten die "tausend Tage" seines Chefs bewundernde Arthur M. Schlesinger, militärischer Geheimdienstleiter während des Krieges, Historiker und Sonderberater im Weißen Haus, findet bei Kennedy ("kühl, gefaßt und souverän, ein Sohn Irlands und Harvards") doch überall auch eine Prise 'Mache'. Freilich meint der Chronist, jeder Politiker müsse "ein wenig bluffen, und Kennedy war ein Politiker, der entschlossen war, Präsident zu werden. Er war bereit, so manchen Trick anzuwenden, Menschen und Situationen auszunützen, Begeisterung zu markieren, ja sogar sich anzupreisen".

Kennedy - braun, gestählt, fast wie eine Sportnatur wirkend - hatte schon mehrere Operationen hinter sich, eine defekte Wirbelsäule, eine Staphylokokken-Infektion, zeitweise Krücken, zeitweise eine Stahlscheibe, Fieber über 41 Grad, Anämie, chronische Krämpfe, das linke Bein zwei Zentimeter kürzer, er trug Einlagen in den Schuhen, einen Stützgürtel, hatte die Sterbesakramente schon empfangen, sein Lieblingsgedicht war von Alan Seegers und hieß: "I have a Rendezvous with Death ..."

Nun brachte der junge Präsident nicht nur äußerlich "frischen Wind" in die dumpfe, stagnierende Atmosphäre der zu Ende gehenden Eisenhower-Administration. Außenpolitisch war die Regierung keinen Schritt vorangekommen, innenpolitisch die Passivität zum Greifen. Jetzt kamen viele neue Männer, neue Köpfe, Menschen oft ganz anderen Schlages als vordem, viele Professoren, zum Beispiel, geschwätzig diskutierend, ideenbewußt; junge, lässige, lakonische Leute auch, zynisch und interessant.

Eisenhower aber war alt, abgekämpft - "ein furchtbar kalter Mensch", sagte Kennedy. Seine Golfpartner seien lauter reiche Leute, die er erst "seit 1945" kenne, und "niemand ist seinen alten Freunden so wenig treu wie Eisenhower." Der Kalte, Untreue seinerseits nannte Kennedy den "kleinen Gernegroß" - öffentlich erschienen beide Arm in Arm.

Es gab genug Narren und gibt sie noch, die Kennedys junge Regierung Kraft aus einer Neubestimmung ziehen sahen auf die wahren Werte amerikanischer Existenz. Was aber waren, sind diese Werte, die Standardphrasen Demokratie, Freiheit und der ganze pseudoliberalen Quark einmal beiseite?

Kennedy suchte (doch wer da schon suchen muß!) für seine Wahlkampagne "eine unverwechselbare Note". Er wollte sich "unterscheiden" von seinem Rivalen. Und dann wollte er - sein "spezifisches Thema" - Amerika wieder in Bewegung setzen. Und er bewegte es auch, vor allem verbal.

Das amerikanische Volk, sagte er, sei "über das gegenwärtige Treibenlassen unseres Staatsschiffes beunruhigt". Man werde aber "die Vereinigten Staaten wieder in Bewegung setzen", werde "dieses Land in den sechziger Jahren vorwärtsbringen ..."

"Die alte Welt ist im Wandel begriffen", sagte er.

"Die alte Ära neigt sich ihrem Ende zu. Die alten Methoden genügen nicht mehr."

"Wir sind eine neue Generation."

Er sagte, "nicht alle Probleme sind gelöst", die Zukunft sei "voller Gefahren, aber auch voll strahlender Hoffnung".

Die Zukunft, sagte er, werde "völlig anders sein". Das allgemeine Erwachen setze "mehr Energie frei" als selbst "die Spaltung eines Atoms".

"Krieg und Frieden", sagte er, "der Fortschritt dieses Landes, die Sicherheit unseres Volkes, die Ausbildung unserer Kinder, Arbeitsplätze für Männer und Frauen, die arbeiten wollen, der Ausbau unserer Rohstoffquellen - das Bewußtsein, eine Nation zu sein, das Bild, das die Nation der Welt darbietet, ihre Macht, ihr Prestige und ihre Zielsetzung - das alles ...", das alles und noch viel mehr sagte er.

"Ich kandidiere für die Präsidentschaft, weil sie Mittelpunkt des Handelns ist". Und vom neuen Amerika, von seiner Kraft, seiner Begeisterung hänge es ab, "ob auf die Dauer Licht in der Welt regiert oder Dunkelheit ..."

Kennedy bekannte sich zur globalen amerikanischen Mission, er sprach vom "Ruf der Trompete", die Lasten eines langen Kampfes zu tragen, "jahraus und jahrein".

Er rief: "Laßt uns den amerikanischen Kontinent von neuem in einen Schmelztiegel revolutionärer Ideen und Taten verwandeln - ein Tribut an die Macht der schöpferischen Energien freier Männer und Frauen - ein Beispiel für die ganze Welt, daß Freiheit und Fortschritt Hand in Hand gehen."

Lauter Phrasen.

Und dafür hatte er einen Stab von Redenschreibern schon im Wahlkampf und dachte, als geborener Manager, natürlich an weitere, falls die bisherigen "im Lauf der Zeit vielleicht ermüden und keine Ideen mehr haben könnten ..."

Allmächtiger! - Ja, auch der war natürlich mit von der Partie bei Kennedy, dem Katholiken.

"Vor Ihnen und vor Gott dem Allmächtigen" (aber nach den US-Gewaltigen erst!) "habe ich den feierlichen Eid geleistet, ..." sagte Kennedy am Tag seines Einzugs ins Weiße Haus - und setzte die Welt in Bewegung.

Einmal hatten sie schon - nun wer wohl? "Die Siedler" natürlich in Bewegung gesetzt. Jawohl, "die Siedler" hatten einst die Grenze "5.000 Kilometer weit" verschoben, hatten "ihre Sicherheit, ihre Bequemlichkeit und manchmal sogar ihr Leben" geopfert, "um hier im Westen eine neue Welt aufzubauen ... Ihr Motto war nicht Jeder für sich!, sondern Alle für die gemeinsame Sache!"

Der Indianer-Genozid als Vorbild! Raub über 5.000 Kilometer! Alles für die gemeinsame Sache. Jawohl. Kennedy kämpfte dafür schon in einer seiner ersten außenpolitischen Aktionen, wenn nicht seiner ersten überhaupt, kämpfte weltweit dafür mit seinem "Hilfsprogramm". Man nannte es "Lebensmittel-für-den-Frieden-Gesetz".

Das klang gut. In Wirklichkeit war es nichts als eine alte Sache unter neuem Namen, das Gesetz 480 zur Entwicklung und Unterstützung des Absatzes landwirtschaftlicher Produkte von 1954, intern unter der Bezeichnung "Überschußverwertung" bekannt, genau richtig zwar, jetzt aber menschenfreundlicher benannt. Es ging nun nicht mehr darum, mehr oder weniger unerwünschte landwirtschaftliche Überschüsse der USA im Ausland abzusetzen, sondern vielmehr "Amerikas landwirtschaftliche Kapazität in größtmöglichem Umfang zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse in der ganzen Welt und zur Förderung der Weltwirtschaftsentwicklung einzusetzen".

Das wundervolle Gesetz, "die Alchimie des 20. Jahrhunderts" (Hubert Humphrey) half tatsächlich allen: es rettete die Armen vom Hungertod, statistisch wirkte es sich freilich nicht aus, und, dies wirkte sich aus, nachweislich, es beseitigte die Überproduktion, es verringerte

die Lagerkosten, es erhöhte die Einnahmen der Farmer, es erhöhte sogar durch die Auflage, den Nahrungsmitteltransport auf US-Schiffen vorzunehmen, die Einkünfte der Schifffahrt. Denn immerhin erreichten die Lieferungen während der Kennedy-Zeit einen Wert von fast 1,5 Milliarden Dollar im Jahr.

Alles für die gemeinsame Sache. So hatte Kennedy natürlich auch bei seiner Regierungsbildung gedacht und erst mal seinen Bruder ins Justizministerium gesetzt. Hatte der doch schon die Säuberungsaktionen McCarthys unterstützt, des größten Kommunistenjägers der USA im 20. Jahrhundert.

Hochrangige Politiker und Militärs wurden dabei den irrsinnigsten Vorwürfen ausgesetzt, wurden nach Herzenslust gedemütigt, verleumdet, verklagt, hinweggefegt, die Exzesse besonders vom hohen katholischen Klerus geschürt, am meisten und längsten von Kardinal Spellman. Und Robert Kennedy saß sogar im Stab des berüchtigten "Committee".

So aktiv er aber damals war, so zurückhaltend verhielt er sich jetzt, als die weißen Amerikaner die Schwarzen jagten oder die Regierung Kennedy, so Historiker Kenneth O'Reilly, "Krieg gegen ihre eigenen Bürger führte", mit dem Einsatz von Bundestruppen, Hunderten von Verletzten, vielen Tausenden von Verhafteten. Schließlich war die Welt in Bewegung zu setzen in einem Land, in dem noch zu Beginn der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Telefonbüchern Namen der Schwarzen durch ein umzirkeltes C (coloured) gekennzeichnet, Speise- oder Kaufhäuser, Hotelschilder mit der frohen Botschaft geschmückt waren: "No negroes, no jews, no dogs".

Just aber zu einer Zeit, als bei Bürgerrechtsdemonstrationen noch immer Schwarze beinahe Tag für Tag geschlagen wurden, als man sie - doch hatte man es je anders gehalten? - peitschte, lynchte, als man Bomben in Negerheime warf, da verlautbarte aus dem Justizministerium: "Es ist fraglich, ob das Recht, nicht verprügelt zu werden, durch die Bundesverfassung oder durch ein anderes Bundesgesetz geschützt ist".

Zwar hatte man zunächst wirklich versucht, die Täter der Justiz zuzuführen. Doch dann erklärte Justizminister Robert Kennedy selbst: "Ich habe nachts nicht schlaflos gelegen und mir Sorgen um die Schwarzen gemacht".

Schließlich wollten die Kennedys nicht weiße Wählerstimmen einbüßen, mochte man im freiesten Land der Welt noch so empörend frei schikanieren, ermorden, auch Martin Luther King, den Bürgerrechtsführer, dessen Telefon Präsident Kennedy durch das FBI abhören ließ. In gute, die Welt wandelnde Hände kam auch das Finanzressort, in die des Douglas Dillon, eines Republikaners, des Sohnes von Clarence Dillon aus dem die europäischen Faschisten finanzierenden Bankhaus Dillon, Read & Co., eines Mannes somit, der das volle Vertrauen der Wallstreet besaß und die Millionen springen ließ.

"Was das Land im kommenden Haushaltsjahr braucht, ist das größtmögliche Defizit, das den Ausländern keine Angst macht - sagen wir 5 Milliarden", verkündete Finanzminister Dillon gleich, denn man steckte schon wieder in einer Rezession, und es ist klar, wem die Milliarden zugute kamen. Auch propagierte er alsbald einen Steuerkredit, ebenfalls zugunsten der Geschäftswelt natürlich.

Und auch unter Verteidigungsminister Robert McNamara zeigte sich: "Die alten Methoden genügen nicht mehr." So wurde die Strategie der "massiven Vergeltung" der Dulles- Ära abgelöst durch die 1957 von Kissinger konzipierte Strategie der "flexiblen Erwidern" (Flexible Response), wobei als wirkungsvollere Reaktion, als weitaus effektivste Form der Kriegsführung, der begrenzte atomare Konflikt empfohlen wurde, die amerikanische "Vergeltungsfähigkeit", also die Erhaltung der nuklearen Superiorität, um "lokale Kämpfe zu unseren eigenen Bedingungen zu führen", das heißt, um Staaten gegebenenfalls atomar erpressen zu können.

Im Übrigen genügten die bisherigen Armeebestände und Vernichtungspotentiale längst nicht

mehr. Die "verwendbare Macht" war McNamara viel zu klein, ja, es war überhaupt keine Möglichkeit gegeben, die Streitkräfte "zu vernünftigen Zwecken" einzusetzen. Also rüstete man atomar weiter und konventionell.

Das Raketen-, das Polaris-Unterseebootprogramm wurde beschleunigt und ausgeweitet, ebenso das Zivilverteidigungsprogramm, überhaupt die herkömmliche Heeresmacht modernisiert. Vor allem befahl Kennedy, als wichtigste Militärreform "unsere Lufttransportkapazitäten zu vergrößern". Dies sollte "die Fähigkeit unserer konventionellen Streitkräfte besser gewährleisten, schnell und den jeweiligen Umständen angemessen, zu jedem beliebigen Zeitpunkt auf jedes Problem, in jedem Gebiet der Erde zu reagieren".

In einer Sonderbotschaft an den Kongreß forderte der Präsident zusätzlich 650 Millionen Dollar für den Verteidigungshaushalt. Und nur wenige Monate später, um ja für jeden "Eventualfall" gewappnet zu sein, noch mal zusätzlich 3,5 Milliarden Dollar, die Hälfte der Summe für sofortige Beschaffung von Waffen und Ausrüstung, zur Fütterung der Rüstungsindustrie und Dämpfung der bösen Russen. Denn war die Zukunft nicht "voller Gefahren, aber auch voll strahlender Hoffnung"?

Die ersten hundert der tausend Tage Kennedys waren noch gar nicht ganz vergangen, da lieferte er ein glänzendes Beispiel für jene Bekämpfung des Krieges, der Tyrannei und der Armut, die er in seiner Antrittsrede am 20. Januar 1961 verkündet hatte. ...<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. November 1960 über Indien (x191/205): >>... Inder, die Mietshäuser bauen – so wurde uns berichtet – halten Mieten für normal, die in etwa 2 Jahren das investierte Kapital zurückbringen. Im Grunde liege es dem indischen Geschäftsmann wenig, Fabriken zu bauen, die erst über Jahrzehnte hin wirklich dauerhaften Ertrag versprechen.<<

Die Prawda berichtete am 6. Dezember 1960 über die internationalen Ziele der Kommunistischen Partei (x299/166): >>... Bei friedlicher Koexistenz entstehen günstige Möglichkeiten des Klassenkampfes in den kapitalistischen Ländern und der nationalen Befreiungsbewegungen der Völker in den kolonialen und abhängigen Ländern.

Die kommunistischen Parteien ... warten nicht passiv auf den Sieg des Sozialismus.<<

Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR vereinbarten am 29. Dezember 1960 eine Verlängerung des Interzonenhandelsabkommens.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über den "Interzonenverkehr" (x009/194): >>... Während der Jahre 1951 bis 1960 wurden weit über 352 Millionen Pakete und Päckchen aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) nach der SBZ und den Sowjetsektor von Berlin verschickt. Etwa die Hälfte davon waren Pakete.<<

Im Jahre 1960 flohen 199.188 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Flüchtlinge und Ostvertriebenen" in der SBZ (x009/131): >>In der SBZ werden Vertriebene aus den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie und aus den osteuropäischen Ländern als Umsiedler oder Neubürger bezeichnet. ...

Für die SBZ liegen trotz der in den Jahren 1950-1960 erfolgten Zugänge von über 100.000 Aussiedlern aus Polen und den übrigen osteuropäischen Gebieten keine neuen Angaben über den Anteil der Umsiedler an der Bevölkerung vor.

Dagegen stieg in der Bundesrepublik Deutschland der Anteil der Vertriebenen (ihr Anteil an den Antragstellern im Notaufnahmeverfahren schwankte während der Jahre 1952 bis 1960 zwischen 22,8 % und 24,4 %) bis zum 31.12.1960 auf 9,697 Millionen = 18,4 % der Bevölkerung.

Über die Verteilung der Vertriebenen auf die Bezirke sowie ihre berufliche Eingliederung existieren keinerlei amtliche Veröffentlichungen. ...

Den Vertriebenen ist jeder Zusammenschluß und jede Betätigung mit dem Ziel der Rückkehr

in die Heimat verboten. Sie gehören im allgemeinen zu den schärfsten Gegnern des SED-Regimes.<<

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schrieb in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über den Wertewandel seit 1960 (x306/10-11): >>... Der Zufall wollte, daß der Verfasser den Paradigmenwechsel der Jahre von 1958 bis zum Bau der Berliner Mauer, als dieser Kulturwandel sozialverbindlich zu werden begann, intensiv erleben konnte. Zwischen 1957 und 1961 hatte er drei Winter in Indien zugebracht. Im Sommer hatte ihn das Schreiben eines Buches über die neuere indische Geschichte seit der Gründung des indischen Nationalkongresses beschäftigt. In deutsche Zeitungen hatte er kaum geblickt.

Als er nach Erscheinen des Indien-Buches 1962 den Duisburger Historikertag besuchte, bemerkte er völlig überrascht, daß an die Stelle der Bonner Bundesrepublik, die er 1957 verlassen hatte, eine - nicht im Detail, aber in der Tendenz - neue Republik, die Frankfurter (aber auch Hamburger) Meinungs- und Medienrepublik, getreten war.

Die Einzelheiten können in dem von Clemens Albrecht u.a. herausgegebenen Sammelband "Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule" nachgelesen werden.

Der Paradigmenwechsel des Jahres 1960 griff als fortschreitender Wertewandel um sich. In den verschiedensten Lebensbereichen setzte sich die Auffassung fest, daß "nicht Konflikt und Wandel, sondern Stabilität und Ordnung der pathologische Sonderfall des sozialen Lebens" (Helmut Schelsky) sei. Einsprüche wurden auf einen latenten deutschen Kulturpessimismus zurückgeführt, der einem angelsächsischen Optimismus gegenüberzustellen und "als politische Gefahr" (Fritz Stern) auszubuhnen sei.

Paradigmawechsel und Wertewandel kamen unvorhergesehen und überraschend. Sie hatten jedoch ihre Vorgeschichte, zu der die amerikanische Besatzung zählt. Daß just dieser Zeitabschnitt (1945-1955) aus der Betrachtung ausgespart werden sollte, war merkwürdig und weckte die Neugier. ...<<

Die "Antibabypille" wurde im Jahre 1960 in den USA zugelassen (Deutschland: 1962) und revolutionierte schon bald das Sexualverhalten der Menschen und vor allem die Geburtenraten in der westlichen Welt.

Im Jahre 1960 unterzeichneten sechs südamerikanische Staaten und Mexiko ein Abkommen über die Schaffung einer Lateinamerikanischen Freihandelszone.

Der kubanische Ministerpräsident Fidel Castro enteignete und verstaatlichte im Jahre 1960 den nordamerikanischen Besitz und kündigte den US-Beistandspakt von 1952.

Infolge der maoistischen Kollektivierungspolitik entwickelte sich in China in den Jahren 1960-62 (sogenannte "drei bittere Jahre") eine katastrophale Hungersnot, die Millionen von Menschenleben forderte.

Ein Erdbeben in Agadir/Marokko forderte im Jahre 1960 etwa 12.000 Todesopfer (x175/60).

1961

Von den 1.482 mitteldeutschen Apotheken befanden sich Anfang 1961 nur noch 113 in Privatbesitz.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die Apotheken in der SBZ (x009/24): >>... Verpachtete "Staatliche Apotheken" gehen mit dem Abgang des Besitzers automatisch in die Führung des Kreises über; dieser kann Einrichtung und Vorräte gegen Entschädigung übernehmen, muß es aber nicht.

Die Enteignungsmaßnahmen haben zur Abwanderung zahlreicher Apotheker und damit zu bedrohlichem Personalmangel geführt. Der Versuch, diesem durch Kurzausbildung von Apothekenassistenten zu begegnen, ist mißlungen. ...

Die Führung der "Staatlichen Apotheken" und die Aufsicht über die übrigen Apotheken liegt

bei der Abteilung Gesundheits- und Sozialwesen des Rates jedes Kreises in der Hand des Kreisapothekers. Das Rechnungswesen ist unter großem Verwaltungsaufwand zentralisiert.<< US-Präsident Eisenhower brach am 3. Januar 1961 die diplomatischen Beziehungen zu Kuba ab.

Der Sudetendeutsche Rat beschloß am 15. Januar 1961 zwanzig Punkte zur Sudetenfrage (x155/82-84): >>... 1. Die Sudetenfrage - und damit auch die "Sudetenkrise" im Herbst 1938 kann nur auf dem Hintergrund der Entstehung der Tschechoslowakei im Jahre 1918/19 richtig verstanden werden.

2. Seit mehr als 700 Jahren siedelten Deutsche in Böhmen, Mähren und Schlesien. Diese Länder gehörten bis 1806 zum Römisch-Deutschen Reich, bis 1866 zum Deutschen Bund und bis 1918 zu Österreich-Ungarn.

3. Unter Berufung auf das von dem amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson verkündete Selbstbestimmungsrecht der Völker haben die Gründer der Tschechoslowakei bei den Friedensverhandlungen 1918/19 durchgesetzt, daß Böhmen, Mähren und Österreich-Schlesien von Österreich, die Slowakei und die Karpaten-Ukraine von Österreich-Ungarn abgetrennt wurden.

Unter Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes haben die Gründer der Tschechoslowakei durchgesetzt, daß 3,5 Millionen Sudetendeutsche und 1,3 Millionen Magyaren, Ukrainer und Polen gegen ihren erklärten Willen in einen Vielvölkerstaat kamen, der aber als "tschechoslowakischer" Nationalstaat konstruiert worden ist. ...

4. Nach der tschechoslowakischen Volkszählung von 1930 umfaßten die geschlossenen sudetendeutschen Gebiete 50 politische Bezirke (Landkreise) oder 120 Gerichtsbezirke oder 3.338 Gemeinden mit einer deutschen Bevölkerungsmehrheit von durchschnittlich mehr als 80 %. Die Größe des Territoriums beträgt 25.775 qkm.

Außerdem gab es noch 59 sudetendeutsche Sprachinselmunicipalitäten. Ferner lebten 313.666 Sudetendeutsche als örtliche Minderheiten im tschechischen Sprachgebiet.

5. Die Sudetendeutschen haben vergeblich versucht, auf dem Boden der ihnen oktroyierten (aufgezwungenen) Verfassung die Sicherung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und nationalen Existenz, die Autonomie ihres kulturellen Lebens und eine proportionale Beteiligung an staatlichen Mitteln, Einrichtungen und Beamtenstellen zu erreichen. Von 1926 bis 1938 haben sich deutsche Parteien an der Regierung der Tschechoslowakischen Republik beteiligt; sie repräsentierten bis 1935 75 % der sudetendeutschen Wähler.

Erst das Mißlingen dieser Bemühungen, der zur Dauererscheinung gewordene soziale Notstand und die Ablehnung der autonomistischen Lösungsvorschläge der Sudetendeutschen Partei haben die Mehrheit der Sudetendeutschen unter dem Einfluß der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung im benachbarten Deutschen Reich in zunehmendem Maße veranlaßt, eine andere Lösung anzustreben.

6. Die Sudetendeutschen waren im Jahre 1938 ebenso nur Objekt der Politik der Großmächte wie am Ende des Ersten Weltkrieges. Hitler hat mit dem Schicksal der Sudetendeutschen ein gewissenloses Spiel getrieben und die Entwicklung zum Münchener Abkommen erzwungen.

...

8. Der expansive tschechische Nationalismus benützte 1945 im Bunde mit dem sowjetischen Imperialismus den Zusammenbruch des Deutschen Reiches, um die Sudetendeutschen aus ihrem angestammten Siedlungsgebiet zu vertreiben und sie ihres Volksvermögens zu berauben. Dieser Vorgang ist - ganz abgesehen von den dabei vorgekommenen Grausamkeiten und Morden - eine millionenfache Verletzung der menschlichen Grund- und Freiheitsrechte.

9. Heute leben über 2 Millionen Sudetendeutsche in der Bundesrepublik Deutschland, davon eine Million in Bayern. Etwa 800.000 Sudetendeutsche leben in der Sowjetzone Deutschlands, 140.000 in Österreich, 24.000 in anderen europäischen und überseeischen Ländern und

rund 200.000 in der Tschechoslowakei. Rund 240.000 Sudetendeutsche kamen bei der Vertreibung ums Leben. ...

11. Nicht nur die Sudetendeutschen, sondern das deutsche Volk in seiner Gesamtheit werden sich niemals mit der Vertreibung der Sudetendeutschen aus ihrer jahrhundertealten Heimat abfinden. ...

12. ... Wir kennen keine Kollektivschuld des tschechischen Volkes an unserer Vertreibung und beurteilen alle Personen danach, wie sie heute über die Vertreibung denken und wofür sie sich heute aufrichtig einsetzen. Den Vorwurf des "Revanchismus" können wir daher guten Gewissens zurückweisen.

Auf Wiederherstellung des durch die Vertreibung verletzten Rechtes und die Wiedergutmachung der erlittenen Schäden werden wir hingegen nicht verzichten.

13. Von der Bundesregierung erwarten wir, daß sie niemals die Vertreibung und Enteignung von mehr als 3 Millionen deutschen Staatsbürgern in Böhmen, Mähren und Schlesien hin- nimmt, sondern daß sie deren Rechte in jeder Beziehung wirksam vertritt. ...<<

US-Präsident Dwight D. Eisenhower erklärte am 17. Januar 1961 während seiner Abschieds- rede an die Nation (x068/307-308): >>Bis zum Zweiten Weltkrieg hatten die Vereinigten Staaten keine Rüstungsindustrie. Amerikanische Pflugfabriken konnten ... (eventuell) auch Schwerter schmieden. ... Wir sind gezwungen gewesen, eine umfangreiche und bleibende Rüs- tungsindustrie aufzubauen. ...

Wir sind uns der unbedingten Erforderlichkeit einer solchen Entwicklung bewußt. Aber wir dürfen nicht die schweren Implikationen vergessen, die diese Entwicklung mit sich bringt. ... Wir müssen uns hüten ... vor dem military-industrial complex ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die politische, militärische und industrielle Zusammenarbeit in den Vereinigten Staaten von Amerika (x068/308-311): >>... Die Symbiose der militärischen, industriellen und finanzi- ellen Macht der USA ist umfassend und beherrscht so gut wie alles, vom FBI und CIA bis zu den Medien, Hochschulen und Kirchen. Eng verfilzt verfügt die Führung dieses Komplexes fast allein über den Staat, über ein so ungeheures Potential wie kein anderes Land der Welt.

Das US-Verteidigungsministerium beschäftigte bereits in den fünfziger Jahren einige fünf Millionen Menschen und besaß ein geschätztes Eigentum von 160 Milliarden Dollar (damals 640 Milliarden DM). Der Kommissionsvorsitzende des Berichts über diese und weitere An- gaben nannte seinerzeit das US-Verteidigungsministerium "unter allen Aspekten bei weitem die größte Organisation der Welt", sehr viel größer als selbst die katholische Kirche. ...

Zwei Drittel des Verteidigungshaushaltes fließen in die private Industrie. Dabei werden Jahr für Jahr auch noch Rüstungsprodukte ans Ausland geliefert, für tausende Millionen Dollar. Kriegsmaschinerie und Industrie sind untrennbar verflochten. Hunderte von Kongreßabgeord- neten dienen auch der Industrie, viele auch der Rüstungsindustrie, ja, sie sind deren Interes- senvertreter oft mehr als die des Staates.

Viele Senatoren, viele Generäle, Admiräle scheinen überhaupt Politik und Militär bloß als Sprungbrett in die Industrie zu benutzen, ins eigentliche Leben, dorthin, wo der Dollar rollt und wo sie durch entsprechende Aufträge sich vorher schon eingeführt, sozusagen eingekauft haben. Unter Reagan sollen höhere Regierungsmitarbeiter durchschnittlich nur zwei Jahre tätig gewesen sein, bevor sie ins Geschäft überwechselten, das im Grunde schon die Politik für sie war.

Doch ist der Wechsel von der Politik in die Wirtschaft oder umgekehrt in den USA seit lan- gem selbstverständlich. So wurde der Hohe Kommissar in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, John McCloy, Präsident der Ford-Stiftung, wurde der Präsident der Rockefeller- Stiftung, John Foster-Dulles, Außenminister ...

Besonders das Verteidigungsministerium wird wegen der riesigen Aufträge, die es vergibt,

gern mit Industriekapitänen besetzt, einschließlich seiner Spitze. So war Trumans Verteidigungsminister James V. Forrestal Präsident der Bank Dillon, Read & Co. gewesen. Und Eisenhower's Verteidigungsminister Charles E. Wilson war der einstige Präsident von General Motors. Derart saßen in den US-Ministerien der fünfziger Jahre eine Fülle früherer Industriemanager, darunter nicht weniger als 18 vielfache Dollarmillionäre.

Noch häufiger als der Wechsel von der Politik ist wohl der von Militär zur Wirtschaft. Denn die großen Firmen bekommen vor allem dadurch Aufträge vom Pentagon, daß sie ehemalige hohe Offiziere in ihre Chefetagen setzen.

So wurde General Doolittle, vor der japanischen Kapitulation Kommandeur der 8. Air Force, Vizepräsident der Shell Oil. ... General Ridgway wurde nach dem Koreakrieg Präsident des Mellon Institute of Industrial Research, ... General Quesada Vizepräsident bei Lockheed usw. Allein diese Luftfahrtfirma hatte bereits in den sechziger Jahren 21 einstige Admiräle und einen Brigadegeneral als Mitarbeiter, die General Dynamics schon Ende der fünfziger Jahre 187 ehemalige Militärs in ihrem Personal, darunter 27 Generäle und Admiräle, die auch noch ein ehemaliger Armeeminister dirigierte. ...

"Das Losungswort in der Geschäftswelt heißt", schrieb die Zeitschrift 'Business Week', "sehen Sie zu, wie sie zu einem General kommen". ...

Doch wie die Industrie dem Militär dient, so das Militär wieder der Industrie. Es propagiert ganz offenkundig die heimischen Rüstungsfirmen, es fördert US-Waffenverkäufe ins Ausland. Vor einem Ausschuß des Repräsentantenhauses bekannte General Robert Wood 1964: "Wir laden Offiziere anderer Länder ein, um ihnen das militärische Gerät vorzuführen, das sie kaufen könnten. Dann haben wir ein Programm, um sie im Gebrauch gewisser Waffen und Ausrüstungen zu schulen, in der Hoffnung, daß sie dies kaufen werden. Es handelt sich in der Tat um eine Absatzförderung". ...

Anrühlich ist im Bereich dieses Komplexes im Grunde nur eins: der Pazifismus. Er ist der eigentliche Feind, Feind Nummer Eins.

Der auswärtige Feind, auch und gerade der schlimmste, ist im Grunde ein Freund, ein Bundesgenosse gewissermaßen, zumindest einer, von dem man lebt, ohne den man kaum leben, kaum größer, noch reicher werden kann, einer, dessen Aufrüstung und Macht man zur Rechtfertigung eigener Aufrüstung und Macht geradezu braucht, auch zur Forderung nach Gehorsam, nach Anpassung, Unterordnung, nach "Verantwortung", obwohl und gerade weil man nirgends verantwortungsloser gegenüber dem Ganzen, der eigenen Volksgemeinschaft wie der Völkergemeinschaft, denkt und handelt als innerhalb dieses militärisch-industriellen Komplexes. Wer seine Kreise stört, wer seine Kreise, denn mehr scheint kaum noch möglich, zu stören sucht, wird vernichtet.

Unternahm Kennedy, der dem warnenden Vorgänger folgte, einen solchen Versuch? ...<<

Das Oberste Gericht der DDR entschied in einem Urteil vom 19. Januar 1961, daß eine Ehefrau in der sozialistischen Gesellschaft grundsätzlich keinen Unterhaltsanspruch gegen den Mann hätte.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Unterhaltspflicht" in der SBZ (x009/447): >>Die Ehefrau hat grundsätzlich keinen Anspruch gegen den Mann auf Unterhalt, da die Ehe in der sozialistischen Gesellschaft ihren früheren Charakter als "Versorgungsanstalt für die Frau" verloren hat.

Auch die Ehefrau und Mutter ist verpflichtet, "gesellschaftlich nützliche Arbeit" zu verrichten. Unter dem Vorwand, der Frau auf diese Weise zur Gleichberechtigung zu verhelfen, soll sie genötigt werden, neben ihrer Hausfrauenarbeit einen Beruf auszuüben. Durch die so zu erlangende wirtschaftliche Selbständigkeit könne sich die Frau in ihrer Persönlichkeit weit besser entfalten und entwickeln als in der Enge ihrer Häuslichkeit (Oberstes Gericht, Urteil vom 19.1.1961, Neue Justiz 1961, S. 213).

Das gilt um so mehr für die geschiedene Frau. Sie ist, selbst wenn sie die Kinder zu versorgen hat, grundsätzlich verpflichtet, ihren Unterhalt durch eigene Arbeit zu verdienen und dadurch "ihrer politisch-moralischen Pflicht beim Aufbau des Sozialismus" durch den Einsatz ihrer Arbeitskraft nachzukommen. Nur in Ausnahmefällen, in denen die geschiedene Frau arbeitsunfähig und deshalb außerstande ist, ihren Unterhalt selbst zu bestreiten, kann ihr für die Übergangszeit ein Unterhalt zugebilligt werden. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Gleichberechtigung der Frau" in der SBZ (x009/160): >>Art. 7 der Verfassung der DDR bestimmt: "Mann und Frau sind gleichberechtigt ..."

In der Auslegung dieses Artikels weist die SED-Propaganda darauf hin, daß wirkliche Gleichberechtigung der Frau nur dadurch möglich wird, daß auch die Frau neben dem Mann einer geregelten Berufstätigkeit nachgeht. Der Unterhaltsanspruch von Ehefrauen, insbesondere nach Ehescheidungen, wird unter Hinweis auf die Gleichberechtigung der Frau in der SBZ nicht anerkannt.

Mit der Parole "Einbeziehung der Frau in den Produktionsprozeß" versucht die SED, den akuten Arbeitskräftemangel zu verringern, und hofft, die Frauen an ihrem Arbeitsplatz besser politisch beeinflussen zu können. Bisher gelang es, 50-60 % der 6 Millionen Frauen im Alter zwischen 15 und 60 Jahren in die Produktion einzuspannen. ... 93 % aller berufstätigen Frauen arbeiten in den untersten Lohngruppen, gehören also zu den schlechtest bezahlten Arbeitskräften in der SBZ.

Die nichtberufstätigen Frauen werden aufgefordert, in Hausfrauenbrigaden einzutreten und sich an "freiwilligen", unbezahlten Sondereinsätzen, hauptsächlich im Rahmen des Nationalen Aufbauwerkes zu beteiligen. Allein bei einem kurzfristigen Fraueneinsatz 1959 sollen angeblich 1,8 Millionen fälliger Lohngehälter eingespart worden sein. Als Gegenleistung wird den Frauen versprochen, sie könnten gleichberechtigt jede Position erreichen. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Frauenarbeit" in der SBZ (x009/139): >>Alle gesetzlichen Bestimmungen über Frauenarbeit gehen zurück auf Artikel 7 der Verfassung der DDR: "Mann und Frau sind gleichberechtigt. Alle Gesetze und Bestimmungen, die der Gleichberechtigung entgegenstehen, sind aufgehoben." ...

Die verstärkte Frauenarbeit erwies sich vor allem zur Durchführung des Fünfjahresplanes (von 1951 bis 1955) als notwendig. Wegen des großen Arbeitskräfteproblems wird die Halbtagsarbeit für Frauen mit Familie in zunehmendem Maße propagiert (Hausfrauenbrigaden). Nachtarbeit ist zulässig. Der besondere Arbeitsschutz für Frauen ist stark eingeschränkt. Zwar ist die Frauenarbeit für eine ganze Reihe von Tätigkeiten verboten, doch gilt das Verbot nicht, wenn die Produktionstechnik die Frauen angeblich nicht gefährdet.

Der Schutz für Schwangere beschränkt sich auf das Verbot von Arbeiten, "die nach Urteil des Betriebs- oder Beratungsarztes der Sozialversicherung Leben und Gesundheit des zu erwartenden Kindes gefährdet" (§ 21 der Verordnung zum Schutz der Arbeitskraft vom 25.10.1951) ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Hausfrauenbrigaden" in der SBZ (x009/176): >>Wegen des großen Arbeitskräftemangels sollen in verstärktem Umfange Hausfrauen stundenweise, halbtags oder einige Tage in der Woche in Produktionsbetrieben arbeiten. Sie werden zu Hausfrauenbrigaden zusammengefaßt.

Ende 1960 arbeiteten rund 4.000 Brigaden mit etwa 30.000 Mitgliedern. Dazu kamen 1961 etwa 2.500 neue Brigaden. Die Hausfrauen mußten stellenweise unentgeltlich arbeiten oder wurden nur nach den niedrigsten Lohnsätzen bezahlt und genossen keinen ausreichenden Versicherungsschutz (Sozialversicherungs- und Versorgungswesen). Auch wurden sie in einigen Betrieben eingesetzt, um ohne große Kosten Planrückstände aufzuholen.

Erst durch eine Verfügung der Staatlichen Plankommission und des Komitees für Arbeit und

Löhne vom 12.5.1960 wurden die tarifliche Bezahlung und ein gewisser Versicherungsschutz angeordnet.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Gemeinschaftsküchen" in der SBZ (x009/148): >>Einrichtungen zur Bereitung der Mahlzeiten in Kollektivbetrieben.

Gemeinschaftsküchen sollen wie Gemeinschaftskindergärten u.ä. Einrichtungen die Arbeitskraft der Ehefrauen und Mütter für das Kollektiv freisetzen. In der SBZ dienen die Gemeinschaftsküchen in den LPG vor allem dazu, den Genossen und Erntehelfern ohne größeren Zeitverlust eine warme Mahlzeit am Tage zu bieten. Sie entsprechen als "gesellschaftliche Speisung" den Kantinen in den Lohnarbeiterbetrieben.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Arbeitskräfte" in der SBZ (x009/31): >>Die Arbeitskräfte-Reserven sind in der SBZ nahezu ausgeschöpft.

Praktisch stehen alle arbeitsfähigen Personen im Arbeitsprozeß; von den weiblichen arbeitsfähigen Personen sind etwa 70 % berufstätig. Unter den 8 Millionen Beschäftigten sind mindestens 600.000 Empfänger von Altersrenten, die für die Fortsetzung oder Wiederaufnahme eines Arbeitsverhältnisses gewonnen wurden.

Der Anteil, der Frauen an den Berufstätigen liegt mit 45 % weit über dem entsprechenden Frauenanteil in der Bundesrepublik (BRD 1959: 37 %).<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Oma-Bewegung" in der SBZ (x009/316): >>Ein von den Ortsausschüssen des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands (DFD) organisierter "freiwilliger Arbeitseinsatz" der über 65 Jahre alten Frauen und Rentnerinnen.

Sie sollen Haushalts- und Kinderbetreuung in fremden Familien sowie Ausbesserungs- und ähnliche Arbeiten übernehmen und auf diese Weise die Kampagne der SED gegen das "Nur-Hausfrauentum" unterstützen. Die von der Oma-Bewegung entlasteten Frauen und Mütter sollen im Produktionsprozeß tätig werden. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Veteranenklubs" in der SBZ (x009/462): >>Einrichtung zur politischen Erfassung und Beeinflussung der wegen ihres hohen Alters nicht mehr Berufstätigen. Über die Veteranenklubs werden die Veteranen auch als Arbeitskräftereserven zu Dienstleistungen, Postzustelldienst und andere Aushilfsarbeiten herangezogen. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Familienpolitik" in der SBZ (x009/121): >>Die Familienpolitik in der SBZ orientiert sich seit 1949/50 ganz am sowjetischen Modell.

Der Wert der Familie soll durch ihren Wert für die Arbeiter- und Bauern-Macht bestimmt werden. Die Familie hat demnach eine 3fache Funktion:

1. Sie hat Sorge zu tragen für die Sicherung eines ausreichenden Kadernachwuchses für alle Gebiete des staatlichen Lebens. Kinderreiche erhalten finanzielle Zuwendungen durch den Staat. Schwangerschaftsunterbrechungen sind nur aus gesundheitlichen Gründen statthaft. -
2. Die Familie soll ihre Interessen mit den Interessen der staatlichen Planwirtschaft identifizieren. Die Familienpolitik erstrebt vor allem die Einbeziehung der Ehefrau und Mutter in den Produktionsprozeß. Der Bau von Heimen und Horten für Kinder berufstätiger Mütter wird forciert. Eine berufliche und politische Tätigkeit kann die Ehefrau auch ohne das Einverständnis des Mannes ausüben. Längere Abwesenheit vom gemeinsamen Wohnsitz ist kein Scheidungsgrund. Grundsätzlich soll alle Arbeit zur Erfüllung der Wirtschaftspläne als Arbeit für das Wohlergehen der Familie verstanden werden. -
3. Die Familie soll in engster Zusammenarbeit mit der Schule und FDJ Erziehungsstätte des "sozialistischen Menschen" sein. Der 1954 veröffentlichte Entwurf eines Familiengesetzbuches betont den Anspruch des Staates auf maßgeblichen Einfluß in der Kindererziehung und

macht den Eltern u.a. zur Pflicht, ihre Kinder im Sinne der "Arbeiter- und Bauern-Macht" zu erziehen. Andernfalls ist die zuständige staatliche Dienststelle berechtigt, "die erforderlichen Anordnungen zu treffen", d.h. die Kindererziehung völlig in staatliche Regie zu nehmen.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über den "Mutterschutz" in der SBZ (x009/300): >>Das Arbeitsgesetzbuch enthält gewisse Schutzbestimmungen für Mütter.

So dürfen schwangere Frauen und stillende Mütter nicht mit Arbeiten beschäftigt werden, die nach dem Gutachten des Betriebsarztes oder des Arztes der Schwangerenberatungsstelle das Leben oder die Gesundheit der Frau oder des Kindes gefährden könnten. Eine schwangere oder stillende Frau darf aber eine leichtere oder geeignetere Arbeit nicht verweigern. Zu Überstunden oder Nacharbeit dürfen schwangere Frauen oder stillende Mütter nicht herangezogen werden. Im übrigen dürfen Frauen, die in ihrem Haushalt Kinder im Alter bis zu 6 Jahren oder andere pflegebedürftige Haushaltsangehörige ohne ausreichende Hilfe zu betreuen haben, Überstunden und Nacharbeit ablehnen.

Schwangere erhalten vor der Niederkunft nur 5 Wochen Urlaub (in der Bundesrepublik dürfen Schwangere in den letzten 6 Wochen vor der Geburt nicht beschäftigt werden). Nach der Niederkunft besteht Anspruch auf 6 Wochen Urlaub. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über den Gesundheitsschutz für "Mutter und Kind" in der SBZ (x009/300): >>Hinter der Bezeichnung des "Gesundheitsschutzes für Mutter und Kind" verbirgt sich ein System von Maßnahmen zur Nutzung jeder erreichbaren Arbeitskraft auch von Frauen, bei gleichzeitiger Förderung der Geburtenhäufigkeit, außerdem aber zur frühzeitigen Einspannung der Jugendlichen in den Produktionsprozeß.

Zu nennen sind insbesondere Schwangerenberatung, Dispensaire für Mutter und Kind, einmalige Beihilfen für "kinderreiche Mütter" (von der Geburt des 3. Kindes an) neben staatlichem Kindergeld, Einrichtung sehr vieler Kinderkrippen und Kindergärten im Bereich von Großbetrieben, zahlreiche Bestimmungen des Arbeitsschutzes, die tatsächlich vor allem die industrielle Arbeit der Mütter auch von Kleinstkindern ermöglichen sollen, dabei besonders die von "alleinstehenden" Müttern. Aber auch der umfassend angelegte Jugendgesundheitsdienst ist aus diesem Zweck zu verstehen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über das "Familienrecht" in der SBZ (x009/122): >>... Nach dem Entwurf (des neuen Familiengesetzbuches) können die Ehegatten entweder einen gemeinsamen Familiennamen führen oder ihren bisherigen Namen beibehalten.

Als gemeinsamer Familienname kann der Name des Mannes oder der Frau gewählt werden. Wollen die Eheleute ihren bisherigen Namen behalten, so müssen sie bei der Eheschließung in das Familienbuch eintragen lassen, ob die Kinder den Namen des Mannes oder den der Frau tragen sollen.

Beiden Elternteilen steht im gleichen Maße das Sorgerecht zu. Nichteheleiche Kinder haben im Verhältnis zu ihren Eltern und deren Verwandten grundsätzlich die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes. Sie beerben jedoch nicht die Verwandten des Vaters. Das elterliche Sorgerecht besitzt nur die Mutter. ...

... Bei der Ehescheidung ist das Schuldprinzip durch das Zerrüttungsprinzip ersetzt worden. Danach ist die Ehe zu scheiden, wenn sie objektiv zerrüttet ist und deshalb ihren Sinn für die Gesellschaft und damit auch für die Eheleute verloren hat. ...

Da in der sozialistischen Gesellschaft jeder arbeitsfähige Mensch seinen Unterhalt durch eigene Arbeit verdienen muß, hat die Ehefrau grundsätzlich keinen Anspruch auf Unterhalt. ... Sämtliche Eheleute leben in Gütertrennung. ...<<

Der Staatsrat beschloß am 30. Januar 1961, die Strafen gegenüber "Feinden der Arbeiter- und

Bauernmacht" zu verschärfen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Strafpolitik" in der SBZ (x009/428): >>Eine richtige Strafpolitik soll gewährleisten, daß die noch vorhandene Kriminalität mehr und mehr verschwindet, und daß sich das sozialistische Bewußtsein in vollem Umfange entfaltet.

Um in der richtigen Weise mit strafrechtlichen Mitteln auf bestimmte Handlungen oder Unterlassungen reagieren zu können - um also eine richtige Strafpolitik zu treiben -, bedarf es einer ständigen Analyse der jeweiligen Situation im Klassenkampf. Anleitungen an die Richter für eine im Sinne der SED liegende Strafpolitik hat es wiederholt gegeben.

Von besonderer Bedeutung ist der Beschluß des Staatsrates "über die weitere Entwicklung der Rechtspflege" vom 30.1.1961. Dieser ordnet an, daß "gegenüber Feinden der Arbeiter- und Bauernmacht und solchen Personen, die schwere Verbrechen im Auftrage oder unter Einfluß imperialistischer Agenturen begehen, die Gesetze mit aller Härte" anzuwenden sind, während bei den anderen straffällig gewordenen Personen, deren Straftat zu ihrem sonstigen - politisch-sozialistischen - Verhalten in Widerspruch steht, "in der richtigen Weise zu differenzieren" ist.

Damit ist also das entscheidende Kriterium für eine strafrechtliche Sanktion und für die einer Straftat innewohnende Gesellschaftsgefährlichkeit darin zu sehen, ob der Täter als "Feind der Arbeiter und Bauernmacht" zu bezeichnen ist oder nicht. ...<<

Das polnische Blatt "Tygodnik Powszechny" kritisierte am 3. Februar 1961 Kardinal Döpfner wegen angeblicher Gleichstellung der deutschen und polnischen Schuld (x125/121-122): >>...

Die polnische Nation nimmt keine nationalistische Haltung gegenüber den Deutschen ein; sie ist bereit, sich mit ihnen unter den von Kardinal Döpfner formulierten Bedingungen zu versöhnen.

Wenn die Polen das Übel, das sie erlitten haben, nicht vergessen, so vor allem deshalb, weil diese Übel von jenen vergessen wurden, die sie begingen.<<

In Jerusalem begann am 11. April 1961 der sog. "Eichmann-Prozeß". SS-Obersturmbannführer Eichmann leitete seit 1938 die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien und organisierte ab 1941 die Massentransporte in die NS-Vernichtungslager.

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über den "Eichmann-Prozeß" (x169/11-13): >>... Mein ursprüngliches Interesse an dem Thema der Vernichtung der Juden durch die Nazis war persönlich motiviert. Mein Vater wie meine Mutter waren Überlebende des Warschauer Ghettos und der Konzentrationslager der Nazis. Abgesehen von ihnen selbst sind alle Familienmitglieder meiner beiden Eltern von den Nazis ausgelöscht worden.

Meine erste Erinnerung an die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis ist, ... der Anblick meiner Mutter, die den Eichmann-Prozeß (1961) wie gebannt im Fernsehen verfolgte, als ich von der Schule nach Hause kam. Obwohl sie erst sechzehn Jahre vor dem Prozeß aus dem Konzentrationslager befreit worden waren, waren die Eltern, die ich kannte, in meinen Augen immer durch einen unüberbrückbaren Abgrund davon getrennt.

An der Wand des Wohnzimmers hingen Fotografien der Familie meiner Mutter. (Photos der Familie meines Vaters gingen im Krieg verloren.) Was mich mit meinen Verwandten verband, konnte ich nie ganz begreifen, noch viel weniger konnte ich mir vorstellen, was mit ihnen geschehen war. Es waren die Schwestern, der Bruder und die Eltern meiner Mutter, nicht meine Tanten, mein Onkel oder meine Großeltern.

Ich erinnere mich, als Kind John Herseys "The Wall" und Leon Uris' "Mila 18" gelesen zu haben, beides waren romanhafte Schilderungen des Warschauer Ghettos. (Ich weiß noch, wie meine Mutter eines Tages klagte, daß sie, versunken in die Lektüre von "The Wall", auf dem Weg zur Arbeit nicht an ihrer U-Bahnstation ausgestiegen war.)

So sehr ich es versuchte, es gelang mir auch nicht für einen Augenblick, in meiner Vorstellung den Sprung zu vollziehen, der meine Eltern in ihrer ganzen Alltäglichkeit mit dieser Vergangenheit in Verbindung gebracht hätte. Ehrlich gesagt, ich kann das noch immer nicht.

Doch es gibt einen wichtigeren Punkt: Abgesehen von dieser Präsenz von Phantomen kann ich mich nicht erinnern, daß die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis je in meine Kindheit eindrang. Das lag hauptsächlich daran, daß außerhalb meiner Familie sich niemand dafür zu interessieren schien, was geschehen war.

Der Freundeskreis meiner Kindheit las umfassend über die Tagesereignisse und diskutierte leidenschaftlich darüber. Doch ich kann mich ehrlich gesagt an keinen einzigen Freund (oder an Eltern eines Freundes) erinnern, der auch nur einmal gefragt hätte, was meine Mutter und mein Vater durchgemacht hatten. Das war kein respektvolles Schweigen. Es war nichts weiter als Gleichgültigkeit. In diesem Licht kann man die Ergüsse des Grauens in späteren Jahrzehnten, als die Holocaust-Industrie fest etabliert war, nur mit Skepsis betrachten.

Daß die amerikanischen Juden die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis "entdeckt" haben, scheint mir manchmal schlimmer als die Tatsache, daß sie in Vergessenheit geraten war. Es ist wahr: Meine Eltern grübelten allein für sich über ihr Leid nach; was sie erlitten hatten, wurde nicht öffentlich bestätigt. Aber war das nicht besser als die derzeitige dreiste Ausbeutung jüdischen Märtyrertums?

Ehe aus der Massenvernichtung der Juden DER HOLOCAUST wurde, waren zu dem Thema nur ein paar wissenschaftliche Untersuchungen - zum Beispiel Raul Hilbergs "Die Vernichtung der europäischen Juden" - und Memoiren wie Viktor Frankls "... trotzdem Ja zum Leben sagen" und Ella Lingens-Reiners "Prisoners of Fear" veröffentlicht worden. Doch diese kleine Sammlung von Edelsteinen ist besser als die Regale über Regale mit trivialer Literatur, die nun Bibliotheken und Buchläden füllen. ...<<<

Vom US-Geheimdienst CIA ausgebildete Exilkubaner landeten am 17. April 1961 in der Schweinebucht, um Kubas Regierung zu stürzen. Die mangelhaft vorbereitete Invasion der Exilkubaner wurde jedoch von den kubanischen Regierungstruppen innerhalb von 3 Tagen zerschlagen.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Invasion in der Schweinebucht (x068/318-322): >>... Lateinamerika war nach 1945 für die USA ins Abseits, fast in Vergessenheit geraten, durch die Europa-Konjunktur und das Geschäft im Koreakrieg - selbst das kommunistische Jugoslawien hatte bis 1960 mehr Geld von den Vereinigten Staaten erhalten als ganz Lateinamerika zusammen.

Das war nicht immer so, wie wir wissen. Seit langem bildeten Mittel- und Südamerika das alleinige Jagdrevier der USA. Seit langem haben sie mittels der Monroe-Doktrin, des Roosevelt-Ergänzungsartikels, der Dollar-Diplomatie, der Politik des "big stick" und der "guten Nachbarschaft" in Lateinamerika investiert und es mit all ihren Investitionen, Krediten, ihrer Wirtschafts-, ihrer Entwicklungshilfe, jämmerlich geschröpft, seine Rohstoffe ausgebeutet, seine Menschen verelendet, so daß Lateinamerikaner Vizepräsident Nixon mit Steinen bewarfen, bespien.

Gibt man Kredite, so, als guter Samariter, mit der Auflage, vom größten Teil des Geldes amerikanische Waren zu kaufen, deren Preise man dann bald kräftig zu erhöhen pflegte. Beispielsweise brachten im Jahr 1960 für Lateinamerika 194 Millionen Dollar Staatskredite 641 Millionen Dollar private Gewinne ein; 1962 ebendort 587 Millionen Dollar Staatskredite, 761 Millionen Dollar private Gewinne, 1964 447 Millionen Dollar Staatskredite, 895 Millionen Dollar private Gewinne. Man sieht: sichtbarlich ruht Gottes Segen auf guten Taten.

Insgesamt holten die USA zwischen 1959 und 1965 aus Lateinamerika für 1.251 Millionen Dollar neuer Investitionen 5.297 Millionen Dollar Gewinne heraus. Und aus Asien im selben Zeitraum für 1.374 Millionen Dollar neuer Investitionen 6.528 Millionen Dollar Gewinne.

Auch hier segnete Gott wieder deutlich den Samariterdienst. Insgesamt übersteigen in dieser Zeit in Lateinamerika und Asien die Gewinne die Investitionen um 9.200 Millionen Dollar. Die Vereinigten Staaten von Amerika bereichern also, indem sie angeblich den armen Völkern helfen, nur sich selbst und machen die Armen noch ärmer.

Natürlich schufen und schaffen die USA in all den von ihnen kontrollierten Ländern auch gewisse Verbesserungen. Doch was sie stets so lauthals, mit großen humanitären Gesten, Sendungsbewußtsein, mit Missionseifer im wörtlichen und noch weit mehr im säkularisierten Sinn verbrämten, kommt vor allem, wenn nicht oft ausschließlich, ihnen selbst zugute: Der Ausbau der Infrastruktur, die ihnen gemäße Formierung des Rechtslebens, der Politik, der Sicherheitskräfte, all das soll ihren Investitionen, Anlagen, ihren "Entwicklungskrediten" nur Stabilität garantieren, nur ihr Geld vermehren.

Die heimgesuchten Völker werden derart bloß ausgenommen. In aller Regel. Mit aller Routine. Und mit allen Phrasen. Denn ein gewisses Dekoratum sucht man stets zu wahren. Doch hat "kein Amerikaner, der über Macht verfügt", wie Lateinamerika-Expertin Penny Leroux sagt, "je versucht herauszufinden, was die lateinamerikanischen Massen wünschen", und sie fügt hinzu, "und solange die großen Konzerne die Lateinamerika-Politik bestimmen, wird dies auch keiner tun."

Nun, Präsident Kennedy schaffte Abhilfe. Denn er wußte, nein, sprach es aus (was alle wissen): "Die Kluft zwischen Nordamerika und Lateinamerika wird hinsichtlich des Lebensstandards und des Reichtums hier und der Armut dort immer größer statt kleiner." Und gar kein Zweifel, an wem dies lag. So mußten die USA es sich auch "gefallen lassen", so Kennedy wieder selbst, "daß unsere früheren guten Nachbarn unseren Vizepräsidenten anspuckten".

Doch jetzt eben wollte er, John F. Kennedy, der Besieger Nixons, Signale setzen, ein gutes Beispiel geben, "ein Beispiel für die ganze Welt", wollte er den amerikanischen Kontinent "in einen Schmelztiegel revolutionärer Ideen und Taten verwandeln".

Unter Ausschluß selbstverständlich der übrigen Welt. "Laßt jede andere Macht wissen, daß die Hemisphäre beabsichtigt, Herr im eigenen Haus zu bleiben". Und schlug schon am 13. März allen lateinamerikanischen Staaten eine "Allianz für den Fortschritt" (Alliance for Progress) vor. Und schon am 17. April befiehlt er die Invasion in der Schweinebucht - schließlich hatte man "Herr im eigenen Haus zu bleiben ..."

Kuba, seit langem von ihm ausgepowert, war nach Abschaffung seiner Verfassung 1940 durch Fulgencio Batista y Zaldivar immer tiefer in Not geraten - in schöner Verbundenheit mit dem "großen Bruder" im Norden, der zumindest, doch keinesfalls nur, mit lateinamerikanischen Despoten besonders gern kollaborierte, wie diese mit ihm. Gleich und gleich gesellt sich gern. Die Vereinigten Staaten waren die wirtschaftlichen Profiteure Kubas.

Sie kontrollierten 36 % seiner besten Ländereien, 37 % seiner Zuckerproduktion, 90 % der Bergbauindustrie, fast die ganze Energieversorgung, das Kommunikationssystem und den Tourismus. Die bestürzende Ungleichheit seiner Besitzverhältnisse trieb das Inselvolk einfach zur Revolution. Das haben Jean-Paul Sartre oder C. Wright Mills, die Kuba kurz danach besuchten, richtig gesehen.

Am 1. Januar 1959 floh Diktator Batista ins Exil, und am 13. Februar übernahm der einstige Rechtsanwalt Fidel Castro das Amt des Ministerpräsidenten und regiert noch heute, trotz mehrerer Mordanschläge, wofür Mafia-Boß Meyer-Lansky angeblich schon 1959 eine Million Dollar reserviert haben soll. Castro verstaatlichte ausländische Firmen und sozialisierte alle größeren kubanischen, auch sämtliche Banken.

Er verbesserte, unterstützt durch seinen Mitkämpfer, den argentinischen Arzt Ernesto "Che" Guevara, in kürzester Zeit die sozialen Verhältnisse. Er beseitigte die Korruption, die Arbeitslosigkeit und weitgehend den Analphabetismus, was Kennedy gelegentlich bestaunen konnte. Dabei arbeitete Castro mit den Kommunisten zusammen, ohne der Kommunistischen Partei

beizutreten. Und er schloß mit Rußland und China Wirtschaftsabkommen.

Nach US-Untersuchungsausschüssen hatte das Schweinebucht-Unternehmen Richard Nixon angeregt. Vorbereitet wurde es (nachdem Eisenhower im März 1960 die Ausbildung von Exilkubanern für den Guerillakampf gegen Castro befohlen) von CIA und Mafia, auch zum Teil von der Mafia bezahlt.

Die Konzeption änderte sich jedoch; statt Guerillaeinschleusung bevorzugte man allmählich eine amphibische Invasion, einen direkten Angriff durch Landung an der kubanischen Küste. Dafür bildete man in Guatemala etwa 1.500 Kubaner aus, denen die amerikanischen Offiziere aber erzählten, sie seien nur ein kleiner Teil, ein Zehntel der gegen Castro geführten Streitkraft. In Wirklichkeit waren die USA fest entschlossen, sich nicht offen zu beteiligen.

Die Regierung Eisenhower hatte für die "Eventualplanung" 13 Millionen Dollar abgezweigt, die Sperrung des noch offenen kubanischen Zuckerkontingents für 1960 verfügt und schließlich am 3. Januar 1961 die diplomatischen Beziehungen zu Kuba abgebrochen. Über den geplanten Angriff wurde Kennedy erstmals im November 1960 durch CIA-Chef Allen Dulles unterrichtet. Eisenhower hatte empfohlen, die Anti-Castro-Guerillakräfte "bis zum Äußersten" zu unterstützen, die "Anstrengungen fortzusetzen und zu beschleunigen".

Und Kennedy ermunterte zum Weitermachen, forderte dann auch als amtierender Präsident dazu auf, erklärte aber, nachdem man jede Geheimhaltung aufgegeben, in einer Pressekonferenz: "Unter keinen Umständen wird eine Intervention von Streitkräften der Vereinigten Staaten in Kuba erfolgen."

Immerhin bombardierten vor der Invasion in der Schweinebucht (Bahia de Cochinos) im Morgengrauen des 17. April 1961 US-Flugzeuge des Typs B-26 wichtige kubanische Flugplätze. Und als das kubanische Volk nicht, wie erwartet, gegen Castro aufstand, wohl aber 20.000 Mann Regierungstruppen mit Panzern und Artillerieunterstützung zur Küste vorstießen und die Angreifer in die Zange nahmen, da ließ Kennedy noch von dem vor Kuba liegenden Flugzeugträger "Essex" Düsenjäger ohne Kennzeichen in das Schweinebuchtgebiet starten, um einen B-26-Angriff aus Nicaragua zu decken.

Die ganze Aktion, stümperhaft geplant und ausgeführt, von der CIA gegenüber der Regierung nicht offen dargelegt, wurde bekanntlich ein einziges Fiasko mit schwerem Schaden für das Ansehen der USA in der ganzen Welt. C. Wright Mills telegraphierte einer Fair-Play-for-Cuba-Versammlung in San Francisco: "Kennedy und Co. haben uns wieder der Barbarei überantwortet ..."

Die Beliebtheit des Präsidenten bei seinen Landsleuten nahm jedoch zu. 82 % standen jetzt nach einer Gallup-Umfrage hinter ihm. Es war einmalig. "Genau wie bei Eisenhower", kommentierte er selbst. "Je mehr Unsinn ich verzapfe, desto beliebter werde ich."

Nach Stimmen aus Kennedys nächster Umgebung wurde er vor allem durch den ihn weder vollständig noch korrekt unterrichtenden Allen Dulles eher widerstrebend in das Abenteuer gerissen. Weitere Landemanöver jedenfalls unterband der Präsident, der gegen eine Kollaboration seiner Geheimdienste mit der organisierten Kriminalität war und sich so tödlich mit dieser verfeindete. Als nach seiner Beseitigung sein Bruder Robert der Mafia den Kampf ansagte und gleichfalls ermordet wurde, begann man die Mafia in den USA wieder sehr zu schonen. Schließlich tätigt sie auch nur Geschäfte im Land des Geschäfts, noch längst nicht die größten (und vermutlich nicht einmal die schlimmsten, so schlimm sie sind).

Besser schnitt Präsident Kennedy bei der zweiten Kubakrise im nächsten Jahr ab.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im September 2016) im COMPACT-Spezial Nr. 11 über den CIA-Chef Allen Dulles (x342/40-41): >>**Mister X packt aus**

_ von Jürgen Elsässer

Die Schattenregierung (1946 bis 1970): Unter der Leitung von Dulles veränderte sich die CIA

grundlegend: Ebenso wichtig wie die Nachrichtenbeschaffung wurden militärische Geheimoperationen im In- und Ausland.

John Foster Dulles machte nach 1945 Karriere in der Politik, nahm an den Moskauer Konferenzen über den Marshall-Plan teil und wurde 1949 Senator für New York. Dabei half ihm offensichtlich seine Mitgliedschaft in der Rockefeller Foundation und dem mächtigen Think-tank Council on Foreign Relations (CFR).

1952 wurde er unter dem neuen Präsidenten Dwight D. Eisenhower Außenminister und forcierte eine "Policy of Boldness" - so der Titel eines seiner Essays -, eine Politik zur "Befreiung" der sowjetischen Satellitenstaaten. Sie trat an Stelle der bloßen "Eindämmung" der UdSSR, wie sie von Amtsvorgänger Harry Truman praktiziert worden war. Besonders im Korea-Krieg führte dieses Spiel mit dem Feuer an den Rand des atomaren Abgrundes.

Allen Dulles begann sein Spiel über Bande mit den für die US-Politik brauchbaren Elementen des Nazismus schon während des Zweiten Weltkrieges. Nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten Ende 1941 wurde der Geheimdienst Office of Strategic Services (OSS) gegründet, der Vorläufer der späteren CIA. Dulles war OSS-Repräsentant in der neutralen Schweiz. Sein Büro in Genf wurde zum Anlaufpunkt für Widerstandskämpfer, Doppelagenten und kompromißbereite Nazis aller Art.

The Secret Team

Ende der vierziger Jahre wurde Allen Dulles Präsident des Council on Foreign Relations (CFR). Die mächtigste Denkfabrik der USA war mit Geldern von Rockefeller aufgebaut worden und sorgte für die Verzahnung von Monopol-Interessen mit der Regierungspolitik. 1950, nach Ausbruch des Koreakrieges, wurde er Berater der CIA, und zwar auf einer geheim gehaltenen Stelle als Chef für spezielle Operationen.

In dieser Funktion baute er ein globales Spinnennetz für verdeckte Aktivitäten auf, das in den kommenden Jahrzehnten und bis in die heutige Zeit von entscheidender Bedeutung sein sollte. Der Etat und die institutionellen Wege für diese Black Ops waren schier unbegrenzt, nachdem Allen Dulles im Jahr 1953 zum Direktor der CIA ernannt worden war, während sein Bruder John Foster an der Spitze des State Department stand.

Die Veränderung, die unter Dulles' Regime in der CIA vor sich ging, war einschneidend. Bei ihrer Gründung 1947 wurde die Agency als Behörde zur Informationsbeschaffung konzipiert und sollte in direkter Anbindung unter Präsident Harry S. Truman agieren. Dulles etablierte militärische Geheimoperationen als zweites Aufgabenfeld und löste dieses aus der Kontrolle des Weißen Hauses. So entstand eine unkontrollierbare Doppelstruktur hinter der anfänglich harmlosen Fassade.

Der Mann, der dieses Secret Team innerhalb der CIA-Strukturen enthüllt hat, war L. Fletcher Prouty. Kinogänger kennen ihn aus Oliver Stones Film JFK, in dem er die Figur des Mister X (dargestellt von Donald Sutherland) inspiriert hat, der dem Staatsanwalt entscheidende Hinweise auf den CIA-Hintergrund der Kennedy-Ermordung gibt. Prouty war Militär von der Pike auf und kämpfte an fast allen Schauplätzen des Zweiten Weltkrieges.

Von 1955 bis 1964 wurde er dem Hauptquartier der US-Air-Force zugeteilt und leitete dort die weltweiten Einsätze der Luftwaffe "zur militärischen Unterstützung geheimer Operationen der CIA" (so die Formulierung in der Direktive 5412 des Nationalen Sicherheitsrates aus dem Jahr 1954). In den Jahren 1962/63 war er zusätzlich Chef der Special Operations für das Armee-Oberkommando (Joint Chiefs of Staff) unter Präsident Kennedy. Als dieser Mann zur Feder griff, schrieb er als Insider - und als Demokrat, der nach der Ermordung von JFK 1963 entsetzt war über die Entwicklung, die die CIA genommen hatte.

Blut an den Händen

Zu den Geheimoperationen der Dulles-Zeit gehörten etwa der Putsch gegen den gewählten iranischen Premier Mohammed Mossadegh im Jahr 1953, der den angloamerikanischen Ölin-

teressen im Wege war, und der Sturz der landarbeiterfreundlichen Regierung Guatemalas 1954. Außerdem nutzte Dulles auch seine Verbindungen, die er während des Zweiten Weltkrieges in Italien geknüpft hatte. Wichtigste Person war der Mussolini-Anhänger und zeitweilige Obersturmbannführer der Waffen-SS, Licio Gelli, der nach Kriegsende die Schleusung des NS-Kriegsverbrechers Klaus Barbie nach Lateinamerika organisiert hatte.

Als CIA-Direktor gab Dulles Mordanschläge auf ausländische Staatsmänner in Auftrag, etwa auf Fidel Castro, den kongolesischen Präsidenten Patrice Lumumba (getötet 1961) und den dominikanischen Präsidenten Rafael Trujillo (getötet ebenfalls 1961). Zu den berüchtigtsten Programmen der Dulles-Ära gehörte MK Ultra, bei dem man die Opfer mit Psychodrogen manipulierte und gefügig machte.

Zur Zusammensetzung der Schattenstruktur schreibt Prouty: "Im Herzen des Teams sind natürlich ein paar Spitzenbeamte der CIA und des Nationalen Sicherheitsrates (NSC) ... Um sie ist ein innerer Ring von Präsidentenberatern, Zivilisten und Militärs aus dem Pentagon sowie von Karrierebeamten aus den Geheimdiensten gruppiert. ... Außerhalb dieses Rings gibt es ein ausgedehntes und undurchschaubares Netzwerk von Regierungsbeamten, die Verantwortung für ein bestimmtes Aufgabenfeld haben, das mit Außen- und Verteidigungspolitik zusammenhängt, oder Experten auf diesen Gebieten sind." ...<<

Das Oberste Gericht der Deutschen Demokratischen Republik begründete am 22. April 1961 härtere staatliche Zwangsmaßnahmen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Strafpolitik" in der SBZ (x009/428-429): >>... In seiner Richtlinie Nr. 12 vom 22. April 1961 ("Neue Justiz" 1961, S. 289) erklärt das Oberste Gericht die Freiheitsstrafe als härteste staatliche Zwangsmaßnahme (neben der Todesstrafe) für notwendig "bei Verbrechen gegen den Frieden und die Deutsche Demokratische Republik, bei anderen schweren Verbrechen, insbesondere gegen das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung, und bei Verbrechen von Tätern, die aus bisherigen Bestrafungen keine Lehren gezogen haben oder sich hartnäckig einem geordneten Leben in der sozialistischen Gesellschaft entziehen".

Kurzfristige Freiheitsstrafen sollen in den Fällen verhängt werden, in denen der Charakter der Tat trotz des Fehlens schwerwiegender Folgen die sofortige kurzfristige Isolierung des Täters erfordert, um ihn der weiteren erzieherischen Entwicklung durch die Gesellschaft zugänglich zu machen.

Strafen ohne Freiheitsentzug erfordern eine "positive Grundeinstellung des Täters zur Gesellschaft, zum sozialistischen Staat". Sie sollen angewendet werden gegen Personen, die aus zeitweiliger Undiszipliniertheit oder Pflichtvergessenheit, aus ungefestigtem gesellschaftlichen Verantwortungsbewußtsein, anderen rückständigen Auffassungen oder aus persönlichen Schwierigkeiten Straftaten begehen, ohne sich damit außerhalb der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu stellen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Todesstrafe" in der SBZ (x009/442): >>Die Todesstrafe ist im Strafrecht der SBZ angedroht für das Verbrechen des Mordes und für schwere Fälle einiger Staatsverbrechen: des Staatsverrats, der Spionage, der Diversion und der Sabotage.

"Die Todesstrafe im Strafrechtsergänzungsgesetz (StEG) ist im Interesse der gesamten friedliebenden Menschheit in der augenblicklichen Entwicklungsphase nicht zu entbehren und beweist unsere Entschlossenheit, wenn es sein muß, auch mit den schärfsten Mitteln gegen die vorzugehen, die sich zu Handlangern der Unmenschlichkeit und der Kriegspolitik herabwürdigen".

Jedes Todesurteil muß nach Eintritt der Rechtskraft dem Vorsitzenden des Staatsrates zur Entschließung vorgelegt werden, ob er von seinem Gnadenrecht Gebrauch machen will. In diesen Fällen wird nach internen Weisungen immer eine Stellungnahme des Politbüros der SED her-

beigeführt.

In der Mehrzahl der Fälle erfolgt keine Begnadigung: die Todesurteile werden durch Enthauptung vollzogen. Nach westlichen Beobachtungen, die nicht vollständig sein können, wurden von 1949 bis 1960 160 Todesurteile verhängt, davon 103 in politischen Strafverfahren.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über den "Staatsverrat" in der SBZ (x009/421): >>Schwerstes Staatsverbrechen strafbar nach § 13 StEG.

Mit Zuchthaus nicht unter 5 Jahren und Vermögenseinziehung, in schweren Fällen mit Todesstrafe oder lebenslänglichem Zuchthaus wird bestraft, wer es unternimmt,

1. die verfassungsmäßige Staats- oder Gesellschaftsordnung der DDR durch gewaltsamen Umsturz oder planmäßige Untergrabung zu beseitigen.
2. mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt die verfassungsmäßige Tätigkeit des Staatsrates der Republik, seines Vorsitzenden oder seiner Stellvertreter, seiner Mitglieder oder seines Sekretärs, der Volkskammer oder der Länderkammer oder des Ministerrates oder ihrer Präsidien oder eines ihrer Mitglieder unmöglich zu machen oder zu behindern,
3. das Gebiet der DDR einem anderen Staat einzuverleiben oder einen Teil desselben von ihr loszulösen".

Nach dieser Strafbestimmung wurden z.B. Ende 1958 24 Studenten der Universität zu insgesamt 110 Jahren Zuchthaus verurteilt, weil sie in kleinen Gruppen Pläne zu einer politischen Neuordnung der SBZ diskutierten, ohne dabei die verfassungsmäßige Staatsordnung beseitigen zu wollen.

Den Tatbestand des "Verfassungsverrats" im eigentlichen Sinne kennt das sowjetzonale Strafrecht nicht.<<

Während der Maifeier wurde die NVA am 1. Mai 1961 zum "hohen sozialistischen Bewußtsein und zur Beherrschung der modernen Waffentechnik ermahnt".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Maifeier" in der SBZ (x009/270): >>Nach 1945 wurde in der SBZ die Maifeier zunächst wieder wie vor 1933 begangen als Kampf- und Feiertag der internationalen Solidarität der Werktätigen und als Bekenntnis zum Achtstundentag und zu den Zielen der Gewerkschaftsbewegung.

Doch mehr und mehr mißbrauchten die SED und der FDGB die Maifeier für ihre Agitationszwecke. Der 1. Mai 1952 wurde hingestellt als Tag des Friedenskampfes im sowjetischen Sinne, als Werbetag für eine "Aktionseinheit der Arbeiterklasse". ...

Die Losungen zum 1. Mai 1961 beweisen, wie sehr die Maifeier aus einer ursprünglich gewerkschaftlich-freiheitlichen Kundgebung zu einem Mittel der Parteiagitiation und der Staatsmachtpropaganda wurde.

Losung Nr. 21 fordert: "Erhöht die Arbeitsproduktivität ...

Nr. 23 verlangt: "Genossenschaftlich arbeiten, mehr produzieren ..."

In Nr. 34 heißt es: "Kampfgruppen, lernt aus den revolutionären Traditionen der Arbeiterbewegung!"

35 ermahnt die NVA: "Hohes sozialistisches Bewußtsein und Beherrschung der modernen Waffentechnik ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die Staatsfeiertage in der SBZ (x009/418-419): >>Zu den herkömmlichen Feiertagen, unter denen der 1. Mai ("Internationaler Kampf- und Feiertag der Werktätigen") als Staatsfeiertag begangen wird, wurden durch Gesetz vom 21.4.1950 noch der "Tag der Befreiung" (8. Mai) und der "Tag der Republik" (7. Oktober) zu Staatsfeiertagen erklärt.

Außerdem wurden 1961 offiziell begangen am 1.3. der "Tag der nationalen Volksarmee", am 21.4. der "Vereinigungsparteitag" ("Gründungstag der SED"), am 24.4. der "Internationale Tag der Jugend gegen Kolonialismus und für friedliche Koexistenz", am 10.5. der "Tag des freien Buches", am 11.6. der "Tag des deutschen Eisenbahners", am 12.6. der "Tag des Leh-

rers", am 2.7. der "Tag des Bergmanns", am 10.9. der "Gedenktag für die Opfer des Faschismus" und am 10.11. der "Weltjugendtag".<<

Präsident John F. Kennedy erklärte am 25. Mai 1961 vor dem US-Kongreß (x299/179): >>...
Das große Schlachtfeld für die Verteidigung und Ausbreitung der Freiheit liegt heute in der ganzen südlichen Hälfte unserer Erdkugel, in Asien, Lateinamerika, Afrika und im Mittleren Osten als den Gebieten der aufstrebenden Völker. ...

Wir wären sehr schlecht beraten, wollten wir ihre Probleme nur nach militärischen Gesichtspunkten beurteilen. Keine Anhäufung von Waffen und Armeen kann dazu helfen, Regierungen zu festigen, die untätig und nicht bereit sind, soziale und wirtschaftliche Reformen und die allgemein Entwicklung zu fördern.<<

Walter Ulbricht erklärte am 15. Juni 1961 während einer internationalen Pressekonferenz in Ost-Berlin (x296/211 L): >>... (Frage des Korrespondenten der "Frankfurter Rundschau":) ...
Herr Vorsitzender! Bedeutet die Bildung einer Freien Stadt Ihrer Meinung nach, daß die Staatsgrenze am Brandenburger Tor errichtet wird? Und sind Sie entschlossen, dieser Tatsache mit allen Konsequenzen Rechnung zu tragen?

(Walter Ulbricht:) Ich verstehe Ihre Frage so, daß es in Westdeutschland Menschen gibt, die wünschen, daß wir die Bauarbeiter der Hauptstadt der DDR dazu mobilisieren, eine Mauer aufzurichten. Mir ist nicht bekannt, daß eine solche Absicht besteht. Die Bauarbeiter unserer Hauptstadt beschäftigen sich hauptsächlich mit Wohnungsbau; und ihre Arbeitskraft wird dafür voll eingesetzt. "Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten".

Ich habe vorhin schon gesagt: Wir sind für vertragliche Regelung der Beziehungen zwischen West-Berlin und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Das ist der einfachste und normalste Weg zur Regelung dieser Fragen.<<

In Kahl/Main lieferte das erste deutsche Kernkraftwerk am 17. Juni 1961 erstmalig Strom. Der Betreiber des Kernkraftwerkes war das staatliche Stromerzeugungsunternehmen RWE. Der Staatsrat beschloß am 28. Juni 1961 "Ordnungen über die Aufgaben und die Arbeitsweise der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Ständigen Kommissionen" für innere Angelegenheiten, Volkspolizei und Justiz in der SBZ (x009/424): >>...
Nach den vom Staatsrat am 28.6.1961 beschlossenen "Ordnungen über die Aufgaben und die Arbeitsweise der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe" kontrollieren sie die "Durchführung der Beschlüsse des Kreistages und des Rates durch die Fachorgane, Betriebe und Einrichtungen".

Sie sollen außerdem "eine breite politische Massenarbeit" organisieren, um den Volkswirtschaftsplan durchzusetzen und die "Entwicklung des sozialistischen gesellschaftlichen Lebens" voranzutreiben. ...

Die Ständigen Kommissionen für innere Angelegenheiten haben sich nach einer Richtlinie der Volkskammer vom 28.8.1957 mit Fragen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, der Stärkung der Bereitschaft zur Verteidigung der Heimat, dem Schutz des sozialistischen Eigentums der Bevölkerungsbewegung, der Einhaltung der Verkehrsdisziplin, dem Brandschutz, der Bekämpfung der Kriminalität, der Unterstützung der Tätigkeit der Gerichte und der Volkspolizei durch die örtlichen Volksvertretungen zu befassen. Sie können die Volksvertretung auffordern, an der Tätigkeit der Gerichtsorgane oder der Volkspolizei in ihrem Zuständigkeitsbereich Kritik zu üben.

Ihre Hauptaufgabe ist es, Verbindung zwischen den Volksvertretungen und der Justiz und der Volkspolizei zu halten und diese Organe bei bestimmten Aufgaben ... zu unterstützen. Sie haben ferner der Bevölkerung besondere parteipolitische Entscheidungen der Justiz und der Volkspolizei zu erläutern und damit zur ideologischen Erziehung beizutragen. In enger Zusammenarbeit mit der Nationalen Front, den Gewerkschaften und den sozialistischen Briga-

den müssen die Ständigen Kommissionen für innere Angelegenheiten die "breiteste Einbeziehung der Werktätigen in den Kampf um Sicherheit und Ordnung organisieren" (Neue Justiz 1960, S. 330).<<

Die sowjetischen Besatzungstruppen verfügten am 28. Juni 1961 über 10 Panzer- und 10 mechanisierte Divisionen (mit rund 7.500 Panzern), 1 Luftarmee (mit rund 900 Flugzeugen) sowie Raketen-Einheiten (x009/67).

In Bonn wurde am 28. Juni 1961 das Bundesgesetz für die Sozialhilfe verkündet. Die Sozialhilfe löste danach die bisherige "Fürsorge" ab und sollte jedem Bürger ein menschenwürdiges Existenzminimum garantieren.

Am 1. Juli 1961 meldete die SED, daß es rd. 1 Million Fernsehteilnehmer gab (Bundesrepublik Deutschland = 4 Millionen).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über das "Fernsehen" in der SBZ (x009/127): >>... Das Fernsehen steht im Dienst der politischen Propaganda. "Die ständige Verbindung mit den Arbeitern in den Betrieben, den Bauern im Dorf verleiht auch dem Fernsehen den Charakter eines kollektiven Propagandisten, Agitators und Organisations" ("Der Rundfunk", Nr. 42/1952, S.2).

Das Fernsehen soll vor allem auf dem flachen Land eingeführt werden, weil Presse und Rundfunk dort die geringste Resonanz haben.

Auf die Möglichkeit des Empfangs in der Bundesrepublik wird mit technischen Mitteln und Sondersendungen hingezielt; andererseits empfängt ein beträchtlicher Teil (etwa 70 %) der Fernsehteilnehmer in der SBZ westdeutsche Sendungen. Durch den Bau von Gemeinschaftsantennen, die ausschließlich auf den Kanal des Ostfernsehens ausgerichtet sind, versucht man seit Herbst 1959, den Empfang westdeutscher Sendungen zu verhindern.

1965 soll das sowjetzonale Fernsehen auf 95 % des Gebietes der SBZ empfangen werden können; zur Zeit werden nur knapp über 60 % erreicht. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über den "Rundfunk" in der SBZ (x009/374): >>... Die Programmgestaltung des gesamten Rundfunks der SBZ ist der Propaganda und den sonstigen politischen Erfordernissen des Regimes angepaßt; sie erfolgt an Hand von detaillierten Weisungen der Abteilung "Agitation und Propaganda" des ZK der SED.

Durch 400 Störsender versucht die SBZ, den Empfang westlicher Rundfunkstationen zu verhindern. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Nachrichtenpolitik" in der SBZ (x009/301): >>Die Nachrichtenpolitik wird als Mittel des Klassenkampfes angesehen.

"Es gibt keine Nachricht schlechthin", vielmehr besitzt "die Nachricht Klassencharakter". Grundsätzlich sollen nur solche Nachrichten veröffentlicht werden, die "den Leser am besten und lebendigsten von der Richtigkeit der Politik unserer Regierung zu überzeugen" vermögen (Neue Presse, Nr. 3/1954, S. 31). Nachrichten und parteilicher Kommentar werden nicht getrennt.

Die Einheitlichkeit der Nachrichtenpolitik wird durch das Nachrichtenmonopol des ADN (Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst) garantiert. Negatives darf nur im Rahmen der Kritik und Selbstkritik publiziert werden. Nachrichten aus der Sowjetunion und aus den anderen Ostblockstaaten werden von der sowjetischen Agentur TASS und den übrigen Ostblock-Agenturen übernommen.

Nachrichten westlicher Agenturen über die Bundesrepublik werden häufig sinnverfälschend zusammengestrichen oder verdreht. Über wirtschaftliche Fortschritte u.ä. in kapitalistischen Staaten darf positiv nicht berichtet werden.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Bewußtseins-

bildung" in der SBZ (x009/74): >>Die Bedeutung der Bewußtseinsbildung ist in totalitären Herrschaftssystemen früher erkannt worden als in Demokratien, und der Ausdruck Bewußtseinsbildung entstammt daher auch ihrem Vokabular.

Auch die totalitäre Diktatur sucht ihre Bestätigung und Legitimation im "Volkswillen", veranstaltet zu diesem Zweck von Zeit zu Zeit akklamatorische Abstimmungen oder plebiszitäre Wahlen, muß aber deren Ergebnisse durch einen zentral gesteuerten Apparat der Bewußtseinsbildung, durch Polizeiterror und vielfach noch durch nachträgliche Fälschung manipulieren.

Vielfältige Methoden der Bewußtseinsbildung dienen dazu, die Bürger geistig und seelisch im Sinne des Machthabers zu formen, daß sie den ihnen vorgeschriebenen Denkstil annehmen und zu Urteilen und Entschlüssen kommen, die den Zielen der Regierung entsprechen.

In der SBZ wie in allen kommunistischen Staaten ist die Ideologie das wichtigste Argument der Bewußtseinsbildung. Genau dosierte Kenntnisse über diese Ideologie zu verbreiten, ist Aufgabe aller Institutionen zur Schulung, insbesondere der Kader.

Der Verbreitung der Ideologien und damit der Bewußtseinsbildung dienen aber auch das Erziehungswesen, die Presse, der Rundfunk und das Fernsehen sowie im weiteren Sinne alle Arten von Agitation und Propaganda, zur Bewußtseinsbildung gehört schließlich alles, was zur Festigung eines sozialistischen Bewußtseins und zur Ausrichtung eines jeden Bürgers der DDR auf die Staats- und Parteiziele beitragen kann, z.B. Kunst und Literatur, das Filmwesen und Produktionspropaganda.

Die kommunistische Bewußtseinsbildung ist in ihrem Wesen nach ausschließlich; sie schirmt darum die von ihr Erfassten gegen Einflüsse anderer geistiger Herkunft ab, vermeidet echte Diskussionen und ist intolerant und kritikfeindlich. Erfolg oder Mißerfolg der kommunistischen Bewußtseinsbildung sind nicht einheitlich zu beurteilen. ... Da viele Menschen bestimmte politische Begriffe überhaupt nur nach kommunistischer Definition kennen, bewegen sie sich in kommunistischen Kategorien auch dann, wenn sie gegen das Regime Stellung beziehen.

Folge der kommunistischen Bewußtseinsbildung ist auch, daß die Politisierung des gesamten Lebens hingenommen, ihr Fehlen im "Westen" unter Umständen als Schwäche empfunden wird.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Ideologie" in der SBZ (x009/186): >>Wörtlich Ideenlehre ... In der modernen politischen Praxis dient die Ideologie der geistig-weltanschaulichen Verklärung und Rechtfertigung machtpolitischer Handlungen, vornehmlich in totalitären Staaten. Indem jeglicher Zweifel an ihrem Wahrheitsgehalt als sündhaftes Verbrechen erklärt und geahndet wird, erhält sie scheinreligiösen Charakter. Die Auslegung der "wahren Lehre" behalten sich die Machthaber jeweils im Sinne ihrer eigenen Interessen vor.

Der tatsächliche Einfluß einer Ideologie auf die Handlungen ihrer "Vollstrecker" ist schwer abzuschätzen. Auf jeden Fall ist er weitaus geringer als vorgegeben und auch als vielfältig angenommen wird. Wenngleich die bolschewistischen Machthaber bedenkenlos und zynisch immer wieder gegen die Grundsätze ihrer Ideologie verstoßen, so sind ideologische Richtungskämpfe mindestens als Ausdruck von Machtkämpfen von Bedeutung. - In letzter Konsequenz ist die Ideologie ein geistiges Instrument zur Ausübung der Macht.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Propaganda" in der SBZ (x009/343): >>... Nach herkömmlicher Auffassung wird unter politischer Propaganda eine Form der Aufklärung begriffen, die nicht so sehr den Verstand als die emotionalen Kräfte im Menschen anspricht und sich dazu weniger des überzeugenden Wortes in Rede und Schrift als vielmehr der massiveren und vielfach gleichzeitigen Wirkung von Bild und Ton bedient.

Die Wirkung der Propaganda ist unter rechtsstaatlichen Verhältnissen dadurch begrenzt, daß

mißbräuchliche Anwendung ihrer Mittel leicht zurückschlägt, also der Absicht des Propagandisten entgegenwirkt, sei es, daß er durch allzu plumpe Methoden das Mißtrauen der Angesprochenen erregt, sei es, daß er durch Verstöße gegen die Wahrheit den Gegner auf den Plan ruft, der unter Umständen sogar Rechtsmittel gegen ihn in Anspruch nehmen kann.

Im totalitären Staatswesen (wie im Dritten Reich oder in der Sowjetunion und ihren Satelliten einschließlich der SBZ) fehlt es der politischen Propaganda an einer derartigen Kontrolle; infolgedessen beherrscht sie dort die staatsbürgerliche Aufklärung und das gesamte öffentliche Leben derart uneingeschränkt, daß schließlich die Bevölkerung jede amtliche Äußerung als Propaganda und damit als Schwindel ansieht.

Während in der Bundesrepublik die kritische Einstellung der denkenden Bürger die staatsbürgerliche Aufklärung weitgehend bestimmt, stellen die Propagandamethoden der SBZ eher noch eine Vergrößerung des nationalsozialistischen Propagandastils dar.

Unter dem Einfluß und nach dem Muster der Sowjetunion steuern Partei und Regime eine Propagandamaschinerie, die sich nicht nur der traditionellen Formen der Volksrede, der Plakate und Transparente bedient, sondern die vom Regime gegängelte Presse, den Rundfunk, den Film, das Theater, das Kabarett mit Beschlag belegt, vor allem aber die Bürger in den Aufklärungslokalen und in den von der Partei diktierten Briefaktionen beansprucht.

Obschon diese Häufung der Mittel die propagierten Lehren bei den Opfern der Propaganda nicht glaubwürdiger macht, darf man den einschüchternden Eindruck der Massierung nicht unterschätzen, dem vor allem die Jugend und leicht beeinflussbare Menschen ausgeliefert sind; er wird nur teilweise durch die Offensichtlichkeit von Schwindelparolen neutralisiert ...

Die Ausstrahlungen der sowjetzonalen Propaganda in die Bundesrepublik sind nur insoweit erst zu nehmen, als sie mit falschen Friedens- und Wiedervereinigungsparolen arbeitet ...<<

Die FDJ-Organisation "Frohe Ferien für alle Kinder" (Sitz: Düsseldorf) wurde am 1. Juli 1961 als verfassungswidrig eingestuft und in der Bundesrepublik Deutschland verboten.

Der Bundestag verabschiedete am 12. Juli 1961 das sog. "Vermögensbildungsgesetz" bzw. "312-Mark-Gesetz", um die Vermögens- und Kapitalbildung der einkommensschwächeren deutschen Arbeitnehmer zu fördern.

In Moskau vereinbarten die Warschauer-Pakt-Staaten am 5. August 1961, bis Ende 1961 einen Friedensvertrag mit Deutschland, notfalls nur mit der DDR, zu schließen (x009/521).

Ministerpräsident Chruschtschow kündigte am 7. August 1961 in einer Rundfunkrede die Verstärkung der Sowjet-Streitkräfte an.

Die SED-Regierung bezeichnete am 12. August 1961 die Demarkationslinie zwischen dem Sowjetsektor und den Westsektoren als Teil der "Grenze der DDR" und ordnete Grenzkontrollen an (x301/147): >>... Zur Unterbindung der feindlichen Tätigkeit der revanchistischen und militärischen Kräfte Westdeutschlands und Westberlins wird eine solche Kontrolle an den Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich der Grenze zu den Westsektoren von Groß-Berlin eingeführt, wie sie an den Grenzen jedes souveränen Staates üblich ist. Es ist an den Westberliner Grenzen eine verlässliche Bewachung und eine wirksame Kontrolle zu gewährleisten, um der Wühltätigkeit den Weg zu verlegen.<<

Zugleich wurden die bisherigen rund 80 Übergänge auf 12 vermindert (x009/92).

Die Sektorengrenze und die Demarkationslinie nach West-Berlin wurden im Einvernehmen mit den Warschauer-Pakt-Staaten am 13. August 1961 abgeriegelt.

Bis auf 7 Sektorenübergänge, die scharf kontrolliert wurden, schloß man alle Übergänge nach West-Berlin. Ost-Berlin wurde militärisch besetzt. An der Ost-Berliner Sektorengrenze errichtete man gleichzeitig Stacheldrahthindernisse, um die eigene Bevölkerung gewaltsam im Land zu halten. Es ereigneten sich vielerorts dramatische Zwischenfälle.

Die Abriegelungsmaßnahmen in der SBZ (Beginn des Mauerbaues in Berlin) wurden vor allem mit der Abwerbung (Bezeichnung für die Verleitung zur Republikflucht) begründet. Al-

lein vom 1. Januar bis zum 13. August 1961 flohen 155.402 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen. Nach Sperrung der Grenze und dem Bau der Mauer versiegte der Flüchtlingsstrom nach Westdeutschland und West-Berlin. West-Berliner durften Ost-Berlin nur noch mit Aufenthaltsgenehmigungen betreten.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über den Mauerbau in "Berlin" (x009/62-63): >>Die Spaltung der Stadt wurde (bereits) durch die kommunistische Sprengung der im Sowjetsektor tagenden Stadtverordneten-Versammlung am 6.9.1948 vollendet. ...

In der Nacht vom 12. zum 13.8.1961 wurde auf sowjetzonale Anordnung der bis dahin trotz schikanöser Beschränkungen noch funktionierende Verkehr über die Sektorengrenze praktisch unterbrochen, die Spaltung der Stadt restlos vollzogen und damit vor allem auch die Fluchtbewegung unterbunden.

Die Sektorengrenze wurde durch Stacheldraht, Mauern und dann durch den von der Demarkationslinie her bekannten "Todesstreifen" sowie starke militärische Bewachung "gesichert". Sie wurde, obwohl formell nur eine Form der Demarkationslinie ein Teil der Staatsgrenze West.

... Nunmehr benötigen West-Berliner ebenso wie Bürger der Bundesrepublik für jedes Betreten des Sowjetsektors eine Aufenthaltsgenehmigung (nichtamtlich: Tagespassierscheine), für längere Aufenthalte im Sowjetsektor eine Erlaubnis der zuständigen Stelle der Volkspolizei.

...

Trotz der Sperren haben seit dem 13.8. verzweifelte Ost-Berliner versucht, unter Einsatz ihres Lebens auf abenteuerlichen Wegen nach West-Berlin zu fliehen. Manche von ihnen mußten diesen Versuch mit dem Leben bezahlen. Zu den weiteren Verschärfungen der Sperrmaßnahmen nach dem 13.8. gehören: Vermauern der Fenster von Häusern an der Sektorengrenze; Evakuierung, auch Abbruch solcher Häuser, Aushebung von Gräben.

Das Bewachungspersonal leistet den strengen Befehlen nur zum Teil Folge. Zahlreiche seiner Angehörigen haben die ihnen gebotenen Gelegenheiten zur Flucht ausgenutzt. ...<<

Die Akademie der Wissenschaften der DDR berichtete später über den Beginn des Mauerbaues in Berlin (x243/208): >>Am 13. August (übernahmen) Einheiten der (NVA), der Kampfgruppen, ... im engen Einvernehmen mit den in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte den militärischen Schutz der Staatsgrenze der DDR.

Sie errichteten Grenzbefestigungen an der Staatsgrenze zu Westberlin. ... Die Sicherheitsmaßnahmen ... schoben der Wühlätigkeit, die von Westberlin gegen die sozialistischen Länder betrieben wurde, einen Riegel vor, durchkreuzten die Aggressionspläne des Imperialismus.

...<<

Der Leipziger Universitätsprofessor Ernst Bloch (1885-1977), der seit 1958 Vorträge in Westeuropa hielt, schrieb später an den Präsidenten der Akademie der Wissenschaften in Ost-Berlin (x148/63-64): >>Sehr verehrter Herr Präsident,

seit Mai 1949, nach meiner Rückkehr aus der Emigration in Amerika, lebte ich, nachdem ich eine Berufung auf den Leipziger Lehrstuhl für Philosophie angenommen hatte, in dem Staat, der sich nachher als Deutsche Demokratische Republik bezeichnete.

In den ersten Jahren meiner Universitätstätigkeit erfreute ich mich ungehindert der Freiheit des Wortes, der Schrift und der Lehre.

In den letzten Jahren hat sich diese Situation zunehmend geändert. Ich wurde in Isolierung getrieben, hatte keine Möglichkeit zu lehren, der Kontakt mit Studenten wurde unterbrochen, meine besten Schüler wurden verfolgt, bestraft, die Möglichkeit für publizistisches Wirken wurde unterbunden, ich konnte in keiner Zeitschrift veröffentlichen, und der Aufbau-Verlag in Berlin kam seinen vertraglichen Verpflichtungen meinen Werken gegenüber nicht nach. So entstand die Tendenz, mich in Schweigen zu begraben.

Demgegenüber gaben mir seit geraumer Zeit Universitäten, Zeitschriften und mein Verlag in

Westdeutschland Gelegenheit, zu lehren, zu publizieren und meine bisherigen Arbeiten ungestört fortzusetzen.

Nach den Ereignissen vom 13. August, die erwarten lassen, daß für selbständig Denkende überhaupt kein Lebens- und Wirkungsraum mehr bleibt, bin ich nicht mehr gewillt, meine Arbeit und mich selber unwürdigen Verhältnissen ... auszusetzen. Mit meinen 76 Jahren habe ich mich entschieden, nicht nach Leipzig zurückzukehren.

Ich muß Ihnen deshalb, sehr verehrter Herr Präsident mitteilen, daß ich bei künftigen Sitzungen der Deutschen Akademie der Wissenschaften, deren ordentliches Mitglied ich bin, zu meinem wahren Bedauern nicht mehr anwesend sein kann.

In besonderer Wertschätzung sehr ergeben

Ernst Bloch<<

Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schrieb später über den Bau der Berliner Mauer (x287/195): >>Am 15. Juni hatte der Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht noch versichert: "Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten".

Aber unter dem zunehmenden Druck der Fluchtbewegung aus der DDR und Ost-Berlin durch das Schlupfloch nach West-Berlin entschließen sich die Führungen in Moskau und in Ost-Berlin, die Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften zu verhindern.

Ulbricht läßt daher am 13. August 1961 beide Teile Berlins auf einer Länge von 45 km und die Westsektoren von der DDR auf einer Länge von 120 km durch eine Mauer trennen, um die "Abstimmung mit den Füßen" gegen sein Regime zu stoppen.

Die Teilung Deutschlands ist damit zementiert. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Grenzübergänge" der SBZ (x009/164-165): >>In der SBZ amtlich als Kontrollpunkte bezeichnet.

Das Regime der SBZ wendet die Bezeichnung Grenzübergänge widerrechtlich auch auf Übergänge über die Demarkationslinien an.

Zulässig ist die Bezeichnung nur für die Übergänge aus der SBZ ins tschechoslowakische Staatsgebiet: 1. Schandau/Elbe (Bahn); 2. desgleichen für Binnenschiffe; 3. Zinnwald (Kreis Dippoldiswalde) südlich Altenberg/Erzgebirge (für Straßenverkehr), das am 1.10.1958 an die Stelle von Schmilka/Elbe (südöstlich von Schandau) trat; b) für die Seeübergänge aus der SBZ (... Fährschiffe) nach Dänemark und Schweden; Warnemünde und Saßnitz (Rügen).

Nicht als Grenzübergänge dürfen an sich bezeichnet werden a) die Übergangspunkte auf der Demarkationslinie zwischen der SBZ und der Bundesrepublik (fälschlich oft Zonengrenze genannt); b) die Übergänge zwischen der SBZ und den polnisch besetzten deutschen Ostgebieten (Oder-Neiße-Linie) dies sind: 1. Frankfurt/Oder (Bahn und Straßenverkehr); ... 3. Görlitz (Bahn), 4. Gartz (West-Oder, nordöstlich Angermünde (Binnenschiffe); c) Die Übergänge auf der besonders geregelten Linie zwischen einerseits den Westsektoren Berlins (West-Berlin) und andererseits dem Sowjetsektor Berlins und der SBZ. Hier ist besonders wichtig: Dreilinden, südwestlich von West-Berlin, Autobahn).

Abgesehen von einigen Sonderregelungen für örtlichen Wirtschaftsverkehr erlaubt die Regierung der SBZ für den allgemeinen Verkehr nur ganz wenige Übergänge: 3 in die Tschechoslowakei, 2 an der Ostsee, 4 in die polnisch besetzten deutschen Ostgebiete. ... An allen anderen Übergängen ist der Verkehr streng verboten und wird schärfstens verhindert. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Grenzgänger" (x009/163): >>... (Allgemeine) Bezeichnung für Personen, die in West-Berlin arbeiteten und in Ost-Berlin oder in dem sowjetzonalen Randgebiet wohnten oder umgekehrt dort arbeiteten und in West-Berlin wohnten) entstand nach der Währungsreform.

Die in West-Berlin arbeitenden Grenzgänger erhielten nur einen Teil ihres Lohnes in DM West, der restliche Lohn wurde vom Arbeitgeber in DM Ost ausgezahlt. Der West-Berliner Arbeitgeber mußte den dem Ostgeldanteil entsprechenden Betrag in DM West an die Lohn-

ausgleichskasse in West-Berlin abführen. Aus dieser Kasse wurde der Umtausch eines Teils des in Ostgeld empfangenen Lohnes der in Ost-Berlin oder in der SBZ arbeitenden Grenzgänger in Westgeld finanziert.

1949 arbeiteten mehr als 100.000 West-Berliner in Ost-Berlin und in der SBZ. Mit der wirtschaftlichen Entwicklung West-Berlins und der Abnahme der Arbeitslosigkeit ging diese Zahl ständig zurück und betrug Anfang August 1961 nur noch 13.000. Darunter rd. 6.000 Eisenbahner und annähernd 3.500 freischaffende Künstler, Artisten und Schausteller.

Demgegenüber arbeiteten vor dem 13.8.1961 noch annähernd 60.000 Ost-Berliner oder Bewohner der Randgebiete in West-Berlin gegenüber etwa 70.000 im Jahre 1949.

Diese Grenzgänger waren seit 1952 ständiger Kritik des SED-Regimes und wiederholt größeren Schikanen der Zonen-Funktionäre ausgesetzt, durch die sie zur "freiwilligen" Aufgabe ihrer Arbeitsplätze in West-Berlin veranlaßt werden sollten.

Im Sommer 1961 begann ein förmliches Kesseltreiben gegen diese Grenzgänger. Sie wurden in Zeitungen und Versammlungen öffentlich diffamiert und als Verräter und Spekulanten angeprangert. Die Grenzgänger wurden vom Einkauf bestimmter Industriewaren ausgeschlossen und mußten ab 1.8.1961 die Miete und alle öffentlichen Gebühren in DM West bezahlen. Diese Zwangsmaßnahmen wurden durch Ausweisungen vieler Grenzgänger aus ihren Wohnungen und vor allem durch zahlreiche Strafverfahren wegen "illegaler Geldeinfuhr" ergänzt. Trotzdem sank die Zahl der in West-Berlin arbeitenden Grenzgänger bis zum 13.8.1961 nur um etwa 3.000, fast ebenso viele flohen in dieser Zeit nach West-Berlin.

Durch die gewaltsamen Sperrmaßnahmen des kommunistischen Regimes vom 13.8.1961 in Berlin wurde den im sowjetischen Machtbereich wohnenden Grenzgängern die weitere Arbeit in West-Berlin unmöglich gemacht. Sie mußten sich bei ihren früheren Betrieben in Ost-Berlin melden oder bei den Arbeitsämtern ihres Wohnsitzes zum Nachweis einer "geeigneten Tätigkeit" registrieren lassen. Die meisten der ehemaligen Grenzgänger erhielten jedoch keine ihren Fähigkeiten entsprechende Beschäftigung. Sie mußten "zur Bewährung" schlecht bezahlte schwere körperliche Arbeit in sog. Schwerpunktbetrieben aufnehmen. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Flüchtlinge" aus der SBZ (x009/131-134): >>... Seit 1946/47 haben Hunderttausenden Deutsche, meist unter Zurücklassung ihrer Habe, in der Bundesrepublik Deutschland sowie West-Berlin Zuflucht gesucht.

Solchen Flüchtlingen wurde seit 1947 nach den zwischen Beauftragten der westdeutschen Länder abgeschlossenen "Segeberger Beschlüssen" (1947) und den "Uelzener Vereinbarungen" (1949) das Asylrecht der Bundesrepublik Deutschland gewährt. Die Aufenthaltserlaubnis wurde an Flüchtlinge erteilt, die wegen ihrer politischen Einstellung verfolgt wurden (A-Fälle), und solche, denen aus Gründen der Menschlichkeit Asylrecht zuerkannt wurde (B-Fälle). ...

Über die Gesamtzahl der zugewanderten Flüchtlinge liegen keine vollständigen Unterlagen vor, da eine systematische Erfassung erst 1949 einsetzte. Der weitaus größte Teil der Zuwanderer, denen das Asylrecht oder die Notaufnahme verweigert wurde, blieb im Bundesgebiet. Eine Erfassung war nicht möglich.

Daneben sind in großer Zahl Menschen aus der SBZ nach Westdeutschland und nach West-Berlin eingeströmt, ohne die amtlichen Flüchtlingsstellen zu passieren (u.a. kamen bis zum Jahre 1953 rd. 930.000 Personen auf Grund von Zuzugsgenehmigungen der einzelnen Bundesländer, die nur z.T. später im Notaufnahmeverfahren erfaßt wurden).

Für die Zeit von 1945 bis Ende 1951 wird die Zahl der Zuwanderer aller dieser Gruppen mit 931.000 Personen angenommen. Von diesen wurden allein in der Zeit von 1949 bis 1951 allein 492.681 Personen von den amtlichen Flüchtlingsstellen erfaßt.

Seit 1952 (ab 4.2.1952 trat auch in West-Berlin das Bundesnotaufnahmegesetz in Kraft) mel-

deten sich jeweils innerhalb des halben Jahres nach ihrer Zuwanderung bei den Notaufnahmestellen Berlin, Gießen und Uelzen:

Jahr	Anzahl der Sowjetzonenflüchtlinge	Anteil der Sowjetzonenflüchtlinge (bis 24 Jahre)
1952	182.393	52,6 %
1953	331.390	48,7 %
1954	184.198	49,1 %
1955	252.870	52,4 %
1956	279.189	49,0 %
1957	261.622	52,2 %
1958	204.092	48,1 %
1959	143.917	48,3 %
1960	199.188	48,8 %
01.01.-13.08.1961	<u>195.828</u>	49,1 %
	<u>2.234.687</u>	49,9 %

Die hohe Flüchtlingszahl im Jahre 1953 war eine Folge des Juni-Aufstandes. Mit 47.433 Flüchtlingen im August 1961 wurde abermals ein Höchststand erreicht, wie er seit Jahren nicht verzeichnet wurde.

Unter den Sowjetzonenflüchtlingen befinden sich im Durchschnitt mehr als 60 % im Erwerbsleben stehende Personen. Auch ein beachtlicher Teil der Intelligenz kehrte dem "Ulbricht-Staat" den Rücken. ...

Es ist bezeichnend, daß zwischen 1954 und September 1961 allein 101.167 Angehörige landwirtschaftlicher Berufe, darunter 24.004 (23,1 %) selbständige Bauern, Tierzüchter, Forstwirte und Gartenbauer geflüchtet sind.

Zur Eindämmung dieser unaufhörlich fortschreitenden Abwanderung wurde im Dezember 1957 - anstatt eines Versuchs zur Besserung der Lebensverhältnisse - eine Verschärfung der Bestimmungen für Vergehen gegen das Paßwesen geschaffen und die Ausgabe von Interzonenpässen für Reisen in die Bundesrepublik Deutschland bedeutend eingeschränkt.

Infolgedessen ist auch die Zahl der Flüchtlinge, die im Interzonenverkehr kamen, ... zurückgegangen.

Das Bundesvertriebenengesetz stellt die "anerkannten Sowjetzonenflüchtlinge" bei allgemeinen Hilfsmaßnahmen den Flüchtlingen gleich. Der Entscheid der Notaufnahmestellen über die Aufenthaltserlaubnis wegen "Zwangslage" gilt aber noch nicht als Entscheid über die Zuerkennung der Eigenschaft als "Sowjetzonen-Flüchtling". Hierüber und damit über die Erteilung des Bundes-Flüchtlingsausweises C entscheiden die Flüchtlingsbehörden der Länder. Seit 1954 bis 30.6.1961 wurden insgesamt 457.070 C-Ausweise für 624.817 Personen (einschließlich der darin eingetragenen Kinder bis 16 Jahren) ausgestellt.

Schon vor 1949, mehr noch seitdem war und ist der Strom der Flüchtlinge ein Beweis dafür, daß

1. die überwiegende Mehrheit der Deutschen in der SBZ die dort herrschende staatskapitalistische Mißordnung ablehnt, und daß
2. Millionen so sehr bedrückt wurden, daß sie ihre Heimat und ihre Existenz preisgaben (von 1952-1961 rd. 2,2 Millionen Sowjetzonenflüchtlinge).

Die Flut der Flüchtlinge war und ist eine Abstimmung mit den Füßen gegen den Kommunismus.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über das zurückgelassene "Flüchtlingsvermögen" in der SBZ (x009/134-135): >>Das Vermögen von Flüchtlingen wurde nach Verordnung zur Sicherung von Vermögenswerten vom 17.7.1952 beschlagnahmt. Am

11. Juni 1953 ist diese Verordnung aufgehoben worden. Der Flüchtling, der die SBZ nach dem 10.6.1953 verlassen hatte, konnte seitdem einen Verwalter für die zurückgelassenen Vermögenswerte einsetzen. Tat er das nicht, war vom Staatlichen Notariat ein Abwesenheitspfleger oder in Sonderfällen vom Rat des Kreises ein Treuhänder zu bestellen.

Nach dem Inkrafttreten der Neufassung des Paßgesetzes im Dezember 1957 wurden die von den Flüchtlingen eingesetzten Verwalter von den Behörden der SBZ häufig nicht mehr anerkannt. ... Das Flüchtlingsvermögen wurde ... unter staatliche Treuhandverwaltung gestellt.

Nach internen Dienstanweisungen hat der Treuhänder die zurückgelassenen beweglichen Vermögenswerte zu verkaufen. Der Erlös des meist zu Schleuderpreisen verkauften Flüchtlingsvermögens sowie etwaige Guthaben bei Kreditinstituten werden an die Staatskasse abgeführt.

Grundstücke, mit gelegentlicher Ausnahme von Einfamilienhäusern, werden nicht verkauft, sondern durch den Rat des Kreises, VEB Kommunale Wohnungsverwaltung, verwaltet. Die Treuhandverwaltung wird in das Grundbuch eingetragen. Alle Grundstücke einer Treuhandverwaltung werden gemeinsam verwaltet und abgerechnet. Von diesem Gesamtkonto, auf das die Einnahmen aus sämtlichen Grundstücken eingezahlt werden, werden die öffentlichen Lasten und Zinsen von Hypotheken staatlicher Kreditinstitute bezahlt. Ansprüche privater Hypothekengläubiger werden im allgemeinen nicht befriedigt.

Betriebe von Flüchtlingen werden "volkseigenen" Betrieben oder Produktionsgenossenschaften zur Nutzung überlassen oder in einem Konkursverfahren aufgelöst.<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 14. August 1961 über den Bau der Berliner Mauer (x303/152): >>... Die vom Regime der Sowjetzone mit der Rückendeckung des Warschauer Paktes in Berlin angeordneten Maßnahmen haben der ganzen Welt mit einem Schlag klar gemacht, wie explosiv und unmittelbar die Gefahr geworden ist.

Durch die Straßen Ostberlins rollten am Sonntag wie beim Volksaufstand 1953 die Panzer der Sowjetarmee, (um) die Bevölkerung einzuschüchtern und ihr die nackte Gewalt der Waffen anzudrohen.

Ulbricht, seine Kumpane und Chruschtschow wissen, daß sie Berlin in ein Gefängnis der Unterdrückten verwandelt haben.<<

Die 3 westlichen Stadtkommandanten protestierten am 15. August 1961 gegen die Abschnürung Ost-Berlins und gegen den Bruch der Vier-Mächte-Vereinbarung. Gleichzeitig ersetzte man in Ost-Berlin die Stacheldrahtverhaue durch Mauern. DDR-Wachposten beschossen Flüchtlinge (x009/522).

Das BdV-Präsidium verurteilte am 16. August 1961 den Bau der Berliner Mauer (x155/87-88): >>Mit tiefster Empörung hat das Präsidium des Bundes der Vertriebenen den Anschlag der sowjetzonalen Handlanger Moskaus gegen die menschliche Freiheit in Mitteldeutschland und Ost-Berlin verfolgt.

Die 13 Millionen deutschen Heimatvertriebenen, die selbst Opfer einer Verletzung der Menschenrechte sind und von denen nur der größere Teil das Glück gehabt hat, in den Bereich der Freiheit zu gelangen, können aus eigenem leidvollen Erleben das ganze Ausmaß des Unglücks ermessen, das die Deutschen in Berlin und der Zone betroffen hat. ...<<

In Berlin wurden am 23. August 1961 sechs weitere Sektorenübergänge geschlossen. Die sowjetischen Truppen forderten mindestens 100 m Abstand zur Sektorengrenze zu halten. Die westlichen Besatzungsmächte brachten daraufhin Geschütze und Panzer an der Sektorengrenze in Stellung (x009/522).

Der Ministerrat erließ am 24. August 1961 eine "Verordnung über Aufenthaltsbeschränkung". In dieser Verordnung drohte das SED-Regime mit Zwangsarbeit und Verbannung.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Aufenthaltsbeschränkung" in der SBZ (x009/43): >>Mit der "Verordnung über Aufenthaltsbeschränkung"

vom 24.8.1961 hat der Ministerrat das Strafgesetzbuch um eine neue Straftat erweitert. Aufenthaltsbeschränkung kann zusätzlich zu Freiheitsstrafe oder bei einer bedingten Verurteilung ausgesprochen werden, "wenn die Fernhaltung der Person von bestimmten Orten und Gebieten im Interesse der Allgemeinheit oder eines einzelnen geboten oder die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedroht ist" (§ 1 Abs. 2).

Auf Aufenthaltsbeschränkung kann aber auch durch Urteil eines Kreisgerichts auf Verlangen der örtlichen Organe erkannt werden, wenn der Betroffene keine Straftat im Sinne des Strafgesetzbuches begangen hat. Es genügt, daß die allgemeinen Voraussetzungen für eine Aufenthaltsbeschränkung (Gefahren für die Allgemeinheit oder einen einzelnen oder Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung) als gegeben angesehen wird.

Durch die Aufenthaltsbeschränkung wird dem Verurteilten der Aufenthalt an bestimmten Orten untersagt, und es kann ihm der Aufenthalt in bestimmten Orten oder Gebieten vorgeschrieben werden. Er kann ferner verpflichtet werden, eine bestimmte Arbeit aufzunehmen. Auch ohne Ausweisung kann Arbeitserziehung angeordnet werden.

Hält ein Verurteilter die ihm gegenüber verhängte Aufenthaltsbeschränkung nicht ein oder kommt er einer Arbeitsverpflichtung nicht nach, kann er mit Gefängnis bestraft werden.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Arbeitserziehung" in der SBZ (x009/29-30): >>Eine neue Art von Zwangsarbeit wurde durch die Verordnung über Aufenthaltsbeschränkung vom 24.8.1961 eingeführt.

Danach kann einem Verurteilten auferlegt werden, eine bestimmte Arbeit aufzunehmen. Ferner kann gegen "arbeitsscheue" Personen auch wenn sie keine strafbare Handlung begangen haben, auf Verlangen der örtlichen Organe der Staatsmacht durch Urteil des Kreisgerichts Arbeitserziehung angeordnet werden. Die Arbeitserziehung wird in Haftarbeitslagern verbüßt.

Da für "arbeitsscheu" jeder gehalten wird, der die Arbeitsdisziplin wiederholt verletzt hat, sind schrankenloser Willkür bei der Verhängung von Zwangsarbeit Tür und Tor geöffnet.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die politischen "Häftlinge" in der SBZ (x009/170): >>... Nach dem 13. August 1961 nahm die Zahl der politischen Häftlinge auf Grund der verschärften Terrorjustiz wieder erheblich zu.

Heute befinden sich noch 10.000 bis 12.000 Menschen auf Grund rein politischer Strafurteile in Haft. Im Strafvollzug werden die politischen Häftlinge genauso behandelt wie die kriminell bestraften, eine Privilegierung oder zusammengefaßte Unterbringung gibt es nicht.

Die politischen Häftlinge werden im Gegenteil in der Regel zu bestimmten Funktionen oder Dienstverrichtungen (Brigadier, Zellenältester, Hausarbeiter), die möglicherweise Vergünstigungen zur Folge haben können, bewußt nicht herangezogen; Ärzte unter den politischen Häftlingen werden nur dann in ihrem Beruf beschäftigt, wenn kein anderer Arzt zur Verfügung steht. Literatur aus der Gefangenenbücherei erhalten politische Häftlinge unter erheblich größeren Schwierigkeiten als kriminell Bestrafte. In der Untersuchungshaft ist die Behandlung der politischen Häftlinge bewußt hart und schikanös.

Nach keinesfalls vollständigen Erfassungen in West-Berlin (Hilfskomitee für politische Häftlinge) wurden von 1945 bis 1960 49.178 Personen registriert, die von Zonengerichten oder sowjetischen Militärtribunalen ausschließlich oder überwiegend aus politischen Gründen verurteilt worden sind; davon lauteten 528 Urteile auf Todesstrafe und 654 Urteile auf lebenslängliches Zuchthaus.<<

An der Berliner Sektorengrenze ereigneten sich am 24. August 1961 wieder zahlreiche Zwischenfälle. Der West-Berliner Senat ordnete am 24. August 1961 die Schließung der SED-Geschäftsstellen an.

An der Ost-Berliner Sektorengrenze wurde am 27. August 1961 eine zweite Mauer errichtet (x009/522).

Ministerpräsident Chruschtschow drohte am 27. August 1961 mit der absoluten Blockade

West-Berlins, falls der Westen wirtschaftliche Sanktionen gegen die DDR beschließen sollte. In der DDR wurden zahlreiche politische Prozesse eröffnet, die man im Schnellverfahren abwickelte.

Im August 1961 verurteilte das Oberste Gericht 9 "Kopfjäger" und "Menschenhändler" in zwei Schauprozessen zu insgesamt 78 Jahren Zuchthaus (x009/379).

Mit dem Befehl Nr. 39/61 vom 14. September 1961 widerrief der Minister des Innern alle bisher erteilten Registriervermerke, die zum Betreten und Bewohnen des Schutzstreifens und der Sperrzone berechtigten.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über den Befehl Nr. 39/61 (x009/410): >>... Die Genehmigung wird seitdem nur noch Personen erteilt, "die durch ihr bisheriges Verhalten die Gewähr dafür bieten, daß die Sicherheit im Sperrgebiet nicht gefährdet wird". Erneute Zwangsevakuierungen aus dem Sperrgebiet folgten diesem Befehl.<< Die Deutsche Grenzpolizei wurde am 15. September 1961 von der Nationalen Volksarmee übernommen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die deutsche "Grenzpolizei" der SBZ (x009/163): >>Bis 1961 militärähnliche Polizeitruppe zur Abspernung der Demarkationslinien und übrigen Grenzlinien der SBZ, zugleich eine Verfügungstruppe.

Die Deutsche Grenzpolizei wurde am 15.9.1961 als "Kommando Grenze" in die Nationale Volksarmee übernommen.<<

Bei der 4. Bundestagswahl am 17. September 1961 erhielten die Parteien folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 45,3 %, SPD = 36,2 %, FDP = 12,8 %, GDP = 2,8 %, Sonstige = 2,9 %.<<

Die Ost-Berliner Bevölkerung mußte ab 1. Oktober 1961 innerhalb von 3 Tagen alle DM-Guthaben umtauschen.

Die CSR und Polen veröffentlichten am 2. Oktober 1961 in Prag eine Erklärung, in der die Entschlossenheit bekundet wurde, noch im Jahre 1961 einen Separatfrieden mit der DDR abzuschließen.

Der westdeutsche Redakteur Lichtenstein wurde am 12. Oktober 1961 an der Demarkationslinie durch DDR-Grenzpolizisten erschossen.

US-Militärpolizisten erzwangen am 22. Oktober 1961 die unkontrollierte Einfahrt eines hohen nordamerikanischen Diplomaten nach Ost-Berlin.

Ministerpräsident Chruschtschow berichtete am 27. Oktober 1961 während des XXII. Parteitages der KPdSU über die Geständnisse bei Stalins Säuberungen (x299/93, x191/142): >>... Ums Leben kamen tausender unschuldige Menschen. ... Den Tod fanden zahlreiche Partei- und Staatsfunktionäre und führende Militärs. ...

Man überzeugte sie, und zwar mit bestimmten Methoden, daß sie entweder deutsche oder englische, oder sonstwelche Spione seien. ...<<

>>... Selbst wenn man diesen Leuten mitteilte, die Anklage wegen Spionage sei zurückgezogen, beharrten sie selber auf ihren früheren Aussagen, da sie es vorzogen, bei den falschen Aussagen zu bleiben, damit die Folterungen nur schneller ein Ende nehmen, damit der Tod nur schneller eintrete.

Das also ist Personenkult!<<

Der XXII. Parteitag der KPdSU beschloß am 30. Oktober 1961, Stalins Mumie aus dem Mausoleum am Kreml zu entfernen.

Die Gesellschaft für Sport und Technik zählte im Herbst 1961 etwa 600.000 nominelle Mitglieder, davon waren etwa 180.000 aktive Kampfgruppenmitglieder (x009/414).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die Stärke der "Nationalen Volksarmee" der SBZ im Oktober 1961 (x009/306): >>Die Machthaber der SBZ ver-

meiden es grundsätzlich, die Stärke ihrer bewaffneten Kräfte anzugeben. Naturgemäß ist es schwierig, Nachrichten über die Rüstung der SBZ zu beschaffen und richtig einzuschätzen.

Nach zuverlässigen Berichten war die Nationale Volksarmee (NVA) mindestens 190.000 Mann stark: davon Luftwaffe 18.000 und Seestreitkräfte 17.000, unter Kommando Grenze: 48.000. Die Zunahme beruht darauf, daß von August bis Oktober 1961 das Aufgebot der "FDJ-Regimenter" mindestens 50.000 Rekruten für die NVA ergab. ... (Die Bundeswehr verfügte im Jahre 1961 über 320.000 Soldaten). ...<<

In Ost-Berlin wurde am 13. November 1961 die Stalinallee in Karl-Marx-Allee bzw. Frankfurter Allee umbenannt.

Nach seiner Wiederwahl bildete Bundeskanzler Konrad Adenauer am 14. November 1961 eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP. Die FDP setzte bereits während der Koalitionsverhandlungen den vorzeitigen Rücktritt Adenauers durch.

An der Ost-Berliner Sektorengrenze begann am 19. November 1961 der Bau einer 2. Panzersicherungsmauer (x009/523).

Ministerpräsident Chruschtschow lehnte am 9. Dezember 1961 die Forderung des nordamerikanischen Präsidenten John F. Kennedy ab, die Autobahn nach Berlin für den internationalen Verkehr freizugeben.

Der ehemalige SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann (ein führender NS-Organisator des Völkermordes an den europäischen Juden) wurde am 15. Dezember 1961 zum Tod verurteilt.

Während man die massenhaften Kriegsverbrechen der Roten Armee konsequent verdrängte, berichtete man z.B. im Jahre 1961 in sowjetischen Schulbüchern über die deutschen Feudalherren des Mittelalters (x056/62): >>... Die Tätigkeit der Kaiser (im Mittelalter) war nicht auf die Vereinigung des eigenen, sondern auf Raub und Eroberungen in fremden Ländern gerichtet. ... Die deutschen Feudalherren hatten einen Heißhunger darauf, die slawischen Länder zu erobern. ... (Sie) führten Krieg mit schrecklicher Grausamkeit. Sie verstümmelten und erschlugen die Gefangenen, führten Frauen und Kinder in Unfreiheit. ...<<

Im Parteiprogramm der KPdSU von 1961 hieß es (x058/317): >>... Der Kommunismus ist die lichte Zukunft der Menschheit: Der Aufbau der kommunistischen Gesellschaft ist zur unmittelbaren praktischen Aufgabe des Sowjetvolkes geworden. Das allmähliche Hinüberwachsen des Sozialismus in den Kommunismus ist eine objektive Gesetzmäßigkeit, vorbereitet durch die gesamte vorangegangene Entwicklung der sozialistischen Sowjetgesellschaft.

Was ist Kommunismus?

Kommunismus ist eine klassenlose Gesellschaft, in der die Produktionsmittel einheitliches Volkseigentum und sämtliche Mitglieder der Gesellschaft sozial völlig gleich sein werden, in der mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auf der Grundlage der ständig fortschreitenden Wissenschaft und Technik auch die Produktivkräfte wachsen und alle Springquellen des gesellschaftlichen Reichtums voller fließen werden und wo das große Prinzip herrschen wird: Jeder nach seinen Fähigkeiten; jedem nach seinen Bedürfnissen.

Der Kommunismus ist eine hochorganisierte Gesellschaft freier arbeitender Menschen von hohem Bewußtsein, in der gesellschaftliche Selbstverwaltung bestehen wird, in der die Arbeit zum Wohle der Gesellschaft zum ersten Lebensbedürfnis für alle, zur bewußt gewordenen Notwendigkeit werden und jeder seine Fähigkeit mit dem größten Nutzen für das Volk anwenden wird.

Hohes kommunistisches Bewußtsein, Arbeitsfreude, Disziplin und Ergebenheit den Interessen der Gesellschaft gegenüber sind unveräußerliche Eigenschaften des Menschen der kommunistischen Gesellschaft. ...<<

Präsident John F. Kennedy änderte im Jahre 1961 den Kurs der amerikanischen Entwicklungshilfepolitik für Südamerika. Seine "Allianz für den Fortschritt" hatte zum Ziel, wirtschaftliche und soziale Reformen in den südamerikanischen Republiken zu fördern.

1962

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" 1/1962 berichtete am 10. Januar 1962 über die Freimaurer: >>**FREIMAURER: Im Labyrinth der Logen**

Nach seiner ersten Rede vor dem Genfer Völkerbund führte der damalige Außenminister der Weimarer Republik, Gustav Stresemann, seine rechte Hand bis etwa zur Höhe seiner linken Brust und strich dann schräg über sein Jackett bis zum rechten Hosenbein. Indem er das Zeichen des Winkelmaßes andeutete, gab sich der deutsche Außenminister als ein "Meister vom - Stuhl" in der Hierarchie des internationalen Ordens der Freimaurer zu erkennen.

Von einer solchen Stresemann-Geste berichtet jedenfalls eine Chronik des zeitgenössischen Freimaurertums, die sich einer erdachten Rahmenhandlung wegen "Roman" nennt. Verfasser der Indiskretionen über prominente Adepten der auch von Goethe praktizierten "Satans-Religion" - so Papst Leo XIII. (1878 bis 1903) - ist der Jesuitenzögling und Skandal-Autor Roger Peyrefitte, der sich bisher in Chroniken und Schlüsselromanen mit dem Diplomatenmilieu, dem römischen Klerus. ("Die Schlüssel von Sankt Peter"), dem Malteser-Orden und sokratischen Freundschaftsbünden beschäftigt hatte. In allen diesen Büchern waren die Resultate sorgfältiger Recherchen mehr oder minder getarnt und romanhaft verkleidet worden.

Peyrefitte arbeitete drei Jahre lang in gemeinhin unzugänglichen Archiven der Freimaurer-Logen, bevor er seine Notizen - fünfzehn vollgeschriebene Schulkladden - zu einem Buch verarbeitete, das in Paris unter dem Titel "Die Söhne des Lichts" erschienen ist. Der Buchtitel bezieht sich auf das Johannes-Evangelium, das in bildlicher Sprache die Begriffe "Licht" und "Finsternis" benutzt und dem sich eine gewichtige Gruppe der Freimaurer besonders verpflichtet fühlt.

Zu den "Söhnen des Lichts", so berichtet das Buch, gehörten außer Stresemann noch andere Staatsmänner und Politiker der jüngsten Geschichte oder Gegenwart, so zum Beispiel Roosevelt und Truman, die in ihren Logen die höchsten Grade der Freimaurer-Würde erkletterten. Auch Churchill, Eisenhower, Mendès-France, der französische Sozialistenführer Guy Mollet und der Präsident des französischen Senats, Monnerville, gelten in der Internationale der Freimaurer als "Brüder".

Autor Peyrefitte, wie in früheren Büchern durch den autobiographischen Helden Georges Sarre repräsentiert, gibt sich, um seine Freimaurer-Forschung zu motivieren, als "Lehrling" der Pariser Loge "Die Neun Schwestern" (Schlüsselname für die Loge "Aufrichtigkeit und Treue") aus und stellt noch eine andere romanhafte Beziehung zur Freimaurerei her. Die Diplomaten-Tochter Françoise, die von Peyrefittes literarischem Double Georges Sarre in einem früheren Buch verführt und dann anderweitig verheiratet worden war und die in den "Söhnen des Lichts" zu Sarre zurückkehrt, empfängt, obwohl praktizierende Katholikin, ihre Weihe in der Pariser Frauenloge "Isis".

Obleich Papst Klemens XII. (1730 bis 1740) durch seinen Bannfluch die Freimaurer "für alle Ewigkeit" aus der katholischen Kirche ausgeschlossen hatte, sei die Kirche heute, so läßt sich Peyrefitte-Sarre belehren, toleranter gestimmt. Sarre, wie sein Autor Peyrefitte Jesuitenschüler, trifft unter den Freimaurern seinen alten Lehrer Père de Trennes wieder, einen Jesuitenpater, der inzwischen heimlich die Freimaurer-Weihen empfangen hat. Von ihm erfährt Sarre, daß Freimaurer eine Exkommunizierung kaum noch zu befürchten haben; allenfalls werde ihnen ihr Beichtvater besondere Gebete auferlegen.

Der Pater zieht aus seiner Briefftasche eine vergilbte Photographie, die den Kardinal Mastai-Ferretti, den späteren Papst Pius IX., in einem Sessel sitzend zeigt, über seinem Kardinalsmantel trägt er das Band eines Logen-Meisters.

Das kompromittierende Bild, so erfährt der Held Peyrefittes, sei zwar eine Fälschung, aber das Gerücht, daß Pius IX. die Maurer-Weihe empfangen habe, wolle bis heute nicht verstummen; es sei sogar in der verbreiteten französischen Enzyklopädie "Larousse" verzeichnet gewesen.

"Die Seligsprechung dieses Papstes", so heißt es in den "Söhnen des Lichts", "zieht sich sonderbarer Weise in die Länge - obschon seine Wunderwerke kaum zu zählen sind und obschon er das Dogma der Unbefleckten Empfängnis und der päpstlichen Unfehlbarkeit proklamierte." Vom gegenwärtigen Papst Johannes XXIII. behauptet Peyrefitte, er habe, als er noch Nuntius in Paris war, gute Beziehungen zu prominenten Maurerbrüdern unterhalten.

Der Autor beruft sich dabei auf das Zeugnis des Barons Marsaudon, der, obwohl Maurer höchsten Grades und Mitglied des obersten französischen Logenrates, nach dem letzten Kriege dem Gesandten-Posten des vom Vatikan protegierten Malteser-Ritterordens übernahm.

Mit dem päpstlichen Nuntius Roncalli, dem späteren Papst Johannes XXIII., so behauptet der Baron Marsaudon bei Peyrefitte, habe er lange Gespräche über die Symbolik des Johannes-Evangeliums, des "Evangeliums des Lichtes", geführt. In Erinnerung an diese nächtlichen Gespräche habe der Kardinal Roncalli, als er zum Papst gewählt worden war, den Namen Johannes angenommen, versichert der Baron.

Der Baron Marsaudon erzählt auch die Details einer Audienz, die ihm Johannes XXIII. gewährt habe: "Ich kniete vor ihm nieder, um vom Papst den Segen zu erbitten, den mir der Nuntius erteilt hatte ... Dann bat ich ihn, in meiner Person alle (Freimaurer-) Brüder zu segnen, die so dächten wie ich. Er war einverstanden. Ich bat ihn ferner, alle jene Brüder zu segnen, die nicht so dächten wie ich. Er war einverstanden. 'Heiliger Vater', rief ich aus, 'der Bannfluch ist aufgehoben!' - 'Nein', sagte er lächelnd, 'aber du, mein Sohn, erhebe dich!'"

Peyrefitte läßt seinen Helden eine Bildungsreise in das Labyrinth der französischen Logen unternehmen. Unter seinem Pseudonym Georges Sarre beruft sich Peyrefitte dabei augenzwinkernd auf seine eigenen früheren Bücher, die dem Helden Sarre auch solche Türen öffnen, die sonst verschlossen bleiben. "Er wußte schon so viel", sagt ein früherer Abgeordneter der Radikalen namens Leblond (Schlüsselname für den ehemaligen Abgeordneten Charles Hernu) über Sarre, "daß es kaum noch etwas zu verbergen galt."

Der Abgeordnete Hernu alias Leblond gilt als Bewunderer des Maurers Mendes-France und des Schriftstellers Peyrefitte, der schon früher an ihm beim Händeschütteln jene kitzelnde Vibration eines Fingers verspürte, mit der sich die Logenbrüder untereinander zu erkennen geben. Hernu gehörte zum antiklerikalen Flügel der französischen Freimaurer, zur Loge "Groß-Orient", die wegen ihrer atheistischen Tendenz von der orthodoxen "Groß-Loge von Frankreich" als "irregulär" bekämpft wurde.

Auch Mendes-France, so erfährt der Held Peyrefittes, gehörte dem "Groß-Orient" an - bis ihm nach dem Kriege ein peinlicher Zwischenfall die Freude am Tempeldienst verleidete. Nacheinander erschienen drei Maurer-Rechercheure in seiner Wohnung, um - wie auch bei anderen Logenbrüdern - seine Haltung im Kriege zu überprüfen.

Der erste, so behauptet der Autor der "Söhne des Lichts", verlangte von dem damaligen Wirtschaftsminister de Gaulles ein polizeiliches Führungszeugnis, zwei Lichtbilder und eine eidesstattliche Versicherung, daß er die Vichy-Regierung "weder materiell noch moralisch" unterstützt habe. Der zweite wiederholte die Prozedur, ohne sich um die Einwände des Bruders Mendes-France zu kümmern. Den dritten, der sich anschickte, die gleichen Wünsche zu äußern, so heißt es, setzte Mendes-France "brüderlich-herzhaft" vor die Tür.

Peyrefitte widerspricht der Legende, daß die profilierten Politiker der III. Republik, Clemenceau, Briand, Herriot, Blum und Daladier, Freimaurer gewesen seien: Von ihnen hätte sich Briand bei einer radikal orientierten Loge in Saint-Nazaire nur beworben, sei jedoch zurückgewiesen worden; Herriot habe das gleiche bei einer gemäßigten Loge in Lyon erleben müssen.

Zur Zeit der Volksfront befanden sich in der französischen Deputiertenkammer allerdings 250 Freimaurer; in der letzten Legislaturperiode der - IV. Republik war ihre Zahl auf rund hundert zusammengeschmolzen, und im De-Gaulle-Staat gibt es - nach Auskunft des Chronisten Pey-

refitte - nur noch rund zwanzig Deputierte, die sich auf Brüderart die Hand schütteln.

Eine der ersten Handlungen der provisorischen Exil-Regierung de Gaulles während des Krieges war indes die Aufhebung des Logen-Verbots, das von der Vichy-Regierung erlassen worden war. De Gaulle habe - nach Peyrefitte - die internationale Aktivität der französischen Freimaurer begünstigt, indem er zum Beispiel den "souveränen Groß-Kommandeur" des französischen Logenrates Raymond, 1945 nach Amerika entsandte, damit er bei der Weihe Präsident Trumans zum Maurer der höchsten (33.) Stufe zugegen sein konnte.

Äußere Erkennungszeichen entdeckte der Autor der "Söhne des Lichts" nur bei den unteren Graden der Logenbrüder; die wirklich "Eingeweihten", erläutert er, pflegten ihre Logenzugehörigkeit eher diskret zu behandeln.

Ein Jesuitenpater belehrt Sarre, daß es wahrscheinlich in der Maurer-Hierarchie "unbekannte Obere" gebe, die sich von den Logen fernhielten - einen mysteriösen "Rat der Weisen", der die Freimaurer, mehr als sechs Millionen Logenangehörige, ohne Wissen der Majorität dirigiere und dessen Sitz "etwa" New York sein könne. "Im übrigen ist das Freimaurertum ein Chamäleon, das alle Farben annimmt", erläutert der Jesuit, "eine Hydra, der kein Herkules jemals alle Köpfe abschlagen wird."

In Frankreich hatte sich während des Krieges der Marschall Pétain dennoch an diese Herkules-Arbeit herangewagt; er ließ in Vichy eine Stelle zur Bekämpfung von "Geheimgesellschaften" einrichten, die von Admiral Platon geleitet wurde. Pétain, der den Freimaurern nicht verzieh; 'daß sie ihn einst auf eine "schwarze Liste" gesetzt hatten, machte sie bereits in seiner ersten Proklamation für die Niederlage der französischen Armee verantwortlich - nach dem Beispiel Ludendorffs, der nach dem Ende des Ersten Weltkriegs mit einer ähnlichen Beschuldigung die "Ehre der deutschen Armee" hatte retten wollen.

Während des Zweiten Weltkriegs, so läßt sich Georges Sarre berichten, habe ein Beauftragter der deutschen Sicherheitsbehörden, die in der Freimaurerei einen Hort international-jüdischer Weltverschwörung sahen, den französischen Präfekten Riandey zu sich bestellt, der nicht nur Mitglied des obersten französischen Logenrates, sondern obendrein ein Spitzenfunktionär der Résistance gewesen sei.

Zur Überraschung Riandey's, der mit seiner Verhaftung rechnete, habe ihn der deutsche Beauftragte aber nur nach Logen-Verbindungen prominenter Personen des deutschen Besatzungsregimes gefragt, zum Beispiel wegen des Botschafters Abetz, des Generals von Stülpnagel und sogar wegen des Außenministers Joachim von Ribbentrop. Der Wahrheit entsprechend habe der Präfekt dementiert, daß Stülpnagel oder Ribbentrop zu Freimaurern Beziehungen unterhalten hätten; Abetz dagegen sei vor dem Kriege Gast bei der Pariser "Goethe-Loge" gewesen.

Als Erfinder jenes "V-Zeichens" - der im Winkel auseinandergestellten Zeige- und Mittelfinger -, mit dem Winston Churchill im vergangenen Weltkrieg die Endsieg-Erwartungen der Engländer symbolisierte, stellt Peyrefitte einen englischen Freimaurer vor, den Maler und Schriftsteller Aleister Crowley. Crowley, der dem Premier Churchill diese Geste beibrachte, habe aber nicht den Anfangsbuchstaben des Wortes victory (Sieg) gemeint, sondern die Hörner des Teufels, die er als mystisches Gegenzeichen zum Hakenkreuz wirken lassen wollte. Nach Kriegsende ließ Crowley Porträt-Karten von sich verteilen, auf denen er im Stile Churchills eine dicke Zigarre raucht. Die Unterschrift: "Der Erfinder des V-Siegeszeichens."

In einer Weihe-Prozedur wird Peyrefittes Held Georges Sarre in die Traditionsloge "Die Neun Schwestern" aufgenommen - in die Loge "Aufrichtigkeit und Treue", deren Mitglied Voltaire 1778, wenige Wochen vor seinem Tode, geworden war und der auch, Benjamin Franklin angehörte.

Peyrefittes Double-Sarre, im Smoking und mit verbundenen Augen, wird in den Logentempel geführt und einem Verhör unterzogen. Dann muß er bei Musik, die von Mozart zu Wagner

wechselt, drei symbolische "Reisen" unternemen, in die Stadien Kindheit, Jugend und Reife. Auf der letzten dieser Reisen - Stolper-Promenaden im Kreise der Brüder - besteht er die "Feuerprobe", indem seine Hand über einen elektrischen Heizofen gehalten wird.

Der "Meister vom Stuhl" fordert ihn schließlich auf, den Maurer-Schwur zu leisten; die Hand des Peyrefitte-Doubles ruht dabei auf der ersten Seite des Johannes-Evangeliums einer aufgeschlagenen Bibel; neben der Bibel liegen die Maurer-Attribute Winkelmaß, Zirkel und Schwert. Bei den Worten "Es werde Licht!" wird dem Adepten die Binde abgenommen; der Tempel ist hell erleuchtet, und der Meister nennt den Peyrefitte-Geweihten zum erstenmal "Bruder".

"Trotz seines Sinns für das Komische", deutet der Autor die Empfindungen seines Helden, "entdeckte er in den Riten der Maurer nicht mehr Komik als in den Riten der Kirche."

Roger Peyrefitte: "Les Fils de la Lumière". Editions Flammarion, Paris ...<<

Der französische Historiker und Schriftsteller Edmond Paris (1894-1970) berichtete später über die Rolle des Jesuitenordens nach dem Zweiten Weltkrieg (x1.001/142-148): >>...

Papst Johannes XXIII. läßt die Maske fallen

Von allen in dieser Welt allgemein akzeptierten Fiktionen ist der dem Heiligen Stuhl zugesprochene Geist des Friedens und der Liebe die wohl am schwersten auszurottende - da dieser Geist der Natur des apostolischen Meisters schlechthin innezuwohnen scheint.

Trotz der nicht gänzlich bekannten oder zu schnell vergessenen Lektionen der Geschichte, muß der, der sich selbst "Statthalter Christi" nennt, in den Augen vieler notwendigerweise das vom Evangelium gelehrt Ideal der Liebe und Brüderlichkeit verkörpern. Wollen nicht Logik und Gefühl gleichermaßen, daß es so sei?

In Wirklichkeit klären uns die Ereignisse darüber auf, daß besagte positive Annahme stark abgeflaut sein muß - und wir glauben, daß es bislang hinreichend demonstriert wurde. Doch die Kirche ist umsichtig - wie wir oft erinnert werden - und es ist selten, daß ihre wahren Aktionen nicht von den unerläßlichen Vorkehrungen umgeben sind, die sich des äußeren Anscheins annehmen. "Besser arm in Ehren als reich in Schanden.", sagt das Sprichwort.

Doch Reich und in Ehren ist noch besser. Die Maxime, von der sich der steinreiche Vatikan leiten läßt. Seine politische Herrschsucht bedient sich stets "geistlicher" und humanitärer Vorwände, die über eine durch einen Goldgürtel bescherte intensive Propaganda "urbi et orbi" verkündet werden, und der auf diese Art konservierte "gute Ruf" macht den Goldstrom zu besagtem Gürtel ohne Unterlaß fließen.

Ein Abrücken von jenem Verhaltensgrundsatz gibt es für den Vatikan nicht und wo die Stellung, die er in internationalen Angelegenheiten einnimmt, durch die Haltung seiner Hierarchie deutlich zu Tage tritt, da wird durch jene feierlichen und zweideutigen Enzykliken und andere päpstliche Dokumente die Legende von der absoluten Unparteilichkeit lebendig gehalten. Beispiele dieser Art hat die Hitler-Ära erst unlängst angehäuft. Doch wie könnte es auch anders sein bei einer autoritativen (auf Ansehen beruhenden) Macht, die man als übernatürlich und zur gleichen Zeit allumfassend ansieht?

Die Vorkommen, wo man die Maske hat fallen sehen, sind äußerst selten. Denn auf daß die Welt eines derartigen Schauspiels Zeuge würde, bedürfte es einer Eventualität, die aus der Sicht des Heiligen Stuhls seine lebenswichtigen Interessen in Gefahr brächte. Erst dann wirft er sämtliche Zweideutigkeit zur Seite und gibt sämtliches ihm zur Verfügung stehende Ansehen in eine der Waagschalen.

So geschehen in Rom, am 7. Januar 1960, hinsichtlich des "Gipfel-Treffens", das, in dem Bemühen, die Bedingungen einer wirklich friedlichen Koexistenz zwischen den Verteidigern der beiden gegensätzlichen Ideologien auszuhandeln, Oberhäupter östlicher und westlicher Regierungen zusammenbringen sollte.

Die Position des Vatikans vor einem derartigen Vorhaben läßt uns freilich in keinerlei Zwei-

fel. Das demonstrierte in den Vereinigten Staaten Kardinal Spellman (Francis Joseph Spellman, 1889-1967) deutlich, indem er die Katholiken drängte, Chruschtschow (Nikita Sergejewitsch Chruschtschow, sowjetischer Politiker, 1894-1971), als dieser zu Gast beim amerikanischen Präsidenten war, ihre Feindseligkeit zu zeigen. Seinerseits und ohne es klar zu äußern, zeigte Seine Heiligkeit Johannes XXIII. in seiner Weihnachtsbotschaft keine große Lust zur "Entspannung".

Die von ihm formulierte "Hoffnung", in der Welt den Frieden hergestellt zu sehen, ein Wunsch, der in einem derartigen Dokument ein "Muß" ist, schien - mit den vielen ihn begleitenden Appellen an die Klugheit westlicher Politiker -, sehr schwach. Bis hierher schaute der Vatikan aber noch freundlich drein.

Was aber geschah dann - in weniger als zwei Wochen? War etwa ... eine weitere lange gehegte "Hoffnung" geplatzt? Fing etwa infolge der Entscheidung Gronchis (Giovanni Gronchi, 1887-1978), des Präsidenten der Italienischen Republik, nach Moskau zu gehen, der Kelch der römischen Bitterkeit an, überzulaufen?

Was auch immer ablief, am 7. Januar brach urplötzlich der Sturm los - und das geistliche Donnerwetter entlud sich (mit ungekannter Wucht) über die "christlichen" Politiker, schuldig des Wollens, daß der Kalte Krieg ein Ende fände. Am 8. Januar druckte "Le Monde" das Folgende ab:

"An dem Tage, da der Präsident der Italienischen Republik sich zur Abstattung eines sorgfältig vorbereiteten offiziellen Besuchs der Moskauer Führung aufmachte, hielt Kardinal Ottaviani (Alfredo Ottaviani, 1890-1979), der Amtsnachfolger Kardinal Pizzardos (Giuseppe Pizzardo, 1877-1970) als Sekretär der Glaubenskongregation (leitender Funktionär der höchsten katholischen Behörde zum Schutz vor abweichenden Glaubensvorstellungen; seit 1965 Nachfolger der höchsten Inquisitionsbehörde "Hl. Offizium") bzw. Präfekt des Obersten Gerichtshofs der Apostolischen Signatur (Leiter des höchsten Gerichts der römischen Kurie), in der Marienbasilika bei einem morgendlichen Versöhnungsgottesdienst für "die Kirche des Schweigens" eine Rede, die höchst erstaunlich ist."

Nie zuvor hat ein einer der wichtigsten vatikanischen Posten innehabender Kirchenfürst die sowjetischen Behörden mit derartiger Wucht attackiert, noch die Westmächte, die mit jenen verhandelten, in dieser Weise gerügt.

Von jener heftigen Rede, die die von "Le Monde" soeben verwendete Bezeichnung "höchst erstaunlich" mehr als rechtfertigte, bot die Tageszeitung wesentliche Auszüge.

"Timurs Zeiten sind zurück (asiatischer Eroberer aus Transoxanien, 1336-1405)", versicherte Kardinal Ottaviani - und die russische Führung wurde als "neue Antichristen" beschrieben und es heißt, sie "verurteilen zu Deportation, inhaftieren, richten Massaker an und hinterlassen nichts als Öde". Der Redner war schockiert, denn keiner mehr nun "scheut sich, ihnen die Hände zu schütteln" und "ganz im Gegenteil entwickelte sich ein Wettrennen darum, wer sie ihnen wohl als erster schüttle und ein Lächeln mit ihnen tausche".

Anschließend erinnerte er seine Zuhörer, daß Pius XII. sich, als Hitler nach Rom kam, nach Castel Gandolfo (italienische Stadt mit päpstlicher Sommerresidenz) zurückzog - vergaß aber gleichzeitig, hinzuzufügen, daß ebendieser Pontifex einst mit Hitler ein für die Kirche höchst vorteilhaftes Konkordat abgeschlossen hatte.

Ausgespart wurde in jener heftigen Anklage auch nicht die Raumfahrt: "der neue Mensch ... glaubt, er könne durch Heldentaten im All in den Himmel eindringen und demonstriert so wieder einmal mehr, daß Gott nicht existiere."

Der Kardinal meint, die westlichen "Politiker und Staatsmänner" seien "durch den Schrecken des Verstandes beraubt", aber ihnen sei ordentlich der Kopf gewaschen, wie überhaupt allen "Christen", die hier "keine Reaktion und keinen Wutanfall" mehr erkennen lassen. ... Schließlich dieser scharfe und bemerkenswerte Schluß:

"Sind wir vermöge, uns mit jedweder Art von Entspannung zufrieden zu erklären, wo es innerhalb der Menschheit vor allem gar keine Art von Ruhe geben kann, es sei denn wir beobachten einen grundlegenden Respekt vor dem Gewissen, unserem Glauben, dem mit Speichel abermals bedeckten, dornengekrönten und geschlagenen Antlitz Christi? Können wir denen unsere Hand reichen, die solches tun?"

Diese dramatischen Worte sind nicht in der Lage, uns vergessen zu machen, daß der Vatikan schwerlich von "Respekt vor den Gewissen" reden kann, da er sie in Ländern, wo er dominiert, wie in Francos Spanien, wo die Protestanten verfolgt werden, schamlos unterdrückt. In der Tat ist es höchst unverschämt - insbesondere seitens des Sekretärs der Glaubenskongregation! - zu fordern, daß andere jenen grundlegenden Respekt wahren, wo die römische Kirche ihn rundweg verweigert.

Die Enzyklika "Quanta cura" und der Syllabus (päpstliche Auflistung) sind unmißverständlich.

"Verdammt ist die Ansicht, jedermann sei frei, die Religion zu wählen und zu bekennen, die er, geführt vom Lichte der Vernunft, für wahr hält."

("Syllabus", Artikel XV)

"... Zu meinen, die Glaubens- und Gewissensfreiheit seien einfach jedermanns Rechte, ist Wahnsinn."

(Enzyklika "Quanta cura")

Ausgehend von der Art, wie er "Ketzer" behandelt, nimmt es nicht Wunder, daß der Vatikan sämtliches Bemühen um Einigung zwischen "christlichen" Staaten und jenen, die offiziell atheistisch sind, systematisch verdammt. "Non est pax impilis." - "Kein Friede den Gottlosen."

Und Jesuitenpater Cavelli verkündet, wie viele andere vor ihm, daß das "dringlichste Gesetz" der römischen Kirche diese "Unnachgiebigkeit" sei.

Als Pendant zu besagter Explosion der Wut seitens des Kardinals werden wir einen weiteren Artikel zitieren, der in selbiger "Le Monde-Nummer" am 9. Januar 1960 erschien:

"Die Menschheit ist im Begriffe, sich einem Zustand zu nähern, wo gegenseitige Vernichtung zur Wahrscheinlichkeit wird. Kein anderes Ereignis in der heutigen Welt kann in seiner Bedeutsamkeit mit diesem verglichen werden. ... Weshalb wir unablässig nach einem gerechten Frieden zu streben haben."

So gesprochen von Präsident Eisenhower (Dwight David Eisenhower, 1890-1969) am gestrigen Donnerstag vor dem US-Kongreß, zur selbigen Zeit, als in Rom Kardinal Ottaviani die Koexistenz als Teilhabe an der Sünde Kains ... verdammt.

Schreiender kann der Kontrast zwischen zwei Denkweisen nicht sein: der menschlichen und der theokratischen - und nicht offensichtlicher die wegen jenes Kerns des blinden Fanatismus, den wir Vatikan nennen, über der Welt schwebende tödliche Gefahr. Sein "heiliger" Egoismus ist derart, daß die Umstände und die dringende Notwendigkeit eines internationalen Abkommens, um so die die Menschheit bedrohende totale Ausrottung zu verhindern, keine Rolle spielen.

Der Sekretär der Glaubenskongregation - dieser Nachfolgeorganisation des die Inquisition geleitet habenden Heiligen Offiziums mit seiner nur allzu bekannten Vergangenheit - zieht derartige Eventualitäten nicht in Betracht. Ob die Russen zur Messe gingen! Darauf komme es an, und wenn Präsident Eisenhower das nicht verstünde, dann weil er "durch den Schrecken des Verstand beraubt" sei, um mit den Worten des aufgebrachten "Porporatos" ("Purpurträgers") zu reden.

Die rasende Wut der Rede Kardinal Ottavianis erheitert und schockiert uns gleichermaßen. Und viele denken, daß es dieser Aufwiegler schwer haben wird, "Christen" klar zu machen, daß die Atombombe dankbar anzunehmen sei. Doch seien wir auf der Hut! Hinter diesem

Sprecher des Heiligen Stuhls steht die ganze päpstliche Organisation - und insonderheit besagte verborgene, nicht aus gewöhnlichen Soldaten gebildete Jesuitenarmee. Sämtliche Mitglieder jener berühmten Kompanie arbeiten in den Machttagen und ihre Aktivitäten können ohne viel Aufsehens außerordentlich wirksam, sprich unheilvoll sein.

Gerüchte wurden laut, daß Kardinal Ottavianis brutale Einstellung nicht exakt das Denken des Heiligen Stuhls reflektiere, sondern das der sogenannten "integristischen Bewegung" (... d.h. die eine gerechte Politik für alle Klassen betreibende Zusammenherrschaft anstrebende, rechtsextreme und oft offen mystisch-katholische Bewegung). Die katholische Presse - zumindest in Frankreich - versuchte, die Bedeutung jener heftigen Rede abzuschwächen, und "La Croix" vor allem druckte nur einen kurzen Auszug ab, aus dem man sämtliche Heftigkeit herausgelassen hatte.

Wirklich weiser Opportunismus, nur konnte er keinem etwas vormachen. Es ist eben nicht möglich, daß von der Kanzel der Marienbasilika herab eine derart scharfe Kritik von außergewöhnlicher politischer Bedeutung geäußert wird, ohne daß ihr der Kongregationspräfekt und schließlich der Oberhirte zugestimmt hätte. Und letzterer hat, soweit wir wissen, seinen beredten Untergebenen nie je verstoßen. Papst Johannes XXIII. konnte doch die Bombe nicht selbst abwerfen, sondern ließ vielmehr einen der wichtigsten kurialen Würdenträger an seiner Statt auftreten und gedachte dieserart, jedermann sein stillschweigendes Einverständnis offenkundig zu machen.

Überdies und durch seltsamen "Zufall" fand zur selben Zeit eine verhaltenere Explosion statt, in Gestalt eines Artikels im "Osservatore Romano", der wieder mal den Sozialismus, selbst den nicht-marxistischen, als "der christlichen Wahrheit zuwiderlaufend" verdammt. Jene, die den besagten politischen "Fehler" verübten, würden jedoch nicht "ipso facto" ("durch den Fakt") exkommuniziert wie die Kommunisten. Sie hätten noch die Hoffnung, der Hölle zu entgehen - die Androhung des Fegefeuers (Läuterungsort, in dem die Verstorbenen ihre kleineren Sünden abbüßen, ehe sie ins Reich Gottes eingehen) aber bliebe!

Versprach sich der Vatikan hier im heftigen Erzeigen seiner Ablehnung jedes Versuchs, Ost und West zusammenzubringen, irgendwelche positiven Ergebnisse? Erhoffte er sich hier wirklich, die Staatsmänner, die besagte Friedenspolitik verfolgten, einzuschüchtern? Oder hoffte er hier zumindest, eine Gegenbewegung zur "Entspannung" unter den Gläubigen hervorzurufen?

So unvernünftig eine solche Hoffnung auch erscheinen mag, so dürfte sie doch wohl diese kirchlichen Köpfe heimgesucht haben. Deren seltsame Sichtweisen müssen einfach Illusionen dieser Art hervorbringen. Eine bestimmte Illusion konnten zudem diese Wahrsager nicht vergessen haben, eine Illusion, die sie derart lange nutzen, um jene zu täuschen, die ihnen vertrauten - und die sie offenbar miteinander teilten. Hier beziehen wir uns auf die "Bekehrung Rußlands", deren Ankündigung - 1917 - in Fatima von der Heiligen Jungfrau persönlich gemacht worden sein soll - gegenüber der Hirtin Luzie, die schließlich in ein Kloster aufgenommen wurde und die Prophezeiung einigermaßen spät, d.h. 1942, auf Wunsch ihrer Vorsteher in ihren "Erinnerungen" dokumentierte.

Dieses Lügenmärchen mag uns erheitern, doch es bleibt die Tatsache, daß es der Vatikan - unter Pius des XII. Pontifikat - in der ganzen Welt verbreitete, mit jeder Menge Ansprachen, Predigten, feierlichen Erklärungen, bergeweise Büchern und kleineren Schriften, und Rundreisen der Statue jener neuen und sehr politischen "Liebfrauenkirche" quer durch jeden Kontinent - wo sogar die Tiere, wie man uns sagte, gekommen seien, um zu huldigen. Dieser lautstarken Propaganda wird sich von den Gläubigen noch deutlich erinnert - wie der wilden Erklärungen, von denen beispielsweise diese am 1. November 1952 von "La Croix" abgedruckt wurde:

"Fatima ist zu einem Scheideweg geworden. ... Das Schicksal der Nationen kann besser dort,

als um Tische herum entschieden werden."

Seine Thurifer (Rauchopfer) können sich nicht länger in Zweideutigkeit flüchten. Die Wahl ist glasklar: "Entspannung oder Kalter Krieg". - Der Vatikan wählt Krieg - und verbirgt die Tatsache nicht.

Waren uns die vergangenen Erfahrungen, selbst in der jüngsten Vergangenheit, bislang eine Lehre, dann sollte diese Entscheidung keinen mehr überraschen. Und überraschte sie jemanden, dann dürfte es, wie wir glauben, an deren rüder Bekanntgabe liegen - ganz ohne die übliche Tarnung.

Wir beginnen, die Heftigkeit zu verstehen, wo wir betrachten, was der Einsatz dem römischen Bischof bedeutete. Indem wir ihn für fähig halten, daß er eine Hoffnung aufgab, die so alt wie das Morgenländische Schisma selber ist, jene Hoffnung, orthodoxe Gläubige über einen militärischen Erfolg wieder unter ihren Gehorsam zu bringen, würden wir den Vatikan fehl einschätzen. Hitlers Aufstieg entsprang dieser hartnäckigen Hoffnung - die letztliche Niederlage aber seines Kreuzzugs öffnete der römischen Kurie noch immer nicht die Augen für das Törichte einer derartigen Bestrebung.

Und es gab noch einen weiteren und viel drängenderen Wunsch: die Befreiung Polens, Ungarns und der Tschechoslowakei, dieser recht bekannten "Kirche des Schweigens", die eine solche mittlerweile und nur infolge der - für den Heiligen Stuhl - unerwarteten Wende der Ereignisse im Nazi-Feldzug geworden ist.

"Allzu viel ist ungesund": ein weises Sprichwort, das Fanatiker nie inspirierte.

Um seinen ostwärts gerichteten Marsch, seinen kirchlichen "Drang nach Osten" fortzusetzen und zunächst seine verlorenen Stützpunkte zurückzuholen, baut der Vatikan nach wie vor auf den deutschen "weltlichen Arm", seinen wichtigsten europäischen Verfechter in der Notwendigkeit neuer Kraft und Vitalität. Mit dem Kanzler und päpstlichen Geheimkämmerer Konrad Adenauer (1876-1967) hatte er an die Spitze der Bundesrepublik - den westlichen Teil des Großdeutschen Reichs - einen Vertrauten gesetzt und die von diesem verfolgte Politik läßt für mehr als fünfzehn Jahre deutlich den Stempel des Heiligen Stuhls erkennen.

Zunächst große Vorsicht und eine opportune "liberale" Geisteshaltung an den Tag legend, arbeitete der von seinen Landsleuten mit dem Spitznamen "der alte Fuchs" bedachte Mann an der Wiederaufrüstung seines Landes.

Selbstverständlich war die "moralische" Aufrüstung der Bevölkerung und der deutschen Jugend insonderheit ein unabdingbarer Anhang des ersteren.

Deshalb werden wichtige Posten in den westdeutschen Ministerien und Behörden von nicht wenigen Personen mit berüchtigter NS-Vergangenheit bekleidet - die Liste ist lang - und - gerade erst zum Kriegsverbrecher verurteilt - leiten Industrielle wie Krupp (Alfried Krupp von Bohlen und Halbach, 1907-1967, seit 1943 Alleininhaber der Fa. Krupp, 1947/48 wegen "Plünderung" von Wirtschaftsgütern im besetzten Ausland und "Sklavenarbeit" zu 12 Jahren Haft verurteilt, 1951 begnadigt,) und Flick (Friedrich Flick, 1883-1972, hatte 1933-45 maßgeblichen Einfluß in der deutschen Rüstungsindustrie und kontrollierte mit seinem Familienkonzern die Montanwerke der besetzten europäischen Länder, 1947 zu 7 Jahren Haft verurteilt, 1950 entlassen) schon wieder ihre gigantischen, neu für sie aufgebauten Werke.

Der Zweck heiligt die Mittel. Und dieser Zweck ist klar genug: Siegfrieds neues Schwert zu schmieden - die für die Rache erforderliche - die auch die des Vatikans ist.

Und so geschieht es auch mit genauer Gleichzeitigkeit, daß der Kanzler-Kämmerer in einem einer niederländischen Zeitschrift gegebenen Interview die von Kardinal Ottaviani eben erst vorgetragene Sturmrede widerspiegelte:

" ... Die friedliche Koexistenz von Völkern, deren Standpunkte völlig entgegengesetzt sind, ist eben eine Illusion, die leider noch zu viele Unterstützer findet."

Die am 7. Januar in der Marienbasilika gehaltene "Brand-Predigt" (flammende Predigt) ging -

wie zufällig - Konrad Adenauers Rombesuch um wenige Tage voraus. Die Berichte der Presse unterstrichen einstimmig die freundliche und verständnisvolle Atmosphäre, die während der Privataudienz vorherrschte, die Seine Heiligkeit Johannes XXIII. dem deutschen Bundeskanzler und seinem Außenminister von Brentano (Heinrich von Brentano, 1904-1964) gab.

In der "L'Aurore" kann man sogar lesen:

"Dieses Treffen bewirkte eine eher unerwartete Erklärung seitens des Kanzlers, als er auf die den Mut und Glauben des deutschen Regierungsoberhauptes lobende päpstliche Ansprache antwortete:

"Ich denke, daß Gott dem deutschen Volk eine besondere in diesen bewegten Zeiten zu spielende Rolle zugeordnet hat: der Beschützer des Westens gegen die gewaltigen Einflüsse des uns bedrohenden Ostens zu sein."

"Combat" bemerkte richtig:

"Das hörten wir eben erst - nur kürzer: "Gott mit uns." (das Motto auf dem Koppelschloß der deutschen Soldaten im Ersten Weltkrieg).

Und jene Zeitung fügte hinzu:

"Dr. Adenauers Heraufbeschwörung des der deutschen Nation zugesprochenen Wirkens fand seine Inspiration in einer ähnlichen Erklärung des vorangegangenen Papstes. Was die Vermutung zuläßt, daß der unter den gegenwärtigen Umständen diesen Satz aussprechende Dr. Adenauer davon ausging, bei seinen Zuhörern Gehör zu finden."

Im Grunde müßte man selten naiv und in völliger Unkenntnis der Grundlagen der Diplomatie sein, um zu denken, daß diese "unerwartete" Erklärung nicht Teil des Programms gewesen sei. Wir wetten auch, daß sie keinerlei Schatten warf auf "das ausgedehnte Gespräch, das Adenauer mit dem Staatssekretär des Heiligen Stuhls Kardinal Tardini (Domenico Tardini, 1888-1961) führte, den er in der deutschen Botschaft zum Mittagessen einlud".

Selbst Katholiken, die die Eingriffe der römischen Kirche in Staatsangelegenheiten längst gewohnt waren, hatte die von Kardinal Ottaviani ausgesprochene spektakuläre Einmischung der Glaubenskongregation in die internationale Politik schockiert. Dessen war sich Rom bewußt. Die Aufrechterhaltung des Kalten Krieges aber ist für die politische Macht, ja den finanziellen Wohlstand des Vatikans derart lebenswichtig, daß er - wenn auch der erste Anlauf keine Gegenliebe erfuhr - die Wiederholung solcher politischer Ansichten nicht scheute.

Eine weitere Gelegenheit verschaffte ihm Chruschtschows Frankreichreise im März 1960. Eine der von dem sowjetischen Ministerpräsidenten zu besuchenden Städte war Dijon. Wie sämtliche seiner Kollegen in der gleichen Situation, so hatte der Oberbürgermeister von Dijon den Gast der Französischen Republik höflich zu empfangen. Nur daß der OB der Burgunderhauptstadt Kanonikus Kir (Felix Kir, 1876-1968) war - und somit ein Geistlicher.

Nach kirchlichem Recht war dem Priester zur Annahme dieses Doppelamtes - mit sämtlichen daraus erwachsenden Aufgaben und Pflichten - vom Heiligen Stuhl einst die ausdrückliche Genehmigung erteilt worden. Den Chruschtschow-Empfang untersagte dem OB-Kanonikus jetzt allerdings der Bischof.

Und unter diesen Umständen ging Sutane vor Amtsschärpe.

Also begrüßte den Besucher ein für den unabhkömmlichen OB einspringender Mitarbeiter. Die ungezwungene Art aber, mit der die "Hierarchie" bei dieser Gelegenheit der weltlichen Obrigkeit spottete, erweckte spitzeste Bemerkungen. Am 30. März schrieb "Le Monde":

"Wer ist dem OB von Dijon eigentlich weisungsberechtigt: der Bischof oder der Präfekt? Und über diesen Vertretern der Zentralgewalt: der Papst oder die französische Regierung? Das ist die von allen gestellte Frage. ..."

Die zweifelsfreie Antwort: Erst die Theokratie. Von nun an aber - müssen sich da die Gäste der Französischen Republik, um von einem Sutane tragenden Oberbürgermeister empfangen zu werden, mit Beichtzetteln (Bescheinigungen über abgelegte Beichten) eindecken?

Richtig bemerkt zudem der "Le Monde-Herausgeber" im oben genannten Artikel:

"Jenseits dieser französischen internen Frage macht uns die Kir-Affäre ein größeres Problem bewußt. Die Tätigkeit des Vatikans hat nicht allein mit den Beziehungen zwischen einem OB und seiner Regierung zu tun. In der Art, wie sie stattfand, stellt sie einen direkten und spektakulären Eingriff in die internationale Diplomatie dar."

Das ist gewiß wahr - und die von ihr nahezu allerorten hervorgerufenen Reaktionen zeigen, daß diese Affäre von der Weltöffentlichkeit ausreichend verstanden wurde. Vor allem in den Vereinigten Staaten begann die Öffentlichkeit, die bereits Zeuge der von den Kardinälen Spellman und Cushing (Richard James Cushing, 1895-1970) organisierten feindseligen Demonstrationen während Chruschtschows Besuch geworden war, die wirkliche Unabhängigkeit, die ein römisch-katholischer Präsident im Hinblick auf den Heiligen Stuhl wahren könnte, in Frage zu stellen.

Viele fürchteten in jenem Falle die keineswegs geringe Gefahr, daß sich des Landes Außenpolitik gerade jetzt den Interessen der römischen Kirche und damit der Vorverurteilung der nationalen Interessen künftig beugen würde.

Nach der von Kardinal Ottaviani abgeworfenen Bombe organisierte man nunmehr gegen die Ost-West-Entspannungs-Bewegung "öffentlich" den Widerstand. Ein absurdes Instrument, mag mancher sagen, verglichen mit jenen, die drohten, Nationen, die im völligen Stillstand eines knurrenden Antagonismus verharrten, - früher oder später - unter Trümmern zu begraben. Doch können wir sehen, wie sich der Vatikan, aus den "geistlichen" Waffen, zu deren Gebrauch er gezwungen war, das Beste zu machen anstrebte. Währenddessen die die vatikanische Politik steuernden Jesuiten ihr äußerstes gaben, um das "Schlimmste", was je über dem Heiligen Stuhl schwebte, zu verhindern: ein internationales, den Gang zu den Waffen abschließendes Abkommen.

Was würde aus dem Rufe des Vatikans, seiner politischen Bedeutung und sämtlichen aus ihr herrührenden Vermögens- und anderen Vorteilen, würde er sich infolge eines derartigen Abkommens nicht mehr verschwören können, seinen Einfluß geltend machen, sein Zusammenwirken mit den Regierungen wegflunkern, manche begünstigen oder andere einschüchtern, sich Nationen entgegenstellen, zum Eigennutz Konflikte schaffen, und könnte er nicht mehr seinen maßlosen Bestrebungen dienende Soldaten finden?

Niemandem - und insbesondere nicht den Jesuiten - bleibt es verborgen, daß eine allgemeine Abrüstung für die römische Kirche als Weltmacht das Ende wäre. Und das "geistliche" Oberhaupt höchstselbst ins Wackeln käme. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (3/1962) berichtete am 17. Januar 1962 über den im österreichischen Fernsehen gesendeten Monolog des "Herrn Karl": >>>Mieslinge überall

Und dann ist der Hitler kummen", plauderte der feiste Mann auf dem Bildschirm. "Na ja, des war eine Begeisterung ... ein Jubel ... Endlich amal hat der Wiener a Freid ghabt ..."

Bevor noch der Mann mit dem schwitzenden Rundgesicht, laut Programmankündigung "Der Herr Karl", seinen erinnerungstrunkenen TV-Monolog beendet hatte, waren die Telefonleitungen zum Wiener Sender blockiert. Österreichs Fernsehzuschauer, verärgert wie noch nie zuvor, protestierten en masse.

"Der Herr Karl", notierte der Wiener Kritiker Hans Weigel, "wollte einem bestimmten Typus auf die Zehen treten, und ein ganzes Volk schreit 'Au'."

"Der Herr Karl", der den Österreichern im November auf die Zehen trat, wiegt über zwei Zentner: Wiens Star-Kabarettist Helmut Qualtinger. Als Mitautor und Allein-Interpret des Einakters "Der Herr Karl" demonstrierte das 33jährige Schwergewicht "komödiantische Kraft" in solchem Ausmaß, daß sich seine Landsleute pauschal verunglimpft fühlten:

In echtem Wiener Beißerdialekt sagte Qualtinger den Österreichern - wie die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" aus Wien berichtete - "mehr Wahrheiten ins Gesicht, als sie während der

letzten 16 Jahre ... zu hören bekamen".

Der Durchschnitts-Österreicher Karl, den Qualtinger zusammen mit dem Autor Carl Merz modelliert hat, entspricht in keiner Weise dem Klischee des betulichen, lebenswerten Donau-Anrainers: Er ist ein unsympathischer Dickwanst mit talmigoldenem Wiener-Herzen auf dem unrechten Fleck; er geht mit biederemännlichem Charme über Leichen, stets bereit zum Mitlaufen ("Mir warn ja immer unpolitisch").

Meditiert Qualtinger-Karl: "Andere, mein Lieber; die habn sich gsund gestessn ... I war ein Idealist ... Was war i? Bei der NSV ... a nationalsozialistische Volkswohlfahrt ... Da hat si kaner was denkt, wann er dazu gangen is ... Heut ist man ja aa überall ... bei der Gewerkschaft und 50 ..."

Bosheit an Bosheit fügend, läßt Qualtinger den Österreicher Karl mal beim Schutzbund, mal bei der Heimwehr, mal bei der SS schmarotzen, einen Juden zum "Gehsteigfegen" führen ("Irgendwer hätt's ja wegwischen müßn") und vor den Amerikanern liebbedienern. Die Erinnerung an die Anschlußepoche mag Karl "nicht missen".

Besonders diese Schilderung der Anschlußfreuden war es, die Österreichs Neupatrioten dem Kabarettisten Qualtinger übelnahmen. "Kaum ist Gras über die Sache gewachsen", dolmetschte ein Funktionär der österreichischen Fluggesellschaft "Austrian Airlines" nationale Bedenken, "da kommt so ein Kamel und frißt es wieder ab."

Vergebens bemühte sich der österreichische Rundfunk-Programmbeirat, das rechte Maß für die Beurteilung des Qualtinger-Stücks zu finden. Vorsitzender Professor Rudolf Henz:

"Viele haben viel gelacht, einige Mitglieder des Beirates waren ganz dafür, andere wieder halb dagegen, dann gab's welche, die waren halb dafür, und andere wiederum ganz dagegen."

In ähnliche Verlegenheit hatte Qualtinger, der fette Großmeister Wiener Kleinkunst, Österreichs Prominentenschar schon des öfteren gebracht. Als der Unterrichtsminister Hurdes einst zu einem Kampf gegen "Schmutz und Schund" aufrief, ließ Qualtinger von einer Hausfassade ein großes "U" abmontieren und schickte es Hurdes mit gebührender Empfehlung: Der Vokal "U" solle aus dem Alphabet gestrichen werden, da er doch in allen unsittlichen, unseriösen und unschönen Wörtern vorkomme.

Zu seinem jüngsten Streich äußerte sich Qualtinger unschuldsvoll. "Wer sagt denn", sprach er, "daß der Herr Karl ein typischer Österreicher ist?" Sein Stück sei den Karl-Typen schlechthin gewidmet, weil es "in dieser Zeit der Vertuschung und Beschwichtigung nicht schaden kann, den Kleinen vorzuspielen, wie klein sie sind".

Dennoch schlug die nationale Empörung in Österreich erneut empor, als Anfang dieses Jahres bekannt wurde, daß Qualtingers Monodrama demnächst auch vom Deutschen Fernsehen ausgestrahlt werden soll (14. März, Zweites Programm). Wieder fluteten Beschwerden in das Wiener Funkhaus. Tenor der Protestbriefe:

Derartiger Kultur-Export sei Verrat an Österreich. "Die Äußerung eines Politikers", berichtete der Wiener Fernsehdirektor Gerhard Freund, "daß ich dafür nach Sibirien gehöre, will ich vernachlässigen."

Immerhin trug Qualtinger dem nationalen Sentiment Rechnung: Eine Bühnenfassung des "Herrn Karl", mit der er im April in den Münchner Kammerspielen gastieren wird, weist Veränderungen auf. Da sich "die Münchner nicht ungetrübt darüber freuen sollen, wie mies die Österreicher sind", will der Kabarettist auch über den "Hilfszug Bayern" meditieren, dessen Gulaschkanonen beim Anschluß 1938 Hitlers Politik propagieren halfen.

Qualtinger, im Stile des Herrn Karl: "Mieslinge gibt es überall." ...<<

Der "Evangelische Pressedienst veröffentlichte am 24. Februar 1962 das "Memorandum der Acht" (x155/94): >>... Wir sagen nichts Neues, wenn wir die Ansicht aussprechen, daß zwar die Freiheit der in Berlin lebenden Menschen ein von der ganzen Welt anerkanntes Recht ist, daß aber das nationale Anliegen der Wiedervereinigung in Freiheit heute nicht durchgesetzt

werden kann, und daß wir den Souveränitätsanspruch auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie werden verlorengelassen müssen. ...

Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie mag in vergangenen Jahren außenpolitisch ein denkbares Handelsobjekt gewesen sein.

Heute schließen wir uns der Meinung jener Sachverständigen an, die glauben, daß die öffentliche Anerkennung dieser Grenze ... unsere Beziehungen zu Polen entscheidend entlasten, unseren westlichen Verbündeten das Eintreten für unsere übrigen Anliegen erleichtern und der Sowjetunion die Möglichkeit nehmen würde, Deutschland und Polen gegeneinander auszuspielen.<<

Durch den Waffenstillstand von Evian wurde am 18. März 1962 der Algerien-Krieg (von 1954-1962) beendet.

Der afroamerikanische Bürgerrechtler Malcolm X (1925-1965, eigentlich Malcolm Little, Sprecher der 1930 in den USA gegründeten islamischen Bewegung "Black Muslims") erklärte im März 1962 während einer Diskussion an der Cornell Universität (x058/200-201): >>Während die Weißen in der Vergangenheit unbegrenzte Autorität und Herrschaft über die schwarze Menschheit ausübten, verlieren sie heute nach und nach das Vermögen, den Schwarzen allseitig Vorschriften zu machen.

Während die schwarzen Nationen noch gestern bei ihren eigenen Angelegenheiten nicht mitsprachen, so sprechen sie heute in ihren eigenen Angelegenheiten das entscheidende Wort, was bedeutet, daß die Stimme des weißen Mannes oder der weißen Welt täglich leiser und die Stimme der farbigen Welt täglich lauter wird. ...

... Die gleiche Rebellion, die gleiche Ungeduld, der gleiche Zorn, die in den Herzen der schwarzen Leute in Asien und Afrika vorhanden ist, existiert auch in Herz und Geist der 20 Millionen Schwarzen in diesem Lande, die genauso gründlich kolonisiert wurden wie die Menschen in Afrika und Asien.

Ich möchte betonen, daß sich Amerika lächerlich macht, in internationalen Konferenzen aufzustehen und sich als den Führer der freien Welt zu bezeichnen. Hier ist ein Land, Onkel Sam, das aufsteht und mit dem Finger auf die Portugiesen, auf die Franzosen und andere Kolonialisten zeigt, und in dem es andererseits 20 Millionen schwarze Leute gibt, die zu Bürgern zweiter Klasse verdammt sind.

20 Millionen schwarze Leute, die noch immer (von den Weißen) getrennt werden. ... Amerika predigt das eine und praktiziert das andere. Und (deshalb) wollen wir uns gar nicht mit Heuchlern zusammentun, die das eine predigen und das andere tun.

Der einzige Weg, das bestehende Rassenproblem zu lösen, besteht darin, die Gefühle der Massen, nicht die der Minderheit zu betrachten; die Mehrheit nicht die Minderheit. Und es ist erwiesen, daß die Masse der weißen Leute nicht wollen, daß die Neger mit Gewalt ihre Nachbarn werden, und die Masse der schwarzen Leute denkt nicht daran, daß dies eine Lösung sein könnte; es bleiben also als Befürworter der Integration nur die Negerminorität, wie ich sagte, die Bourgeoisie und die weiße Minderheit, die sogenannten weißen Liberalen übrig.

Aber der gleiche weiße Liberale, der offen bekennt, die Integration zu wünschen, zieht als erster aus, wenn der Neger in seine Nachbarschaft umzieht. ...

Wenn nun alle schwarzen Leute in die weißen Gemeinden umzögen, hätten wir über Nacht einen Rassenkrieg. Wenn schon 4 oder 5 kleine Studenten, die in New Orleans zur Schule gehen, einen Aufruhr erzeugen, wie wir ihn hier unten gesehen haben, was, glauben Sie, würde geschehen, wenn alle schwarzen Leute die Schule besuchten, die sie wollen?

Wir würden einen Rassenkrieg haben. Deshalb empfinden wir, daß unsere Auffassung ... vernünftiger ist, als hier herumzulaufen und darauf zu warten, daß die Weißen uns den Zutritt zu ihrer Mansarde oder ihrem Kellergeschoß erlauben. ...<<

Das BdV-Präsidium kritisierte am 2. April 1962 das "Memorandum der Acht", eine Erklärung

von 8 bekannten Protestanten – darunter waren u.a. Joachim Beckmann, Klaus von Bismarck, Werner Heisenberg, Ludwig Raiser und Carl Friedrich von Weizsäcker - (x155/91-94): >>1. Die Verfasser betonen im ersten Absatz des außenpolitischen Teils, niemand erwarte von der Bundesregierung, daß sie Ansprüche verschenke. ...

Sie fallen aber – wie es auch allgemein aufgefaßt wird – der Politik der Bundesregierung in den Rücken, indem sie das stalinistische Ulbricht-Regime unter Einbeziehung Ost-Berlins als selbständigen Staat anzuerkennen bereit sind.

Sie treten – weil dieses in ihren Augen nur ein "nationales Anliegen" ist – nicht ein für das Selbstbestimmungsrecht der Millionen Deutschen, die aus ihrer angestammten Heimat in unmenschlicher Weise vertrieben wurden. Sie treten ferner nicht ein für das Selbstbestimmungsrecht der unter kommunistischem Joch in Unfreiheit lebenden osteuropäischen Völker.

Wir meinen:

Eine deutsche Außenpolitik darf nicht darauf abgestellt sein, das Selbstbestimmungsrecht nur dann zu fordern, wenn es nicht als "nationales Anliegen" gewertet wird, andererseits dieses Recht Millionen Deutschen zu verweigern. Das Selbstbestimmungsrecht ist unteilbar. ...

2. Die Verfasser des Memorandums schlagen den Verzicht auf die deutschen Ostgebiete vor. Sie versprechen sich davon einerseits ein besseres Verhältnis zum kommunistischen Polen, andererseits hoffen sie, dadurch den sowjetischen Einfluß auf Polen schwächen zu können.

Wir meinen:

Eine deutsche Ostpolitik kann nicht allein aus dem Blickwinkel des Verhältnisses Deutschlands zu Polen betrachtet werden. aber auch hierbei unterliegen die Verfasser des Memorandums einem Wunschdenken, das durch keine Tatsachen gerechtfertigt ist. Tatsächlich beherrscht der Kreml das Warschauer Regime. ...

Allem Wunschdenken sei die Ansicht Gomulka-Polens entgegenzuhalten, die im Regierungsblatt des polnischen kommunistischen Regimes, der "Zycie Waszawy" wiedergegeben ist:

"Es gibt heute in Europa Politiker, die sich einbilden, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch den Westen werde zu einer Lockerung der polnisch-sowjetischen Beziehungen beitragen. Diese Spekulationen können mit einem Wort bezeichnet werden: Irrtum!"

Im übrigen: Wehe dem polnischen Professor, der es im vorigen Jahrhundert, als Polen aufgeteilt war, gewagt hätte, den Glauben an eine nationale Einheit und Wiederherstellung der polnischen Nation als politische Illusion zu bezeichnen!

3. Die Verfasser des Memorandums wollen die völkerrechtswidrige Annexion deutschen Staatsgebietes gutheißen; sie wollen die schwere Verletzung des Völkerrechts, nämlich die unmenschliche Vertreibung Millionen Deutscher legalisieren und damit zugleich einen dauernden Unrechtstatbestand schaffen.

Wir meinen: Wo Unrecht herrscht, kann kein dauerhafter Friede begründet werden. Wer die Vertreibung von Menschen aus ihrer seit Jahrhunderten angestammten Heimat nicht verurteilt, wer den Vertriebenen das Selbstbestimmungsrecht vorenthält, entzieht sich selbst die moralische Grundlage, zukünftig gleichartige Rechtsbrüche zu verurteilen, und leistet weiteren Rechtsbrüchen Vorschub.

Wer solches Unrecht im deutschen Osten sanktioniert, kann nicht beanspruchen, am Aufbau einer freien demokratischen Welt und eines friedlichen Europa mitzuarbeiten. ...

5. Wir Heimatvertriebenen bekennen uns zu einem neuen Europa. Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Wir verzichten aber nicht auf unsere demokratischen Rechte, die zugleich Menschenrechte sind. ...

Jede irgendwie geartete "Verzichtspolitik" auf deutsches Land fordert zum schärfsten Protest von Millionen deutschen Heimatvertriebenen heraus. ...

7. Keiner der Unterzeichner des Memorandums ist von irgendeiner Stelle der evangelischen Kirche zu der von ihnen abgegebenen Stellungnahme legitimiert. Der Rat der Evangelischen

Kirche in Deutschland (EKD) hat erklärt, daß es sich bei dem Memorandum um eine Äußerung von Privatpersonen handele. ...

Um so begrüßenswerter ist es, daß der Ostkirchenausschuß in seiner Stellungnahme vom 5. März 1962 die Unterzeichner des Memorandums auf die Pflichten eines aufrechten Christenmenschen u.a. mit folgenden Worten hingewiesen hat:

"Wer als Christ politisch zu handeln hat, weiß um die Undurchschaubarkeit der Wege Gottes und beugt sich seinem jeweiligen Walten in Demut und Vertrauen; das entbindet ihn jedoch nicht der Pflicht, für Recht und Gerechtigkeit einzutreten, wo immer es von ihm gefordert wird."<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 5. Mai 1962 über das afrikanische Entwicklungsland Äthiopien (x191/203): >>... Da in Äthiopien einem Mann mit einem Paar Ochsen und dem alten Hakenpflug höchstens die Bearbeitung von 4 Hektar möglich ist, kann die bäuerliche Familie nur 4 bis 5 Kinder ernähren.

Da nun aber die bessere ärztliche Fürsorge es ermöglicht, daß 9 bis 12 Kinder je Familie aufwachsen, kommen die Familien in Ernährungsschwierigkeiten.

Notwendig ist also, daß ärztliche Betreuung und die Entwicklung der landwirtschaftlichen Technik parallel laufen, da sonst die Kinder nicht mehr an Krankheiten sterben, sondern vor Hunger. ...<<

Adolf Eichmann (1906 in Solingen geboren) wurde am 1. Juni 1962 im Gefängnis von Ramle, bei Tel Aviv, hingerichtet.

Frankreichs Staatspräsident Charles de Gaulle entließ Algerien nach 132 Jahren Besatzung am 3. Juli 1962 in die Unabhängigkeit (x175/558).

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (36/1962) berichtete am 5. September 1962 über den umstrittenen sowjetischen Schriftsteller Ilja Ehrenburg: >>**Tötet, tötet, tötet**

Vor bald zwei Jahren, am 25. November 1960, gab der Münchner Kindler Verlag im "Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel" bekannt:

"Ilja Ehrenburg, der sowjetrussische Revolutionär, Romancier, Essayist und Propagandist, hat seine Memoiren geschrieben. Er, der Verfasser des 'Julio Jurenito' und des 'Tauwetters', war stets groß - und umstritten ... Der erste Band von Ehrenburgs Autobiographie erscheint in Kürze."

Der letzte Satz dieser Annonce erwies sich als voreilig: Erst jetzt, zwanzig Monate nach der Börsenblatt-Ankündigung, lieferte Kindler die Ehrenburg-Memoiren an den deutschen Buchhandel aus.

Erst jetzt können auch deutsche Leser - nach Russen, Engländern, Franzosen, Italienern und Dänen - zur Kenntnis nehmen, wie der heute 71jährige Stalinpreisträger, Weltfriedensrat-Vizepräsident und Rubelmillionär seinen nach eigenem Wort "an Schleifen reichen" Lebensweg interpretiert.

Ehrenburg, "In unserer Jahrhunderthälfte wechselten gar zu häufig die Bewertungen von Menschen und Ereignissen. ... Gedanken und Gefühle fügten sich unwillkürlich dem Einfluß der Umstände. ... Vergeßlichkeit war zuweilen ein Gebot der Selbsterhaltung."

Selbsterhaltung hat Ilja Grigorjewitsch Ehrenburg, den sein Landsmann und Kollege Wladimir Majakowski einen "verschreckten Intelligenzler" nannte, stets vortrefflich zu üben gewußt. Dem Einfluß der Umstände hat er sich selten verschlossen.

Als die Weltwirtschaftskrise 1929 außer vielen anderen Unternehmen auch das literarische Ehrenburg-Geschäft im Westen ruinierte, kehrte der kosmopolitische Montparnasse-Habitué aus dem geliebten Paris, in dem er, mit Unterbrechungen, seit 1909 zu Hause war, in das von ihm vorher durchaus kritisch beurteilte Reich Stalins zurück, wo ihm staatlich dirigierte Großauflagen winkten. Die revolutionäre Epoche der Sowjetkunst wurde liquidiert: Majakowski beging Selbstmord, Isaak Babel verschwand - er wurde wahrscheinlich umgebracht -,

und Ehrenburg erkannte, daß "nicht alles (so) kommt, wie man es sich gedacht hat". Er schrieb schlechte, aber linientreue Bücher und überlebte.

In seinem Roman "Der Fall von Paris" (1941) verschwieg er den Pakt Stalins mit Hitler; sein enthusiastisches Lob Titos in dem Roman "Sturm" (1947) ließ er aus späteren Auflagen entfernen. Im Krieg appellierte er an die Verbundenheit aller Juden der Welt und forderte sie zur Unterstützung der Sowjet-Union auf, nach dem Krieg attackierte er in der "Prawda" Zionisten und "heimatlose Kosmopoliten". 1952 ließ Stalin mehrere russische Schriftsteller jiddischer Sprache töten - der russisch-jüdische Schriftsteller Ehrenburg überlebte auch Stalins Antisemitismus.

Nach Stalins Tod war Ehrenburg termingerecht mit der Erzählung "Tauwetter" zur Stelle. Heute widmet er sich der Rehabilitierung lang verfemter russischer Schriftsteller. "Ehrenburg", so urteilte der amerikanische Literaturhistoriker Gleb Struve, "spielte fast zu allen Zeiten die Rolle des offiziellen Stimmungsbarometers" in der Sowjet-Union.

"Viele meiner Zeitgenossen kamen unter die Räder der Zeit", erkennt der überlebenstüchtige Memoiren-Autor heute. "Ich blieb am Leben."

Begründung: "Weil es Zeiten gibt, da das Schicksal eines Menschen nicht einer Schachpartie, sondern einem Lotteriespiel gleicht."

Autobiograph Ehrenburg memoriert, teils geist- und aufschlußreich, teils flüchtig generalisierend, seine Begegnungen oder Freundschaften mit Picasso und Pasternak, Majakowski und Modigliani, Joyce und Jessenin, Lenin und Leger und vielen anderen Zelebritäten des Jahrhunderts. Er preist Paris ("Diese Stadt hat mich überwältigt") und schmäht das Berlin der zwanziger Jahre ("Apostel des Amerikanismus"). Künstlerisch liberal, politisch stets linientreu, verteidigt er Picasso gegen das Banausentum des "sozialistischen Realismus", lobt er Picasso, weil auch "1956" - gemeint ist das sowjetische Eingreifen in Ungarn - nichts dessen "Vertrauen in die Sowjet-Union erschüttern konnte".

Der erste Band der Ehrenburg-Erinnerungen, den der Kindler Verlag jetzt an die Buchhandlungen auslieferte, reicht bis zum Jahr 1934. In der Moskauer Zeitschrift "Nowy Mir", die seit 1960 die Memoiren vorab druckt, sind unlängst bereits Ehrenburgs Aufzeichnungen über die späteren Jahre des Stalin-Terrors bis zum Kriegsausbruch erschienen. Kindler will diese Kapitel später ebenfalls veröffentlichen.

Daß sich die Publikation des ersten Ehrenburg-Bandes in Deutschland verzögerte, hat seinen Grund: Der Sowjet-Autor ist deutschen Lesern weniger als Verfasser des satirisch-anarchistischen Romans "Julio Jurenito" (1922) und der antistalinistischen Erzählung "Tauwetter" (1954), auch nicht so sehr als Freund Picassos und Fürsprecher künstlerischer Liberalisierung in der Sowjet-Union bekannt, sondern vielmehr als angeblicher Urheber eines Aufrufs zur Schändung deutscher Frauen. Ehrenburg soll gegen Ende des Krieges die Sowjet-Soldaten angespornt haben:

Tötet, tötet! Es gibt nichts, was an den Deutschen unschuldig ist, die Lebenden nicht und die Ungeborenen nicht! Folgt der Weisung des Genossen Stalin und zerstampft für immer das faschistische Tier in seiner Höhle. Brecht mit Gewalt den Rassehochmut der germanischen Frauen. Nehmt sie als rechtmäßige Beute. Tötet, ihr tapferen, vorwärtsstürmenden Rotarmisten!

Ehrenburg - hat seine Urheberschaft an derlei Aufrufen mehrfach bestritten, so gegenüber dem SPIEGEL: "Wenn jemand - beweist und zeigt, wo ich das geschrieben habe - die Frauen zu vergewaltigen -, bin ich bereit, mich auf die Knie zu werfen, ich weiß nicht vor wem, selbst vor den Überresten Hitlers. Ich habe das niemals geschrieben. Ich bin kein umgekehrter Rassist."

Mindestens seit zehn Jahren, seit der Autor Walter Görlitz den Schändungsaufruf in seinem Werk "Der Zweite Weltkrieg" zitierte und kommentierte " (Ein Aufruf, der alle Verstöße -

gegen das Völkerrecht, - welche sich das nationalsozialistische Regime hatte zuschulden kommen lassen ... in seiner Scheußlichkeit verblässen ließ"), wird dieser Text dem Sowjet-Autor Ehrenburg in Deutschland immer wieder öffentlich angelastet. Als Görlitz-Zitat wird er auch im "Internationalen Biographischen Archiv" angeführt, dem sogenannten Munzinger-Archiv; das viele deutsche Zeitungen als biographische Auskunftsquelle benutzen.

Kindlers Ehrenburg-Publikation ließ den Schändungsappell jetzt wiederum in deutschen Zeitungsspalten auftauchen. Einige Blätter zitierten den Text in oder zu ihren Rezensionen der Autobiographie. Lingenbrink, eine der größten westdeutschen Kommissionsbuchhandlungen, die Buch-Einzelhändler beliefern, lehnte den Vertrieb der Ehrenburg-Erinnerungen unter Hinweis auf den Vergewaltigungsaufruf ab. Die "Deutsche Soldaten-Zeitung" beurteilte, ihrem Moralempfinden entsprechend, die Veröffentlichung der Memoiren sogar als einen "Schlag ins Gesicht des deutschen Volkes".

Die "Zeit" fragte: "Können wir uns Ilja Ehrenburg leisten?" und ließ unter anderen den Schriftsteller Martin Walser antworten: "Die Rote Armee mußte nicht von einem Literaten aufgehetzt werden. Es genügte wohl, den Rotarmisten mitzuteilen, wie sich unsere Spezial-Einheiten in der Sowjet-Union vorwärts mordeten. Aber zweifellos: Ein Deutschenhasser ist er. Soll ich ihn deshalb mit weniger Interesse lesen? Bin ich verpflichtet, zurückzuhassen?"

Dem Verleger Helmut Kindler war die Ehrenburg zugeschriebene Vergewaltigungssparole bereits Ende 1960, auf seine Börsenblatt-Annonce hin, von empörten Konsumenten vorgehalten worden. Kindler trug den Protesten Rechnung:

Am 27. Januar 1961 ließ er im "Börsenblatt" wissen, "staatsbürgerliche Bedenken" hätten den Verlag bewogen, Ehrenburgs Äußerungen während des Zweiten Weltkrieges zu überprüfen und die Veröffentlichung oder Nichtveröffentlichung der Memoiren vom Ergebnis dieser Prüfung abhängig zu machen.

Der Münchner Verleger befand sich in ähnlicher Lage wie einige Monate vorher der Wiener Vizebürgermeister Mandl, der im April 1960 den Volkszorn zu spüren bekam, weil er Ehrenburg zu einem ostwestlichen Kulturmeeting in die österreichische Hauptstadt eingeladen hatte (SPIEGEL 16/1960).

Mandl verteidigte sich damals, indem er auf Ehrenburgs schon früher abgegebenes Dementi hinwies - Ehrenburg:

"Ich habe diesen Aufruf nie geschrieben. Ich fordere wen auch immer heraus, mir das Original einer russischen Zeitung, Zeitschrift oder sei es auch nur eines Flugblattes vorzulegen, in dem dieser schandbare Aufruf enthalten ist."

Ein Original des laut Görlitz millionenfach als Flugblatt verbreiteten Schändungsaufrufs war nicht aufzutreiben.

Ebenso unbeweisbar wie Ilja Ehrenburgs Urheberschaft blieb aber auch die Urheberschaft des NS-Propagandaministers an diesem Aufruf. Ehrenburg: "Ich wußte es schon während des Krieges, als Dr. Goebbels die geradezu teuflische Idee hatte, einen solchen Aufruf zu fabrizieren und ihn mit meinem Namen zu unterschreiben."

Hätte Goebbels wirklich den Aufruf zu Propagandazwecken erfunden, wäre der Text damals weidlich in der parteioffiziellen Presse ausgeschlachtet worden.

Das Münchner "Institut für Zeitgeschichte" jedoch, das der Wiener Vizebürgermeister um Aufklärung gebeten hatte, konnte dem Hofrat Mandl nichts anderes mitteilen, als es schon 1957 dem Auswärtigen Amt in Bonn auf Anfrage berichtet hatte: "Bemerkenswerterweise fanden wir den Aufruf auch nicht im Völkischen Beobachter, den wir von Juli 1944 bis April 1945 durchgesehen haben."

Auch in den beim "Institut für Zeitgeschichte" archivierten dokumentarischen Unterlagen, die der Schriftsteller und "Quick-Autor" Jürgen Thorwald für sein Buch "Es begann an der Weichsel" benutzt und dem Institut überlassen hatte, fand sich kein Beleg für die Schän-

dungsparole.

Das Thorwald-Buch, 1950 im selben Steingrüben-Verlag erschienen, in dem 1952 "Der Zweite Weltkrieg" von Walter Görlitz herauskam, wurde von Görlitz erst kürzlich noch als Quelle für sein Ehrenburg-Zitat benannt. Tatsächlich aber kommt das Zitat, so wie Görlitz es anführt, in dem Thorwald-Bericht nicht vor. Thorwald erwähnt einen zwar ähnlichen, aber kürzeren angeblichen Aufruf Ehrenburgs:

Tötet, ihr Rotarmisten, tötet! Denn es gibt nichts, was an den Faschisten unschuldig ist, die Lebenden nicht und die Ungeborenen nicht. Tötet!

Die von Görlitz zitierte Vergewaltigungsparole - "Brecht mit Gewalt den Rassehochmut der germanischen Frauen. Nehmt sie als rechtmäßige Beute" - fehlt bei Thorwald. Auf die Frage des SPIEGEL, woher er denn, wenn nicht von Thorwald, sein Ehrenburg-Zitat habe, erklärte der Weltkriegshistoriker und "Welt-Redakteur" ("Griff in die Geschichte") Walter Görlitz, möglicherweise habe er es dem nach Kriegsende erschienenen Buch "Im besiegten Deutschland" eines geflüchteten Rotarmisten namens Sabik Wogulow entnommen.

Diese Schrift soll, wie die "Deutsche Soldaten-Zeitung" schrieb, in russischer Sprache gedruckt worden sein und in russischen Emigrantenkreisen zirkuliert haben. Görlitz glaubt sich zu erinnern, sie deutsch gelesen zu haben. Vielleicht, erklärte der Historiker, habe er sein Zitat aber auch aus einem Zeitungsartikel.

Das Institut für Zeitgeschichte betreibt seine Ehrenburg-Forschung seit 1956: Damals fragte die Evangelische Akademie Loccum wegen der Schändungsorder an - ohne Erfolg.

Zwar wollen sich heute noch viele ehemalige deutsche Soldaten und Offiziere fest daran erinnern, an der Ostfront einen Ehrenburg-Aufruf zur Vergewaltigung deutscher Frauen entweder in erbeutetem russischem Propaganda-Material gelesen oder aus sowjetischen Frontlautsprechern gehört oder durch die Vernehmung gefangener Rotarmisten erfahren zu haben. So schrieb ein ehemaliger Stabsoffizier der "Wehrmacht-Heeresgruppe Mitte" Ende 1960 an das Bundesarchiv in Koblenz, das ebenfalls Ehrenburg-Recherchen betreibt:

"Ich erinnere mich genau, daß wir meines Erachtens verschiedene Flugblätter von Ilja Ehrenburg bei der Heeresgruppe Mitte bekommen hatten. Daß dabei von flachshaarigen, Frauen als 'Beute' die Rede war, steht außer Zweifel."

Indes, ein dokumentarischer Beleg für den Schändungsappell konnte bislang von niemandem beigebracht werden. Die Archivarin des "Instituts für Zeitgeschichte", Hildegard von Kotze, erklärt: "Wir haben uns an alle in Frage kommenden Institute, des In- und Auslandes, überhaupt an alle erdenklichen Stellen und Personen gewandt, aber wir haben bis heute nichts: über die Herkunft dieses Zitats gefunden."

Eine andere Auskunft konnte das Münchner Institut schließlich auch dem staatsbürgerlich besorgten Verleger Kindler nicht erteilen. Da auch alle anderen Stellen, die Kindler befragt hatte - unter anderem Bundesverteidigungsministerium, Bundespresseamt, Institut zur Erforschung der UdSSR, RIAS, Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen, Osteuropa-Institut, Harvard University und Wolfgang Leonhard -, die Urheberschaft Ilja Ehrenburgs an dem Schändungsaufruf nicht nachweisen konnten, mochte Kindler die Ehrenburg-Memoiren dem deutschen Publikum nicht länger vorenthalten, zumal inzwischen der Münchner Goldmann Verlag mit einer eigenen Übersetzung der Ehrenburg-Erinnerungen, verteilt auf mehrere Taschenbücher, Kindler zuvorkommen wollte.

So ungewiß also nach wie vor ist, ob Ilja Ehrenburg speziell zur Schändung deutscher Frauen aufgerufen hat, so wenige Zweifel bestehen andererseits, daß er die Rote Armee im "Großen Vaterländischen Krieg" mit nicht gerade zimperlichen Parolen angefeuert hat.

Gewiß nicht als einziger Sowjet-Schriftsteller, aber doch wohl als einer der prominentesten, erfüllte er das Soll, das die Zeitschrift des Sowjetischen Schriftstellerverbandes, "Literatur und Kunst", 1942 vorgeschrieben hatte: "Wie nie zuvor ist heute die aktivierende Funktion der

Kunst von größter Wichtigkeit; sie besitzt die unschätzbare Fähigkeit, die Menschen zum Kampfe anzufeuern. ... Sie sollte zu einer Waffe in der Hand der Soldaten werden ... den Ruf nach Rache erschallen lassen."

Dieser staatlich vorgezeichneten Linie treu, aber wohl auch aus vollem Herzen, animierte der Literatur-Aktivist Ehrenburg die Sowjetkrieger zum Beispiel:

- "Wenn du im Laufe des Tages nicht wenigstens einen Deutschen getötet hast, ist dein Tag verloren."

- "Man muß hundert Deutsche töten, damit hundert andere sich besinnen ... Man muß zehntausend Deutsche töten, damit hundert Schwankende sich gefangen geben."

- "Der Deutsche hat kein Mitleid mit russischen Kindern, der Deutsche hat Mitleid nur mit sich selbst ... Man muß dem Deutschen zeigen, was der Krieg auf deutschem Boden bedeutet."

- "Es gibt nichts Schöneres für uns als deutsche Leichen".

Ehrenburg zum SPIEGEL: "Als die Nazi-Armee in unser Land einfiel, dachten unsere Soldaten, daß die deutschen Arbeiter und Bauern gezwungen worden seien, daß nur die Generäle gegen uns sind, daß man die Ankunft der Soldaten abwarten müsse, um sich gleich mit ihnen zu verständigen. Hätten wir in diesem Augenblick nicht erklären können, daß die Mehrzahl der Deutschen Hitler unterstützte, hätten wir unsere Armee nicht zum wirklichen militärischen Widerstand aufrufen können."

Ehrenburgs Kampf-Appelle wurden den Rotarmisten per Zeitung, Flugblatt und Rundfunk nahegebracht oder von Offizieren vorgelesen. Nach Auskunft eines DDR-Lexikons avancierte Ehrenburg damals zu einem "Lieblingsschriftsteller der Sowjet-Armee", und die Ostberliner Schriftstellerin Anna Seghers erinnerte zum 70. Geburtstag Ehrenburgs im "Neuen Deutschland" daran, "daß die Soldaten der Roten Armee aus den Zeitungsblättern, auf denen seine Artikel standen, keine Zigaretten drehten".

Der Propagandist hat freilich auch den Undank des Vaterlandes zu spüren bekommen. Schon kurz vor dem Fall von Berlin - Stalin verkündete damals: "Die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk bleibt bestehen" - wurde Ehrenburg vom Agitprop-Chef Georgij Alexandrow in der "Prawda" gerügt, seine Kriegsartikel seien "falsch konzipiert" und stellten "eine Abart des mit dem Sowjetgeist unvereinbaren Faschismus und Rassenhasses" dar.

In drei je 400 Seiten starken Bänden mit dem Titel "Krieg" wurde dennoch Ehrenburgs Propaganda-Prosa, von 1942 bis 1944 gesammelt, in Moskau gedruckt. Aus diesen Bänden nahm unlängst die Münchener "Deutsche Soldaten Zeitung" das Material für eine selbstgerecht und ohne Rücksicht auf die Leistungen deutscher Besatzer im Osten kommentierte "Dokumentation über den größten Mordhetzer der Weltgeschichte: Ilja Ehrenburg".

Das rechtsradikale Blatt zitierte seitenlang drastische Stellen im Faksimile - etwa Ehrenburgs Mahnung: "Jetzt gibt es keine Bücher, keine Liebe, keine Sterne, nichts außer dem einzigen Gedanken: die Deutschen zu töten. Sie alle zu töten. Zu vergraben."

Auch für die spezielle Geringschätzung, die Ehrenburg deutschen Frauen entgegenbrachte, finden sich in den "Krieg-Bänden" Beispiele. So schrieb Ehrenburg: "Gretchen ist die Muse des Raubes ... Wenn Hitler in einer Münchner Bierkneipe den Raub verherrlicht und sich damit brüstet, daß die Deutschen die Ukraine beraubten, dann spricht mit seinem Mund auch das blonde, Lockere, unersättliche Gretchen!"

Oder: "So wie die Fritzen sind auch die Gretchen. Für diese egoistischen, stumpfen Weibchen kann man kein anderes Wort finden als nur 'gewissenlos'. Natürlich singen sie sehr gern Romanzen über 'deutsche Liebe' und 'deutsche Treue', aber sie paaren sich mit dem ersten besten."

Solche und ähnliche Stilproben des Schriftsteller Ilja Ehrenburg, der sich in seinen Memoiren über die verderbliche Wirkung nationaler Vorurteile verbreitet ("Friedliche Koexistenz ... ist ohne gegenseitige Aufgeschlossenheit undenkbar"), reichten der "Deutschen Soldaten-Zei-

tung" aber noch nicht aus: In der vierten Folge ihrer Ehrenburg "Dokumentation" mischte sie unter die authentischen Ehrenberg-Zitate auch den Schändungsaufruf - freilich ohne Faksimile-Abdruck.

Auf Anfrage erklärte der Chefredakteur der "Soldaten-Zeitung", Dr. Gerhard Frey: Faksimiles der "Krieg-Buchseiten" seien nur anfangs veröffentlicht worden, in den späteren Folgen habe die Redaktion "aus Platzgründen und um den Leser nicht zu langweilen" darauf verzichtet. Für alle in der "Soldaten-Zeitung" veröffentlichten Ehrenburg-Texte, versicherte Dr. Frey, seien aber dokumentarische Belege vorhanden.

Der Beleg für den Schändungsaufruf jedoch war trotz intensiver Nachsuche in der Redaktion der "Soldaten-Zeitung" nicht mehr aufzufinden.<<

Die USA blockierten am 22. Oktober 1962 Kuba, um die Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen zu verhindern (internationale Kubakrise).

US-Präsident Kennedy berichtete am 22. Oktober 1962 während einer Fernsehansprache (x243/94): >>... Im Laufe der letzten Woche haben eindeutige Beweise die Tatsache erhärtet, daß derzeit auf dieser unterdrückten Insel (Kuba) mehrere Anlagen für Angriffsraketen errichtet werden. Der Zweck dieser Anlagen kann nur darin bestehen, die Möglichkeit eines Atomschlags gegen die westliche Hemisphäre zu schaffen. ...

Wir werden das Risiko eines weltweiten Atomkriegs nicht voreilig ohne Not eingehen, ... wir werden dieses Risiko aber auch nicht scheuen, falls es zu irgendeinem Zeitpunkt eingegangen werden muß. ...<<

Nach 6 dramatischen Tagen lenkte die UdSSR fast im letzten Moment ein. Der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow versprach schließlich, die bereits errichteten nuklearen Raketenstützpunkte wieder abzubauen.

Das US-Magazin "Newsweek" berichtete damals über die dramatische Phase der Kubakrise (x073/292): >>... "Als ich zum Kommandoposten (des Pentagon = Gebäude im US-Verteidigungsministerium in Arlington/Virginia) hinunterstieg", erinnert sich ein Luftwaffenhauptmann, "hatte ich ein Gefühl wie nie zuvor. Ich fragte mich, ob ich je meine Frau und meine Kinder wiedersehen würde. Ich fühlte, daß wir dem Krieg nahe waren". ...

Unten auf dem Boden des Raumes kontrollierten 7 Offiziere und Sergeanten den Druckknopf zum Kriege – die Leitungen, die das weltweite Überwachungssystem mit dem Präsidenten, dem Verteidigungsminister und den vereinigten Stabschefs verbanden.

Ein Offizier und ein Sergeant trugen Pistolen vom Kaliber 38, gefährlich aussehende Dinger, mit abgeschnittenem, stupsnasigem Lauf und knöchernem Griff – Waffen, die ausschließlich dazu bestimmt waren, jedes Mitglied des Teams zu erschießen, das unter dem seelischen Druck zusammenzubrechen oder den Krieg in einer hysterischen Panik vom Zaune zu brechen drohte. 2 Offiziere trugen Schlüssel mit Plastikschildern um den Hals.

Sollte Präsident Kennedy das Sirensignal mit Defcon 1 (Verteidigungsfall) geben, dann würden sie die Schlüssel von ihren Hälsen lösen, getrennte Schlösser von einem roten 60 mal 15 cm großen Kasten öffnen, 12,5 Quadratcentimeter große Plastikbeutel herausnehmen, sie öffnen und an alle strategischen Luftstreitkräfte von Alaska bis Guam, von Spanien bis England einen gleichlautenden Befehl erteilen: "Kriegsausbruch!" ("Go to war!")

"Wir kamen ungemütlich nahe daran, die Sirenen zu hören", sagte letzte Woche ein Offizier, der in jenen Tagen im Kriegssaal saß.

"Wenn Chruschtschow den falschen Zug gemacht hätte und eine seiner Mittelstreckenraketen auf unser Land gefeuert hätte, würden die strategischen Luftstreitkräfte sofort losgeschlagen haben."

Die Meldeschirme im Kriegssaal zeigten in jener Woche, daß 90 B-52-Bomber, beladen mit 25- bis 50-Megatonnen-Bomben, ununterbrochen über dem Atlantik kreisten und auf den Angriffsbefehl warteten. Auf dem Boden standen weitere beladene B-52, 800 leichte B-47 und

70 modernste B-58 Hustlers startklar. 8 Polaris-U-Boote im Nordatlantik hatten ihre 128 Raketen auf Rußland gerichtet. Im Mittelmeer und im Gelben Meer standen an Deck der Flugzeugträger der 6. und 7. Flotte nukleare Bomber bereit. Und in den USA standen 102 Atlas, 54 Titan und 12 Minuteman (interkontinentale Raketen) auf ihren Startrampen.

Dann zuckte Chruschtschow zurück. Die Männer im Kriegssaal atmeten tief durch: die Welt konnte eine Weile weiterleben. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Blockade Kubas (x068/322-323): >>... Im Sommer 1962 beschlossen Chruschtschow und Castro russische Raketen auf Kuba zu stationieren. Nun hatten zwar bisher die USA schon viele solche Basen im Ausland installiert, noch nie aber die Russen. Als verstärkte Aufklärungsflüge über Kuba im Herbst den Bau von Boden-Luft-Raketenbasen einwandfrei erwiesen, entschloß sich Kennedy schnell, die Raketen so oder so verschwinden zu lassen. Fieberhaft suchte das Weiße Haus nach einer Lösung und entschied sich für eine Seeblockade, um sowohl weitere Lieferungen zu verhindern als auch den Abzug bereits gelieferter Raketen zu erzwingen.

Am 22. Oktober brandmarkte Kennedy in einer Fernsehansprache an die Weltöffentlichkeit die Schaffung einer "nuklearen Schlagkraft gegen die westliche Hemisphäre". Er verlangte mit aller Entschiedenheit die Beseitigung der Bedrohung, den Abbau der Rampen, appellierte an Ministerpräsident Chruschtschow, "diesen Weg zur Weltherrschaft aufzugeben", und verhängte eine "Quarantäne" (ein milderer Ausdruck für Blockade, die eigentlich schon als Kriegshandlung gilt) für alle Waffenlieferungen nach Kuba.

Es war die gefährlichste politische Krise in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die ganze Welt befand sich in Erregung, man stand am Rand eines amerikanisch-sowjetischen Krieges.

Bertrand Russell, der Philosoph und Nobelpreisträger für Literatur (1950), nannte Kennedy "ruchloser als Hitler" und drahtete ihm: "Wir wollen keinen Massenmord. ... Stellen Sie diesen Wahnsinn ein". Chruschtschow bat er um weitere Entspannungsbemühungen und telegraphierte ihm: "Wir setzen unsere größte Hoffnung in ihre fortgesetzte Nachsicht"!

Der Kreml, durch die schnelle Entdeckung der Raketenbasen offensichtlich überrascht, gab seinen Willen zu einer friedlichen Regelung deutlich zu erkennen. Die in Kuba zunächst befindlichen sowjetischen Schiffe ändern ihren Kurs und drehen ab. Chruschtschow schreibt einlenkend an Kennedy. Dieser begrüßt postwendend "die Bekundung Ihres Wunsches, eine rasche Lösung zu suchen".

Chruschtschow macht zwei Angebote zum Abbau der Raketenbasen, entweder keine (amerikanische) Landung auf Kuba oder Entfernung der amerikanischen Raketenbasen in der Türkei. Kennedy entscheidet sich für das erste. Er verzichtet auf eine Invasion und bietet die Beendigung der Quarantäne an. Chruschtschow antwortet, daß die Waffen, "die Sie als offensiv bezeichnen", abgebaut und in die Sowjetunion zurückgebracht werden. Kennedy stimmt dieser Rückzug begreiflicherweise sehr zufrieden. Es ist der 28. Oktober ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (47/1962) berichtete am 21. November 1962 über das "befreite" Österreich: >>**50 Jahre fehlen**

Die Bürgerschaft eines demokratischen Staates wächst hier mit derselben Vorbildung heran", grollte der Wiener "Express", "die ein Buschneger beim ersten Betreten einer europäischen Großstadt besitzt."

Dieses harte Urteil galt der Art, in der die Schulen der neutralen Alpenrepublik der unbewältigten Vergangenheit ihres Staates ausweichen: Die letzten 50 Jahre österreichischer Geschichte werden schamhaft totgeschwiegen.

Für mindestens 70 von 100 Abiturienten, die beim Eintritt ins österreichische Bundesheer den Eid auf die Republik schwören, endet - trotz der jüngst beschlossenen Schulreform - das historische Wissen mit dem Sturz der Habsburger Monarchie.

Über die nachfolgenden Ereignisse, die politischen Leidenschaften, die Österreich nach 1918 zu einem Staat wider Willen machten und in die Kettenreaktion Bürgerkrieg-Faschismus-Nationalsozialismus stießen, breiten die Lehrkräfte mildes Schweigen.

Ergebnis solcher Behutsamkeit ist eine nationale Unbildung, deren erschreckendes Ausmaß eine Umfrage des Wiener "Kurier" enthüllte: Die Zeitung befragte 30 Realgymnasiasten einer Wiener Abiturklasse nach dem "bedeutendsten Ereignis aus der österreichischen Geschichte des Jahres 1934".

Sieben der Befragten nannten richtig die Ermordung des Bundeskanzlers Dollfuß durch nationalsozialistische Putschisten, einer entsann sich des Bürgerkrieges zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen.

Die übrigen 22 Primaner tappten hilflos durch das Quiz. Einer schlug den Brand des Justizpalastes vor (1927), ein anderer wähte, die Uno sei damals in den Völkerbund aufgenommen worden, neun hatten keinerlei Ahnung, ließen sich aber leicht überreden, 1934 als das Jahr der Abtrennung Südtirols (1919) zu betrachten.

So viel Unwissen veranlaßte Österreichs Unterrichtsminister Dr. Heinrich Drimmel, "energisch an die Einhaltung des Lehrplanes zu erinnern, der einen gegenwartsbezogenen Überblick über den Verlauf der allgemeinen Geschichte vorschreibt".

Das Ministerium mahnte die säumigen Lehrer, künftig den korrekten Abschluß des historischen Unterrichts anzustreben.

Dem Einwand der Lehrkräfte, der aktuelle Geschichtsunterricht scheitere an "zuviel Stoff für zuwenig Zeit", begegnete der Minister mit der Parole "Habt Mut zu Lücken". Er nehme, meinte Drimmel, kleinere Wissensmängel bei den Punischen Kriegen gerne in Kauf, wenn statt dessen das Wissen über die Ereignisse des 20. Jahrhunderts vermehrt werde.

Doch Drimmels Ermunterungen nutzten wenig. Wiens Landesschulinspektor Dr. Ernst Mayer, der - selbst Historiker - die Durchführung des Erlasses kontrollieren sollte, resigniert achselzuckend: "Ich habe auch seither keine höhere Jahreszahl als 1918 gehört."

Das ist freilich nicht allein die Schuld der Lehrkräfte an Österreichs höheren Schulen. Das Dilemma beginnt bereits mit der fragmentarischen Ausbildung der Pädagogen. Ahnungslos betraten sie einst als Abiturienten die Universität, und ahnungslos passierten sie Jahre später auch die Lehramtsprüfung.

Denn: Erst seit 1957 kann der angehende Historiker an der Wiener Hochschule - freiwillig - die Zeitgeschichte ab 1918 studieren. Vorher gab es dafür keinen Lehrstuhl.

Dazu Landesschulinspektor Mayer: In Wien hinken die Vorlesungen der Historischen Fakultät traditionsgemäß 30 Jahre hinter ihrer Zeit zurück. Wenn dann noch 20 Jahre seit dem Ende seines Studiums vergangen sind, hat der Geschichtslehrer ein Wissensvakuum von 50 Jahren."

Den Schulmännern macht obendrein die mangelnde innere Distanz zu den (selbst erlebten) Ereignissen der Zeitgeschichte zu schaffen. "Man muß verstehen", erläuterte Minister Drimmel, "daß jeder Historiker selbst am eigenen Leib die Narben der Vergangenheit trägt und fürchtet, sie aufzureißen."

An diese kaum vernarbten Wunden wagt auch kein österreichisches Geschichtslehrbuch zu rühren. Der offizielle historische Lehrbehelf für die Abschlußklasse hat zwar sechs Autoren, aber keine Meinung. Das Büchlein entstand während der Besatzungszeit, als jedes Schulbuch einer Kommission der Besatzer vorzulegen war. Nach Abzug der Besatzungsmächte 1955 unterblieb eine Neufassung, da man sich bis heute nicht auf ein proporzgerechtes schwarzes Autoren-Duo einigen konnte. So wird weiterhin nach einem Provisorium gelehrt und gelernt, das die Ereignisse der letzten 50 Jahre in wenigen unverbindlichen Sätzen zusammenfaßt, so etwa

- die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen von 1927: "Trotz dem Eingreifen besonnener Arbeiterführer konnten Übergriffe nicht verhindert werden. (Brand des Justizpalastes, 15.

Juli 1927). Die Regierung Seipel ließ unter Opfern die Ruhe durch den Einsatz bewaffneter Polizeikräfte wiederherstellen."

- Juliputsch von 1934: "Bei einem gewaltsamen Versuch der Nationalsozialisten, die Macht an sich zu reißen, wurde Bundeskanzler Dollfuß in seinem Amt ermordet."

- Österreichs Anschluß an das Deutsche Reich im März 1938: "Obwohl Bundespräsident Miklas nach längerer Weigerung den Nationalsozialisten Dr. Seyß-Inquart zum Kanzler ernannte, besetzten dennoch die deutschen Truppen das ganze Land (Okkupation)."

Mit solch dürftigen Formulierungen werden die Unglücksjahre der Ersten Republik beschrieben. Der junge Österreicher erfährt aus seinem Geschichtsbuch nichts über die schwerbewaffneten Parteigarden, mit denen sich in den Jahren von 1927 bis 1934 die christlichsoziale Regierung und die sozialdemokratische Opposition zeitweise in offenem Bürgerkrieg bekämpften.

Über die Entwicklung, die zu dem dramatischen Versuch der österreichischen Gefolgsleute Hitlers führte, schon im Juli 1934 mit Gewalt die Angliederung an das Reich zu erzwingen, hört er ebensowenig wie über die Ereignisse des Anschluß-Jahres 1938.

Die jubelnden Menschenmassen beim Einzug Hitlers in Wien werden in Österreichs Lehrplänen nicht erwähnt. Der Anschluß, den damals fast alle Kräfte des abgewirtschafteten Staates, vom Sozialisten Renner bis zum Kardinal Innitzer, bejahten, gilt heute schlicht als militärische Okkupation. ...<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtete später über die Kubakrise (x283/242-244): >>... Am 22. Oktober 1962 erfuhr die Welt aus einer aufwendig inszenierten Rede von Präsident Kennedy, daß die Sowjets auf der Insel einen Militärstützpunkt aufgebaut hatten, dessen nukleare Mittelstreckenraketen die USA bedrohten. Luftaufnahmen hatten festgestellt, daß die Basen kurz vor der Einsatzbereitschaft standen.

Fidel Castro erhoffte sich dadurch Schutz gegen eine Wiederholung der im Vorjahr abgewehrten, von der 'Central Intelligence Agency' unterstützten Landung bewaffneter Exilkubaner in der Schweinebucht; Chruschtschow ging es um einen strategischen Vorposten im Kalten Krieg.

Kennedy verlangte von Moskau unverzüglichen Abzug der Raketen und den Abbau der Basen, rief den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen an und verkündete eine Seeblockade über Kuba. Unverhüllt drohte er mit einem Gewaltakt, bei dem er auch den atomaren Erstschatz nicht ausschloß.

Seit 1901 proklamierte und praktizierte Washington ein Interventionsrecht auf Kuba, erneut seit der Machtübernahme Castros 1959. Mit dessen Hinwendung zu Moskau war er für das amerikanische Selbstbewußtsein ein Dorn im Auge. Aber alle Versuche der Regierung, die Kubaner durch ein Embargo (seit Februar 1962) oder den 'Máximo Líder' mit Mafia-Methoden (seit 1960) umzubringen, scheiterten.

Schon Anfang 1962 begann in gigantischem Umfang der Aufmarsch der Army für einen Panthersprung nach Kuba zum Sturz Castros. Ein fingierter Vorwand – die Kuba zur Last gelegte Selbstversenkung eines amerikanischen Schiffes – sollte nach Robert Kennedy nationale Empörung auslösen und die Aktion vor dem Fernsehpublikum rechtfertigen. Mit Finten – amtlich: "ungeklärten Zwischenfällen" zur See – hatte Washington schon 1898 den amerikanisch-spanischen Krieg in der Karibik inszeniert (Versenkung des Linienschiffs 'Maine'), 1915 den Krieg gegen Deutschland vorbereitet (Opferung der 'Lusitania') und 1964 den Vietnamkrieg eröffnet (Tongking-Zwischenfall). ...

Nun drängte der Pentagon zum Krieg gegen Kuba, zumal seit dem 15. Oktober die ersten Fotos der Abschlußrampen vorlagen. ...

In den folgenden 13 Tagen wurde hoch gepokert. Die US-Air Force stand bereit, 3.500 Atomwaffen gegen 1.077 Ziele in der UdSSR und der Volksrepublik China einzusetzen. Un-

mittelbar nach der Kennedy-Rede hatte Castro mobil gemacht. Moskau befahl indessen, jede Provokation zu vermeiden.

Dennoch wurde am 27. Oktober, dem "Schwarzen Samstag", ein Aufklärungsflieger ... über Kuba vom Himmel geholt und auf See kam es zu Konfrontationen mit Blockadebrechern, atomar bestückten Unterseebooten der Sowjets. Eigenmächtigkeiten auf der unteren Ebene drohten Castros laut geäußerten Wunsch nach einem Atomkrieg gegen den Imperialismus zu erfüllen.

Im Weißen Haus suchte man durch ein Ausgleichangebot den Russen den Rückzug zu erleichtern. ... Am 28. Oktober gab Chruschtschow nach. Er brüstete sich als Retter des Weltfriedens, aber zwei Jahre später wurde er als ... Schwächling gestürzt.

Sein Nachfolger Breschnew suchte das eklatante Rüstungsdefizit gegenüber den Vereinigten Staaten mit hohem Kostenaufwand auszugleichen und trieb damit sein Land dem wirtschaftlichen Ruin entgegen. Der Vorsprung Amerikas war nicht einzuholen. Das Pentagon verfügt mittlerweile über 18.000 atomare Sprengköpfe. ...<<

Walter Ulbricht erklärte am 2. Dezember 1962 während einer SED-Konferenz in Cottbus (x300/177): >>... Wir waren schon 1945 für eine konsequente Politik des Friedens, der Demokratie und der Einheit ganz Deutschlands ... obwohl wir nicht annahmen, daß die KPD unter diesen Bedingungen eine Mehrheit in Gesamtdeutschland bekommen hätte.

Damals waren wir eingestellt auf 10, 20, 30 Jahre. Wir haben uns bereit erklärt, das Risiko einzugehen, das selbstverständlich, mit einem so komplizierten Kampf unter den Bedingungen einer amerikanisch-britisch-französischen Besatzung in Westdeutschland verbunden war.<<

Ministerpräsident Chruschtschow erläuterte am 12. Dezember 1962 in einer Rede vor dem Obersten Sowjet die These vom "Papiertiger" (x128/78): >>... Es ist natürlich richtig, daß sich die Natur des Imperialismus nicht verändert hat, und dennoch ist der Imperialismus heute schon nicht mehr das, was er früher war, als er ungeteilt über die Welt herrschte.

Wenn er heute ein "Papiertiger" ist, so wissen diejenigen, die so sprechen, daß dieser "Papiertiger" Atomzähne hat. Er ist in der Lage, diese Zähne zu gebrauchen, und man darf sich ihm gegenüber nicht leichtsinnig verhalten.

Es ist in den Beziehungen zu den imperialistischen Ländern möglich, gegenseitige Kompromisse einzugehen, andererseits muß man über alle Mittel verfügen, um die Aggressoren zu zerschmettern, wenn sie einen Krieg entfesseln sollten.<<

Der deutsche Journalist Diether Stolze (1929-1990) schrieb im Jahre 1962 über den Wirtschaftsaufschwung der fünfziger Jahre in der Bundesrepublik Deutschland (x128/220-221): >>... Die Industriepolitik in der Bundesrepublik ist in den letzten 11 Jahren, von 1950 bis 1961, um nicht weniger als 164 % gestiegen. Mit anderen Worten: die deutsche Industrie produziert gegenwärtig mehr als zweieinhalbmal soviel Waren als vor 11 Jahren. Dabei ist 1950 ein sehr gutes Vergleichsjahr: die Produktion in der Bundesrepublik hatte damals bereits wieder den Vorkriegsstand von 1936/37 erreicht.

Noch augenfälliger sind die Exporterfolge der Bundesrepublik. Seit 1952 erzielt die deutsche Wirtschaft jedes Jahr einen Exportüberschuß, der 1961 die Rekordhöhe von 7 Milliarden Mark erreicht. Im letzten Jahr wurden in Westdeutschland erzeugte Waren im Wert von über 50 Milliarden Mark auf dem Weltmarkt abgesetzt – nur noch die Vereinigten Staaten mit ihrer dreimal größeren Bevölkerungszahl erzielten ein höheres Exportergebnis. Allein die deutsche Autoindustrie konnte für 5 Milliarden Mark Wagen im Ausland verkaufen, weit mehr als das "klassische" Autoexportland USA.

Das Volkseinkommen in der Bundesrepublik, das 1950 rund 75 Milliarden Mark betragen hatte, stieg auf 230 Milliarden Mark (im Jahr 1961).

Vielleicht am eindrucksvollsten sind die Ziffern des Wohnungsbaus, weil hier die Erinnerung

an die schweren Zerstörungen noch lebendig ist. In den Jahren nach dem Krieg kamen Fachleute zu dem Urteil, daß der Wiederaufbau der zerstörten Häuser und Wohnungen mindestens 30 Jahre, wahrscheinlich aber 40 Jahre in Anspruch nehmen werde.

Tatsächlich dauerte er aber noch nicht einmal 10 Jahre – und obwohl wir heute noch immer über Wohnungsnot klagen, gibt es in der Bundesrepublik bereits viel mehr Wohnungen als vor dem Krieg.

In Zahlen: seit 1950 wurden mehr als 100 Milliarden Mark in den Wohnungsbau investiert, davon über 50 Milliarden Mark als Zuschüsse des Staates und der Gemeinden.

Etwa 20 Millionen Menschen konnten in Wohnungen einziehen, die in den letzten 11 Jahren errichtet wurden – mehr als ein Drittel der Bürger der Bundesrepublik wohnt also in Neubauten. In der Bundesrepublik gibt es heute über 15 Millionen Wohnungen, rund 40 % mehr als vor dem Krieg (1938: 10,5 Millionen Wohnungen).

So hat die Bundesrepublik, was die wirtschaftlichen Zahlen betrifft, Großbritannien, Frankreich, Italien und alle anderen westeuropäischen Industriestaaten hinter sich gelassen.

... Die westeuropäische Wirtschaft hatte also in den vergangenen Jahren ein Expansionstempo aufzuweisen, daß nahezu doppelt so groß war wie das der USA und noch erheblich größer als das Rußlands.

Am deutlichsten wird der wirtschaftliche Aufstieg der Bundesrepublik wohl, wenn man die Entwicklung der Industrieproduktion betrachtet. Die Expansion war zeitweise so stürmisch wie in keinem anderen Land der Welt: Innerhalb der letzten 10 Jahre erhöhte sich die industrielle Produktion der westdeutschen Industrie um nicht weniger als 150 %.

Sinnbild der industriellen Macht Deutschlands in den Jahren zwischen den Kriegen war der Konzern der IG-Farben-Industrie, neben DuPont das größte Chemieunternehmen der Welt. Auf Befehl der Alliierten wurde die IG nach dem Krieg in einige kleinere Unternehmen aufgespalten. Und die Folge dieser Entwicklung? Jede der drei großen Nachfolgegesellschaften erzielt heute einen Umsatz, der größer ist als der Gesamtumsatz des alten Konzerns. ...<<

In den Geschichtsbüchern, die für den Gebrauch in Schulen der Bundesrepublik Deutschland genehmigt werden, reduzierte man die Berichte über die Flucht und Vertreibung der Deutschen in Ost-Mitteleuropa von Jahr zu Jahr, da sie angeblich nicht mehr dem aktuellen Zeitgeist entsprachen.

Im Jahre 1962 berichtete man z.B. wie folgt über die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x076/272-273, x069/208-209): >>Auf der Konferenz von Potsdam (Juli/August 1945) ... siegte die russische Auffassung von der deutschen Ostgrenze. Das Gebiet östlich der Oder und Neiße wurde nicht als Besatzungszone anerkannt, - wie die Westmächte ursprünglich gewollt hatten -, sondern unter polnische und das nördliche Ostpreußen unter russische Verwaltung gestellt. Die endgültige Regelung der Grenzen wurde einem später zu schließenden Friedensvertrag vorbehalten. ...

Die Westmächte hatten damit also ihre Zustimmung dazu gegeben, daß in den Gebieten östlich von Oder und Neiße "vollendete Tatsachen" geschaffen wurden. Die Bestimmung, daß der endgültige Verlauf der Grenze erst in einem späteren Friedensvertrag festgelegt werden sollte, war ein "papierener Vorbehalt".

Die Vertreibung der Deutschen erfolgte auch nicht in menschlicher Weise; vielmehr sind etwa 2 Millionen Deutsche aus diesen Gebieten in den Jahren 1945 bis 1947 umgekommen. ...

Die Beschlüsse der Konferenz von Potsdam bestimmen in ihren Inhalten wie in ihren Folgen die Entwicklung Deutschlands bis heute. Die Konferenz hat tiefer in das Leben unseres Landes eingegriffen als der Versailler Vertrag; ihre letzten Folgen sind heute nicht absehbar.

Die Grenzziehung im Osten und die Austreibung von 8,8 Millionen Deutschen schuf das Flüchtlingsproblem und trübt bis heute das deutsch-polnische Verhältnis so stark, daß eine Klärung der deutschen Beziehungen zu Polen bisher nicht stattgefunden hat.

Die Übereinkunft der 3 Mächte, daß die Gebiete bis zu einer endgültigen Grenzziehung in einem Friedensvertrag lediglich unter polnischer bzw. russischer Verwaltung stehen sollten, bestimmt heute den Standpunkt der deutschen Regierung. Doch wird die deutsche Forderung auf eine Neufestlegung der Grenze gegen Polen von den Alliierten nicht unterstützt.

Die Austreibung von fast 3 Millionen Sudetendeutschen aus ihrer seit 1.000 Jahren von Deutschen bewohnten Heimat belastet bis heute das deutsch-tschechische Verhältnis. ...<<

>>... Die Angelsachsen versprechen, beim künftigen Friedensvertrag der Sowjetunion Königsberg und halb Ostpreußen zuzuerkennen. Sie nehmen auch hin, daß Stalin in der Zwischenzeit die deutschen Gebiete bis zur Oder und westlichen Neiße den Polen zur Verwaltung gegeben hat, behalten jedoch die endgültige Festlegung der deutschen Ostgrenze der Friedenskonferenz vor.

Damals befinden sich noch Millionen Deutsche östlich der Oder-Neiße-Linie. Trotz der Atlantik-Charta beschließt die Konferenz, "daß die Umsiedlung der in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn befindlichen deutschen Bevölkerung oder von Teilen davon nach Deutschland vorgenommen werden muß. Sie stimmen darin überein, daß alle Umsiedlungen, die stattfinden, in ordnungsgemäßer und menschlicher Weise vor sich gehen sollen".

Die genannten Staaten halten sich in keiner Weise an diese Beschlüsse. Die Austreibungen werden in der rücksichtslosesten Weise fortgesetzt. Im heutigen polnischen Machtbereich leben vielleicht noch 700.000 Deutsche (gegen 10,6 Millionen im Jahre 1938). ... Das Auslandsdeutschtum jenseits der alten Reichsgrenzen ist weitgehend vernichtet; von 2,1 Millionen Deutschen fehlt jede Spur.<<

Im Verlauf eines Militärprozesses berichtete ein Hauptmann im Jahre 1962 über die französischen Verhörmethoden in Algerien (x075/199): >>Ich erkläre unter Eid, daß Godot, ebenso wie etwa hundert andere Offiziere, damals den Befehl erhalten hat, die Folter anzuwenden, um Informationen zu bekommen. ...

Fragen Sie mich nicht, wer den Befehl gegeben hat. Aber ich weiß, was für einen Schlag dies dem Befehlsempfänger versetzt hat. ...

Warum hätten sie sich dem Befehl widersetzen sollen? Man hatte ihnen doch einen Zweck mit transzendenter Zielsetzung angegeben, man hatte es ihnen als einen Kreuzzug präsentiert. Man hatte ihnen gesagt, der Zweck heilige die Mittel und der Sieg Frankreichs hänge davon ab.

Aber diese Rechtfertigung ist nichtig, wenn das Ziel nicht erreicht wird. Man hat das Gefühl entehrt worden zu sein, und diese Entehrung aus der Vergangenheit kommt wieder hoch. ...<< Ein Erdbeben im iranischen Elbrus-Gebirge forderte im Jahre 1962 etwa 12.000 Todesopfer (x175/60).

1963

Staatspräsident Charles de Gaulle erklärte am 14. Januar 1963 während einer Pressekonferenz zur zukünftigen Europapolitik (x148/173-174): >>... (1961) stellte Großbritannien seinen Antrag um Aufnahme in den Gemeinsamen Markt. Es tat das, nachdem es sich vorher geweigert hatte, an der Gemeinschaft teilzunehmen, als diese sich noch im Aufbau befand, und nachdem es mit sechs anderen Staaten eine Freihandelszone geschaffen und schließlich – man darf das wohl sagen, denn es sei nur an die langwierigen Verhandlungen erinnert, die diesbezüglich geführt wurden – Druck auf die Sechs ausgeübt hatte, um zu verhindern, daß die Bestimmungen des Gemeinsamen Marktes zur Durchführung gelangten.

Dann erst ersuchte Großbritannien, in den Gemeinsamen Markt aufgenommen zu werden, jedoch nach seinen eigenen Bedingungen.

Das stellt ohne jeden Zweifel für jedes der sechs Länder und auch für Großbritannien sehr weitreichende Probleme. Großbritannien ist ein Inselstaat, ausgerichtet auf die See. Es ist durch seinen Handel, seine Märkte und seine Versorgung an die verschiedenen, oftmals weit

entlegenen Länder gebunden. Es ist in erster Linie ein Industrie- und Handelsstaat, der nur wenig Landwirtschaft betreibt. Er besitzt in all seinem Tun Gewohnheiten und Traditionen, die sehr ausgeprägt und eigener Art sind.

Kurzum, das Wesen, die Struktur und die Umstände, die Großbritannien eigen sind, unterscheiden es weitgehend von den kontinentalen Staaten. Was soll man nun unternehmen, um Großbritannien mit seinen eigenen Lebens-, Produktions- und Handelstraditionen in den Gemeinsamen Markt einzugliedern, so wie dieser nun einmal geschaffen wurde und wie er funktioniert?

Die Art der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung Großbritanniens zum Beispiel – Einfuhr sehr billiger Lebensmittel aus Nord- und Südamerika und den ehemaligen Dominions bei gleichzeitiger beträchtlicher Subventionierung der englischen Landwirtschaft -, diese Art ist natürlich unvereinbar mit dem System, das die Sechs ganz natürlich für sich geschaffen haben.

...

Ich frage nochmals, wie kann man Großbritannien, so wie es ist, in dieses System einfügen? Man hat manchmal annehmen können, daß unsere britischen Freunde sich mit ihrem Antrag auf Beitritt zum Gemeinsamen Markt so weit umstellen würden, daß sie sich alle Bedingungen auferlegen würden, die von den Sechs schon akzeptiert wurden und praktiziert werden.

Aber die große Frage ist und bleibt, ob Großbritannien sich gegenwärtig wie der Kontinent, und genauso wie dieser, in den Rahmen eines wahrhaft gemeinsamen Zolltarifs einfügen kann, ob es auf die Vorzugszölle gegenüber dem Commonwealth verzichten und aufhören kann, zu fordern, daß seine Landwirtschaft bevorzugt werden muß, ferner, ob es die Verpflichtungen für nichtig erklären kann, die es mit Ländern eingegangen ist, die seiner Freihandelszone angehören. Auf diese Frage allein kommt es an.

Man kann nicht sagen, daß sie gegenwärtig gelöst sind. Wird sie je gelöst werden? Großbritannien allein vermag darauf eine Antwort zu geben.

Die Frage ist um so berechtigter, als nach Großbritannien auch andere Staaten, die mit ihm in der Freihandelszone verbunden sind, aus den gleichen Gründen gern dem Gemeinsamen Markt beizutreten wünschen oder möchten. ...

Es ist vorauszusehen, daß der Zusammenhalt all dieser sehr zahlreichen und verschiedenartigen Mitglieder jenen Problemen nicht lange gewachsen wäre, und schließlich würde es dann zu einem Koloß von atlantischer Gemeinschaft kommen in amerikanischer Abhängigkeit und unter amerikanischer Führung, der die Europa-Gemeinschaft aufsagen würde.

Das ist eine Hypothese (Folgerung), die in den Augen gewisser Leute durchaus richtig sein mag, aber es ist nicht das, was Frankreich gewollt hat und will, nämlich eine ausgesprochen europäische Konstruktion.<<

Die französische Regierung verweigerte am 28. Januar 1963 weitere Beitrittsverhandlungen wegen der Aufnahme Großbritanniens in die Europäische Gemeinschaft (x128/283).

Präsident John F. Kennedy erklärte am 28. Februar 1963 vor dem US-Kongreß (x272/272-273): >>... "Unsere Verfassung ist farbenblind", schrieb der Bundesrichter Harlan vor der Jahrhundertwende, "sie kennt und duldet keine Klassen unter den Bürgern."

Doch die Praxis im Lande entspricht nicht immer den Grundsätzen der Verfassung, ... und die schädlichen kostspieligen und ungerechten Folgen der Rassentrennung und Diskriminierung zeigen sich in allen Bereichen unseres Lebens. ...

Das Negerkind, das heute in Amerika geboren wird – gleich, wo es zur Welt kommt -, hat nur halb soviel Chancen, die höhere Schule abzuschließen, wie ein weißes Kind, das am gleichen Ort und am gleichen Tag geboren wird; nur ein Drittel der Chancen, die Universität zu absolvieren, nur ein Drittel der Chancen, einen freien Beruf zu ergreifen, doch das zweifache Risiko, arbeitslos zu werden, eine um 7 Jahre geringere Lebenserwartung und die Aussicht, nur halb soviel zu verdienen.

Kein Amerikaner kann das Bild voll entschuldigen, erklären oder verteidigen, daß diese Statistiken ergeben.

Rassendiskriminierung hemmt unser Wirtschaftswachstum, denn sie verhindert, daß wir unsere Arbeitskraft maximal entfalten und nutzen. Sie beeinträchtigt unsere Führerrolle in der Welt, denn sie widerlegt bei uns zu Hause die Botschaft, die wir im Ausland verkünden.

Rassendiskriminierung verdirbt die Atmosphäre einer geeinten, klassenlosen Gesellschaft, in der unsere Nation zur Größe aufstieg. Sie erhöht die Wohlfahrtslasten, die Kriminalität, vor allem aber ist sie unrecht.<<

Der Rat der EKD (Evangelische Kirche in Deutschland) kommentierte am 13. März 1963 die NS-Verjährungsfrage (x129/168-169): >>Unsere Gerichte werden große Mühe haben, nach so langer Zeit die Tatbestände noch genau zu erheben und das Maß der Verantwortlichkeit der Angeklagten richtig zu bestimmen. In jedem einzelnen Fall werden sie mit zu bedenken haben, welcher mächtigen Einfluß der damalige Terror von Partei und Staat, eine raffinierte Propaganda und suggestive Befehle auf jahrelang planmäßig eingeschläferter oder ungeschulter und irgeleiteter Gewissen wie auch die Versuchlichkeit unkontrollierter Machtstellungen ausgeübt haben.

Unabdingbar aber muß an der persönlichen Verantwortlichkeit jedes mit Befehlsgewalt über andere ausgestatteten Menschen festgehalten werden. In den Grenzen, in denen menschliche Rechtsprechung möglich ist, muß in jeder Gemeinschaft um ihrer selbst willen das Unrecht als verwerflich gekennzeichnet und bestraft werden.

An einen Akt der Begnadigung kann der Staat erst denken, wenn zuvor dem Recht Genüge getan ist. ...

Es ist nicht die Aufgabe der Gerichte, mit diesen Verfahren so etwas wie die Reinigung unseres ganzen Volkes zu vollziehen; sie können nur einzelne Verbrecher zur Verantwortung ziehen und aburteilen. Aber es ist ihr hohes Amt, die in der Vergangenheit zerstörte Gebundenheit an das Recht in unserem Volke wiederherzustellen und damit einen wesentlichen Beitrag zur inneren Wiedergenesung unseres Volkes zu leisten. ...<<

Nach der Unterzeichnung eines Handelsabkommens zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland berichtete "Trybuna Ludu" am 13. März 1963 (x155/97): >>... Voraussetzung solcher Beziehungen war die Anerkennung der Endgültigkeit und der Unveränderlichkeit der bestehenden Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik.<<

Papst Johannes XXIII. bekräftigte am 11. April 1963 das Heimatrecht aller Menschen (x155/121): >>... (Wir) betrachten ... mit großem Schmerz das Los derer, die aus politischen Gründen aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Viele und unglaubliche Leiden begleiten ständig die große in unserer Zeit wahrlich ungezählte Menge der Flüchtlinge. - Deshalb ist es angezeigt, an dieser Stelle daran zu erinnern, daß solche Flüchtlinge mit der Würde einer Person ausgestattet sind und daß ihnen die Rechte einer Person zuerkannt werden müssen.<<

Der deutsche Journalist Thilo Koch (1920-2006) berichtete am 12. Mai 1963 über Rassenschranken in Atlanta, Georgia (299/185): >>... Der Chefarzt eines Negerkrankenhauses, indem auch Weiße aufgenommen werden, wenn sie das wünschen, nimmt an einer wissenschaftlichen Tagung teil; beim gemeinsamen Mittagessen wird er nicht bedient, weil das Hotel ... die Rassentrennung aufrechterhält. Unter Protest verläßt der schwarze Arzt, der überdies zufällig eine nahezu weiße Hautfarbe hat, die Tagung.<<

Der kubanische Ministerpräsident Fidel Castro erklärte am 23. Mai 1963 in Moskau (x299/178): >>... Der Sieg der Revolution auf Kuba, daß nur 90 Meilen von dem größten Herd des Imperialismus entfernt ist, hat ein übriges Mal die Richtigkeit des unumstößlichen Prinzips des Marxismus-Leninismus bestätigt, daß die Imperialisten sich selbst unweigerlich ihr Grab schaufeln und ihre eigenen Totengräber hervorbringen. ...

Die kubanische Revolution konnte nur ausharren, weil sich in der Welt heute ein neues Kräf-

teverhältnis zugunsten der für ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Völker herausgebildet hat.<<

Der deutsche Journalist Thilo Koch (1920-2006) berichtete am 7. Juni 1963 über die Rassenschranken in den Südstaaten (x299/185): >>... In vielen Südstaaten ist es noch immer eine an das politische Stimmrecht geknüpfte Voraussetzung, daß der Wähler ... nachweisen (muß), daß er lesen und schreiben kann. Aber oftmals wird der Negerbevölkerung bereits das Erlernen der einfachsten Erziehungsgrundlagen erschwert oder sogar unmöglich gemacht. ...

Auf dem Universitätsgelände von Oxford im Staate Mississippi ... kam es im Herbst vergangenen Jahres zu den bisher schlimmsten Ausschreitungen, die eine amerikanische Universität gesehen hat, (als Bundestruppen die Zulassung des Negerstudenten James Meredith zum Studium erzwangen).

Meredith hat sogar vor einigen Tagen ... mit zwei Weißen zusammen am Tisch gesessen und gegessen. Die polizeiliche Bewachung ... konnte sich in einer gewissen Distanz halten.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (25/1963) berichtete am 19. Juni 1963: >>**DRESDEN: Sodom in Sachsen**

Sieben Tage und acht Nächte lang stand die Stadt in Flammen. Ihre Menschen wurden verbrannt, erschlagen, vergiftet. Die berstenden Mauern begruben 135.000 Tote, 75.000 mehr als in Hiroshima.

Es war, wie es Mose im 19. Kapitel seines Ersten Buches beschreibt: "Da ließ der Herr Schwefel und Feuer regnen. ... vom Himmel herab und kehrte die Städte um und die ganze Gegend und ... was auf dem Lande gewachsen war."

Das Sodom lag in Sachsen. Den Part des alttestamentlichen Jehova spielte die Royal Air Force (RAF). In der Nacht zum Aschermittwoch, am 14. Februar 1945, warf sie 2.978 Tonnen Spreng- und Brandbomben auf Dresden.

Achtzehn Jahre nach dem Brand hat der britische Historiker und Journalist David Irving die "Anatomie dieser Tragödie" vorgelegt. Irving - Spezialität: der alliierte Bombenkrieg gegen Hitlers Großdeutschland - durchforschte britische Militärarchive, die Protokolle des Unterhauses, die Memoiren der englischen Luftwaffen-Gewaltigen und fuhr schließlich nach Dresden.

Das Ergebnis seiner Ermittlungen: Die Zerstörung Dresdens war ein sinnloser Terrorakt. Eine militärische Notwendigkeit für den Angriff bestand nicht: Dresden war weder ein Verkehrsknotenpunkt für Truppenverschiebungen noch ein Industriezentrum, in dem etwa kriegswichtige Waffen oder Geräte hergestellt wurden (David Irving: "The Destruction of Dresden").

Im Gegenteil: Die Deutschen waren von der Wertlosigkeit Dresdens als Bombenziel, der RAF so überzeugt, daß sie auf alle Vorkehrungsmaßnahmen verzichtet hatten.

Der ohnehin geringe Schutz der Stadt durch Flak entfiel zum Zeitpunkt des Angriffs völlig, da die Kanonen zur Panzerbekämpfung an die Ostfront transportiert worden waren.

Das "jungfräuliche Ziel" {Irving) war indessen überfüllt von Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten, die sich just Dresden als Ziel ihrer Flucht ausgesucht hatten, weil sie sich in Sachsens Hauptstadt vor Bombenangriffen der Alliierten sicher wähnten. Flüchtlinge, - meist Frauen und Kinder, da die Männer bis zum Schluß in der oberschlesischen Schwerindustrie arbeiten mußten - stellten denn auch das Hauptkontingent der Opfer.

Angesichts der katastrophalen Folgen des Angriffs für die Zivilbevölkerung bezeichnete der englische Historiker Sir Harold Nicolson die Zerstörung Dresdens als "ein Unternehmen, das unserer Geschichte nicht würdig war". Und im links-liberalen "New Statesman" schrieb der Labour-Abgeordnete Richard Crossman, während des Krieges stellvertretender Leiter der Abteilung "Psychologische Kriegführung" im alliierten Hauptquartier: "Die Zerstörung Dresdens ... war ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Schuldigen hätten vor die Nürnberger Gerichte gestellt werden sollen, wenn dieses Gericht nicht zu einem Racheinstrument der Alli-

ierten pervertiert wäre."

Die Schuldigen freilich sind achtzehn Jahre später kaum noch auszumachen. Irving: "Die Schande liegt irgendwo in England." Mit anderen Worten: Auch ihm ist es nicht gelungen, die Schuldfrage einwandfrei zu klären.

Nach Kriegsende hatten sich der ehemalige britische Premierminister Sir Winston Churchill, sein Luftfahrtminister Sir Archibald Sinclair und der Oberbefehlshaber der Bomberkommandos Sir Arthur Harris sowie dessen Stellvertreter, Sir Robert Saundby, energisch gegen den Verdacht der Urheberchaft des Angriffs auf Dresden gewehrt.

Sir Winston in seinen Memoiren: "Ich erklärte, daß die Bomber sich doch mehr auf militärische Ziele konzentrieren sollten."

Sir Archibald ließ im Unterhaus erklären ""Wir verschwenden keine Zeit auf reine Terror-Angriffe."

Sir Arthur ("Bomber-Harris") schweigt. Verbittert emigrierte der Luftwaffen-Veteran 1946 nach Südafrika. Die englische Regierung hatte ihn nicht in die offizielle Kriegsehrenliste aufgenommen. Sir Robert aber erinnert sich in seinem Vorwort zu Irvings Buch: "Der Befehl kam aus dem Luftfahrtministerium."

Tatsächlich gab es eher politische als militärische Gründe für die Bombardierung der sächsischen Hauptstadt Sechs Wochen nachdem der deutsche Feldmarschall von Rundstedt in seiner Ardennen-Offensive die Westalliierten in Belgien zeitweilig zurückgedrängt hatte und wenige Tage vor Beginn der Jalta-Konferenz, auf der sich Stalin, Roosevelt und Churchill über die Aufteilung des Deutschen Reiches nach dessen Eroberung einigen wollten, war es der Roten Armee am 25. Januar 1945 gelungen, die Oder zu überqueren.

Churchill fürchtete um die westliche Verhandlungsposition. Seinem Luftfahrtminister Sinclair gab er Order, die RAF solle demonstrativ eine deutsche Stadt nahe der Ostfront angreifen. Es müsse deutlich gemacht werden, daß die sowjetischen Erfolge auch der aktiven Waffenbruderschaft der Westalliierten zu danken seien.

Sir Archibald erwiderte: Die erfolgreichen RAF-Angriffe auf deutsche Brennstofflager sollten tunlichst nicht unterbrochen werden. Außerdem wies der Minister seinen Premier darauf hin, daß die englischen Flieger bei Angriffen auf ostdeutsche Städte mehrere hundert Kilometer feindliches Gebiet überfliegen mußten.

Sir Winston tobte. Und Sir Archibald (Crossmann: "Er war nie für viel Zivilcourage bekannt") erließ Order, sich mit den Amerikanern über eine Bombardierung des Flüchtlingszentrums Dresden abzustimmen.

Die Wetterbedingungen für den langen Flug über Feindesland waren freilich ungünstig. Erst nach Beendigung der Jalta-Konferenz am 11. Februar würde, wie die Meteorologen der Bomberkommandos voraussagten, ein Angriff auf Dresden möglich sein. Damit aber hatte der Angriff sein politisches Ziel verpaßt, die Russen in Jalta mit der Schlagkraft der alliierten Luftwaffe zu beeindrucken.

Gleichwohl wurde der Befehl nicht storniert. Am 12. Februar schließlich meldeten die Wetterfrösche der RAF, am folgenden Tag würden die atmosphärischen Bedingungen einen Angriff auf Dresden ermöglichen. In Moskau informierte der amerikanische Militärattaché, Generalmajor Hill, die Sowjets von der Absicht der Anglo-Amerikaner, die Güterbahnhöfe Dresdens zu bombardieren. Die Russen, zu deren Operationsgebiet Dresden gehörte, zeigten sich gleichgültig.

Mittlerweile hatte Luftwaffenchef Harris seine Angriffspläne fertiggestellt. Die Attacke sollte in drei Wellen ablaufen. Die Rettungsarbeiten nach dem ersten Angriff würden durch den zweiten unmöglich gemacht werden. Überdies würde die Zerstörung der Telephon- und Telegraphenleitungen Dresdens durch den ersten Angriff jeden Versuch, die Stadt vor dem zweiten Angriff zu warnen, vereiteln. Ein dritter Angriff durch die Amerikaner sollte schließlich

das Chaos vervollständigen.

Um 17.30 Uhr am 13. Februar starteten die ersten Einheiten der Zielbomber, deren Aufgabe es war, die zu bombardierende Fläche durch Zielwürfe abzustecken. Eine halbe Stunde später erhob sich die erste Welle - 244 Bomber vom Typ Lancaster - in die Luft.

Sie erreichte Dresden am 13. Februar, abends um 10 Uhr 10 Minuten und 30 Sekunden. Sie überflog eine nicht gewarnte Stadt. Denn der deutsche Luftwarndienst war überzeugt, daß Dresden als Angriffsziel wertlos sei. Nur die Bevölkerung von Leipzig war gewarnt worden, als die Flugzeuge immer tiefer nach Deutschland einflogen.

Von einer deutschen Luftwaffe konnte zu diesem Zeitpunkt des Krieges schon keine Rede mehr sein. Ein bei Dresden stationierter Nachtjagdverband erhielt den Startbefehl viel zu spät. Während sich die deutschen Jäger vom Typ Me 110 in die Höhe der englischen Maschinen kurbelten, fielen bereits die ersten Bomben.

Alles verlief "mit grauenvoller Präzision" (Irving). Der Zielbomber zum Kontrollflugzeug: "Die Bomben scheinen jetzt richtig zu fallen." Das Kontrollflugzeug zum Zielbomber: "Ja. Es sieht recht gut aus." Elf Minuten später, um 10.21 Uhr, funkten die Bomber ihren Heimatstationen: "Ziel erfolgreich angegriffen."

Die zweite Welle - 529 Lancaster erreichte Dresden um 1 Uhr 23 Minuten am 14. Februar. Für den Anflug benötigten die Maschinen keine Ortungsgeräte: Flammen wiesen ihnen bereits aus 70 Kilometer Entfernung den Weg.

Entsetzt beobachtete der Chefbomber den Feuersturm in der Stadt, den ein frischer Südwestwind noch begünstigte. Die Flammen behinderten freilich auch die Sicht auf das Zielgebiet. So steckte die zweite Gruppe ein zweites Zielgebiet ab. "Es war das erste Mal", erinnert sich ein britischer Flieger, "daß mir die Deutschen leid taten." Und ein jüdischer Pilot fügte hinzu: "Ich fühlte zum erstenmal Mitleid mit der Bevölkerung."

Sogar das britische Luftfahrtministerium war von dem Ausmaß der Zerstörung überrascht. Es erklärte in einem Kommuniqué, die Flammen seien nach dem zweiten Angriff über 300 Kilometer weit sichtbar gewesen. Die Engländer hatten über der Stadt 650.000 Brandbomben abgeworfen.

Am Morgen des 14. Februar folgte ein dritter Angriff, ausgeführt von der amerikanischen Luftwaffe. Mustang-Jäger schossen auf Flüchtlinge, die sich aus der brennenden Stadt zu retten suchten, auf Kraftwagen und sogar auf die ausgebrochenen Tiere des Dresdner Zirkus Sarasani.

Freilich: Die Briten und Amerikaner wurden ihres Erfolges nicht froh. Was Zeitungen aus neutralen Ländern über die Wirkung der drei Angriffswellen berichteten, wurde in der englischen Presse nachgedruckt. Der Bischof von Chichester, Bell, und der Labour-Abgeordnete Stokes protestierten öffentlich.

Luftwaffenminister Sir Archibald Sinclair ging zum Gegenangriff über. Er ließ im Unterhaus auf eine Frage des Abgeordneten Stokes antworten: "Es ehrt das Ehrenwerte Mitglied dieses Hauses nicht, wenn es hierher kommt und uns einreden will, eine Menge Luftmarschälle und Piloten säßen irgendwo und überlegten, wie sie möglichst viele deutsche Frauen und Kinder töten können."

Abermals wurde Dresden von den Westalliierten zum wichtigsten Verkehrsknotenpunkt, Industriezentrum und sogar zum Standort des deutschen Hauptquartiers befördert. Und ebenso rasch wurde die - falsche - Meldung verbreitet, der Angriff auf Dresden sei auf Bitten der Sowjets geflogen worden. Dabei hatte der Dresdner Bahnhof so wenig Schaden erlitten, daß drei Tage später der normale Verkehr wieder aufgenommen werden konnte.

Die deutsche Führung nutzte den Angriff in ihrer Weise. In deutschen Rundfunksendungen für Großbritannien zählte der amerikanisch-irische Kollaborateur William Joyce ("Lord Haw-Haw") die Kunstschätze auf, die in Dresden zerstört wurden.

Dagegen die englische BBC: "In Dresden gibt's kein Porzellan mehr." ...<<

Der nordamerikanische Präsident John F. Kennedy besuchte am 26. Juni 1963 während seiner Deutschlandreise auch West-Berlin. Vor mehr als 300.000 Menschen bekräftigte Kennedy die US-Sicherheitsgarantien für Berlin ("Auch Ich bin ein Berliner! ...").

US-Präsident John F. Kennedy erklärte während seines 7stündigen Besuches in West-Berlin (x092/1.013): >>... Die Wahrheit verlangt von uns, daß wir den Tatsachen ins Auge schauen, daß wir uns von Selbsttäuschung freimachen, und daß wir uns weigern, nur in Schlagwörtern zu denken.

Wenn wir für die Zukunft dieser Stadt arbeiten wollen, dann lassen sie uns mit den Gegebenheiten fertig werden, wie sie tatsächlich sind, ... nicht wie sie nach unseren Wünschen sein sollten. ...

Der stolzeste Satz den man heute in der freien Welt sagen kann, heißt: Ich bin ein Berliner. ... Deshalb bin ich als freier Mensch stolz darauf, sagen zu dürfen:

Auch ich bin ein Berliner!<<

Die BdV-Bundesversammlung kritisierte am 8. Juli 1963 die Voreingenommenheit sowie einseitige Berichterstattung in den westdeutschen Rundfunk- und Fernsehsendungen (x155/99-100): >>Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen wendet sich mit allem Ernst gegen Tendenzen in einem Teil der öffentlichen meinungsbildenden Organe, den deutschen Rechtsstandpunkt in der Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit, der Vertretung des Rechts auf die Heimat und des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen abzuwerten. Solche Tendenzen verstoßen gegen das Grundgesetz, das jedem Bürger die Verpflichtung auferlegt, die deutsche Einheit in Freiheit zu vollenden. Sie untergraben den Willen des deutschen Volkes zur Selbstbehauptung. Sie widersprechen der von allen staatstragenden Kräften der Bundesrepublik klar und einheitlich vertretenen Politik.

Die Bundesverwaltung warnt die deutsche Öffentlichkeit, gedankenlos einem Verhalten zuzusehen, das eine den deutschen Lebensinteressen entgegengesetzte Politik propagiert und auf eine Nebenregierung hinausläuft.

Die Bundesverwaltung bekennt sich zum Recht auf Meinungsfreiheit. Meinungsfreiheit heißt aber nicht Meinungsmonopol. Der Anspruch auf ungeschmälerte und unverfälschte Gegenäußerung muß auch gegen Rundfunk- und Fernsehanstalten gelten.

Die Bundesverwaltung legt den verantwortlichen Landesregierungen nahe, Staatsverträge und die Satzungen dieser Anstalten daraufhin zu überprüfen, ob die Respektierung des Grundgesetzes durch sie gewährleistet wird.<<

Egon Bahr (SPD-Politiker) sprach am 15. Juli 1963 während seiner "Tutzinger Rede" erstmals von einer "neuen Ostpolitik" (Wandel durch Annäherung).

Ein Regierungssprecher der Volksrepublik China erklärte am 1. September 1963 (x299/180): >>... Die Atombombe ist ein Papiertiger. ... Genosse Mao Tse-tung hat (1946) mit dieser marxistisch-leninistischen These rechtzeitig das atomare Erpressungskomplot der USA-Imperialisten aufgezeigt und das chinesische und die anderen revolutionären Völker dagegen bewaffnet.

In den siebzehn Jahren seitdem haben die Völker mit ihren Revolutionskriegen gegen die Angriffe und Versklavungsversuche der Imperialisten und ihrer Lakaien einen Sieg nach dem anderen davongetragen. ...

Die USA-Imperialisten können durch Einsatz von Kernwaffen den revolutionären Kampf der Völker nicht verhindern, weil sie sich sonst politisch völlig isolieren; militärisch wird der Einsatz von Kernwaffen durch deren ungeheure Zerstörungskraft beschränkt, so daß in Bürger- und nationalen Unabhängigkeitskriegen, die durch den verworrenen Verlauf der Fronten und Nahkämpfe gekennzeichnet sind, der Einsatz von massenmörderischen Kernwaffen beiden kriegführenden Seiten Verluste zufügen würde.

Kennedy gestand in seiner Rede vom 16.12.1959 ein, daß die USA ihre Kernwaffen "nicht in einem Krieg an der Peripherie von der Art eines 'Buschfeuers' einsetzen könne. Sie wurden weder in Korea noch in Indochina, Ungarn, im Suez-Krieg, im Libanon, auf Quemoy (zu Taiwan gehörende Insel), in Tibet oder Laos angewandt.

Kurz gesagt, man kann die Kommunisten damit nicht hindern, den Rand des Territoriums und die Macht der Freien Welt anzunagen, bis die Sicherheit unseres Landes stetig und Stück um Stück abgebröckelt ist."

Es ist daher klar, daß die revolutionären Völker in ihren Revolutionen siegen können, wenn sie sich bloß nicht von der nuklearen Erpressung der Imperialisten schrecken lassen und in ihrem gerechten Kampf ausharren.<<

Die Zeitung "Kieler Nachrichten" berichtete am 26. September 1963 über die Folgen von bisherigen Kernwaffenversuchen (x299/176): >>... In den Knochen gewisser in Schweden und Kanada lebender Rentiere ist das Drei- bis Vierfache der für den Menschen tödlichen Dosis von Strontium 90 und Caesium festgestellt worden. ...

Studien über die Auswirkungen von Atombombenexplosionen auf die Tierwelt haben ergeben, daß die Flechten, von denen sich Rentiere ernähren, besonders mit radioaktivem Material angereichert werden. Menschen, die das Fleisch von Rentieren verspeisen, könnten auf diese Weise ebenfalls eine tödliche Dosis aufnehmen.<<

Die Wochenzeitung "Christ und Welt" berichtete am 4. Oktober 1963 über die chinesische Propaganda zur Entwicklungshilfe in Afrika (x191/204): >>... Wir können euch, den Afrikanern, nicht soviel Geld geben wie die weißen Teufel, die sich an euch und an uns bereichert haben und nun euch kaufen und auf diesem Wege neu kolonisieren wollen.

Was wir euch geben können, ist unsere brüderliche Solidarität und das Beispiel eines Volkes, das sich aus eigener Kraft entwickelt und zur modernen Großmacht aufsteigt.<<

Bundeskanzler Adenauer (CDU) erklärte am 11. Oktober 1963 vorzeitig seinen Rücktritt.

Ludwig Erhard (CDU) wurde am 16. Oktober 1963 zum neuen Bundeskanzler gewählt.

US-Präsident John Fitzgerald Kennedy (1917-1963) starb am 22. November 1963 nach einem Attentat in Dallas/Texas. Der Tod des sehr beliebten US-Präsidenten erschütterte damals die Welt. In West-Berlin und in vielen anderen Metropolen fanden weltweit spontane Trauerkundgebungen statt.

Nachfolger des ermordeten US-Präsidenten Kennedy wurde Vizepräsident Lyndon B. Johnson (1908-1973). Lyndon B. Johnson wurde wenige Stunden später als 36. Präsident der USA vereidigt. Johnson erklärte, Kennedys Politik fortzusetzen.

Der vermutliche Attentäter Lee Oswald (1939-1963) wurde 2 Tage später trotz Polizeibewachung durch den Nachbarbesitzer Jack Ruby (1911-1967) erschossen.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Ermordung Kennedys (x068/328-330): >>... Noch heute möchten viele, dass der Mörder Kennedys auf eigene Faust gehandelt habe, dass er nichts anderes gewesen sei, so erst noch unlängst eine große deutsche Wochenzeitung, als "ein ganz gewöhnlicher Spinner". Aber es spricht vieles dafür, und die meisten Menschen sind inzwischen davon überzeugt, daß Oswald Agent in fremdem Auftrag, daß der Mord nicht die Tat eines einzelnen war, so wenig wie Oswalds Ermordung nur die von Jack Ruby, sondern daß dahinter jeweils mehrere standen, daß alles auf ein Komplott zurückgeht.

Das FBI hat aber gerade diesen dringenden Verdacht kein einziges Mal geäußert. Im Gegenteil, es hat ihn immer wieder zu entkräften versucht. Ja, Widersprüche und Fehlangaben durch FBI und Polizei sind so auffallend, daß die Vermutung naheliegt, sie verheimlichen etwas.

Schon vor Jahrzehnten wurde von L. L. Matthias ebenso eindringlich wie einleuchtend gezeigt, daß dieses Attentat unmöglich ein Einzelgänger begangen haben könne, ein Sonderling. "Es muß ein politisches Komplott gewesen sein, zu dem sehr machtvolle Persönlichkeiten

gehört haben; es wäre sonst in dem aufweisbaren Umfang, mit der Polizei von Dallas und dem FBI im Vorspann, nicht möglich gewesen. ...

Historiker werden vielleicht zu einer späteren Zeit die Möglichkeit haben, festzustellen, daß das Verhängnis am 10. Oktober zu rollen begonnen hatte. Es war der Tag des Showdown, der Kraftprobe von Marienborn. Kennedy siegte am 10. Oktober. Dreiundvierzig Tage später, am 22. November, siegten seine Feinde."

Ist es aber Zufall, dass man am seltensten unter den Feinden des Präsidenten gerade jenen Kreis nannte, der weitaus der mächtigste war: das Big Business?

Natürlich ist Kennedy kein Gegner des Großkapitals gewesen. Er hatte schon im Wahlkampf 1960 die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums als "das vordringliche innenpolitische Problem" erklärt, ja betont, die Wirtschaft müsse jährlich um 5 % wachsen; wußte er doch, nur zu gut, daß er mit ihr "im selben Boot" saß. Freilich, die mächtige Stahlindustrie hatte er in die Knie gezwungen, den Kampf um den Stahlpreis gewonnen. Und war auch Barry Goldwaters Behauptung, Kennedy versuche "zu sozialisieren", lächerlich, sein Interesse an Mindestlohn, Arbeitslosenunterstützung, Sozialversicherung war bekannt.

Er sprach auch von der Armut Amerikas, und zwar als erster Präsident der USA, von der Größe dieser Armut. Ebenso verabscheute man seine gelegentliche Arroganz gegenüber der Geschäftswelt, für seinen Vater lauter "Schufte", für ihn selbst "tatsächlich eine üble Bande". Nun, ein Multidollarmillionär konnte da vielleicht etwas naßforscher auftreten. Ein wenig erinnert er, nicht nur in diesem Zusammenhang an F. D. Roosevelt, dessen Innenpolitik er bewundert hat. Aber war Kennedy nicht etwas zu kritisch? Zu hochmütig auch?

Seine Gegner rächten sich durch einen inszenierten Preissturz an der Börse: der größte Kursfall an einem Tag seit dem Börsenkrach von 1929. Nach der Attacke gegen U.S. Steel wollte man so der Nation eine bevorstehende Wirtschaftskrise, den "Vertrauensschwund" signalisieren.

Kennedy, kein Zweifel, war am meisten in den Kreisen der Industrie und Großfinanz verhaßt, überall, wo man Abrüstung fürchtete. Man nannte ihn "geschäftsunfreundlich", gar einen "Sozialisten". Und man haßte ihn aus ähnlichen Gründen, wie man Franklin Roosevelt gehaßt hatte. Beide kannten neben der Privatwirtschaft wenigstens am Rande noch sogenannte Staatsinteressen. Beide waren reich und intelligent, während ihre Gegner häufig nur reich gewesen sind. Besonders in den Südstaaten verübelte man Kennedy seine Einstellung zum Rassenproblem. Manche hängten dort Riesenpuppen mit seinem Gesicht und einem Strick um den Hals aus dem Fenster.

Wenige Stunden vor dem Dallas-Attentat brachten die "Dallas Morning News" eine ganzseitige schwarzumrandete Anzeige, die unter der Schlagzeile "Willkommen Mr. Kennedy in Dallas" eine Reihe unverschämter Fragen an ihn stellte. Nach der Ermordung veröffentlichte "Life", die meistgelesene Zeitschrift der Welt, einen Nachruf auf Kennedy von 50 Zeilen, darin überdies nur den Eindruck seiner Gebrechlichkeit erweckend; nichts Positives. Und auf dem Titelblatt prangte nicht etwa der tote Präsident, sondern der Nachfolger Lyndon B. Johnson. "Time" verhielt sich nicht viel anders.

Jedenfalls war man, wenn schon keine Last, so doch ein Risiko los, wenn schon keinen Dolch im Herzen, so doch einen Dorn im Fleisch.

Die amerikanischen Präsidenten leben, wie fast alle Politiker der Welt, einschließlich der Päpste, von ihrem Amt. Nicht mehr im Amt, erinnert man sich eher früher als später kaum noch an sie. Nur die wenigsten gehen - und bleiben; was übrigens auch noch nichts heißt, außer Schlimmes oft, Schlimmstes. Doch wie auch immer: wer kennt heute noch einen Madison, van Buren, Harrison, wer kennt Tyler und Taylor, Polk und Fillmore, Pierce, Buchanan, Hayes, Garfield, wer Cleveland, Arthur, wer Taft oder Harding?

Wer erinnert sich noch deutlich selbst an Ford und Carter, Präsidenten der letzten zwanzig

Jahre? "Mehr als anständiges Vergessen werden mit einer hübschen Pension ist nicht zu erhoffen" (E. Fawcett/T. Thomas).

Vor diesem Schicksal haben die Schüsse von Dallas John F. Kennedy bewahrt.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im September 2016) im COMPACT-Spezial Nr. 11 über die Ermordung des US-Präsidenten John F. Kennedy (x342/40-43): >>**Mister X packt aus**

_ von Jürgen Elsässer

... Operation Northwoods

Unter Präsident John F. Kennedy (ab 1960) begann der Stern von Allen Dulles zu sinken. Eine seiner letzten verdeckten Operationen war die Invasion in der Schweinebucht, mit der im April 1961 die Castro-Regierung auf Kuba gestürzt werden sollte. Dazu wurden exilkubanische Kampfgruppen auf geheimen CIA-Stützpunkten in Florida ausgebildet. Doch nach deren Landung in der alten Heimat konnte sich ihr Brückenkopf nur kurz halten, die Flucht war schmachvoll. Kennedy machte Dulles für das Debakel verantwortlich und löste ihn als CIA-Chef ab.

Die Krisen um Kuba aber setzten sich fort, und Dulles dürfte über seine Militär- und Geheimdienstverbindungen - dazu gleich mehr - weiter in die Kriegsvorbereitungen der USA involviert gewesen sein. Vom Pentagon wurde jedenfalls 1961/62 ein Plan für verdeckte Subversionsaktivitäten gegen die Zuckerinsel ausgearbeitet, die die Handschrift der Black-Ops-Politik von Dulles trugen - und die sich wie ein Vorspiel zu den Terroranschlägen des 11. September lesen: Operation Northwoods.

Als CIA-Direktor gab Dulles Mordanschläge in Auftrag.

Operation Northwoods war auf Anforderung von General Edward Lansdale entworfen worden, dem Gründer der US Special Warfare School in Fort Bragg und Strategen des Eingreifens gegen Kuba und Vietnam. Der Plan wurde vom gesamten Oberkommando der Streitkräfte einschließlich dessen Vorsitzenden, General Lyman Lemnitzer, unterstützt und Verteidigungsminister Robert McNamara mit Datum vom 13. März 1962 zugestellt. Lemnitzer war im Zweiten Weltkrieg Mitarbeiter von Allen Dulles gewesen. Damit saßen mit ihm und Lansdale zwei Dulles-Zöglinge an den Schalthebeln der Umsetzung von Operation Northwoods.

Der Northwoods-Plot liest sich wie eine Blaupause von 9/11.

Im Northwoods-Handbuch wurden Terroraktivitäten vorgeschlagen, die von US-Agenten ausgeführt, aber den Kubanern in die Schuhe geschoben werden sollten, um einen Kriegsvorwand zu schaffen. "Geheimen und lange unter Verschluss gehaltenen Dokumenten zufolge ... machte und verabschiedete der Vereinigte Generalstab Pläne, die vielleicht die schlimmsten waren, die je von einer US-amerikanischen Regierungsinstanz produziert worden sind.

Im Namen des Antikommunismus schlugen die Militärs einen geheimen und blutigen Terrorkrieg gegen ihr eigenes Land vor, um die amerikanische Öffentlichkeit für den irrwitzigen Krieg zu gewinnen, den sie gegen Kuba führen wollten", resümiert James Bamford in seinem Standardwerk zum US-Überwachungsdienst NSA.

Das alles klingt so unglaublich, daß an dieser Stelle darauf verwiesen werden muß, daß alles durch Originaldokumente der US-Armee belegt ist, die 1997/98 im Zuge des Freedom of Information Act freigegeben wurden. In den Northwoods-Planungen wurde angeregt, daß man "ein paar Plastikbomben in sorgfältig ausgewählten Orten explodieren lassen könnte", daraufhin solle "die Verhaftung kubanischer Agenten" erfolgen und "vorbereitete Dokumente freigegeben werden, die die kubanische Urhebererschaft untermauern". Begleitend könnte man "versuchte Entführungen von zivilen Luftverkehrsmaschinen ... als Nadelstiche der kubanischen Regierung erscheinen lassen".

Ein weiterer Northwoods-Plot liest sich wie eine Blaupause dessen, was am 11. September 2001 passiert sein könnte. Er sieht den heimlichen Austausch einer zivilen Passagiermaschine

durch eine optisch zum Verwechseln ähnliche Drohne vor, deren Abschluß über Kuba dann simuliert wird. Wörtlich heißt es:

"Die Startzeiten des Drohnen-Flugzeuges und des echten Flugzeuges würden so bestimmt, daß ein Luft-Rendezvous südlich von Florida möglich ist. Wenn sich die Flugbahnen kreuzen, wird das Passagierflugzeug seine Flughöhe auf Mindesthöhe absenken und direkt auf einem Hilfsflugfeld der Luftwaffenbasis Eglin landen, wo Vorkehrungen getroffen wurden, um die Passagiere zu evakuieren und das Flugzeug in seinen ursprünglichen Zustand zu versetzen. Währenddessen wird das Drohnen-Flugzeug der vorgesehenen Flugroute folgen.

Sobald sich die Drohne über Kuba befindet, wird sie auf den internationalen Notfallfrequenzen einen "Mayday-Hilferuf" absetzen und darüber informieren, daß sie von einem kubanischen MiG-Flugzeug angegriffen wird. Die Übertragung bricht bei der Sprengung des Flugzeuges ab, die durch ein Funksignal ausgelöst wird."

Operation Northwoods wurde allerdings, im Unterschied zu den Attentatsplänen gegen Fidel Castro unter dem Codenamen Operation Mongoose, von Kennedy nicht genehmigt. Das war der erste wichtige Punkt, an dem sich JFK bei den Dulles-Seilschaften in Militär- und Geheimdienst unbeliebt machte.

Der Mord von Dallas

Der zweite Großkonflikt folgte ein Jahr später, 1962. Nachdem sowjetische Mittelstreckenraketen auf Kuba entdeckt worden waren, verhängten die USA eine Seeblockade. Im geheimen Krisenstab trommelte das Oberkommando der Streitkräfte unter Lemnitzer zum Angriff auf die Castro-Republik. 13 Tage lang stand die Welt am atomaren Abgrund. Doch Kennedy übergab den Krisenstab und baute eine direkte Kommunikationsverbindung zum sowjetischen Staatschef Nikita Chruschtschow auf. Die beiden fanden einen Kompromiß, der nukleare Schlagabtausch wurde in letzter Sekunde verhindert. Die Militärs grollten.

Nach Kennedys Erfolg in der Kubakrise wurde Lemnitzer abgelöst. Der Kalte Krieg hatte seinen Höhepunkt überschritten, als der Präsident auch Ansätze zu einem Disengagement in Vietnam erkennen ließ. Als er im Sommer 1963 gar noch Gesetze vorbereitete, die die Macht der privaten Banken über die Geldpolitik der USA gebrochen hätten, war sein Todesurteil gesprochen. Die Schüsse von Dallas waren der Auftakt zur massiven Ausweitung der US-Militärintervention in Vietnam.

Über das Kennedy-Attentat liegt eine Legion von Untersuchungen vor, die an dieser Stelle nicht referiert werden können. Die Hinweise, daß Geheimdienstkreise in die Bluttat verwickelt waren, sind jedenfalls erdrückend. Allen Dulles wurde nach dem Attentat in die staatliche Warren-Kommission berufen, die das Verbrechen aufklären sollte. In dieser Funktion favorisierte er von Anfang an die Alleintäterthese und blockierte jede Ermittlung über einen CIA-Hintergrund des Todesschützen Lee Harvey Oswald und über einen möglichen zweiten Mörder.

Dulles-Vertraute bauten die NATO-Geheimarmee Gladio auf.

Der abgelöste General Lemnitzer setzte sich keineswegs zur Ruhe. Er wurde NATO-Oberkommandierender in Europa und traf in Italien auf Dulles' alten Kontakt Licio Gelli. Ihr gemeinsames Ziel war die Verhinderung einer Regierungsbeteiligung der immer stärker werdenden Kommunistischen Partei. Gelli war Lemnitzer beim Aufbau der geheimen NATO-Untergrundarmee Gladio behilflich, die in Italien in den folgenden Jahrzehnten in Putschversuche und Terroranschläge verwickelt war.

Tricky Dicks Seilschaften

Mit der Beseitigung von JFK 1963 ruhten die Hoffnungen der Vietnamkriegs-Gegner auf dessen Bruder Bobby, der 1968 für die Präsidentschaft kandidierte - doch auch er wurde durch ein Attentat ausgeschaltet. Damit war der Weg ins Weiße Haus frei für Richard Nixon, den Kandidaten der Republikaner. Nixon, von Gegnern als "Tricky Dick" geschmäht, kam aus den

geheimdienstlichen Schattenstrukturen der fünfziger Jahre. Er wurde 1953 Vizepräsident unter Eisenhower, nachdem er bereits zuvor von Allen Dulles für seinen antikommunistischen Freiheits-Kreuzzug (Crusade for Freedom) rekrutiert worden war, mit dem jener seit 1950 seine weltweiten Geheimdienstoperationen flankierte.

Durch seinen autoritären Politikstil - bekannt wurde vor allem die Watergate Affäre, die Bespitzelung oppositioneller Politiker - gelang es Nixon, eine neue Generation skrupelloser Machtpolitiker anzuziehen, zu formen und in Stellung zu bringen - die Gründerväter der Neokonservativen.

An erster Stelle wären Dick Cheney und Donald Rumsfeld zu nennen, die später unter George W. Bush das Amt des Vizepräsidenten beziehungsweise Verteidigungsministers bekleiden sollten. Rumsfeld wurde nach dem Wahlsieg Nixons gleich an die Spitze des Office of Economic Opportunity - eine Art Förderprogramm für sozial Schwache - berufen und kam 1971 als Berater ins Weiße Haus. In beiden Positionen zog er Cheney nach. John Dean, ebenfalls damals Berater von Tricky Dick, meinte nach dem 11. September 2001, daß Rumsfeld viel vom "nixonianischen" Denken mitgenommen hatte, insbesondere was dessen Verständnis von einer selbstherrlichen Exekutive anging.<<

In Frankfurt begann am 20. Dezember 1963 ein Prozeß gegen 21 ehemalige Wachleute des KZ Auschwitz.

Die Zeitung "Gießener Freie Presse" berichtete am 21./22. Dezember 1963 über einen Prozeß wegen der Ermordung einer vierköpfigen jüdischen Familie im November 1939 (x299/124): >>... Am Freitag sind nach siebentägiger Verhandlung vor dem Stuttgarter Schwurgericht die Urteile gesprochen worden.

Der 58 Jahre alte ... wurde wegen gemeinschaftlichen Mordes an der vierköpfigen jüdischen Familie Haase im November 1939 im besetzten Polen zu einer Zuchthausstrafe von 15 Jahren verurteilt. Der 45jährige ... erhielt wegen des gleichen Verbrechens zehn Jahre Zuchthaus.<<

Die drei SPD-Politiker Erich Ollenhauer, Willy Brandt und Herbert Wehner erklärten in einem Telegramm zum Schlesiertreffen 1963 in Köln (x358/10): >>Breslau - Oppeln - Gleiwitz - Hirschberg - Glogau - Grünberg: Das sind nicht nur Namen, das sind lebendige Erinnerungen, die in den Seelen von Generationen verwurzelt sind und unaufhörlich an unser Gewissen klopfen. Verzicht ist Verrat, wer wollte das bestreiten: Hundert Jahre SPD heißt vor allem 100 Jahre Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Das Recht auf Heimat kann man nicht für ein Linsengericht verhökern - niemals darf hinter dem Rücken der aus ihrer Heimat vertriebenen oder geflüchteten Landsleute Schindluder getrieben werden."<<

Der jugoslawischen Politiker und Schriftsteller Milovan Djilas (1911-1995) schrieb im Jahre 1963 über die Schwächen der kommunistischen Planwirtschaft (x149/135): >>Die kommunistische Planwirtschaft birgt eine Anarchie besonderer Art in sich. Obwohl sie geplant ist, ist die kommunistische Wirtschaft wahrscheinlich die verschwenderischste Wirtschaft in der Geschichte der Menschheit. ...

Das Fehlen jeder Art Kritik, ja selbst jeder Art ernstgemeinter Vorschläge führt unweigerlich zur Vergeudung und Stagnation. Gerade wegen dieser politischen und wirtschaftlichen Allmacht können Unternehmungen, bei denen Vermögen verschleudert werden, selbst bei den besten Absichten nicht vermieden werden.

Man kümmert sich aber wenig darum, wieviel solche Unternehmungen die Gesamtwirtschaft kosten. Wieviel kostet das Volk eine vernachlässigte Landwirtschaft?

Wieviel kostet das tote Kapital, das in unergiebigem Industrien angelegt wird? ...

Wieviel kosten unterbezahlte Arbeiter, die systematisch faulenzten?

Wieviel kostet schlechte Qualität in der Produktion?

Diese Kosten können nicht berechnet, sie können nicht einmal geschätzt werden. ...<<

Die Parteiführung der Volksrepublik China schrieb im Jahre 1963 an das sowjetische ZK der

KPdSU (x149/119): >>... Man darf die friedliche Koexistenz nicht als Hauptinhalt des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus bezeichnen, und noch viel weniger darf man sagen, daß die friedliche Koexistenz der Weg der ganzen Menschheit zum Sozialismus sei. Denn es ist eine Sache, die friedliche Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu verwirklichen.

Es ist völlig unzulässig und auch völlig unmöglich, daß die friedliche Koexistenz auch nur ein Härchen der Gesellschaftsordnung der koexistierenden Staaten krümmen kann.

Der Klassenkampf, der nationale Befreiungskampf und der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus sind eine andere Sache. Diese Kämpfe stellen alle scharfe revolutionäre Kämpfe auf Leben und Tod zur Änderung der Gesellschaftsordnung dar.

Die friedliche Koexistenz kann keinesfalls den revolutionären Kampf der Völker ersetzen.<<

1964

US-Verteidigungsminister McNamara schrieb am 16. März 1964 im "Süd-Vietnam-Bericht" für Präsident Johnson (x299/180-181): >>... Wir streben ein unabhängiges, nicht-kommunistisches Süd-Vietnam an. Wir verlangen nicht, daß es dem Westen als Stützpunkt diene oder ein Mitglied des westlichen Bündnisses werde. Es muß Vietnam jedoch freistehen, zur Aufrechterhaltung seiner Sicherheit erforderlichenfalls Hilfe von außen anzunehmen. Diese Hilfe sollte möglichst nicht nur in Form von wirtschaftlichen und sozialen Pressionen gegeben werden, sondern auch polizeiliche und militärische Hilfe zur Ausrottung und Bekämpfung aufständischer Elemente umfassen.

Wenn wir dieses Ziel in Süd-Vietnam nicht erreichen, wird voraussichtlich ganz Südostasien unter kommunistische Herrschaft geraten (Vietnam, Laos und Kambodscha), sich mit den Kommunisten arrangieren, um einen wirksamen US- und antikommunistischen Einfluß zu beseitigen (Burma). ... Thailand hielte sich mit unserer Hilfe vielleicht noch einige Zeit, würde aber unter schwerem Druck stehen. Selbst die Philippinen würden ins Wanken geraten und die Bedrohung Indiens im Westen, Australiens und Neuseelands im Süden und Taiwans, Koreas und Japans im Norden würde erheblich wachsen. ...

(Dies zeigt) die Bedeutung, die ein kommunistisches Süd-Vietnam nicht nur für Asien, sondern auch für die übrige Welt hat, wo der Süd-Vietnamkonflikt als Testfall für die Fähigkeit der Vereinigten Staaten gilt, einer Nation in ihrer Abwehr eines "Befreiungskrieges" Hilfe zu leisten.<<

Der Kongreß der ostdeutschen Landesvertretungen beschloß am 22. März 1964 Grundlagen einer europäischen Friedensordnung (x155/105-106): >>... 2. Die Gefahren der Welt gebieten das Streben nach einem dauerhaften Frieden. ...

3. Frieden und Recht sind untrennbar; sie gemeinsam erst sichern gute Nachbarschaft zwischen Staaten, Völkern und Menschen.

4. Das Ziel eines einigen, auf Freiheit begründeten Europas ist nur auf einer rechtmäßigen, das Selbstbestimmungsrecht und das Recht auf die Heimat gewährleisteten Ordnung unter den Staaten und Völkern, nicht aber Duldung oder gar Billigung rechtswidriger Gewalt zu erreichen.

5. Auch Freundschaft und Vertrauen zwischen den Staaten erwachsen nur aus gegenseitiger Anerkennung des Rechts, niemals aus Okkupation und Aufrechterhaltung von Massenvertreibungen. ...

7. Deutschland ist in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 von den Unterzeichnermächten der Berliner Deklaration vom 5. Juni 1945 - einschließlich der Sowjetunion - anerkannt. Annexionswille und Mißachtung der Selbstbestimmung halten es rechtswidrig geteilt. ...

10. Deutschlands Außenpolitik muß für Recht und Gerechtigkeit als politisches Prinzip eintreten, gerade weil sie unter der Last der entsetzlichen Verbrechen einer totalitären Zwischenherrschaft steht. Die anderen Völker sollten nicht vergessen, daß in einer chaotischen Zeit der

Gewalt auch an Millionen Deutschen Verbrechen begangen wurden.

11. Es gibt jedoch keine Kollektivschuld, auch keine deutsche. Rechtmäßig darf keine Sühne von einer Gesamtheit und für Deutschland etwa stellvertretend von den Ostdeutschen gefordert werden.

12. Die Folgen von Verbrechen sind im Rahmen des Menschenmöglichen zu beseitigen. Eine Hinnahme des fortbestehenden Unrechts an deutschen Staatsbürgern widerspricht diesem Grundsatz. ...

13. Die Wahrung der Menschenwürde ist Inhalt und Ziel irdischen Rechts. Die Wiederherstellung verletzten Rechts muß daher selbst Unmenschlichkeiten ausschließen. Dies gilt in den von der Sowjetunion und Polen verwalteten deutschen Gebieten auch gegenüber den Menschen, die von fremden Mächten dort angesiedelt worden sind. Dem einzelnen gebührt die Freiheit, im Lande zu bleiben oder in seinen Staat zurückzukehren.<<

Bundeskanzler Ludwig Erhard erklärte am 22. März 1964 während seiner Rede vor dem Kongreß der Ostdeutschen (x155/107): >>Wir erheben gewiß keine Forderungen auf fremdes Staatsgebiet. Aber wir verzichten nicht - und können angesichts der Verantwortung vor dem deutschen Volk, dem Recht und der Geschichte auch nicht verzichten - auf Gebiete, die die angestammte Heimat so vieler unserer deutschen Brüder und Schwestern sind. ...<<

Der spätere iranische Schiitenführer (Ayatollah) Ruhollah M. Khomeini (1902-1989) erklärte am 28. Mai 1964 (x073/331): >>... Die Welt soll es wissen, daß alle Probleme des iranischen Volkes und aller moslemischen Völker durch Fremde, durch die Amerikaner, verursacht worden sind.

Die islamischen Völker hassen all diese Fremden und Amerikaner ganz besonders. Das Elend der islamischen Völker beruht auf der Einmischung von Fremden in ihre Angelegenheiten. Es sind Fremde, die unsere wertvollen Bodenschätze ausgeplündert haben und immer noch ausplündern. ...

Es ist Amerika, das uns unsere Abgeordneten direkt oder indirekt aufzwingt. Es ist Amerika, das den Islam und den Koran als für seine Interessen schädlich betrachtet und zu beseitigen versucht. ... Es ist Amerika, das unser islamisches Volk wie Untermenschen und schlimmer behandelt.

Das islamische Volk ist verpflichtet, diese Ketten zu sprengen. ... Alle Schichten der Bevölkerung werden aufgefordert, ihre kleinen Querelen untereinander zu überwinden und sich auf dem heiligen Weg zur nationalen Souveränität und Beseitigung aller Unterdrückung zu mobilisieren. ...

Das Ziel aller geistlichen Führer und islamischen Gelehrten ist eins: Und das ist eine absolute Bejahung der heiligen Gesetze des Islams und Korans sowie uneingeschränktes Engagement für die Sache aller Moslems.<<

Der Erste Palästinensische Nationalrat beschloß am 1. Juni 1964 die Gründung der palästinensischen Befreiungsorganisation PLO (x175/577).

Die palästinensische Befreiungsorganisation PLO verkündete damals (x243/254): >>Die bewaffnete Befreiung Palästinas ist eine nationale Pflicht, um die zionistische und imperialistische Invasion vor der großen arabischen Heimat abzuwehren.

Die Teilung Palästinas aus dem Jahre 1947 und die Gründung Israels sind von Grund auf nichtig. Denn sie widersetzen sich dem Willen des palästinensisch-arabischen Volkes und seinem natürlichen Recht auf seine Heimat; sie widersprechen den Grundsätzen der Vereinten Nationen, vor allem dem Recht auf Selbstbestimmung. ...

Das arabisch-palästinensische Volk ... weist alle Lösungen, die einen Ersatz für die vollständige Befreiung Palästinas darstellen, zurück. ...<<

Das BdV-Präsidium kritisierte am 8. Juni 1964 die einseitige Berichterstattung der in- und ausländischen Medien (x155/107): >>... Mit großer Besorgnis erfüllt den Bund der Vertriebe-

nen, daß die öffentlichen Kommunikationsmittel es unterlassen, gegenüber den fast täglichen Angriffen und Falschinformationen aus dem Ostblock den nationalpolitischen Standpunkt des deutschen Volkes, der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages zu vertreten. ...<< Heinrich Lübke (1894-1972) wurde am 1. Juli 1964 nochmals zum Bundespräsidenten gewählt.

Die "Pekinger Volkszeitung" berichtete am 14. Juli 1964 über den "Pseudokommunismus Chruschtschows" (x299/158): >>Chruschtschow bezeichnet den Kampf der Arbeiterklasse für den Kommunismus nicht als einen Kampf für die endgültige Befreiung der Arbeiterklasse und der ganzen Menschheit, sondern als einen Kampf für einen "ordentlichen Teller Gulasch".

Im Kopf Chruschtschows ... (ist) sein Ideal bloß eine bürgerliche Spießergesellschaft. Das Urbild seines "Kommunismus" findet Chruschtschow in den USA. ... Es ist nur ein anderer Name für Kapitalismus.<<

Im Golf von Tongking wurden am 30. Juli 1964 angeblich 2 US-Zerstörer von nordvietnamesischen Kriegsschiffen angegriffen (x175/579).

Nach diesem nie völlig aufgeklärten "Tongking-Zwischenfall" begannen einige Tage später US-Luftangriffe gegen nordvietnamesische Marinestützpunkte. Der US-Kongreß genehmigte am 7. August 1964 die geforderte Truppenverstärkung in Vietnam und ermächtigte US-Präsident Johnson, Vergeltungsaktionen für die Angriffe auf Kriegsschiffe der USA durchzuführen - eigentlicher Beginn des Vietnamkrieges (x175/579).

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den Vietnamkrieg (x068/331-336): >>Vom Vietnamkrieg bis zum Krieg am Golf

Vietnam, das "Land des Südens", an der Ost- und Südküste Hinterindiens gelegen, ging aus dem Bestand von Französisch-Indochina während der japanischen Besetzung im Zweiten Weltkrieg hervor. Die erst nationalistische, dann kommunistische Bewegung der Viet Minh befreite durch ihre Revolution 1945 große Landesteile von den Besatzern und der mit diesen verbündeten französischen Administration.

Am 2. September konstituierte sich die Demokratische Republik Vietnam unter Präsident Ho Chi Minh, bereits gegen Mitte dieses Monats aber setzte der Gegenangriff der Franzosen ein, unterstützt von Großbritannien, Nationalchina und den USA, die ab 1950 die Kriegskosten Frankreichs bis zu 80 % finanzierten. Nach schweren Verlusten wird der immer blutigere Formen annehmende Indochinakrieg 1954 durch die Genfer Ostasienkonferenz beendet. Vietnam bricht - man erinnere sich an Korea - in zwei Teile auseinander, wobei Süd-Vietnam unter das Regiment von Ngo Dinh Diem gerät.

Diem hatte sich von 1950 bis 1953 als Laienbruder in einem katholischen Kloster der USA auf seine Helden- und schließlich Märtyrerrolle vorbereitet. Von kirchlichen und politischen Kreisen empfohlen, wird er 1954 Ministerpräsident, 1955 Staatspräsident Süd-Vietnams. Er schant jetzt, gut katholisch, sämtliche Schlüsselpositionen der eigenen Familie zu; sein Bruder Monsignore Pierre Ngo Dinh Thuc, der Erzbischof von Hue, flüchtet später nach Rom. Er selbst, dem Vize-Präsident Johnson "bewundernswerte Qualitäten" attestiert, "aber wenig Kontakt zur Bevölkerung" (da er sie schamlos ausbeutete), wird viele Jahre von den USA gestützt und hochgehalten.

Allmählich aber kompromittieren diese die terroristischen Exzesse, die Konzentrationslager, Kerker, Menschenjagden des einstigen Klosterbruders derart vor der ganzen Welt, daß Präsident Kennedy die Ermordung des südvietnamesischen Regierungschefs - sie erfolgt am 1. November 1963, drei Wochen vor seiner eigenen - zumindest absegnet, wenn nicht, wie oft behauptet, selbst befiehlt.

Schon Eisenhower hatte Diem die Unterstützung seiner Regierung versprochen "beim Aufbau" gegen alle "Subversion oder Aggression" der bösen Kommunisten. Und schickte ihm auch Jahr für Jahr durchschnittlich 300 Millionen Dollar zur Stärkung.

Noch mehr aber engagierte sich Nachfolger Kennedy, den das Vietnam-Problem zuletzt mehr als alles andere in Asien beschäftigt hat, ja, er heizte das Feuer dieses Krieges mehr als jeder andere an, und seine nächste Umgebung schürte es mit. Vizepräsident Johnson (in Vietnam, Formosa, Thailand im Frühjahr 1961) war voller Optimismus, empfahl die Stabilisierung der Lage, ein massives Engagement, lasse sich da doch überall "ein gesundes System" schaffen, um "der kommunistischen Flut zu widerstehen und sie zurückzudrängen". Und auch für Verteidigungsminister Robert McNamara, von Kennedy besonders geschätzt, deutete bei seiner Vietnam-Visite 1962 alles darauf hin, "daß wir diesen Krieg gewinnen."

So schickte bereits Kennedy ganze Scharen von "Militärberatern" - man spricht von 20.000 - nach Süd-Vietnam, darunter viele Veteranen aus dem Korea-Krieg, dazu "die Waffen des modernen Krieges, von der Schreibmaschine bis zum Hubschrauber" (Schlesinger).

Und natürlich kämpften diese Berater bereits mit der südvietnamesischen Armee.

... Politisch war das amerikanische Engagement in Vietnam die unmittelbare Folge des Dulles-Konzepts, wonach in der gespaltenen Welt die USA den jeweils "freien" Teil gegen den kommunistischen zu verteidigen hatten. Dahinter aber stand ihr Führungsanspruch oder, mit Kennedy, "der uns zu Recht gebührende Platz an der Spitze einer weltumfassenden Bewegung", stand das globale Ziel der US-Strategie, wenn schon zunächst nicht Handels-, so doch Handlungsräume zu gewinnen und sie gegen alle sozialistischen oder kommunistischen Gesellschaftsordnungen zu verteidigen und, wenn möglich, zu vergrößern.

Im Grunde ist der Vietnamkrieg nichts als ein Paradebeispiel neokolonialistischer Politik. Die US-Präsidenten beschwören dabei mit vielen großen, stets sofort die Welt umrundenden Worten ihren natürlich ganz uneigennütigen Kampf für Freiheit, Demokratie, Selbstbestimmung, für die Sicherheit des Westens, die Ehre der Nation, und nicht zuletzt für die Steigerung des Wohlstandes der armen Länder.

In Wirklichkeit brachten sie diesen Bomben, Granaten und Gift, einen unheimlich hinterhältigen, brutal-dreckigen Krieg. Und während dieser Krieg gerade unter dem neuen Präsidenten Johnson stets größere Ausmaße annimmt, lügt er im Wahlkampf gegen den republikanischen Senator Goldwater 1964 das Blaue vom Himmel herunter: "Gewisse Leute wollen den Konflikt ausweiten; sie fordern von uns, daß wir amerikanische Soldaten hinausschicken, damit sie die Arbeit der Asiaten tun ...

Gewisse Leute erklären, daß wir Nordvietnam bombardieren müßten ... Wir werden weder nach Norden noch nach Süden gehen ... Wir werden keine amerikanischen Soldaten Tausende von Kilometern weit fortschicken, damit sie die Arbeit der asiatischen Soldaten tun."

Alles erstunken und erlogen.

Johnson schickte bald Hunderttausende. Und er wußte dies genau. Hatte er doch bereits zu Beginn seiner Regierung eine Eskalierung geplant, ja, in diesem Sinn schon als Kennedys Vizepräsident gewirkt. Auch wurde bereits die Bombardierung Nordvietnams vorbereitet, schon am 1. Februar 1964 der Operationsplan 34 A erstellt, der heimliche Attacken vorsah: größer im Umfang und militärischer. Zur offensichtlichen Provokation des Gegners ging US-Zerstörer "Maddox" auf ein 34 A-Unternehmen. Und im August 1964 gelang im Golf von Tongking dann auch der intendierte Zwischenfall, der ein verstärktes Vorgehen in Vietnam begründen mußte.

Nach Berichten wurden die "Maddox" sowie ein weiterer Zerstörer, die "C. Turner Joy", am 2. August in internationalen Gewässern von nordvietnamesischen Schnellbooten angegriffen. Dabei verschwieg aber die Regierung dem Kongreß die Provokation. Am 4. melden die Schiffe Gefechte nach Washington, das mit Luftangriffen auf Marinebasen in Nordvietnam antwortet. Am 5. August ersucht Johnson den Kongreß dringend um die Verabschiedung einer gemeinsamen Resolution über die Ostasien-Lage.

Ohne jede genauere Prüfung, zu der man verpflichtet war, billigten bereits am Vormittag des

6. August der Senatsausschuß und der Ausschuß für die Streitkräfte mit nur einer Gegenstimme den Antrag des Präsidenten, die sogenannte Tongking Gulf Resolution, "alle notwendigen Schritte einschließlich des Einsatzes der bewaffneten Gewalt" gegen die "Aggression" zu unternehmen. Am 7. August stimmten der Senat mit 88 gegen 2 Stimmen und das Repräsentantenhaus mit 416 gegen null Stimmen zu.

Kein Politiker hatte sich auch nur halbwegs gründlich informiert, jeder der Befürworter, so gut wie alle, dem Präsidenten einen Blankoscheck ausgestellt, der den Bürgerkrieg in Vietnam allmählich immer mehr in einen großen internationalen Krieg verwandelt. Man vertraute der Zurückhaltung Johnsons um so mehr, als dieser ja gerade in einer Wahlkampagne dem amerikanischen Volk beteuert hatte, es wäre ein Fehler, verstrickten sich die USA in einen größeren Krieg. Konsequenterweise kritisierte er seinen Gegenkandidaten Barry M. Goldwater, der eben diesen Krieg vorschlug. Und er selbst führte ihn! (Und gewann am 3. November die Präsidentschaftswahlen mit 43,1 Millionen gegen Goldwater mit 27,1 Millionen Stimmen.)

Nun aber volle Kraft voraus.

Am 8. Februar 1965 befiehlt Johnson den ersten Luftangriff auf Nord-Vietnam, am 13. Februar die ständige, die systematische Bombardierung, wobei er erklärt: "Was Amerika unternommen hat, wurzelt in dem tiefen, lebendigen Quell der moralischen Pflicht." Denn die ganze Bluttrunst wurde von einem unentwegten Schwall widerlicher Phrasen begleitet. Von permanenter Heuchelei. Und stets lief das alles, wie gesagt, rund um den Erdkreis. Und natürlich lief alles auch immer mit Gott. "Gott segne Euch!", rief Johnson gütig, väterlich, besorgt, als er im Februar 1968 Soldaten "auf das Schlachtfeld" schickte ...

War das geheuchelt? Aber nein. So gut, so fromm war er. Hatte er doch schon zu Beginn seiner Vizepräsidentschaft bekannt:

"Wenn wir uns von den Gewaltherrschern dieser Zeit unterscheiden wollen, wir, die wir heute im Dienst der freien Menschen stehen, dürfen wir nie einen Trennstrich ziehen zwischen der Macht, die wir besitzen, und Gott, der tief in unseren Herzen ruht."

Es war der 1. Februar 1961, der Tag, an dem man - Grund zur Ergriffenheit, zum Gottvertrauen genug - die erste Interkontinental-Rakete (ICBM), made in USA, abgefeuert hatte, 4.200 Meilen weit.

Jetzt schrieb man 1965, jetzt hatte man, Gott sei gedankt, schon mehr als 800 Interkontinental-Raketen mit einer Reichweite von 6.300 Meilen und einem knappen halben Stündchen Reisegeschwindigkeit - ein gutes Gefühl, wahrhaftig. Ja, man konnte schon etwas auftrumpfen jetzt, konnte Gott noch mehr vertrauen. Konnte etwa 14.000 Soldaten in die Dominikanische Republik jagen, um eine weitere Regierung des Teufels zu verhindern.

Konnte auch den Teufeln in Vietnam die Zähne zeigen und den Bombenbefehlen vom Februar etwas Marine-Infanterie folgen lassen.

Gleichwohl, die Lage verschlechtert sich laufend.

Nun, was tut man? Man befiehlt im Juli die Erhöhung der Streitkräfte auf 125.000 Mann. Das verschlingt etwas Geld. So nötigt der Präsident die "Volksvertreter" mit falschen Lagebeurteilungen zum Bewilligen immer weiterer Milliarden zwecks Fortsetzung des Kampfes für Freiheit und Frieden. Und für die Menschenrechte. Der Kongreß genehmigt vorerst einmal 2,4 Milliarden Dollar und sieht freundlicherweise für 1966 12 Milliarden Dollar vor. Nützt's nichts, so nützt's doch dem Geschäft. Je mehr Soldaten man schickt, desto teurer wird die Sache. Und Ende des Jahres 1967 kämpfen bereits 486.000 Amerikaner in Vietnam.

Am 8. Januar 1967 kommt es zu einer 19tägigen Großoffensive der Invasoren im Iron Triangle nordwestlich von Saigon; das gesamte Gebiet wird bis zur Unkenntlichkeit verwüstet. Doch ein Jahr später beginnt die großangelegte, sich monatelang hinziehende Tet-Offensive der Nord-Vietnamesen mit schweren Verlusten für die USA. Noch bevor der Angriff ganz beendet ist, erklärt Präsident Johnson, sich nicht mehr um das Präsidentenamt zu bewerben.

Während all dieser Jahre aber, indes eine riesige Industriemacht, hochmonopolisiert, mit einer aufs modernste ausgerüsteten Militärmaschine ein rüstungsmäßig und waffentechnisch ebenso weit unterlegenes wie moralisch überlegenes, beinah lächerlich kleines Volk vergebens auf die Knie zwingen, vergebens unterjochen will, kämpft man auch noch gegen die Bürger im eigenen Land. ...

Hatte Johnson nach fünf Jahren die Nase voll? Es war aussichtslos für ihn. Nicht so aber für einen, der 1953 schon Vizepräsident, doch noch immer nicht ganz zum Zug gekommen war, um seine Fähigkeiten sozusagen uneingeschränkt in den Dienst der Nation stellen zu können. ...<<

Die Wochenzeitung "Christ und Welt" berichtete am 4. September 1964 (x191/205): >>... Eines der besten Geschäfte in Asien ist der Vertrieb von Fahrrädern. ...

Warum ist der Bedarf so groß?

Der Eingeborene kauft ein Fahrrad und benutzt es, bis es in Stücke zerfällt. Daß Maschinen aller Art, ob einfach oder kompliziert, saubergehalten, geölt und regelmäßig überprüft werden müssen, will ihm nicht in den Kopf.<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 10. September 1964: >>**Eine Million Gastarbeiter**

... Zimmermann Armando Rodrigues ... aus Portugal wird als einmillionster Gastarbeiter begrüßt. Geschenk: ein zweisitziges Moped. Ein Vertreter der Arbeitgeberverbände sagt: "Ohne die Mitarbeit der Ausländer, wäre unsere wirtschaftliche Entwicklung nicht denkbar."

Hauptgruppen der Gastarbeiter in der Bundesrepublik: 29,5 % Italiener, 15,9 % Griechen, 15,5 % Spanier, 9,1 % Türken.<<

Die Wochenzeitung "Christ und Welt" berichtete am 11. September 1964 über Maos Erklärung an die Sowjets im August 1964 (x299/159): >>Die Sowjetunion hat zu viel Platz besetzt. In Übereinstimmung mit dem Abkommen in Jalta hat die Sowjetunion unter dem Vorwand der Sicherung der Unabhängigkeit der Mongolei in Wirklichkeit dieses Land unter seine Herrschaft gestellt. ... (Es folgt die Aufzählung der russischen Eroberungen im und nach dem Zweiten Weltkrieg) ...

Etwa vor hundert Jahren wurde das Gebiet östlich des Baikalsees ein Territorium Rußlands. ... Wir haben unsere Rechnung in dieser Angelegenheit noch nicht präsentiert.<<

Im September 1964 wurde der sog. "Warren-Bericht" über das Attentat auf US-Präsident Kennedy veröffentlicht. Dieser umstrittene Bericht der Obersten US-Bundesrichter, der eine Verschwörung ausschloß, wird bis zum heutigen Tag angezweifelt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den "Warren-Report" (x068/325-327): >> Kennedy - und vielleicht spricht nichts so für ihn - hatte viele Feinde, mächtige Feinde, und Feinde auf der ganzen Welt, die erbittertsten aber wohl in den Vereinigten Staaten.

Wer hat ihn umgebracht?

Die Mutmaßungen darüber, die Spekulationen, Theorien, die Bücher reißen nicht ab; bereits in den sechziger Jahren waren es allein in den USA schon mehr als fünfzig.

Man hat behauptet, die CIA habe ihn gekillt, da er sich mit Fidel Castro versöhnen wollte. Doch man behauptet auch, Castro ließ Kennedy ermorden, weil Kennedy Castro ermorden lassen wollte, gleich nachdem das Abenteuer in der Schweinebucht gescheitert war. Andere führen die Meucheltat auf den Teamster-Gewerkschafts-Boss Jimmy Hoffa zurück, wieder andere auf das FBI, auf die Mafia, die Exilkubaner, die texanischen Ölbarone, auf die Polizei von Dallas, das militärische Establishment, auch auf ein Komplott mehrerer Staatsinstitutionen, der Rechtsradikalismus wird genannt, der sowjetische Geheimdienst, Rassenfanatiker werden beschuldigt, Kommunisten.

Ja, wäre nicht sogar Präsident Johnson, der Nachfolger, motiviert gewesen, wie es die Satire MacBird in Erinnerung an den schottischen König Macbeth suggeriert, der seinen Vorgänger

Duncan I. beseitigt hat?

Lyndon B. Johnson, zwei Stunden nach dem Attentat im Präsidentenflugzeug als neuer Präsident vereidigt, setzte eine Woche später eine Sonderkommission unter dem 73jährigen Obersten Bundesrichter Earl Warren zur Klärung der Hintergründe von Kennedys Ermordung ein. Der Warren-Report - 900 Seiten in der Originalausgabe nebst 26 Anhang-Bänden - wurde unter zeitlichem (wohl auch sonstigem) Druck erstellt und ist bekanntlich alles andere als lückenlos oder gar stichhaltig, auch wenn ihn die Weltpresse weithin und uneingeschränkt und natürlich auch meist ungeprüft akzeptiert hat.

Dabei war doch schon seltsam, daß Earl Warren (Oberster Bundesrichter) in einer Pressekonferenz noch während der Arbeit seiner Kommission erklärte: "Das Beweismaterial wird vermutlich zu Ihren Lebzeiten nicht veröffentlicht werden und ich meine das ernst. ... Es ist eine Sache der nationalen Sicherheit".

Erinnert dies nicht etwas an den Fall Lincoln, an den so manches doch im Fall Kennedy erinnert? Ließ man nicht damals schon Papiere verschwinden im sogenannten nationalen Interesse?

Die siebenköpfige Warren-Kommission war auch keinesfalls unparteiisch. Nicht nur mit dem Republikaner Gerald R. Ford, dem späteren Präsidenten, sondern auch mit dem Rockefeller-Vertrauten und Weltbankchef McCloy, ja, mit einer so sinistren (unheilvollen) Figur wie dem einstigen CIA-Direktor Allen W. Dulles, den Kennedy von Anfang an hatte feuern wollen, ohne es freilich zu wagen. Schon an dieser Besetzung mag es liegen, daß Bertrand Russell den Bericht, noch ohne ihn zu kennen, als "erbärmlich untauglich", als "schandbares Machwerk" disqualifiziert hat.

Der Warren-Report kommt zu dem Ergebnis, daß Oswald der alleinige Mörder war und von keinerlei Konspiration zwischen ihm und anderen Personen oder Mächtegruppen zur Beseitigung des Präsidenten gesprochen werden könne; was jedoch viel weniger bewiesen als behauptet wird.

Es kommt hinzu, daß die Kommission sehr häufig von Berichten der Dallas-Polizei, der CIA und des FBI abhing, die sämtlich selbst in den Mordfall verstrickt waren, auch in Oswalds Ermordung, die weder das eine noch das andere verhindert, aber alles darauf abgestellt haben, Oswald zum Sündenbock zu machen, obwohl man bis heute nicht einmal ein auch nur halbwegs überzeugendes Motiv für ihn vorweisen kann.

Die zuständigen Behörden führten 27.000 Vernehmungen durch, doch der ganze Fall steckt voller Ungeklärtheiten, Mystifikationen, Verdunkelungen. Schon der angebliche oder wirkliche Mörder Lee Harvey Oswald ist eine Figur wie aus einem Superthriller: ein einstiger amerikanischer Marinesoldat mit deutschem Namen, der in die Sowjetunion zieht, in Minsk die Tochter eines KGB-Obersten heiratet, nach zweieinhalb Jahren zurückkehrt, hier eine "Starthilfe des State Department" bekommt, überhaupt laufend aus den USA (mit kleinen Beträgen) finanziert wird, auch als Arbeitsloser dauernd Geld hat, auch ständige Kontakte hat mit dem FBI, auch kurz vor dem Attentat in Dallas FBI-Agenten trifft und wahrscheinlich selbst ein FBI-Agent war.

Daß der angebliche oder wirkliche Mörder, offenbar nur, um ihn für immer verstummen zu lassen, bald darauf selbst ermordet wird, ist nicht im geringsten merkwürdig. Sehr merkwürdig aber, daß ihn die deshalb gewarnte, und zwar gleich dreimal gewarnte Polizei von Dallas nicht besonders geschützt hat. Daß Oswald in einem 30 Stunden langen Verhör trotz Folterungen bis zuletzt beteuert, nicht auf den Präsidenten geschossen zu haben, ist vielleicht nicht so merkwürdig. Aber ist es nicht wirklich merkwürdig, dass keinerlei Aufzeichnungen über das Verhör bestehen?

Natürlich ließ sich die Warren-Kommission Bericht erstatten. Doch ihr 900 Seiten umfassender Report enthält darüber nur sieben magere Seiten, obwohl die langen, pausenlosen Ver-

nehmungen im Beisein nicht weniger Kriminalisten aus Dallas, Leuten des Sicherheitsdienstes, Ermittlungsbeamten des FBI wohl mehr hätten ergeben müssen. ...<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.03.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x009/79) = SBZ von A bis Z. 7. überarbeitete und erweiterte Auflage, Seite 79.

x009	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): SBZ von A bis Z. 7. überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn 1962.
x024	Kuhn, Ekkehard: <u>Nicht Rache, nicht Vergeltung</u> . Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 3. Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I.</u> Frankfurt/Main 1981.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2.</u> Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch</u> . Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x069	Klett, Ernst (Hg.): Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV. <u>Um Volksstaat und Völkergemeinschaft</u> . E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte. Band 3.</u> Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x075	Grosser, Alfred: <u>Ermordung der Menschheit</u> . Der Genozid im Gedächtnis der Völker. München/Wien 1990.
x076	Andreae, Hugo: Lehrbuch der Geschichte für berufsbildende Schulen. Verlag Handwerk und Technik, Hamburg 1962.
x089	Ploetz-Verlag (Hg.): PLOETZ. Lexikon der deutschen Geschichte. Freiburg im Breisgau 1999.
x092	Chronik Verlag (Hg.): Chronik der Deutschen. 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x125	Bluhm, Georg: Die Oder-Neiße-Linie in der deutschen Außenpolitik. Freiburg 1963.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 2.</u>

	1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x148	Klett, Ernst (Hg.): Politische Weltkunde II. Europa und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. E. Klett Verlag, Stuttgart 1985.
x149	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen</u> . Band IV. Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x155	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Erklärungen zur Deutschlandpolitik. Dokumentation Teil I, 1949-1972. Bonn 1984.
x161	Bund der Vertriebenen (Hg.): Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen. 22. Kulturelle Arbeitshefte. Bonn 1996.
x169	Finkelstein, Norman G.: <u>Die Holocaust-Industrie</u> . Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird. München 2002.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x182	Grube, Frank, und Gerhard Richter: <u>Das Wirtschaftswunder</u> . Unser Weg in den Wohlstand. Hamburg 1983.
x191	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit</u> . Band 6. In unserer Zeit. 3. Auflage. Stuttgart 1978.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte</u> . Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x272	Mickel, Wolfgang W. u.a. (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft</u> . Band 1. 1789-1914. Frankfurt/Main 1985.
x283	Demandt, Alexander: <u>Es hätte auch anders kommen können</u> . Wendepunkte deutscher Geschichte. 4. Auflage. Berlin 2011.
x287	Berbig, Hans Joachim: Kleine Geschichte der deutschen Nation. Düsseldorf 1985.
x296	Ebeling, Hans und Wolfgang Birkenfeld (Hg.): <u>Die Reise in die Vergangenheit</u> . Band 4. Geschichte und Politik in unserer Zeit (Lehrerausgabe). Braunschweig 1975.
x299	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit</u> . Band 4. In unserer Zeit. 2. Auflage. Stuttgart 1980.
x300	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Geschichtliche Weltkunde</u> . Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. 1. Auflage. Frankfurt/Main 1976.
x301	Heumann, Hans (Hg.): <u>Geschichte für Morgen</u> . 1. Auflage. Frankfurt/Main 1988.
x303	Westermann Schulbuchverlag GmbH, Braunschweig (Hg.): Durchblick. GSW Geschichte/Politik 9/10. 1. Auflage. Braunschweig 2004.
x306	Schrenck-Notzing, Caspar Freiherr von: <u>CHARAKTERWÄSCHE</u> . Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen. Graz 2015.
x342	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Heil Hillary!</u> Kandidatin des US-Faschismus. COMPACT-Spezial Nr. 11. Werder (Havel) 2016.
x358	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Verbrechen an Deutschen</u> . Vertreibung, Bombenterror, Massenvergewaltigungen. COMPACT-Geschichte Nr. 8. Werder (Havel) 2019.

Internet

x1.001	https://www.apostasia.net/images/Jesuiten.pdf ("Die verborgene Geschichte der Jesuiten") - März 2021
--------	--